Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. April 1979
Jg. 7 Nr. 18

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Uganda will blockfrei sein – Sozialimperialisten betrübt

z.jük. In Radio Kampala erklärte der Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Ugandas und Außenminister der Provisorischen Regierung Alimadi, die Regierung werde „eine Politik der Blockfreiheit verfolgen und sich bemühen, sowohl die OAU- als auch die UNO-Charta aufrechtzuerhalten“. Präsident Lule versicherte, die Nationale Befreiungsfront werde „eine Politik der Blockfreiheit verfolgen, die für die Rechte der Kolonisierten, Unterdrückten und Ausgebeuteten eintritt, seien sie aus Palästina, Zimbabwe, Namibia, Südafrika oder der Westsahara“. In immer mehr Provinzen des Landes kann die neue Regierung ihre Position sichern, die Reste der Truppen Amins werden zerschlagen, was die Volksmassen unterstützen. Die sozialimperialistische Presse zeigt Besorgnis, durch diese Entwicklung Einfluß in Uganda und Afrika zu verlieren, und spielt sich dabei als Sprecher der Afrikaner auf. Afrika habe „gespannt und besorgt zugesehen, wie Amin in Uganda die Macht verloren habe“, heißt es in einer polnischen Zeitung.

VR China unterstützt die völlige Befreiung Palästinas

z.anb. Die chinesische Regierung hat in einer Botschaft an den Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, ihre bedingungslose Unterstützung für die „Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes“ bekräftigt und den vollständigen Abzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten gefordert. Dies gab die PLO offiziell in Beirut bekannt. Es wurde damit ein klarer Schlußstrich unter eine schmutzige Intrige der sowjetischen Imperialisten gezogen, die versucht hatten, als „Gegenleistung“ für ihre wortgewaltigen Angriffe auf den zionistischen Separatfrieden die PLO zur Verurteilung des gerechten Gegenschlages der VR China gegen die Grenzprovokationen Vietnams zu bewegen. Aber weder die Isolierung der VR China, noch die Demütigung des palästinensischen Volkes entsprechen den objektiven Interessen der Völker, was der Ausgang der Intrige beweist.

Weiter Streiks in Marokko, trotz Repressalien der Regierung

z.eve. Die Streiks, zu denen die Demokratische Arbeitergewerkschaft die Be-

der Afrikaner auf. Afrika habe „gespannt und besorgt zugesehen, wie Amin in Uganda die Macht verloren habe“, heißt es in einer polnischen Zeitung.

VR China unterstützt die völlige Befreiung Palästinas

z.anb. Die chinesische Regierung hat in einer Botschaft an den Vorsitzenden der PLO, Yasser Arafat, ihre bedingungslose Unterstützung für die „Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes“ bekräftigt und den vollständigen Abzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten gefordert. Dies gab die PLO offiziell in Beirut bekannt. Es wurde damit ein klarer Schlußstrich unter eine schmutzige Intrige der sowjetischen Imperialisten gezogen, die versucht hatten, als „Gegenleistung“ für ihre wortgewaltigen Angriffe auf den zionistischen Separatfrieden die PLO zur Verurteilung des gerechten Gegenschlages der VR China gegen die Grenzprovokationen Vietnams zu bewegen. Aber weder die Isolierung der VR China, noch die Demütigung des palästinensischen Volkes entsprechen den objektiven Interessen der Völker, was der Ausgang der Intrige beweist.

Weiter Streiks in Marokko, trotz Repressalien der Regierung

z.eve. Die Streiks, zu denen die Demokratische Arbeitergewerkschaft die Be-

schäftigten des Schul- und Gesundheitswesens in Marokko aufgerufen hatte, gehen weiter. 68000 Lehrer und 11000 Lohnabhängige des Gesundheitswesens hatten am 10. und 11.4.1979 den Streik für höhere Löhne und die Freilassung festgenommener Gewerkschafter organisiert. Die Regierung hat über 500 Lehrer und Beschäftigte des Gesundheitswesens festnehmen lassen, und 130 Lohnabhängige sollen wegen Teilnahme am Generalstreik vor Gericht gestellt werden. Offensichtlich ist, daß auch die Bildung eines „Nationalen Sicherheitsrates“ unter Einbeziehung der Reformisten und Revisionisten die Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen nicht spalten und zerschlagen konnte.

Arbeiter in El Salvador erkämpfen Lohnerhöhung

z.dab. In heftigen und den konzentriertesten Kämpfen seit 10 Jahren haben die Arbeiter in El Salvador ihre Forderungen durchgesetzt: vor allem die Forderung nach Erhöhung der Löhne und die Abschaffung des Gesetzes 'zum Schutze der öffentlichen Ordnung', nach dem in El Salvador praktisch seit 1977 der Ausnahmezustand herrschte. – Die US-Imperialisten plündern die Reichtümer des Landes. 1975 betrug der Durchschnittslohn der Arbeiter im Jahr 450 US $,jeder dritte war arbeitslos. – Drei Wochen hatten die 800 Arbeiter der Flaschenfabriken gestreikt, unterstützt von Arbeitern aus 24 Fabriken, u.a. von 1500 der staatlichen Wasserkraftwerke CEL. Diese hatten am 19.3. für 23 Std. die gesamte Stromproduktion lahmgelegt und gedroht, die besetzten Kraftwerke zu zerstören, falls Militär eingreife.

Aussperrungsverbot? Uneingeschränktes Streikrecht ist nötig!

Neues von Ehrenberg / Nützliche Idioten der Regierung

z.ges. Der Paragraph 108 des Arbeitsförderungsgesetzes regelt, was einem vom Arbeitsamt alles zugemutet werden kann und wofür man bei Widerstand das Arbeitslosengeld gesperrt bekommt. Die Neuregelung nimmt den erprobten Verlauf. Zuerst wurde der, so Anke Fuchs, „berüchtigte“ Runderlaß Nr. 230 der Nürnberger Bundesanstalt in Umlauf gebracht. Die Arbeitsämter sollten verstärkt schikanieren, zwangsweise verschieben, Familien auseinanderreißen oder Umzüge erzwingen. Der Runderlaß wirkte provokatorisch. Das war auch der Sinn. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften lief Sturm gegen das Machwerk der Nürnberger Bürokratie und rief nach Ehrenberg und dem Gesetzgeber. Die hatten nur darauf gewartet. Jetzt wird gesetzlich geklärt. An den Anfang wird eine Generalklausel gestellt, daß die Arbeitsämter bei ihren Vermittlungen die persönliche Lage der Arbeitslosen zu berücksichtigen hätten. Ausdrücklich wird dann festgehalten, daß ein Angebot nicht allein deshalb unzumutbar sei, weil die Arbeit nicht täglich zu erreichen sei. Eine ausdrückliche Umzugsverpflichtung enthält die Neufassung des § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes dagegen nicht, aber die ist nicht mehr nötig: Hat man die Arbeitskraft erstmal unter Zwang beliebig verschoben, dann kann man es ruhig ihr überlassen, ob sie sich den nächstliegenden festen Wohnsitz nimmt oder lieber zum „Wochenend-Pendler“ wird. Anke Fuchs nennt den Runderlaß ein „unerträgliches Ding“. Dem Arbeitsministerium und dem Gesetzgeber hat er immerhin Gelegenheit verschafft, tätig zu werden, etwas für die „größere berufliche Mobilität“ zu tun und die Schlagkraft der industriellen Reservearmee, diesem wirklichen Sklavenheer, zu erhöhen.

Nach den Tarifabschlüssen und den jetzt bekanntgewordenen Preissteigerungsraten beschäftigt sich Ehrenberg hörbar mit der Lohnfrage: „Mit diesen niedrigen Tarifabschlüssen hätte ich mich als Gewerkschaftsführer nicht nach Hause gewagt – zumindest nicht ohne rote Ohren.“ Das ist keine Ent-

geber. Die hatten nur darauf gewartet. Jetzt wird gesetzlich geklärt. An den Anfang wird eine Generalklausel gestellt, daß die Arbeitsämter bei ihren Vermittlungen die persönliche Lage der Arbeitslosen zu berücksichtigen hätten. Ausdrücklich wird dann festgehalten, daß ein Angebot nicht allein deshalb unzumutbar sei, weil die Arbeit nicht täglich zu erreichen sei. Eine ausdrückliche Umzugsverpflichtung enthält die Neufassung des § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes dagegen nicht, aber die ist nicht mehr nötig: Hat man die Arbeitskraft erstmal unter Zwang beliebig verschoben, dann kann man es ruhig ihr überlassen, ob sie sich den nächstliegenden festen Wohnsitz nimmt oder lieber zum „Wochenend-Pendler“ wird. Anke Fuchs nennt den Runderlaß ein „unerträgliches Ding“. Dem Arbeitsministerium und dem Gesetzgeber hat er immerhin Gelegenheit verschafft, tätig zu werden, etwas für die „größere berufliche Mobilität“ zu tun und die Schlagkraft der industriellen Reservearmee, diesem wirklichen Sklavenheer, zu erhöhen.

Nach den Tarifabschlüssen und den jetzt bekanntgewordenen Preissteigerungsraten beschäftigt sich Ehrenberg hörbar mit der Lohnfrage: „Mit diesen niedrigen Tarifabschlüssen hätte ich mich als Gewerkschaftsführer nicht nach Hause gewagt – zumindest nicht ohne rote Ohren.“ Das ist keine Ent-

hüllung von „Bild am Sonntag“, sondern eine lancierte Meldung aus dem Hause Ehrenberg. Daß es sich darum handelt, sieht man an einem Gespräch von Anke Fuchs mit dem „Handelsblatt“: „Die Tarifabschlüsse dieser Lohnrunde seien nicht nur unter Rentenfinanzierungsgesichtspunkten zu gering. Sie hätte sich gewünscht, erklärte Frau Fuchs, daß die Gewerkschaften höher abgeschlossen hätten.“ Diesen Wunsch aus dem Ehrenbergministerium gleich zweimal zu hören, macht stutzig. Man scheint dort zu riechen, daß sich für die kommenden Lohnkämpfe einiges angestaut hat und daß seit der Kündigung der festen Lohngruppenschlüssel in der Metallindustrie die Möglichkeiten nochmal besser sind, in der Lohnfrage einige alte Rechnungen aufzumachen. Über die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften hat das Ministerium ein gutes Ohr für die Debatte in den Belegschaften und weiß, daß verschiedentlich schon daran gegangen wird, die Forderungen zu überlegen, auf die man sich bald bündig einigen muß. Hohe Festgeldbeträge oder hohe Mindestforderungen bis an die zweihundert Mark heran sind fällig. Falls sich bei den Arbeitern und Angestellten und in den Gewerkschaften eine Schlachtordnung herauszubilden beginnt, müssen die Störmanöver der Regierung früh einsetzen. Im Ehrenbergministerium scheint man an eine Lockerungsübung im Herbst zu denken. Man wird jedenfalls von Seiten der Gewerkschaften gut daran tun, nichts auf sich zukommen zu lassen.

Für die weitere Einschränkung des Streikrechts werden ebenfalls Zug für Zug die gesetzgeberischen Weichen gestellt. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften ist fest entschlossen, der Regierung dabei den nützlichen Idioten zu spielen. Wir meinen die Kampagne für das Aussperrungsverbot. Der Jubel über das Urteil des Hessischen Landesarbeitsgerichts ist jetzt groß und wird als Erfolg verbucht. Tatsächlich ist mit diesem Urteil die gesetzgeberische Lösung einen Schritt näher gerückt. Auf den da angepeilten „fairen Ausgleich“ kann man jetzt schon pfeifen. Nicht, daß keine Neuregelung notwendig wäre! Die Durchsetzung des uneingeschränkten Streikrechts ist dringlich. Erst im Februar hat das Bundesarbeitsgericht wieder

ten hat das Ministerium ein gutes Ohr für die Debatte in den Belegschaften und weiß, daß verschiedentlich schon daran gegangen wird, die Forderungen zu überlegen, auf die man sich bald bündig einigen muß. Hohe Festgeldbeträge oder hohe Mindestforderungen bis an die zweihundert Mark heran sind fällig. Falls sich bei den Arbeitern und Angestellten und in den Gewerkschaften eine Schlachtordnung herauszubilden beginnt, müssen die Störmanöver der Regierung früh einsetzen. Im Ehrenbergministerium scheint man an eine Lockerungsübung im Herbst zu denken. Man wird jedenfalls von Seiten der Gewerkschaften gut daran tun, nichts auf sich zukommen zu lassen.

Für die weitere Einschränkung des Streikrechts werden ebenfalls Zug für Zug die gesetzgeberischen Weichen gestellt. Die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften ist fest entschlossen, der Regierung dabei den nützlichen Idioten zu spielen. Wir meinen die Kampagne für das Aussperrungsverbot. Der Jubel über das Urteil des Hessischen Landesarbeitsgerichts ist jetzt groß und wird als Erfolg verbucht. Tatsächlich ist mit diesem Urteil die gesetzgeberische Lösung einen Schritt näher gerückt. Auf den da angepeilten „fairen Ausgleich“ kann man jetzt schon pfeifen. Nicht, daß keine Neuregelung notwendig wäre! Die Durchsetzung des uneingeschränkten Streikrechts ist dringlich. Erst im Februar hat das Bundesarbeitsgericht wieder

neue Normen gesetzt. Danach sind „wilde“ Streiks rechtswidrig. Das kennt man. Aber auch gewerkschaftliche Streiks sind nur rechtens, wenn sie eine tarifvertragliche Regelung anstreben. Gewerkschaftliche Streiks gegen Entlassungen etc. sind danach nicht rechtens. Entlassungen von Streikteilnehmern dagegen sind auch dann rechtens, wenn sie ohne Anhörung des Betriebsrats erfolgt sind. Hält sich der Betriebsrat an seine Friedenspflicht, dann hat er in solchen Fällen noch nicht mal von seinen „Mitwirkungsrechten“ was. Diese Klarstellungen finden sich im letztinstanzlichen Urteil des Bundesarbeitsgerichts über den Streik der Erwittearbeiter. Die brutalen Entscheidungen des Erwitte-Kapitalisten, die seinerzeit, 1975, bis hin zu den Kapitalisten als Ausnahme gerügt wurden, haben also ihre volle Rechtfertigung durch den Bundesgerichtshof gefunden.

Auch bei den EG-Direktwahlen macht die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften der Regierung den nützlichen Idioten. „Wir Gewerkschafter sagen ja zu Europa“, nimmt Hans Mayr den Mund voll. Was sonst? Europa gibt's ja. Also eine Binsenwahrheit? In Wirklichkeit werden die Mehrwertsteuererhöhungen und ähnliche EG-Feinheiten bejaht.

Die Beschlußlage für den 1. Mai in den Betrieben ist anders: Niemand hat Lust ausmanövriert zu werden, eindeutige Forderungen werden geschätzt und bilden die Grundlage der Einheit. Es besteht kein Verlangen, den 1. Mai als Europa- oder Verfassungstag zu begehen. Hinter all dem verbergen sich Interessen des Privateigentums. Die Arbeiterklasse hat keins, sondern produziert es für andere.

1945: Die Arbeiterklasse organisiert unter Leitung ihrer Betriebsräte den Wiederaufbau

Teves-Arbeiter bei der Demonstration von 20000 am 12. August 1948 in Frankfurt. – Den Interessen der imperialistischen Besatzer zuwider, nahm die Arbeiterklasse nach 1945 selbständig die Produktion auf. Doch erst mit der Spaltung Deutschlands konnten die britischen, französischen und US-Besatzer die deut-

fertigung durch den Bundesgerichtshof gefunden.

Arbeiterklasse hat keins, sondern produziert es für andere.

1945: Die Arbeiterklasse organisiert unter Leitung ihrer Betriebsräte den Wiederaufbau

Teves-Arbeiter bei der Demonstration von 20000 am 12. August 1948 in Frankfurt. – Den Interessen der imperialistischen Besatzer zuwider, nahm die Arbeiterklasse nach 1945 selbständig die Produktion auf. Doch erst mit der Spaltung Deutschlands konnten die britischen, französischen und US-Besatzer die deut-

sche Reichsbourgeoisie wieder in den Sattel heben. Verfassung, Betriebsverfassungsgesetz und KPD-Verbot besiegelten die Restauration.

„Niederländische Antillen“ fordern Unabhängigkeit

Stützpunkt der BRD in Lateinamerika / „Deutschland“ in der Karibik

z.scc. Wie einst Kaiser Wilhelm hatte Kanzler Schmidt seinen Lateinamerikabesuch beendet: an Bord des größten westdeutschen Kriegsschiffes, dem Schulschiff „Deutschland“. Das nämlich war seit Wochen auf großer Fahrt in die Karibik, um die westdeutschen Ansprüche auf diesen Teil der Welt mit Nachdruck zu unterstreichen. An Bord ein paar hundert Mann, rauhe Burschen, die Tod und Teufel nicht fürchten und – ihres Auftrages würdig – in rohem Vergnügen mit einer „Äquatortaufe“ die Seekadetten in ihre weltumspannenden Zwecke „einwiesen“.

Ist's Zufall? Just zu der Zeit, zu der sich die „Deutschland“ in der Karibik herumtrieb, hat die Unabhängigkeitsbewegung auf den „Niederländischen Antillen“ vor der Küste Venezuelas erneut großen Aufschwung genommen. Curaçao, Aruba, Bonaire, St. Maarten, St. Eustatius, Saba – sie wollen nicht länger „niederländisch“ sein. Daß sie „niederländisch“ und damit Stützpunkt der EG-Imperialisten bleiben, daran haben gerade die westdeutschen Imperialisten großes Interesse. Mit 1,046 Mrd. DM (bis 1978) verzeichnen sie hier – nach Brasilien – ihren zweitgrößten Kapitalexport in die Region.

Einst einer der größten Sklavenumschlagsplätze, benutzen die Imperialisten die Inseln heute als bedeutenden Umschlagsplatz und als Weiterverarbeitungsstätte für das moderne „schwarze Gold“, das Erdöl. Nur wenige Jahre, nachdem die Imperialisten in Venezuela Öl entdeckt und mit seiner Ausbeute begonnen hatten, errichtete die Royal Dutch Shell 1916 auf Curaçao eine erste Ölraffinerie; 1925 entstand, diesmal im Eigentum der Standard Oil Comp., eine zweite auf Aruba. Anfang der 70er Jahre zählten diese Raffinerien mit einer Kapazität von 10,5 bzw. 23,5 Mio. Barrel pro Jahr zu den größten der Welt.

Lange Jahrzehnte hatten die Imperialisten mit Hilfe dieses Raffineriezentrums den Aufbau nationaler Erdölindustrien in Lateinamerika vollständig unterdrücken können. Bis heute üben sie mit seiner Hilfe ihre Kontrolle über Erdölproduktion und -handel aus. Das meiste Öl, das auf Curaçao und Aruba weiterverarbeitet wird, stammt aus Venezuela, zunehmende Mengen aus Mexiko, dann vor allem aus Saudiarabien, Nigeria und Gabun. Der größte Teil fließt von hier in die USA weiter, eine große Menge zurück nach Mittel- und Südamerika.

Im Gefolge der Erdölmonopole haben sich in den letzten Jahren die imperialistischen Chemiemonopole, und gerade die westdeutschen, auf Curaçao und Aruba eingenistet. Neben allen anderen Vorteilen aus dem Kolonialstatus locken sie vor allem die Niedrigstlöhne, die seit Anfang der 60er Jahre um durchschnittlich 1,5% jährlich gesunken sind. Das garantiert die Kolonialmacht, die vor genau zehn Jahren einen Arbeiteraufstand auf Curaçao – der sich an Lohnforderungen entzündet und dann schnell zu einem Aufstand gegen die koloniale Unterdrückung entwickelt hatte – mit eingeflogenen Mariniers niederschlug.

Seither reißt der Kampf um nationale Unabhängigkeit nicht ab. Zur treibenden Kraft in diesem Kampf werden, neben den schwarzen Arbeitern, immer selbstbewußter die indianischen Volksmassen, die die Kolonialmacht trotz jahrhundertelanger Ausrottungsfeldzüge niemals vollständig ausrotten und niemals vollständig unterwerfen konnte.

BRD-Imperialismus zeigt Flagge

Schulschiff „Deutschland“ kehrte nach wochenlanger Demonstrationsfahrt in der Karibik wieder zurück. Der BRD-Imperialismus zeigt Flagge. – Bild: Schulschiff „Deutschland“ 1977 im Hafen von Kapstadt auf Freundschaftsbesuch.

Arbeitserlaubnis, aber keine politischen Rechte für die ausländischen Arbeiter

z.kam. „Integrationshilfen für junge Ausländer" zu schaffen, war Anlaß für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, den Haushalt 1979 um 10 Mio. DM mehr aufzustocken. 16,5 Mio. DM gibt der Staat aus für Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer Jugendlicher ohne Hauptschulabschluß, für bundesweit von den Freien Wohlfahrtsverbänden organisierte Lehrgänge (in bisher über 150 Kursen), für „außerschulische Hilfen" für etwa 13000 Ausländerkinder sowie für Sprachkurse, in denen nochmals 12000 Ausländer erfaßt werden sollen.

Im Oktober 1978 trat eine Neuregelung des Aufenthaltsrechts für Ausländer in Kraft: „Statt der früher üblichen Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis um jeweils nur ein oder zwei Jahre wird seit dem 1. Oktober 1978 grundsätzlich bereits nach fünf Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt". (Bundestagsdrucksache 8/2716 vom 29.3.79)

Der Änderung der Aufenthaltserlaubnis folgt seit dem 1. April dieses Jahres die „flexiblere Anwendung des Arbeitserlaubnisrechts" für ausländische Arbeiter: „Vorbehaltlich des in § 19 Arbeitsförderungsgesetz normierten Vorrangs Deutscher und anderer EG-Staatsangehöriger wird den im Wege des Familiennachzuges als Minderjährige eingereisten Kindern nach zweijährigem Aufenthalt der generelle Arbeitsmarktzugang und den Ehegatten nach vierjährigem Aufenthalt der Zugang zu Bereichen mit besonderen personellen Engpässen eröffnet ... Bei Kindern, die an berufsorientierenden Maßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer bis zu deren Ende teilgenommen haben, kann auf die Erfüllung der restlichen Wartezeit verzichtet werden". (ebenda)

953000 ausländische Kinder unter 16 Jahren leben nach Angaben der Bundesregierung vom September 1978 in der BRD – ein Viertel der fast vier Millionen Ausländer insgesamt. Etwa die Hälfte aller Ausländer verkauft seine Arbeitskraft an die BRD-Imperialisten zu Niedrigstpreisen und unter schlechtesten Arbeitsbedingungen. 1976 zählt die Bundesanstalt für Arbeit knapp zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte (das sind 7,8% aller Erwerbstätigen in der BRD) bei einer Arbeitslosenquote von 5,2% – die Anzahl der zu Schwarzarbeit gezwungenen Ausländer nicht mitgerechnet.

Die offizielle Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeiter beruht auf zweiseitigen Regierungsabkommen, die die BRD-Regierung Anfang der 60er Jahre mit der Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal sowie Tunesien und Marokko geschlossen hat, die auch in dieser Reihenfolge den Hauptanteil der ausländischen Arbeitskräfte stellen. Sie erfolgt aber nur aufgrund „konkreter Aufträge" westdeutscher Kapitalisten an die Bundesanstalt für Arbeit, die ihrerseits willige Arbeitskräfte in den genannten Staaten anfordert. Die „Bewerber" werden je nach Bedarf und Qualifikation rekrutiert und erhalten einen Arbeitsvertrag, der sie für ein Jahr an die Arbeitsstelle bindet. Mit einer „Legitimationskarte", die das Einreisevisum ersetzt und als befristete Arbeitserlaubnis gilt, werden sie in Sammeltransporten an ihren Arbeitsplatz befördert.

Von 1968 bis 1973 hat sich die ausländische Wohnbevölkerung von 1,9 Millionen auf vier Millionen (= 6,4% der Gesamtbevölkerung) erhöht, der Anteil der Erwerbstätigen verdoppelte sich von vier auf nahezu zehn Prozent. 1973 erließ die Bundesregierung einen generellen Anwerbestopp für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern. Als Folge wurden 400000 ausländische Arbeiter in ihre Heimatländer zurückgeschickt – d.h. die BRD-Imperialisten entzogen ihnen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis –, die Beschäftigungsquote fiel auf 7,5% (1976) und die Arbeitslosigkeit stieg von 1973 0,8 auf 1975 6,8%. Gleichzeitig billigte die BRD-Regierung die „Familienzusammenführung" der hier länger arbeitenden Ausländer. Jeder zweite Ausländer lebt inzwischen mehr als sechs, jeder dritte mehr als acht Jahre in Westdeutschland. Der Anteil der unter 15jährigen erhöhte sich von 1973 bis heute von knapp einem Fünftel auf ein Viertel. Auf den großen Teil ausländischer Jugendlicher haben es die BRD-Imperialisten vor allem abgesehen: billiges, frisches Blut, zumeist hier aufgewachsen und vorgebildet, zumindest aber durch die elenden Verhältnisse „erzogen" und von ihren Eltern (selber seit Jahren ausgebeutete billige Arbeitskräfte) mit Erfahrungen und dem notwendigen Wissen für den Arbeitsprozess versehen. Und diese ganze große Abteilung der Arbeiterklasse ohne alle politischen Rechte, jeder Erpressung und Schikane ausgeliefert!

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann eine solche Unterdrückung eines Teils von ihr nicht hinnehmen. Durch die Forderung nach völliger Gleichberechtigung und obligatorischer Einbürgerung von Ausländern, die in der BRD leben, nach kostenlosen Sprachkursen und dem Recht auf Ausbildung aller Ausländerkinder in ihrer Heimatsprache, kann sie ihre Einheit wahren. Ohne Einheit kann sie sich gegen die Kapitalisten nicht behaupten.

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Nr. 5 / Mai 1979, 7. Jg.
Erscheint am 7. Mai

Inhalt:

- Kurs im Aufbau der Partei: „Aufholen und Konsolidieren" entspricht der Lage
- Industrielle Reservearmee und Maßnahmen zu ihrer Mobilisierung
- Die kurz- und langfristigen Auswirkungen des Tarifabschlusses in der Chemieindustrie 1979
- Ehrenberg trifft Vorbereitung zur Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit. Forschung zum biologischen Tag-Nacht-Rhythmus
- Stärkung der materiellen Basis der Diktatur des Proletariats. Wirtschaftsdebatte in der VR China
- Erklärung des Staatspräsidenten des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, zur Nationalfeier der Erinnerung an den 4. Jahrestag des Großen Sieges vom 17. April 1975 und der Gründung des demokratischen Kampuchea (Demokratisches Kampuchea 16.4.1979)
- Die Tschechoslowakische Chemieindustrie – Kriegsproduktion und Spezialisierungskonzept der Sozialimperialisten
- Kuba 20 Jahre nach der Revolution: Wer sich im Kampf gegen eine Supermacht auf die andere verläßt, gerät unvermeidlich in neokoloniale Abhängigkeit
- Die Volksmassen des Iran kämpfen um die Festigung der politischen Macht
- Staatsverschuldung. Über Kredite und Schuldscheine hat das Finanzkapital den Staatsapparat in der Hand
- Staatsverschuldung in der EG – BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch
- Energiepolitik in der EG
- „Imperialismus und Revolution"? Eher: Absurditäten über China! Enver Hoxhas Kathederschrift
- Marsch Marsch in Moll – Der Wehrbeauftragte berichtet
- P.P. Pasolini: Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des einzelnen durch die Konsumgesellschaft. Besprechung
- Die Sklaverei: Fessel der Produktivkräfte. Sklaven- und Bauernaufstände im Römischen Reich

- Die Tschechoslowakische Chemieindustrie – Kriegsproduktion und Spezialisierungskonzept der Sozialimperialisten
- Kuba 20 Jahre nach der Revolution: Wer sich im Kampf gegen eine Supermacht auf die andere verläßt, gerät unvermeidlich in neokoloniale Abhängigkeit
- Die Volksmassen des Iran kämpfen um die Festigung der politischen Macht
- Staatsverschuldung. Über Kredite und Schuldscheine hat das Finanzkapital den Staatsapparat in der Hand
- Staatsverschuldung in der EG – BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch
- Energiepolitik in der EG
- „Imperialismus und Revolution"? Eher: Absurditäten über China! Enver Hoxhas Kathederschrift
- Marsch Marsch in Moll – Der Wehrbeauftragte berichtet
- P.P. Pasolini: Freibeuterschriften. Die Zerstörung der Kultur des einzelnen durch die Konsumgesellschaft. Besprechung
- Die Sklaverei: Fessel der Produktivkräfte. Sklaven- und Bauernaufstände im Römischen Reich
- Geschichte der Lohnabzüge II
- Dokumentenanhang: Ökonomische Debatte in der Volksrepublik China. Übersetzungen aus chinesischen Zeitschriften zwischen Oktober 1978 und März 1979

8-Punkte-Vorschlag der chinesischen Regierung über die staatlichen Beziehungen zu Vietnam

Radio Peking, 26.4.1979, 21 Uhr

Die zweite Plenarsitzung der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen auf Außenministerebene fand am heutigen Donnerstag in Hanoi statt. Von dem Wunsch beseelt, die Probleme friedlich zu lösen, hatte der Leiter der chinesischen Regierungsdelegation einen Vorschlag der Delegation der chinesischen Regierung über acht Punkte der staatlichen Beziehungen zwischen China und Vietnam vorgelegt ...

1. Die beiden Staaten sollen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der ge-

Grenztruppen der Volksbefreiungsar-

chen Koexistenz die guten nachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherstellen. Für Streitigkeiten und Probleme in den Beziehungen der beiden Länder sollen die beiden Seiten in Verhandlungen auf friedlichem Wege eine vernünftige Lösung finden.

2. Keine der beiden Seiten darf in Indochina, Südostasien und anderen Gebieten nach Hegemonie streben. Jede der beiden Seiten soll gegen derartige Hegemoniebestrebungen irgendeines anderen Landes oder irgendeines Staatenblocks auftreten. Keine der beiden Seiten darf auf fremdem Boden Truppen stationieren. Die bereits auf fremdem Boden stationierten Truppen müssen in das eigene Land zurückgezogen werden. Keine der beiden Seiten darf einem Militärblock angehören, der gegen die Gegenseite gerichtet ist, fremden Ländern Militärbasen zur Verfügung stellen oder ausländisches Territorium und Basen im Ausland zur Bedrohung, Subversion und bewaffneten Angriffen auf die Gegenseite und andere Länder benutzen.

3. Die beiden Seiten sollen die im

Quo an der Grenze, wie er beim Dokumentenaustausch zwischen den Zentralkomitees der beiden Parteien Chinas und Vietnams im Jahre 1947 und 1948 gewesen ist, strikt einhalten. Sie werden in keiner Form und unter keinem Vorwand einseitig eine Änderung am existierenden Grenzverlauf zu erzwingen suchen.

4. Die beiden Staaten sollen die 12-Meilen-Hoheitsgewässer gegenseitig respektieren und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Prinzipien des bestehenden internationalen Seerechts die Wirtschaftszonen im Küstenschelf und in den anderen Meeresgebieten aufteilen.

5. Die Xisha-Inseln und die Nansha-Inseln sind unabtrennbare Territorien Chinas. Die vietnamesische Seite muß auf ihren ursprünglichen Standpunkt, in dem sie diese Tatsache anerkannt hat, zurückkehren, die Souveränität Chinas über diese beiden Inselgruppen respektieren und ihr Personal vollständig von den von ihr besetzten Inseln der Nansha-Inselgruppe abziehen.

6. (Die in den jeweiligen Ländern le-

teressen hinsichtlich des Wohnsitzes, der Reise- und der Erwerbsmöglichkeiten im Gastland, die Sicherheit ihrer Person und ihr rechtmäßiges Einkommen sollen unter dem Schutz der Regierung des Gastlandes stehen. Jede der beiden Seiten muß die in ihrem Land lebenden Bürger der Gegenseite freundlich behandeln und darf sie nicht verfolgen und widerrechtlich vertreiben.

7. Um der gerechten Forderung der von den vietnamesischen Behörden nach China vertriebenen vietnamesischen Bürger, in ihre Heimat zurückzukehren, zu entsprechen, muß die vietnamesische Regierung sie möglichst bald nach Vietnam zurückholen und dann angemessen unterbringen. Die chinesische Regierung ist bereit, diesen vietnamesischen Bürgern alle Begünstigungen zu erweisen, damit sie so bald wie möglich zurückkehren können.

8. Die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf den Gebieten des Eisenbahntransports, des Handels, der Zivilluftfahrt und des Post- und Fernmeldewesens werden die zuständigen Abteilungen der beiden Länder durch Konsultatio-

8-Punkte-Vorschlag der chinesischen Regierung über die staatlichen Beziehungen zu Vietnam

Radio Peking, 26.4.1979, 21 Uhr

Die zweite Plenarsitzung der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen auf Außenministerebene fand am heutigen Donnerstag in Hanoi statt. Von dem Wunsch beseelt, die Probleme friedlich zu lösen, hatte der Leiter der chinesischen Regierungsdelegation einen Vorschlag der Delegation der chinesischen Regierung über acht Punkte der staatlichen Beziehungen zwischen China und Vietnam vorgelegt ...

1. Die beiden Staaten sollen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der ge-

Grenztruppen der Volksbefreiungsarmee im Autonomen Gebiet Tibet, an der Grenze zu Indien

genseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der friedli-

chen Koexistenz die guten nachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherstellen. Für Streitigkeiten und Probleme in den Beziehungen der beiden Länder sollen die beiden Seiten in Verhandlungen auf friedlichem Wege eine vernünftige Lösung finden.

2. Keine der beiden Seiten darf in Indochina, Südostasien und anderen Gebieten nach Hegemonie streben. Jede der beiden Seiten soll gegen derartige Hegemoniebestrebungen irgendeines anderen Landes oder irgendeines Staatenblocks auftreten. Keine der beiden Seiten darf auf fremdem Boden Truppen stationieren. Die bereits auf fremdem Boden stationierten Truppen müssen in das eigene Land zurückgezogen werden. Keine der beiden Seiten darf einem Militärblock angehören, der gegen die Gegenseite gerichtet ist, fremden Ländern Militärbasen zur Verfügung stellen oder ausländisches Territorium und Basen im Ausland zur Bedrohung, Subversion und bewaffneten Angriffen auf die Gegenseite und andere Länder benutzen.

3. Die beiden Seiten sollen die im chinesisch-französischen Grenzvertrag festgelegte Staatsgrenze zwischen China und Vietnam respektieren und den genannten Vertrag zur Grundlage für die Verhandlungen über die friedliche Regelung der territorialen Fragen machen. Bevor die Grenzfrage gelöst ist, werden die beiden Seiten den Status

Quo an der Grenze, wie er beim Dokumentenaustausch zwischen den Zentralkomitees der beiden Parteien Chinas und Vietnams im Jahre 1947 und 1948 gewesen ist, strikt einhalten. Sie werden in keiner Form und unter keinem Vorwand einseitig eine Änderung am existierenden Grenzverlauf zu erzwingen suchen.

4. Die beiden Staaten sollen die 12-Meilen-Hoheitsgewässer gegenseitig respektieren und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Prinzipien des bestehenden internationalen Seerechts die Wirtschaftszonen im Küstenschelf und in den anderen Meeresgebieten aufteilen.

5. Die Xisha-Inseln und die Nansha-Inseln sind unabtrennbare Territorien Chinas. Die vietnamesische Seite muß auf ihren ursprünglichen Standpunkt, in dem sie diese Tatsache anerkannt hat, zurückkehren, die Souveränität Chinas über diese beiden Inselgruppen respektieren und ihr Personal vollständig von den von ihr besetzten Inseln der Nansha-Inselgruppe abziehen.

6. (Die in den jeweiligen Ländern lebenden Bevölkerungsteile der Gegenseite) müssen die Gebote des Gastlandes einhalten, die Sitten und Gebräuche der dortigen Bevölkerung respektieren und zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Gastlandes ihren Teil beitragen. Die ihnen zustehenden Rechte und ihre rechtmäßigen In-

teressen hinsichtlich des Wohnsitzes, der Reise- und der Erwerbsmöglichkeiten im Gastland, die Sicherheit ihrer Person und ihr rechtmäßiges Einkommen sollen unter dem Schutz der Regierung des Gastlandes stehen. Jede der beiden Seiten muß die in ihrem Land lebenden Bürger der Gegenseite freundlich behandeln und darf sie nicht verfolgen und widerrechtlich vertreiben.

7. Um der gerechten Forderung der von den vietnamesischen Behörden nach China vertriebenen vietnamesischen Bürger, in ihre Heimat zurückzukehren, zu entsprechen, muß die vietnamesische Regierung sie möglichst bald nach Vietnam zurückholen und dann angemessen unterbringen. Die chinesische Regierung ist bereit, diesen vietnamesischen Bürgern alle Begünstigungen zu erweisen, damit sie so bald wie möglich zurückkehren können.

8. Die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf den Gebieten des Eisenbahntransports, des Handels, der Zivilluftfahrt und des Post- und Fernmeldewesens werden die zuständigen Abteilungen der beiden Länder durch Konsultationen regeln.

Der chinesische Delegationsleiter drückte seine Hoffnung aus, daß die vietnamesische Seite diesen konstruktiven Vorschlag der chinesischen Seite gewissenhaft erwägen und darauf positiv reagieren möge.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 18: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Großdeutsche Menschenrechtskampagne

Grundgesetz-Offensive gegen die DDR

z.mih. In der aktuellen Stunde des Bundestages zur Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen am 26.4. hob der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hoppe hervor, die Koalition sei durch die Vorgänge in der DDR im Gegenteil bestärkt worden, „daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben“, und diesen Weg in der Ostpolitik werde man weitergehen.

Mit der andauernden ökonomischen und ideologischen Offensive seit der Unterzeichnung der Ostverträge hat die westdeutsche Finanzbourgeoisie die DDR zu ihrem Schuldner gemacht und sie ideologisch ziemlich an die Wand gedrückt mit dem Ziel, die DDR aus dem Machtbereich der neuen Zaren herauszuschälen. Darauf haben die Sozialimperialisten über die DDR-Regierung geantwortet. Zunächst mit der Einführung von Mark-Gutscheinen für DDR-Bürger in den Intershops und dann, anläßlich der dreisten Berichterstattung der westdeutschen Journalisten, mit der neuen „Durchführungsbestimmung für Journalisten“, mit der ihre gut genutzte Bewegungsfreiheit beschnitten und überschaubarer geworden ist. Jedes Interview und dergleichen, jede Reise muß vorher angemeldet und genehmigt sein.

Die in der DDR akkreditierten westdeutschen Journalisten bis rauf zu den gut geschmierten Fernsehkorrespondenten haben sich mit ihrer Wühltätigkeit als ideologischer Stoßtrupp in Sachen Menschenrechte zur „Wiedergewinnung der Freiheit der Deutschen in der DDR“ für die BRD-Imperialisten verdient gemacht. Die Behinderung ihrer Schergen werden sie nicht hinnehmen. Von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR könne keine Rede sein, denn „die DDR ist nicht Ausland“. In diesem Sinne wird zur Zeit lauthals beraten, wie wirksam zurückgeschlagen werden kann. Erwogen werden wirtschaftliche Schritte, denn die DDR braucht westliche Technologie und Devisen. In Vorbereitung ist eine von großdeutschem Geiste geprägte Menschenrechtskampagne. Die neue Durchführungsbestimmung soll als Verstoß gegen die Akte von Helsinki und den Grundlagenvertrag zusammen mit den Regierungen der anderen EG- und NATO-Staaten international geahndet werden.

Gleiche Beschränkungen für DDR-Journalisten in der BRD kommen nicht in Betracht. Da läßt sich mehr rausholen. So hat Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung bekanntgegeben, daß die Artikel 5 (Recht der freien Meinungsäußerungen) und 11 (Recht auf Freizügigkeit) auch für die DDR-Journalisten in der BRD „ebenfalls gültig sind“. Art. 11 beginnt: „Alle Deutschen genießen Freizügig-

gut geschmierten Fernsehkorrespondenten haben sich mit ihrer Wühltätigkeit als ideologischer Stoßtrupp in Sachen Menschenrechte zur „Wiedergewinnung der Freiheit der Deutschen in der DDR“ für die BRD-Imperialisten verdient gemacht. Die Behinderung ihrer Schergen werden sie nicht hinnehmen. Von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR könne keine Rede sein, denn „die DDR ist nicht Ausland“. In diesem Sinne wird zur Zeit lauthals beraten, wie wirksam zurückgeschlagen werden kann. Erwogen werden wirtschaftliche Schritte, denn die DDR braucht westliche Technologie und Devisen. In Vorbereitung ist eine von großdeutschem Geiste geprägte Menschenrechtskampagne. Die neue Durchführungsbestimmung soll als Verstoß gegen die Akte von Helsinki und den Grundlagenvertrag zusammen mit den Regierungen der anderen EG- und NATO-Staaten international geahndet werden.

Gleiche Beschränkungen für DDR-Journalisten in der BRD kommen nicht in Betracht. Da läßt sich mehr rausholen. So hat Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung bekanntgegeben, daß die Artikel 5 (Recht der freien Meinungsäußerungen) und 11 (Recht auf Freizügigkeit) auch für die DDR-Journalisten in der BRD „ebenfalls gültig sind“. Art. 11 beginnt: „Alle Deutschen genießen Freizügig-

keit in der ganzen BRD ...“ Zusammen mit Art. 5, der die Pressefreiheit garantiert, selbstverständlich nur, wenn diese „Freiheit“ nicht gegen das Grundgesetz gerichtet wird (Art. 18), läßt sich als sozusagen direkt Verantwortlicher „für alle Deutschen“ der Spieß gut umdrehen und die Rechtsansprüche auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete mit einer Portion Menschenrechte neu servieren. Das Grundgesetz hat ja schließlich auch für jene Bürger des Deutschen Reiches gesprochen, „denen mitzuwirken versagt war“ (Präambel des GG).

Jeweils nach der Unterzeichnung der einzelnen Ostverträge hat das Bundesverfassungsgericht das Grundgesetz als Bauplan zur Restauration des Großdeutschen Reiches hervorgehoben und jeden Vertrag abgesegnet. „Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatslehre! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel ... Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt ‚verankert‘ ... Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die BRD ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“, – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht ...“ (Erklärung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973). Von dieser klaren Zielsetzung ist die westdeutsche Bourgeoisie in keinem Vertrag abgerückt.

„Der (Grundlagen)Vertrag kann rechtlich nur gewürdigt werden, wenn man ihn in einen größeren Zusammenhang stellt. Er ist ein Stück einer umfassenden Politik, näherhin der von der Bundesregierung auf Entspannung angelegten Ostpolitik, innerhalb derer vor allem die Verträge von Moskau und Warschau herausragende Meilensteine sind; diese Verträge waren ebenso Voraussetzung für den Abschluß des Grundlagenvertrages, wie der Grundlagenvertrag seinerseits für die Bundesregierung ein Ziel war, das sie durch Abschluß jener beiden Ostverträge zu erreichen hoffte. In diesem Zusammenhang gewinnt der Grundlagenvertrag dieselbe fundamentale Bedeutung wie der Moskauer und der Warschauer Vertrag. Er ist kein beliebig korrigierbarer Schritt wie viele Schritte in der Politik, sondern er bildet wie schon der Name sagt, die Grundlage für eine auf Dauer angelegte neue Politik ...“ (ebenda). Diese „auf Dauer angelegte neue Politik“ ist immer noch die alte. Aus der „Teilidentität“ soll wieder die gute alte vollständige Identität werden. Von voller völkerrechtlicher Anerkennung der DDR, Anerkennung der bestehenden Grenzen und Abschluß eines Friedensvertrages ist in keinem Vertrag die Rede, vielmehr ist nach den Vertragsabschlüssen noch einmal bekräftigt worden:

„Für die Bundesrepublik Deutschland verliert ein Deutscher die deutsche Staatsangehörigkeit nicht dadurch, daß sie ein anderer Staat aberkennt. Eine solche Aberkennung darf die BRD nicht rechtlich anerkennen; sie ist für sie ohne Wirkung“ (ebenda) und: „Die deutsche Staatsangehörigkeit der Bewohner des nördlichen Ostpreußens ist auch durch die Einbeziehung des nördlichen Ostpreußens in den Staatsverband der Sowjetunion nicht untergegangen“. „Weder die Maßnahmen des polnischen Gesetzgebers noch das Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR von 1967 haben dazu führen können, daß die deutsche Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie der DDR die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat“. (Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7.7.1975)

organisiert. Die BRD ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“, – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht ...“ (Erklärung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973). Von dieser klaren Zielsetzung ist die westdeutsche Bourgeoisie in keinem Vertrag abgerückt.

„Der (Grundlagen)Vertrag kann rechtlich nur gewürdigt werden, wenn man ihn in einen größeren Zusammenhang stellt. Er ist ein Stück einer umfassenden Politik, näherhin der von

Eine solche Aberkennung darf die BRD nicht rechtlich anerkennen; sie ist für sie ohne Wirkung“ (ebenda) und: „Die deutsche Staatsangehörigkeit der Bewohner des nördlichen Ostpreußens ist auch durch die Einbeziehung des nördlichen Ostpreußens in den Staatsverband der Sowjetunion nicht untergegangen“. „Weder die Maßnahmen des polnischen Gesetzgebers noch das Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR von 1967 haben dazu führen können, daß die deutsche Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie der DDR die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat“. (Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7.7.1975)

„Objektive Berichterstattung“ – ARD-Team am Werk

Des Deutschen Reiches „progressive“ Erbverwalter: die neue Bourgeoisie der DDR

Honecker ernennt Generäle und Admirale am 29. Jahrestag der DDR.

z.rua. „Ein entlarvendes Geheimpapier aus Bonn über die totale Ausforschung von DDR-Bürgern“ hat das „Neue Deutschland“, Zentralorgan der SED, am 26.4.79 seinen Lesern in Auszügen auf einer ganzen Seite präsentiert. In dieser insgesamt 19 Seiten umfassenden Schrift des Bundesinnenministeriums werden Bundesgrenzschutz und Bundesnachrichtendienst Anweisungen erteilt, worauf bei der Auskundschaftung der DDR das Hauptaugenmerk zu richten ist: Truppenbewegungen, Versorgungsengpässe, „Spannungsgebiete“. Die Imperialisten der BRD suchen seit ihrem Bestehen danach, die Kräfteverhältnisse in der DDR genau zu taxieren und Infiltrationsmöglichkeiten ausfindig zu machen. Das Geschäft der Spionage ist so alt wie die Konkurrenz selbst.

Nicht der Tatbestand der Spionage empört die DDR-Bourgeoisie, darauf versteht sie sich auch. Nur mit nicht so großem Erfolg. Es wurmt sie, daß einige der „gepflegten Damen über 30“ in Bonn und Brüssel vorzeitig aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Und getretene Hunde bellen. „Neues Deutschland“ bejammert, daß mit obigem Dokument „die bislang bekanntgewordenen Details über Spitzeltätigkeiten ... in geradezu bedrückender Weise vervollkommnet (werden)“. Die Volksmassen der DDR *bedrückt* dies nicht. Es steigert eher ihre Wut, zusätzlich zur Bespitzelung und Schikane durch den Statssicherheitsdienst auch noch durch die westdeutsche Bourgeoisie belauert zu werden.

Die Arbeiter und Bauern der DDR waren seit ihrer Staatsgründung den hartnäckigen Angriffen der westdeutschen und mit ihnen verbündeten Imperialisten ausgesetzt. Mit der Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag hatten sie ein wirksames Instrument, dem großdeutschen Chauvinismus Schranken zu setzen. Die Re-

penbewegungen, Versorgungsengpässe, „Spannungsgebiete“. Die Imperialisten der BRD suchen seit ihrem Bestehen danach, die Kräfteverhältnisse in der DDR genau zu taxieren und Infiltrationsmöglichkeiten ausfindig zu machen. Das Geschäft der Spionage ist so alt wie die Konkurrenz selbst.

Nicht der Tatbestand der Spionage empört die DDR-Bourgeoisie, darauf versteht sie sich auch. Nur mit nicht so großem Erfolg. Es wurmt sie, daß einige der „gepflegten Damen über 30“ in Bonn und Brüssel vorzeitig aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Und getretene Hunde bellen. „Neues Deutschland“ bejammert, daß mit obigem Dokument „die bislang bekanntgewordenen Details über Spitzeltätigkeiten ... in geradezu bedrückender Weise vervollkommnet (werden)“. Die Volksmassen der DDR *bedrückt* dies nicht. Es steigert eher ihre Wut, zusätzlich zur Bespitzelung und Schikane durch den Statssicherheitsdienst auch noch durch die westdeutsche Bourgeoisie belauert zu werden.

Die Arbeiter und Bauern der DDR waren seit ihrer Staatsgründung den hartnäckigen Angriffen der westdeutschen und mit ihnen verbündeten Imperialisten ausgesetzt. Mit der Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag hatten sie ein wirksames Instrument, dem großdeutschen Chauvinismus Schranken zu setzen. Die Re-

visionisten der DDR haben auf Geheiß der russischen Revisionisten diese Forderung fallengelassen.

Im 30. Jahr „des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden“ gießen die neuen Bourgeois eine Welle von Chauvinismus über die Volksmassen, um das Elend der verstärkten Ausbeutung und Plünderung zu übertünchen. Nachdem durch die Gründung der DDR „sich schrittweise der neue Typ der sozialistischen Nation herausgebildet“ habe, sei es jetzt Zeit, das „deutsche Erbe“ zu teilen. Auf das „progressive Erbe“ will die DDR fortan *ihren* Alleinanspruch geltend machen. Dazu zählt sie: Goethe, Schiller, Herder, Pestalozzi, Fröbel, Diesterweg und – „die in Preußen lebenden deutschen Patrioten“, Scharnhorst z.B., der auf der Seite Rußlands gegen Napoleon „die Heimat verteidigte“. Ihm widmete das Fernsehen der DDR im Dezember eine fünfteilige Serie. Vor allem die Jugend in Schule und Armee soll „zum sozialistischen Patriotismus“ abgerichtet werden. Die Jugend ist rebellisch – da hilft nur preußischer Kasernenton.

Fürs Preußische hat die DDR-Bourgeoisie eine Neigung. Gegenwärtig wird Potsdam als Wohnstatt „Friedrichs des Großen“ mit Milliardenbeträgen restauriert. Alle paar Wochen, wenn Honecker Hof hält und neu akkreditierte Botschafter empfängt, ist untrennbarer Bestandteil des gähnend langen Zeremoniells eine Stechschritt-Parade der Nationalen Volksarmee.

Die DDR-Bourgeoisie hat auf internationaler Ebene in den letzten Jahren ihren Einfluß ausweiten können. Im Troß der Sozialimperialisten gelang es ihr, in zahlreichen Ländern der Dritten Welt Tritt zu fassen. Als „Höhepunkt unserer Außenpolitik“ würdigte Politbüro-Mitglied Axen am 26.4. auf der 10. Tagung des ZK der SED die Reise Honeckers nach Libyen, Angola, Sambia und Mozambique, bei der einige Wirtschaftsabkommen geschlossen wurden. Die neue Bourgeoisie der DDR strebt aber nach mehr Einfluß, doch dem sind innerhalb des RGW – zumindest auf ökonomischem Gebiet – Grenzen gezogen. Anlaß, sich auf den Erbbruder und die verbindenden Traditionen zu besinnen. Die Anträge

poleon „die Heimat verteidigte“. Ihm widmete das Fernsehen der DDR im Dezember eine fünfteilige Serie. Vor allem die Jugend in Schule und Armee soll „zum sozialistischen Patriotismus“ abgerichtet werden. Die Jugend ist rebellisch – da hilft nur preußischer Kasernenton.

Fürs Preußische hat die DDR-Bourgeoisie eine Neigung. Gegenwärtig wird Potsdam als Wohnstatt „Friedrichs des Großen“ mit Milliardenbeträgen restauriert. Alle paar Wochen, wenn Honecker Hof hält und neu akkreditierte Botschafter empfängt, ist untrennbarer Bestandteil des gähnend langen Zeremoniells eine Stechschritt-Parade der Nationalen Volksarmee.

Die DDR-Bourgeoisie hat auf internationaler Ebene in den letzten Jahren ihren Einfluß ausweiten können. Im Troß der Sozialimperialisten gelang es ihr, in zahlreichen Ländern der Dritten Welt Tritt zu fassen. Als „Höhepunkt unserer Außenpolitik“ würdigte Politbüro-Mitglied Axen am 26.4. auf der 10. Tagung des ZK der SED die Reise Honeckers nach Libyen, Angola, Sambia und Mozambique, bei der einige Wirtschaftsabkommen geschlossen wurden. Die neue Bourgeoisie der DDR strebt aber nach mehr Einfluß, doch dem sind innerhalb des RGW – zumindest auf ökonomischem Gebiet – Grenzen gezogen. Anlaß, sich auf den Erbbruder und die verbindenden Traditionen zu besinnen. Die Anträge

an die BRD, in verstärktem Maße „Gemeinschaftsprojekte in Entwicklungsländern zu realisieren“, häufen sich. Dies ermögliche, so locken sie, „ökonomische Effekte, wie sie von keiner anderen Form der Zusammenarbeit in diesen Dimensionen zu erwarten“ seien. (IPW-Berichte, 2/79)

Neue Ostgeschäfte des französischen Imperialismus

z.pel.Paris. „Entspannung, Verständigung, Zusammenarbeit“ (Figaro), General de Gaulles Forderungen von 1966 seien heute verwirklicht. So beurteilt die französische Finanzbourgeoisie in ihrer Presse den Besuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in der Sowjetunion. Die unüberhörbare Genugtuung hat ihren Grund im Abschluß des Wirtschaftsabkommens für die Jahre 1980 – 85 und der Vereinbarung des Zehnjahresrahmens bis 1990. Darin ist die Ausweitung des Warenaustausches mit den Sozialimperialisten auf das Dreifache des gegenwärtigen Volumens festgelegt worden. 13 Mrd. F bei einem Handelsbilanzüberschuß von 1,5 Mrd. F, das war das Ergebnis von 1977 (Schaubild). 80% der französischen Exporte waren Industrieerzeugnisse, 43% Ausrüstungsgegenstände. Die Konzentration auf die Sektoren Stahl, Automobilindustrie, Chemie und Petrochemie soll beibehalten werden. Verträge über die Installierung einer kompletten Aluminiumfabrik im Wert von 1,4 Mrd. F und einer Chemiefabrik sind unterschriftsreif. Die Sozialimperialisten werden in Fortführung des Abkommens vom 13.2.1976 ihre Öl- und Gaslieferungen weiter steigern. Am 3.10.1978 hatte die gemeinsame gemischte Wirtschaftskommission die Fortführung der zehn gemeinsamen Projekte in der Atomenergie (darunter die Entwicklung von Neutronenbeschleunigern) und der Zusammenarbeit in der Weltraumforschung begrüßt.

Im Kampf mit dem BRD-Imperialismus um die Hegemonie über Westeuropa arbeitet die französische Finanzbourgeoisie beharrlich an der Verbesserung ihrer strategischen Basis. „Wir waren die ersten in Europa, die den Weg der Entspannung eröffnet haben“, erinnert Giscard die westdeutschen Kapitalisten an den historischen französischen Anspruch auf die Warenmärkte Osteuropas.

Der erklärte Feind der revolutionären Sowjetunion, de Gaulle, hatte im März 1959 die aus dem Farbwechsel der KPdSU resultierenden Möglichkeiten imperialistischer Infiltration in Osteuropa erkannt: „Ihr ökonomischer Aufschwung rief bei ihnen neue ökonomische, soziale und politische Forderungen hervor“, so analysierte er die Gier der neuen Zaren nach hochentwickelter Produktivkraft zum Zwecke maximaler Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter. Seine Schlußfolgerung: „Einigkeit bedeutet für Frankreich und Rußland Stärke“. (Nach: Figaro, 24.4.) Die Politik der partiellen Loslösung vom US-Imperialismus und der begrenzten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verschaffte dem selbständigen Interesse der französischen Bourgeoisie Geltung.

Die Gespräche Giscards in Moskau dienen der erneuten Prüfung der für die französische Bourgeoisie vorteilhaftesten Allianz. Der erste Franzose im Weltraum in einem sowjetischen Raumschiff symbolisiert das Angebot des Sozialimperialismus auf Komplizenschaft.

Handel Frankreich/BRD mit Comecon

Frankreich: UdSSR; Comecon ohne UdSSR; Anteil an den Importen der UdSSR (in %)

BRD

z.güv. **Aus Anlaß des 150-jährigen Jubiläums des Deutschen Archäologischen Instituts schwärmte Scheel von einem neuen ,,Anfang zur Erforschung der Weltkultur''**, der mit der neueinzurichtenden ,,Kommission für allgemeine und vergleichende Archäologie'' gemacht werden solle. Der Bundestag hat die Gelder bereits bewilligt. Das Institut, das bisher im Mittelmeerraum, im Irak und Iran tätig war, soll nun auch die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei der ,,Wiederbelebung der vorkolonialen Vergangenheit und der Erforschung früher Hochkulturen... unterstützen''. Die Imperialisten wissen, daß die Zeiten des offenen weltweiten Kunst- und Kulturdiebstahls vorbei sind. Die Länder der 3. Welt lassen sich das nicht mehr gefallen und fordern die gestohlenen Schätze zurück. Und da stellt sich der Scheel in West-Berlin, das voll von kulturellem Diebesgut ist, hin und redet unverfroren von ,,Vielfalt der Kulturen'', die bewahrt werden müsse, von der ,,kulturellen Einebnung'', die mit Hilfe der ,,Erfahrung und Technik der europäischen Archäologie'' verhindert werden müsse. Dahinter steckt die Taktik, über gemeinsame Forschungsprojekte, wissenschaftlich-technische Unterstützung usw. den Völkern die imperialistische Lesart von ihrer Kultur und Geschichte diktieren zu können.

z.woh. **Wer zweifelt noch daran, daß der Bundestag die Verjährung der Hitlerfaschisten ablehnen wird?** Bis in alle Ewigkeit will der sie verfolgt und bestraft wissen? Wohl kaum. Geradewegs das Gegenteil ist mit diesem geschickt angezettelten Geschwätz bezweckt. Am 3. April befaßte sich der Bundestag in seiner Fragestunde mit dem Faschisten Heß, um durch die

raum, im Irak und Iran tätig war, soll nun auch die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei der ,,Wiederbelebung der vorkolonialen Vergangenheit und der Erforschung früher Hochkulturen... unterstützen''. Die Imperialisten wissen, daß die Zeiten des offenen weltweiten Kunst- und Kulturdiebstahls vorbei sind. Die Länder der 3. Welt lassen sich das nicht mehr gefallen und fordern die gestohlenen Schätze zurück. Und da stellt sich der Scheel in West-Berlin, das voll von kulturellem Diebesgut ist, hin und redet unverfroren von ,,Vielfalt der Kulturen'', die bewahrt werden müsse, von der ,,kulturellen Einebnung'', die mit Hilfe der ,,Erfahrung und Technik der europäischen Archäologie'' verhindert werden müsse. Dahinter steckt die Taktik, über gemeinsame Forschungsprojekte, wissenschaftlich-technische Unterstützung usw. den Völkern die imperialistische Lesart von ihrer Kultur und Geschichte diktieren zu können.

z.woh. Wer zweifelt noch daran, daß der Bundestag die Verjährung der Hitlerfaschisten ablehnen wird? Bis in alle Ewigkeit will der sie verfolgt und bestraft wissen? Wohl kaum. Geradewegs das Gegenteil ist mit diesem geschickt angezettelten Geschwätz bezweckt. Am 3. April befaßte sich der Bundestag in seiner Fragestunde mit dem Faschisten Heß, um durch die
Bundesregierung feststellen zu lassen: ,,Das hohe Alter und die angegriffene Gesundheit von Rudolf Heß rechtfertigen, ungeachtet der Bewertung seiner Schuld, seit langem eine Beendigung seiner langandauernden Haft... Sie (die Bundesregierung) wird auch weiterhin alle geeigneten Schritte zur Freilassung von Rudolf Heß bei den Vier Mächten unternehmen.'' Der Coup ist primitiv. Während der Bundestag mit der Verjährung taktiert und gesetzlich sich eine beständige Verfolgung aufrechterhält, sprechen die Gerichte dort, wo Anklage erhoben ist, wie jetzt im Majdanek-Prozeß, frei. ,,Jetzt, nach 35 Jahren, bleibt dem Schwurgericht nur noch die resignierende Feststellung: Gegen die 4 Angeklagten ist der Sachverhalt nicht weiter aufklärbar'', kommentiert das ZDF am 19. April. Wo der ,,Sachverhalt'', wie bei Heß, zu offensichtlich ist, wird für die Faschisten auf dem Weg der ,,Menschlichkeit'', ,,ungeachtet der Bewertung der Schuld'', die Tür zur Freiheit aufgeschlagen. Vielleicht braucht die Bourgeoisie diese Leute ja noch zum zweiten Mal.

z.ans. **Gegen die heftigen Kämpfe der Arbeiterklasse für mehr Lohn, gegen Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit leitete Strauß ein ,,Gespräch'' mit dem bayerischen DGB-Vorstand ein.** Während die Gewerkschaftssozialdemokraten im Rahmen des monatelangen Gerangels um einen Termin pflichtgemäß scheinkämpferisch tönten, erklärte Strauß, worum es der Bourgeoisie geht: ,,Soziale Marktwirtschaft... ist die freiheitliche, soziale, wirtschaftliche Ordnung beider Seiten, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer... Die Wirtschaft hat dem Volk in seiner Gesamtheit zu dienen'' – also Verbreitung von Volksgemeinschaftsideologie zur Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse. Mit dem 4-stündigen Gespräch in ,,sehr guter, sachlicher Atmosphäre'' zwischen Strauß und einer 20-köpfigen DGB-Delegation konnte Strauß sich der Bourgeoisie als derjenige beweisen, der sein Geschäft auch gegenüber der elementaren Organisationsform der Arbeiterklasse versteht. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, daß das ,,Gespräch eine Reihe von Gemeinsamkeiten erbracht habe und auch dort, wo grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, die verschiedenen Standpunkte ohne Polemik ausgetauscht worden seien''. Mit der Forderung, die ,,Probleme ideologiefrei zu behandeln'', verraten die führenden Gewerkschaftssozialdemokraten nicht nur den selbständigen Kampf der Arbeiter, sondern leugnen, daß die Arbeiter eigene Klasseninteressen haben, der verschärften Ausbeutung durch die Kapitalisten über Lohnraub, Nacht-, Akkord- und Schichtarbeit Schranken zu setzen. Was soll man z.B. von der erzielten ,,Einigung'' halten, daß die ,,Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen'' sich nicht gegen die Bediensteten richten dürfe, wo die Kapitalisten sie gerade betreiben, um Lohnsenkung und Rationalisierung gegen die Beschäftigten durchzusetzen, wo diese heftige Kämpfe dagegen führen? Die Lohnabhängigen können nichts davon erwarten, sondern müssen im selbständigen Kampf für ihre Interessen eintreten.

z.ulg.Rom. **Einen ,,Internationalen Kongreß für die Seelsorge am Menschen unterwegs'' hat der Vatikan Mitte März veranstaltet, um zu beraten, wie die Kirche der ,,Entchristlichung'' (Wojtyla) der Millionen Arbeiter, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft im Ausland gezwungen sind, entgegenarbeiten kann.** Ein italienischer Pater namens Danesi hat den angereisten ,,Experten'' aus seiner dazu eigens ersonnenen ,,Theologie der Migrationen (Wanderungsbewegungen)'' vorgetragen. Der ,,Papst, der aus der Ferne kommt'', hat sich nicht nehmen lassen, zu dieser Theologie der Unterwerfung zusätzlicher Arbeiterheere unter das imperialistische Kapital einen persönlichen Beitrag zu leisten. Der Zwang zur Auswanderung, hat er dem Kongreß mitgeteilt, sei ,,auch eine Chance zur menschlichen und geistlichen Bereicherung, zur Öffnung, zur Annahme der Fremden und zur gegenseitigen Erneuerung ihrer Kontakte''. Menschlich und geistlich mag man die Bereicherung der Kapitalisten freilich auch nennen. Aber: ,,Weiß die Kirche diese Chance zu nützen? Seit den ersten Jahrhunderten war die Gastfreundschaft stets ein ausgeprägtes Merkmal der christlichen Gemeinden. Die Kirche, die sich als katholisch, das heißt universal, versteht, findet hier ein fundamentales Zeichen ihrer Sendung.'' Die Imperialisten unterdrücken die eingewanderten Arbeiter in ihren elementarsten nationalen

z.ulg.Rom. Einen ,,Internationalen Kongreß für die Seelsorge am Menschen unterwegs'' hat der Vatikan Mitte März veranstaltet, um zu beraten, wie die Kirche der ,,Entchristlichung'' (Wojtyla) der Millionen Arbeiter, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft im Ausland gezwungen sind, entgegenarbeiten kann. Ein italienischer Pater namens Danesi hat den angereisten ,,Experten'' aus seiner dazu eigens ersonnenen ,,Theologie der Migrationen (Wanderungsbewegungen)'' vorgetragen. Der ,,Papst, der aus der Ferne kommt'', hat sich nicht nehmen lassen, zu dieser Theologie der Unterwerfung zusätzlicher Arbeiterheere unter das imperialistische Kapital einen persönlichen Beitrag zu leisten. Der Zwang zur Auswanderung, hat er dem Kongreß mitgeteilt, sei ,,auch eine Chance zur menschlichen und geistlichen Bereicherung, zur Öffnung, zur Annahme der Fremden und zur gegenseitigen Erneuerung ihrer Kontakte''. Menschlich und geistlich mag man die Bereicherung der Kapitalisten freilich auch nennen. Aber: ,,Weiß die Kirche diese Chance zu nützen? Seit den ersten Jahrhunderten war die Gastfreundschaft stets ein ausgeprägtes Merkmal der christlichen Gemeinden. Die Kirche, die sich als katholisch, das heißt universal, versteht, findet hier ein fundamentales Zeichen ihrer Sendung.'' Die Imperialisten unterdrücken die eingewanderten Arbeiter in ihren elementarsten nationalen
Rechten und versuchen, sie von den einheimischen Arbeitern zu spalten. Den Widerstand dagegen will die Kirche durch trügerische ,,Einheit im Heiligen Geiste'' zersetzen. Aus ihren Heimatländern werden den ausgewanderten Arbeitern dazu ,,Missionare'' nachgeschickt, um sie in die ,,Ortskirchen'' zu lotsen. Ausgerechnet der Bischof von Osnabrück hat dem Kongreß über die ,,ständige Weiterbildung des Missionars'' referiert. Bessere Schulung dieser Agenten wird's auch nicht bringen. In vielen westdeutschen Betrieben liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter noch über dem Durchschnitt.

Frankfurt, 27.4.79. Am Mittwoch, dem 25.4.79, hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier die Setzer der Firma ,,Gutfreund und Sohn'' (Setzerei) in Darmstadt und die Drucker von TER-Druck (Tercüman) in Frankfurt (Zeppelinheim/Neuisenburg) aufgerufen, den Satz und Druck der ,,Times'' zu verhindern und keine Streikbrecherarbeit zu leisten. Am Donnerstag, dem 26.4. führten 40 Druckereiarbeiter vor der türkischen Druckerei eine Kundgebung durch und forderten: ,,Kein Druck der Times''. Auf der Kundgebung sprach ein Vertreter des Landesvorstandes der IG Druck und Papier und ein Vertreter der englischen Druckarbeitergewerkschaft NGA. Verhandlungen mit der Geschäftsleitung blieben ergebnislos. Am Freitag, dem 27.6.79 verteilte die IG Druck und Papier in allen Druckbetrieben Frankfurts eine Erklärung, in der zu einer erneuten Kundgebung am selben Tag vor dem Betrieb aufgefordert wurde. An der Kundgebung beteiligten sich 200 Druckarbeiter. Es sprachen John Willats von der NGA und Ferlemann vom Hauptvorstand. Der Andruck der Times soll am Samstag sein. Seit der Kundgebung am Mittwoch sind an der TER-Druckerei Transparente zur Unterstützung der Times-Arbeiter angebracht und halten Mitglieder der IG-Druck und Papier Wache.

z.rev. **Die Sozialhilfe fällt weg, wenn eine ,,eheähnliche Gemeinschaft'' besteht – so entschied das hessische Verwaltungsgericht.** (Az.: V O3 62/78) Einem Mann, der kein Einkommen hat, wurde die Sozialhilfe gestrichen, da er mit einer Angestellten vom Hessischen Rundfunk zusammenlebt. Grundsätzlich legt das Verwaltungsgericht mit dem Urteil fest, was alles ,,eheähnliche Gemeinschaften'' sind: Nicht nur die direkten Verwandten, sondern jetzt sollen Freundin oder Mitbewohner einer Haushaltsgemeinschaft zur Unterhaltspflicht herangezogen werden. Es leben auch sehr viele Rentner ,,eheähnlich'' zusammen, die Sozialhilfe erhalten. Mit dem Verwaltungsgerichtsurteil kann ihnen jetzt die Sozialhilfe gestrichen werden. Es soll aber nur die Grundlage sein für weitere Verbrechen des Ehrenbergministeriums. Z.Zt. ist es schon so, daß den Witwen die Rente gestrichen wird, wenn sie sich wiederverheiraten. Mit der Definition der ,,eheähnlichen Gemeinschaft'' läßt sich über die Sozialhilfe hinaus später leicht die Rente kürzen. Der nächste Schritt Ehrenbergs wird die Kürzung der Witwen- und Witwerrenten sein. Damit das Grundsatzurteil auch voll zur Anwendung kommen kann, wird einem bei jedem Antrag auf Sozialhilfe ein Sozialarbeiter geschickt, der die Wohnung kontrolliert und Fragen stellt – wer wohnt denn noch hier, und was verdient der denn so?

z.klr. **Lohntarife, die zur Kündigung anstehen, und noch laufende Lohntarifverhandlungen:**
IG Bergbau und Energie. Zum 1. Mai sind die Tarife im saarländischen Steinkohlebergbau ausgelaufen. Die Gewerkschaft fordert 6%, stufenweise Verlängerung des Urlaubs auf 30 Tage und zusätzlichen Urlaub für Untertagearbeiter. Nächster Verhandlungstermin ist am 30.4.

Kämpfe gegen Entlassungen bei Klöckner und P & S

r.gör. Das Hochofenwerk Ilsede des Peine und Salzgitter-Konzerns soll stillgelegt werden. 1000 Arbeiter haben dagegen demonstriert. Bei Klöckner in Osnabrück sollen 600 Arbeiter entlassen werden. Jetzt findet dort zum erstenmal wieder eine gewerkschaftliche Mai-Demonstration statt. Gegen die Stillegung des Betriebs Beker-Chemie hat die Belegschaft einen langen Kampf geführt. Die zahlreichen Kämpfe, die gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen geführt werden, sind Reaktion auf die Politik der Kapitalisten, die ihre Krise mit verschärften Maßnahmen der Rationalisierung zu überwinden trachten, die durchweg die Belegschaften drastisch verringern, um aus den verbleibenden Arbeitern umso mehr Profit herauszupressen, und die auf diese Weise das Lohnniveau wie auch den Lohnfonds der gesamten Arbeiterklasse senken.

Die Arbeiter führen den Kampf um ihre Reproduktion, der Lohn ist die hauptsächliche Form. Auch in den Kämpfen gegen die Entlassungen geht es darum. Denn es handelt sich bei den Entlassungen ja um nichts anderes als daß einem Teil der Arbeiterklasse der Lohn entzogen wird, damit die Kapitalisten die ganze Klasse umso besser ausbeuten kann.

Die Arbeiter können die *Folgen* der Entlassungen bekämpfen, indem sie die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und deren Bezahlung durch die Kapitalisten durchsetzen. Damit können auch den Kapitalisten Schranken gezogen werden, die jetzt ihre Herrschaft über diese Versicherung benutzen, um durch Massenentlassungen den Lohnkampf zu untergraben. Können die Entlassungen selbst erfolgreich bekämpft werden?

Die Forderung der Belegschaften, daß keiner entlassen werden darf, stößt direkt mit den Gesetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft zusammen. Die Bourgeoisie tut viel, um diesen schroffen Gegensatz zu verdecken. Wie geht sie vor? Solange die Betriebe noch den Kapitalisten gehören, kann der Arbeiter einen Lohn nur erzielen, wenn er Erfolg hat im Verkauf seiner Arbeitskraft. Dieses ökonomische Verhältnis, daß die Arbeitskraft Ware ist und sich nur durch stets erneuten Verkauf und Vernutzung durch die Kapitalisten reproduzieren kann, hat die Bourgeoisie immer schon ausgenutzt, um den Arbeitern ein Interesse an der Existenz zahlungskräftiger Käufer der Ware Arbeitskraft zu unterschieben. Das Geltendmachen dieses ökonomischen Verhältnisses soll herhalten, um die Arbeiter auch zur politischen Anerkennung der bürgerlichen Ökonomie zu bewegen, die auf dieses Verhältnis gründet. Der Kampf um den ,,Erhalt des Arbeitsplatzes'' erscheint dann als grundlegend gegenüber dem Lohnkampf, der sich vielmehr einer ,,Vollbeschäftigungspolitik'' unterzuordnen habe. Zwar kommt dabei niemals eine ,,Vollbeschäftigung'' heraus, wohl aber eine Politik, die darin besteht, den Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeitskraft möglichst umfassend schmackhaft zu machen. Das sollte ja auch.

Der DGB-Vorstand (Kreis Peine) äußerte ,,dagegen schärfsten Widerspruch, daß eine weitere Konzentration (Kapazitätenabbau) im Bereich der Stahlerzeugung bei P&S wiederum zu Lasten des Werkes Peine vorgenommen werden soll... Wenn schon nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden soll, dann können nicht die Ilseder Hochöfen stillgelegt werden, die z.Z. am kostengünstigsten produzieren...'' Keine Spur einer Kritik der Ausbeutungsabsichten der P&S-Kapitalisten, vielmehr wird deren Interessen, die Arbeiterklasse zu spalten (,,nicht die Ilseder Hochöfen'', sondern?) Vorschub geleistet. – Mit so einer Politik können die Arbeiter weder ihren Lohn sichern, noch die Entlassungen verhindern! Jeder praktische Versuch, Entlassungen zu verhindern, um den Lohn und die Reproduktion zu sichern, setzt dagegen schon Rücksichtslosigkeit gegenüber den Profiten der Kapitalisten und ihrer relativen Position in der Konkurrenzschlacht um den Höchstprofit voraus. Als im Sommer 1917 die russischen Kapitalisten massenhaft Entlassungen vorgenommen haben, um – wie sie sagten – die Arbeiter ,,mit der Geißel des Hungers'' für ihre fortgesetzte imperialistische Expansion gefügig zu machen, haben sich die Arbeiter ihre Reproduktion erkämpft, indem sie die Kapitalisten vertrieben und die Betriebe in die eigene Hand genommen haben. Die Lage ist heute nicht grundsätzlich anders. Wo eine Belegschaft beginnt, ihren Betrieb zu besetzen, findet das stets breite Unterstützung. Anders ist der Kampf gegen die dauernden Entlassungen schließlich nicht zu gewinnen, die Reproduktion nicht zu sichern.

Demonstrationen gegen Krankenhausstillegung

Heftige Auseinandersetzungen in Ascheburg, Kreis Coesfeld

r.acm. Der Krankenhausbedarfsplan von NRW sieht bis 1985 Schließungen von 46 ,,nicht leistungsfähigen'' Krankenhäusern vor. Diese Schläge gegen die Gesundheitsversorgung der Massen konzentrieren sich vor allem in den Kreisen, in den ländlichen Gebieten, wo eben diese kleinen Krankenhäuser noch vorhanden sind. Für die Bevölkerung in diesen Gebieten sind diese Krankenhäuser noch echte Stützpunkte – sie sichern noch die Versorgung der Kranken und den Besuch durch die Angehörigen und natürlich kann man noch viel besser erkennen, was sich in ihnen tut. Diese Faktoren bewirken die Kämpfe der Volksmassen gegen die Landesregierung.

Seit mehreren Wochen führen die Volksmassen in Ascheberg (Kreis Coesfeld) einen hartnäckigen Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses in Ascheberg (52 Betten) und die Schließung weiterer 5 im Kreise Coesfeld. Am 8. April Demonstration mit

Coesfeld wird um 6 Krankenhäuser gebracht: Entweder bleibt sodann 15 km Anfahrtsweg über schlechte Landstraße nach Lüdinghausen, oder 30 km nach Münster zu den Unikliniken. Nicht anders wirkt das Programm in den anderen Kreisen des Münsterlandes. 750 Mio. DM ,,Kostendämpfung'' will die Bourgeoisie herausschlagen. (Vgl. KVZ 7/79) Wenn dies einerseits durch die Schließung der kleinen Krankenhäuser für die Bourgeoisie herausgeholt werden soll, so andererseits durch die verschärfte Rationalisierung, Erhöhung des Bettendurchlaufes usw. in den verbleibenden größeren Krankenhäusern, oder wie im Klinikum Münster. So wurde an den Chirurgischen Kliniken in Münster von 1972 bis 1977 die Verweildauer von 22 auf 11 Tage gesenkt, die Zahl der Operationen von 2099 auf 6363 erhöht. So was schafft ein kleineres Krankenhaus nie – davon geht die Bourgeoisie aus.

Die Landesregierung hat sich bislang ihre Pläne offen gehalten. Fahrtmann

die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und deren Bezahlung durch die Kapitalisten durchsetzen. Damit können auch den Kapitalisten Schranken gezogen werden, die jetzt

sten die Ausbeutung der Arbeitskraft möglichst umfassend schmackhaft zu machen. Das sollte ja auch.

Der DGB-Vorstand (Kreis Peine) äußerte ,,dagegen schärfsten Wider-

beginnt, ihren Betrieb zu besetzen, findet das stets breite Unterstützung. Anders ist der Kampf gegen die dauernden Entlassungen schließlich nicht zu gewinnen, die Reproduktion nicht zu sichern.

Demonstrationen gegen Krankenhausstillegung

Heftige Auseinandersetzungen in Ascheburg, Kreis Coesfeld

r.acm. Der Krankenhausbedarfsplan von NRW sieht bis 1985 Schließungen von 46 ,,nicht leistungsfähigen'' Krankenhäusern vor. Diese Schläge gegen die Gesundheitsversorgung der Massen konzentrieren sich vor allem in den Kreisen, in den ländlichen Gebieten, wo eben diese kleinen Krankenhäuser noch vorhanden sind. Für die Bevölkerung in diesen Gebieten sind diese Krankenhäuser noch echte Stützpunkte – sie sichern noch die Versorgung der Kranken und den Besuch durch die Angehörigen und natürlich kann man noch viel besser erkennen, was sich in ihnen tut. Diese Faktoren bewirken die Kämpfe der Volksmassen gegen die Landesregierung.

Seit mehreren Wochen führen die Volksmassen in Ascheberg (Kreis Coesfeld) einen hartnäckigen Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses in Ascheberg (52 Betten) und die Schließung weiterer 5 im Kreise Coesfeld. Am 8. April Demonstration mit
2500 Menschen, am letzten Wochenende Autokorso durch den Kreis mit über 100 Autos. (Siehe Foto) ,,Schluß mit dem Krankenhausmord, laßt uns das Hospital am Ort! Minister Fahrtmann, Hände weg von unserem Krankenhaus.'' Der Angriff auf die Landesregierung wird scharf geführt. Die nächsten Aktionen werden am 5./6. Mai in Düsseldorf stattfinden.

In welchem Ausmaße die Bourgeoisie streichen will und was das für Folgen für die Volksmassen hat, kann man der Karte entnehmen. Der Kreis

Coesfeld wird um 6 Krankenhäuser gebracht: Entweder bleibt sodann 15 km Anfahrtsweg über schlechte Landstraße nach Lüdinghausen, oder 30 km nach Münster zu den Unikliniken. Nicht anders wirkt das Programm in den anderen Kreisen des Münsterlandes. 750 Mio. DM ,,Kostendämpfung'' will die Bourgeoisie herausschlagen. (Vgl. KVZ 7/79) Wenn dies einerseits durch die Schließung der kleinen Krankenhäuser für die Bourgeoisie herausgeholt werden soll, so andererseits durch die verschärfte Rationalisierung, Erhöhung des Bettendurchlaufes usw. in den verbleibenden größeren Krankenhäusern, oder wie im Klinikum Münster. So wurde an den Chirurgischen Kliniken in Münster von 1972 bis 1977 die Verweildauer von 22 auf 11 Tage gesenkt, die Zahl der Operationen von 2099 auf 6363 erhöht. So was schafft ein kleineres Krankenhaus nie – davon geht die Bourgeoisie aus.

Die Landesregierung hat sich bislang ihre Pläne offen gehalten. Fahrtmann
dreht sich was raus von wegen ,,die Pläne sind noch nicht endgültig.'' Das geht darauf die Schließungen sukzessive durchzuführen, damit die Kämpfe zersplittert niedergeschlagen werden können. So haben einige Krankenkassen 8 Krankenhäusern in Rosendahl, Horstmar, Wettringen, Riesenbeck, Drensteinfurt, Ostbevern und Münster noch Galgenfrist bis Ende 1980 ,,zugestanden''. Sie sollten eigentliche schon 1979 geschlossen werden.

Die Unterstützung dieser Kämpfe ist jedoch gesichert. Die Beschäftigten an den Kliniken in Münster haben die Aktionen in Ascheberg aufmerksam verfolgt, einzelne von ihnen waren bei diesen dabei und haben im Klinikum berichtet. Die organisierte Unterstützung der Kämpfe wird jetzt wichtig sein. Macht über die Versicherungen, Zahlungen durch die Kapitalisten, Kontrolle des Gesundheitswesens ist die Perspektive in den Kämpfen gegen die Bourgeoisie.

„Krise in der Schiffbauindustrie"?

Militärischer Ausbau der Werftindustrie soll die imperialistische Expansion sichern

r.hek. „Die deutsche Werftindustrie schwenkt die schwarzen Fahnen", dramatisiert das „Handelsblatt" am 26.4. die Situation im Schiffbau. Der nordbremischen Werft Bremer Vulkan geht es schlecht, „echt schlecht" sogar, läßt der „Weser-Kurier" Werftdirektor Huchzermeier am 27.4.79 beipflichten.

Doch was mit Stimmungsbild als Krise dargestellt wird, die triumphierende Beschreibung der Entwicklung des Geschäftsjahres 78 bei Blohm & Voss, klärt einiges. Erstmals seit neun dividendenlosen Jahren, schüttet die Werft einen Betrag von insgesamt 1,36 Mio DM an die Aktionäre aus. Für sie, eine der fünf westdeutschen Großwerften, wird die „Zukunft wieder gelassen beurteilt". Die neunjährige „Enthaltsamkeit" der Aktionäre wurde genutzt, um den Betrieb von einer Werft in einen schiffahrtsbezogenen Produktionsbetrieb umzustellen, mit den Schwerpunkt Kriegsschiffbau und Kriegsproduktion. Spezialkonstruktionen für Meerestechnik, sowie Beratung anderer Betriebe (Consulting) und der Apparatebau sind vereinigt in der Werft Blohm & Voss. Die größten Schiffbauprojekte der nächsten Jahre sind vor allem fünf Fregatten, davon zwei für die westdeutschen Imperialisten, zwei für die argentinische und eins für die nigerianische Regierung. 20 Zollboote, zu denen Folgeaufträge anstehen, kommen noch hinzu. Die Zahlen für 78 aus dem Geschäftsbericht sind eindrucksvoll: Umsatz 77 zu 78: plus 23,4%; Auftragseingang plus 153%; Jahresüberschuß plus 150%. (Handelsblatt, 26.4.79).

Die Spezialisierung, mit profitablen Pfründen für die Aktionäre, betreibt der Bremer Vulkan in kürzerer Zeit: Nach Dividenden von 45% 1974; 44% 1975; 32,5% 1976 und 29% 1977, wurde für 1978 erstmals keine Dividende ausgeschüttet. Die dafür bereitstehenden 32 Mio DM – rund 12 Mio mehr als im Vorjahr – wurden in zusätzliche Rückstellungen umgewandelt. Für 1979 und 1980 will man ebenso verfahren. „Wir werden unseren Aktionären die Dividende mehrfach zurückzahlen... 6 oder 8% hätten wir zwar zahlen können, das ist für uns aber keine Dividende" (Schirmer, Weser-Kurier, 27.4.79). In drei Jahren will die Betriebsführung des Bremer Vulkan jene Schritte durchführen, für die Blohm & Voss neun benötigte. Mit 24,9 Mio DM Investitionen, fast doppelt soviel wie 1977, betreibt die Betriebsführung den fieberhaften Ausbau der Werft hin zur Kriegsproduktion.

Zusammen mit HDW, AG Weser, Lürrsen und TNSW, stehen den westdeutschen Imperialisten insgesamt sechs Werften zur Verfügung, die jedes Schiff vor allem aber jedes *Kriegs*schiff schnell und gut fertigen können. Zur Zeit betragen die westdeutschen Bundeswehraufträge an die Werften *nur* 5% am Gesamtumsatz, 1980 werden sie mit knapp 20%, das vierfache sein. Der Direktor der Gutehoffnungshütte Bardtholdt: „Man muß nicht in strategischen Kategorien denken, um sehr schnell zu dem Punkt zu kommen, an dem der weitere Ausfall von Hauptversorgungsgebieten für große Teile der Weltwirtschaft nur durch einen militärischen Eingriff verhindert werden kann – oder sogar muß..." (Schiffahrt International, 3/79).

Einher geht das mit dem Versuch, die Werften in militärische Arbeitshäuser umzuwandeln. Im Zeitraum vom 1. April 1975 bis zum 1. April 1979 hat der Vulkan 1200 Werftarbeiter weniger entlohnt. Entlassungen größeren Stils seien in Zukunft nicht auszuschließen, so der Arbeitsdirektor, je 20 Arbeiter aus vier Gewerken sollen entlassen werden, hieß es auf der Betriebsversammlung. Das Werfthilfeprogramm zeigt seine Wirkungen, so der VDS: „Das Programm wird weitere Beschäftigungsanpassungen hoffentlich abmildern, aber aufgrund der Begrenzungen nicht aufhalten können. "In dem Strukturbericht geht er von einer Entlassungsquote von 50% der 1975 beschäftigten Arbeiter und Angestellten bis 1980 aus.

VDS-Planung für Handelsschiffbau

Jahr	1975	1980
Beschäftigte	46839	23507
Umsatz Mrd. DM	4,5956	3,000
Pro-Kopf-Umsatz in DM	98115	127622
Index	100	130

Die Fachzeitschrift „Schiffahrt International" vom Februar: „Wie man auch denken mag – es ist nun so lange von der Werftkrise und den zu erwartenden Opfern, lies Firmenzusammenbrüchen die Rede, daß das alles ein unverantwortlich dummes Gerede gewesen sein müßte, würden wir nicht irgendwann, irgendwo und irgendwie mit solchen Fragen konfrontiert. " Kurz, weder Arbeitsplätze noch Werften vor dem Zusammenbruch zu bewahren *ist* erklärtes Ziel derjenigen, die Werfthilfen einstreichen. Die wahnwitzige Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes drückt aus – *nur* durch die Nutzung der Werfthilfe als staatlich garantiertes Umsatzminimum *zur verstärkten Auspressung* der Arbeiter mittels Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit, mittels beständigen Wechseln von maßlosen Überstunden einerseits und Kurzarbeit andererseits, durch die Überarbeit des einen Teils und die Entlassung des so überflüssig gemachten Teils, wollen die Kapitalisten vergoldet und als Weltspitzenreiter herauskommen.

Die Schweizer Finanziers für „saubere Verhältnisse": Steuer auf Lohn

Die Arbeiter und Bauern haben die Mehrwertsteuer 1977 schon einmal zurückgeschlagen

z.anb. Der Herr Professor Wittmann von der Universität Freiburg in der Westschweiz hat es satt gehabt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Mit den „unsauberen Verhältnissen" müsse nun wirklich aufgeräumt werden, schrieb er in der „Neuen Zürcher Zeitung" am 22. April. Die am 20. Mai zur Volksabstimmung vorzulegende Finanzreform der Schweizer Bundesregierung müsse endgültig „einen Schlußstrich unter steuerpolitische Kompromisse ziehen, die die Schweiz für mittlere und obere Einkommen zu einem Steuerhochland und zu einem Steuerparadies nur noch für breite Einkommensschichten und für Verbraucher gemacht haben". Die geplante Umstellung der Umsatzbesteuerung auf die Einführung eines Mehrwertsteuersatzes von 8% sei das Mindeste, denn Mehreinnahmen für den Staatshaushalt von 1,6 Mrd. Franken aus Lohn sind nach Herrn Professors Meinung so gut wie nichts. Schließlich beträgt die Verschuldung des Budgets 16 Mrd. Allerdings sei die Änderung des Besteuerungs*prinzips* dann etwas wert, wenn man sich auf diesem Wege eine „Reservesteuer" für spätere „Zusatzeinnahmen" verschaffe.

Seit 1960 haben sich die Abzüge auf ihren Lohn und ihr Einkommen vervierfacht, jedoch – immer noch werden 38,6% der Staatseinnahmen aus der Besteuerung von Kapitalvermögen rekrutiert. Nicht, als ob Kapital knapp wäre. Währungsreserven von 41 Mrd. Franken haben sich im Laufe des letzten Jahres angesammelt, aber eben *angesammelt* und nicht verwertet. Sturzfluten von Geldströmen in das „Hartwährungsland" par excellence waren die Folge der Dollarkungelei der US-Imperialisten. In der Schweiz wußte man das Kapital „sicher": von den 100 größten Bankmonopolen der Welt haben über die Hälfte allesamt Töchter in der Schweiz. Von hier aus werden die Adern des Kapitalexports mit frischem Blut versorgt. 1976 gingen 19,1 Mrd. Franken in den Export, 1977 18,3 Mrd. Über die Zahlungsbilanz kann sich die Schweizer Bourgeoisie nicht aufregen, sie verzeichnet 10 Mrd. Franken Überschuß. Die Importe, vor allem aus der Dritten Welt sind zwar kräftig gestiegen, 1978 um 11%, aber was juckt's, wenn man dafür 12,4% weniger gezahlt hat?

Wo drückt also der Schuh? Die Fi-

„Nein zur Erpressung des Staates und der Parteien" – Kampf gegen die Einführung der Mehrwertsteuer 1977

des Tourismus. Jetzt sind es noch die „Sozialleistungen", die den Kapitalisten die Lust verderben. Ist die Industrieproduktion etwa nicht unter dem

weil der Masse des Geldvolumens nicht in entsprechendem Umfang Warenwerte gegenüberstehen. Die Ausbeu-

Die Schweizer Finanziers für „saubere Verhältnisse": Steuer auf Lohn

Die Arbeiter und Bauern haben die Mehrwertsteuer 1977 schon einmal zurückgeschlagen

z.anb. Der Herr Professor Wittmann von der Universität Freiburg in der Westschweiz hat es satt gehabt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Mit den „unsauberen Verhältnissen" müsse nun wirklich aufgeräumt werden, schrieb er in der „Neuen Zürcher Zeitung" am 22. April. Die am 20. Mai zur Volksabstimmung vorzulegende Finanzreform der Schweizer Bundesregierung müsse endgültig „einen Schlußstrich unter steuerpolitische Kompromisse ziehen, die die Schweiz für mittlere und obere Einkommen zu einem Steuerhochland und zu einem Steuerparadies nur noch für breite Einkommensschichten und für Verbraucher gemacht haben". Die geplante Umstellung der Umsatzbesteuerung auf die Einführung eines Mehrwertsteuersatzes von 8% sei das Mindeste, denn Mehreinnahmen für den Staatshaushalt von 1,6 Mrd. Franken aus Lohn sind nach Herrn Professors Meinung so gut wie nichts. Schließlich beträgt die Verschuldung des Budgets 16 Mrd. Allerdings sei die Änderung des Besteuerungs*prinzips* dann etwas wert, wenn man sich auf diesem Wege eine „Reservesteuer" für spätere „Zusatzeinnahmen" verschaffe.

Im Jahre 1977 hatten es die Finanzbourgeois schon einmal mit 10% Mehrwertsteuer versucht, sie waren baden gegangen. Die, die ihre Hände an den Maschinen schmutzig machen, für die die 44-Stunden-Woche die *gesetzliche* Grundlage darstellt, auf der der niedrige Lohn zu 50 und mehr Stunden die Woche Vernutzung der Arbeitskraft zwingt, und die kleinen Bauern, die in den Bergregionen jetzt ihr „unrentables" Stückchen Land „freiwillig" der „Nutzung durch Dritte" überlassen sollen – sie halten das „Finanzpaket 2" der Regierung für ablehnungsreif.

Seit 1960 haben sich die Abzüge auf ihren Lohn und ihr Einkommen vervierfacht, jedoch – immer noch werden 38,6% der Staatseinnahmen aus der Besteuerung von Kapitalvermögen rekrutiert. Nicht, als ob Kapital knapp wäre. Währungsreserven von 41 Mrd. Franken haben sich im Laufe des letzten Jahres angesammelt, aber eben *angesammelt* und nicht verwertet. Sturzfluten von Geldströmen in das „Hartwährungsland" par excellence waren die Folge der Dollarkungelei der US-Imperialisten. In der Schweiz wußte man das Kapital „sicher": von den 100 größten Bankmonopolen der Welt haben über die Hälfte allesamt Töchter in der Schweiz. Von hier aus werden die Adern des Kapitalexports mit frischem Blut versorgt. 1976 gingen 19,1 Mrd. Franken in den Export, 1977 18,3 Mrd. Über die Zahlungsbilanz kann sich die Schweizer Bourgeoisie nicht aufregen, sie verzeichnet 10 Mrd. Franken Überschuß. Die Importe, vor allem aus der Dritten Welt sind zwar kräftig gestiegen, 1978 um 11%, aber was juckt's, wenn man dafür 12,4% weniger gezahlt hat?

Wo drückt also der Schuh? Die Fi-nanzbourgeois sagen, der Franken ist schuld, er erschwere das Exportgeschäft. Vielleicht *noch* nicht, aber eben jetzt bald. Das wenden sie ein, wenn ihnen vorgerechnet wird, daß sie die Löhne der Arbeiter – natürlich mit *dem gleichen* Argument – 1976 um 0,8%, 1977 um 0,7%, 1978 um 1,5% im Durchschnitt erhöht haben, wenn sie seit 1973 250000 ausländische Arbeiter überzählig gemacht und sie vor allem durch die Frauen der enteigneten Bauern „ersetzt" haben. In diesem Jahr sind es bereits ein Drittel aller Arbeiterhaushalte, die nicht mehr in Urlaub fahren können, im „Hochland"

„Nein zur Erpressung des Staates und der Parteien" – Kampf gegen die Einführung der Mehrwertsteuer 1977

des Tourismus. Jetzt sind es noch die „Sozialleistungen", die den Kapitalisten die Lust verderben. Ist die Industrieproduktion etwa nicht unter dem Niveau von 1973 gelandet? Und sicherlich *wirkt* die Drohung mit der Arbeitslosigkeit, wo es keine gesetzliche Versicherung gegen solchermaßen brutale Folgen der kapitalistischen Rationalisierung gibt.

Das Geheimnis dieses „internationalen Finanzplatzes" ist *nicht* das „Schwyzer Fränkli"; der „harte" Kurs des Franken spiegelt die Stellung der Schweizer Finanzbourgeoisie in der Konkurrenz der Schweißauspresser wider. Stockt die Profitproduktion – weil der Profit in Relation zum eingesetzten Kapital sinkt – wird es für die Bourgeois gefährlich: Inflation droht,

weil der Masse des Geldvolumens nicht in entsprechendem Umfang Warenwerte gegenüberstehen. Die Ausbeu-tungsrate ist der Schuh, der drückt. Folglich gilt es, die „Forschung zu verstärken", umzurüsten, um den Arbeiter länger, intensiver, maßloser zu vernutzen. Und zahlen soll er diese Konkurrenzkosten selbst.

Im März 1978 haben sich drei marxistisch-leninistische Organisationen zum „Kongreß für die Einheit/ML" zusammengeschlossen. Sie haben 1977 bereits gemeinsam eine breite und erfolgreiche Kampagne gegen das „Finanzpaket 1" geführt. Die Parole für den 20. Mai steht fest: „Ob 7, 8 oder 10%, wir sind gegen die Mehrwertsteuer!"

IG Chemie, Papier, Keramik. Am 31.7. laufen die Lohntarife in der Kautschukindustrie aus, erstmals kündbar am 31.5.

Textil-Bekleidung. Zum 1.5. sind die Tarife in den meisten Bezirken ausgelaufen. Die Gewerkschaft fordert 6,2% und 6 Wochen Urlaub.

Nahrung, Genuß, Gaststätten. Von den rund 600 Lohn- und Gehaltstarifverträgen sind etwa ein Drittel abgeschlossen. In den anderen fordert die Gewerkschaft zwischen 6 und 7%, Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter und mehr Urlaub.

Handel, Banken und Versicherungen. In Bayern fordert die Gewerkschaft 7,5%, mindestens 120 DM für die Angestellten bzw. 70 Pfennig für die Arbeiter im Einzelhandel. In Baden-Württemberg hat die DAG im Einzelhandel mit 4,9% abgeschlossen; die HBV fordert 90 DM für K I bis 170 DM für K V und 6 Wochen Urlaub. Im Großhandel ist ebenfalls noch kein Abschluß gemacht. Die HBV fordert 5,9%. In Einzelhandel NRW und Hessen sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Die HBV fordert in Hessen zwischen 100 und 170 DM. Neue Verhandlungen sind am 30.4. bzw. 2.5. Im Bereich Buchhandel und Verlage haben die Kapitalisten 3% angeboten. Die HBV fordert für die Entgeltgruppe I 120 DM bis 150 DM für Entgeltgruppe V 90 DM mehr für Lehrlinge. In Westberlin findet die nächste Verhandlung im Buchhandel am 3.5. statt. Die HBV fordert 150 DM Festgeld.

z.kec. **Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft HBV hat als Lohnforderung für den bayerischen Einzelhandel aufgestellt: für Angestellte 7,5%, mindestens 120 DM, für Arbeiter 7,5%, mindestens 70 Pfennig.** Das ist Ausdruck des Kampfes gegen die Hungerlöhne und die Ausdehnung des Arbeitstages im Einzelhandel. In Freilassing z.B. geht der Kampf gegen eine Ladenschlußsonderregelung des bayerischen Arbeitsministeriums, wonach die Geschäfte samstags bis 17 Uhr geöffnet sein dürfen. Bis über die Hälfte der Beschäftigten beteiligte sich an den Aktionen der Gewerkschaft; 67 Ladenbesitzer gaben bereits nach.

z.elf. **In den Kliniken in der BRD fallen jährlich bis zu 30000 Fässer radioaktiven Atommülls an.** Dies zeigt, in welchem Ausmaß die Beschäftigten in den Krankenhäusern mit radioaktiven Stoffen in Berührung kommen. Die für sie geltende Strahlenschutzverordnung, fortgeschrieben in den Richtlinien des Euratomrates von 1978, und deren Ausführungsbestimmungen in der Röntgenverordnung bieten keineswegs einen ausreichenden Schutz vor gesundheitlichen Schäden (vergl. KVZ 14/79 / 17/79). Selbst beruflich Strahlen ausgesetzte schwangere Frauen „dürfen" eine Strahlenbelastung bis zu 1,3 rem und damit fast das Dreifache der übrigen Bevölkerung erhalten. In der Röntgenverordnung ist nicht eindeutig festgelegt, welche Bereiche in den Kliniken als strahlengefährdet gelten. Dies machen sich viele Klinikleitungen zunutze. Sie versuchen häufig, die 70 DM pro Person pro Monat einzusparen, die eine Meßplakette kostet, die alle diejenigen tragen müssen, die beruflich mit Strahlen zu tun haben. In den chirurgisch-operativen Bereichen gibt es häufig Kampf darum, daß jeder dort Beschäftigte, auch ein Schüler oder Praktikant, eine Plakette erhält.

„Times"-Kapitalisten lassen internationale Ausgabe drucken

z.rül.London. Zum ersten Mal seit der Stillegung der Zeitungen „Times" und „Sunday Times" am 30.11.78 ließen die Kapitalisten letztes Wochenende eine internationale Ausgabe der Times mit 30000 Auflage erscheinen. Gesetzt wurde in Darmstadt, gedruckt in Frankfurt. Als wenn die englischen Arbeiter nicht *arbeiten* wollen, vor allem nicht mit *moderner* Maschinerie, soll es aussehen. So wollen die Kapitalisten ihr großangelegtes Rationalisierungsprogramm durchsetzen, das sie schon im letzten Jahr mit der Erpressung der Schließung versucht hatten. 3000 der 4200 Times-Beschäftigten lehnen bis jetzt dieses Programm ab, dessen Kern die Verschärfung der Ausbeutung ist über die Entlassung von 1200 Arbeitern (40% des technischen Personals), die Einführung von Lichtsatzgeräten und die Arbeit der Journalisten an diesen Geräten. Die NGA (Nationale Graphische Vereinigung), die größte der Gewerkschaften, lehnt insbesondere die Arbeit der Journalisten an den Bildschirmgeräten ab. Seit dem 23.4. zog sie Streikposten vor dem Times-Gebäude auf und rief die IG-Druck auf, die Produktion in Westdeutschland zu verhindern. Sie droht jetzt mit der Bestreikung anderer Zeitungen der Times-Kapitalisten. Die Times-Journalisten luden letzten Freitag den NGA-Vorsitzenden Dixon zur Diskussion über den weiteren Kampf gegen die Kapitalisten ein.

Kapitalisten verlangen Auszahlungsverbot des Streikgeldes

z.elb.Brüssel. Seit sechs Wochen streiken die 3750 Arbeiter von ACEC (Elektrokonzern) in Charleroi, Belgien für 10 bfr (63 Pfg.) Lohnerhöhung pro Stunde, 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellung von 400 Arbeitern. Das Angebot der Kapitalisten von 2,5 bfr (16 Pfg.) und Einführung der 38-Stundenwoche bis Ende 1979, das sich auf der Linie des Regierungsprogramms vom dreijährigen Lohnstopp bewegt (s. KVZ 15/79), lehnten die Arbeiter einhellig ab. Um den Streik zu brechen, versuchten die Kapitalisten zunächst, die Angestellten von den Arbeitern abzuspalten, indem sie die Angestellten für „technisch arbeitslos" erklärten, um sie auf Kurzarbeitergeld zu setzen. Die Angestellten in Charleroi und der ACEC-Fabrik in Herstal führten dagegen trotz Friedenspflicht am 10.4. einen 24-stündigen Streik durch. In der vorletzten Woche zogen die Kapitalisten vor Gericht, um die Auszahlung der Streikgelder verbieten zu lassen, weil der Streik während der Friedenspflicht begonnen hatte. Dem Druck der anwesenden Arbeiter entzog sich das Gericht durch Vertagung. Ein gewerkschaftlicher Delegierter sagte: „Weil es das Geld der Arbeiter ist, entscheiden allein die Arbeiter, was mit ihm zu geschehen hat. Egal wie das Gericht entscheidet, das Streikgeld wird bis zum Ende des Kon-

z.elb.Brüssel. Seit sechs Wochen streiken die 3750 Arbeiter von ACEC (Elektrokonzern) in Charleroi, Belgien für 10 bfr (63 Pfg.) Lohnerhöhung pro Stunde, 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellung von 400 Arbeitern. Das Angebot der Kapitalisten von 2,5 bfr (16 Pfg.) und Einführung der 38-Stundenwoche bis Ende 1979, das sich auf der Linie des Regierungsprogramms vom dreijährigen Lohnstopp bewegt (s. KVZ 15/79), lehnten die Arbeiter einhellig ab. Um den Streik zu brechen, versuchten die Kapitalisten zunächst, die Angestellten von den Arbeitern abzuspalten, indem sie die Angestellten für „technisch arbeitslos" erklärten, um sie auf Kurzarbeitergeld zu setzen. Die Angestellten in Charleroi und der ACEC-Fabrik in Herstal führten dagegen trotz Friedenspflicht am 10.4. einen 24-stündigen Streik durch. In der vorletzten Woche zogen die Kapitalisten vor Gericht, um die Auszahlung der Streikgelder verbieten zu lassen, weil der Streik während der Friedenspflicht begonnen hatte. Dem Druck der anwesenden Arbeiter entzog sich das Gericht durch Vertagung. Ein gewerkschaftlicher Delegierter sagte: „Weil es das Geld der Arbeiter ist, entscheiden allein die Arbeiter, was mit ihm zu geschehen hat. Egal wie das Gericht entscheidet, das Streikgeld wird bis zum Ende des Kon-flikts ausgezahlt."

Britische Metallarbeitergewerkschaft verschiebt Streikbeschluß

z.hef.London. Am 26. April beschloß das Nationale Komitee der Metallarbeitergewerkschaft AUEW (Amalgamated Union of Engineering Workers, Vereinigte Gewerkschaft der technischen Arbeiter), über Streikaktionen zu beraten, falls die Metallkapitalisten nicht bis zu den nächsten Verhandlungen *am 9. Mai* ein wesentlich besseres Angebot vorlegen. Die AUEW ist die größte der Metallarbeitergewerkschaften, die an dem gegenwärtigen Kampf von über zwei Millionen Arbeitern für die Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns von 60 Pfund auf 80 Pfund beteiligt sind. Der Kapitalistenverband hatte schon im März eine Erhöhung auf 65 Pfund angeboten und gleichzeitig unverschämte „Richtlinien für das Verhalten bei Arbeitskämpfen" an die Mitgliederfirmen ausgegeben. Die Kapitalisten werden ohne Streik *kein* wesentlich besseres Angebot machen. Die AUEW-Führung will um jeden Preis einen Streik vor den Parlamentswahlen am 3. Mai verhindern. Die Metallarbeiter kommt das schon jetzt teuer zu stehen: der Tarifabschluß war Mitte April fällig, und wird jetzt mindestens vier Wochen später kommen. Die nationalen Verhandlungen sind aber nur der Auftakt für die örtlichen Verhandlungen, in denen – auf Grundlage des nationalen Abschlusses – über die eigentliche Lohnhöhe verhandelt wird. D.h., in vielen Bezirken wird es bis Juni oder Juli dauern, bis die Erhöhung gezahlt wird.

„Es genügt nicht, aus dem Überfluß abzugeben!“
Lebensumstände 1969 und heute

r.höm. Durchschnittlicher Jahresverdienst 1978 um 6,5% höher als 1977, Preissteigerungsrate 1978 2,6%, alles in allem: glänzende Lage, verbreiten die Bourgeois und denken sich für 1979, „daß sich der wirtschaftliche Erholungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr fortsetzen und an Intensität gewinnen wird“ (Jahreswirtschaftsbericht 79 der Bundesregierung). Sowieso habe es in den letzten Jahren immer mehr Lohnerhöhung als Preissteigerung gegeben, statistisch sei das Durchschnittseinkommen von 1969 bis heute um 216% in die Höhe geschnellt, und bei den Preisen sei es gedämpfter zugegangen. Das die Propagandalinie der Bourgeoisie. Über derlei Lügnerei und das Jahr für Jahr bessre Leben haben wir mit einer Arbeiterfamilie gesprochen.

Herausbekommen wollten wir, was in der Reproduktion der Familie quantitativ als auch qualitativ über die letzten 10 Jahre vor sich gegangen, wie der durch dauernde Lohnsenkung gezeichnete Fonds der Reproduktion damals verwandt wurde und auf was er heute verwandt wird. Die Familie wohnt in Köln, in der *Garten*stadt Nord, die ihren Namen aus einer Handvoll Grün vor und hinter den 2-Familien-Reihenhäusern bezieht. Wir haben die Besprechung abends gemacht, nur mit der Frau, weil der Mann noch auf Arbeit war. Schichtarbeiter ist er nicht, nur muß er bis zu 12 Stunden am Tag für den Kapitalisten verausgaben. Der Mann ist Starkstromelektriker im Aussendienst, sie arbeitet mit 41-Stunden-Woche als Kontoristin, der Sohn, 19, ist Lehrling, die Tochter, 13, geht zur Gesamtschule. Das Gesamtnetto der Familie macht 2000.- DM, auf die sie nur kommen, weil die Frau seit drei Jahren wieder arbeiten geht.

Grundlegender Bestandteil der Reproduktion ist das Essen. Wofür 69 noch 450.- DM haben hinreichen müssen, veranschlagt die Frau heute 800.- DM. Die kommen Monat für Monat in ein Kuvert, damit die Frau immer gleich sieht, wann im Monat mit dem kräftigeren Einschränken angefangen werden muß. „Von ihrer (der Hausfrau) Geschicklichkeit hängt es ab, ob das Geld reicht, um die Wünsche der Familie zu erfüllen“, ist die Verlautbarung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zum Fonds, der der Familie zur Verausgabung der notwendigen Lebensmittel verbleibt. „Planvoll einkaufen, preiswert essen“, ist der Tip der vom Ertl-Ministerium geförderten „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“. – Überhaupt haben derlei Institute und deren Pamphlete in den letzten Jahren ständig zugenom-

häusern bezieht. Wir haben die Besprechung abends gemacht, nur mit der Frau, weil der Mann noch auf Arbeit war. Schichtarbeiter ist er nicht, nur muß er bis zu 12 Stunden am Tag für den Kapitalisten verausgaben. Der Mann ist Starkstromelektriker im Aussendienst, sie arbeitet mit 41-Stunden-Woche als Kontoristin, der Sohn, 19, ist Lehrling, die Tochter, 13, geht zur Gesamtschule. Das Gesamtnetto der Familie macht 2000.- DM, auf die sie nur kommen, weil die Frau seit drei Jahren wieder arbeiten geht.

Grundlegender Bestandteil der Reproduktion ist das Essen. Wofür 69 noch 450.- DM haben hinreichen müssen, veranschlagt die Frau heute 800.- DM. Die kommen Monat für Monat in ein Kuvert, damit die Frau immer gleich sieht, wann im Monat mit dem kräftigeren Einschränken angefangen werden muß. „Von ihrer (der Hausfrau) Geschicklichkeit hängt es ab, ob das Geld reicht, um die Wünsche der Familie zu erfüllen“, ist die Verlautbarung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zum Fonds, der der Familie zur Verausgabung der notwendigen Lebensmittel verbleibt. „Planvoll einkaufen, preiswert essen“, ist der Tip der vom Ertl-Ministerium geförderten „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“. – Überhaupt haben derlei Institute und deren Pamphlete in den letzten Jahren ständig zugenom-

men, je weniger die Lebensmittel, desto höher muß die Kunst ausgebildet sein, den Mangel zu verschleiern und ihn dem fehlenden Geschick der Hausfrau anzuhängen.

800.- DM im Monat im Kuvert, was wird daraus? Warm jedenfalls wird nur abends gegessen und wochenends. Weniger Fleisch als früher wird eingekauft, sagt die Frau, zumal man nur noch das teure essen kann, weil Leber, Nieren, Innereien so vergiftet sind, daß man sich davor ekeln muß. Auch Gemüse gab es früher mehr, und insbesondere frisches, heute ist es matschig, und die Häfte davon kann man wegwerfen; also muß mehr aus der Tiefkühltruhe gekauft werden, und mehr fertige Sachen, weil es die ganze Woche über schnell gehen muß und die Frau auch erst mittags 5 Uhr nach Hause kommt. Milch kommt weniger auf den Tisch, weil man nur noch die Rote mit mehr Fett trinken kann, die Butter ist durch Margarine ersetzt und letztre löst sich auch immer schneller in Wasser auf. Statt Brot und Brötchen gibt es mehr Toast‚brot‘, weniger Eier als damals, mehr Streich- und Fleischwurst als Salami. Sonntags, sagt die Frau, gibt es jetzt öfter mal was ‚Einfaches‘ und Kuchen schon gar nicht, höchstens mal Waffeln. Den Verzehr von Luxusgütern hat die Familie durchs Streichen der Zigaretten eingedämmt, ‚Rotwein und Bier gibt es öfter als früher, wegen der Arbeitshetze und zur Entspannung‘.

„Richtige Ernährung hat ihren Preis, ist jedoch keineswegs ein Privileg einiger weniger Spitzenverdiener ... man muß auch nicht jeden Tag Fleisch verbraten“, höhnt die Verbraucherberatungsmeute – für die Kapitalisten ist der Arbeiter sowieso nur Verbraucher, ganz so, wie der Kapitalist täglich des Arbeiters Arbeitskraft verbraucht. Küchenpläne soll man machen, Preisvergleiche in 5 Läden, Sonderangebote aufkaufen, beim Essen und Kochen sich mehr Zeit nehmen, und weitere derlei Tips. Bezahltes Heuchlerpack!, sowieso muß die Frau das Essen scharf nach den Sonderangeboten kalkulieren, und aus den 800.- DM fürs Essen werden auch nicht mehr. Als wir fragen, ob auch mal Essen gegangen wird, lacht die Frau auf: Schaltjahre. Was wird mittags gegessen? Die Tochter kriegt in der Schule Essen, Nachschlag gibt es keinen, schmecken tuts auch schlecht. Macht 50.- DM auf den Monat, und abends siehts so aus, als hätte die Tochter mittags nichts gekriegt. Die Frau ißt mittags gar nichts, der Mann in der Kantine, der Sohn kauft sich was vom Lehrlingslohn und gibt zu Hause 50.- DM ab. So kommen wir gerade mit den 800.- DM fürs Essen rum, früher wars mehr und besser, sagt sie, obwohl es gerade so ist, daß, weil die Verausgabung der Arbeitskraft immens intensiviert, mehr und besser essen heute notwendiger noch als 1969 ist.

Daß das Geld gehütet werden muß, daß Masse und Qualität der Nahrungs-

... man muß auch nicht jeden Tag Fleisch verbraten“, höhnt die Verbraucherberatungsmeute – für die Kapitalisten ist der Arbeiter sowieso nur Verbraucher, ganz so, wie der Kapitalist täglich des Arbeiters Arbeitskraft verbraucht. Küchenpläne soll man machen, Preisvergleiche in 5 Läden, Sonderangebote aufkaufen, beim Essen und Kochen sich mehr Zeit nehmen, und weitere derlei Tips. Bezahltes Heuchlerpack!, sowieso muß die Frau das Essen scharf nach den Sonderangeboten kalkulieren, und aus den 800.- DM fürs Essen werden auch nicht mehr. Als wir fragen, ob auch mal Essen gegangen wird, lacht die Frau auf: Schaltjahre. Was wird mittags gegessen? Die Tochter kriegt in der Schule Essen, Nachschlag gibt es keinen, schmecken tuts auch schlecht. Macht 50.- DM auf den Monat, und abends siehts so aus, als hätte die Tochter mittags nichts gekriegt. Die Frau ißt mittags gar nichts, der Mann in der Kantine, der Sohn kauft sich was vom Lehrlingslohn und gibt zu Hause 50.- DM ab. So kommen wir gerade mit den 800.- DM fürs Essen rum, früher wars mehr und besser, sagt sie, obwohl es gerade so ist, daß, weil die Verausgabung der Arbeitskraft immens intensiviert, mehr und besser essen heute notwendiger noch als 1969 ist.

Daß das Geld gehütet werden muß, daß Masse und Qualität der Nahrungs-

mittel in den letzten Jahren gedrückt wurden und die grundlegende Reproduktionsabteilung eingezwängt worden ist, darauf hat das Ertl-Ministerium eine eigene Geschichte erfunden: „Der Anteil des Einkommens, der dem Verbraucher über die Befriedigung seiner Bedürfnisse hinaus zur *freien Verfügung* steht, ist immer größer geworden.“ *Freiwillige* Einschränkung ist es also, warum nicht 1000 DM für die Essenskasse, was ist mit dem vielen Salair, das ihr sonst noch zur Verfügung habt?!

Offensichtlich, es verflüchtigt sich und rasch in die Hände der Kapitalisten, die neben dem Lebensmittelkapitalisten noch auflauern. Bleiben wir noch beim Essen. Zu seiner Zubereitung bedarf es verschiedener Produktionsmittel. Toaster, Mixer, Kaffeemaschine, Schneidemaschine, Kühlschrank, Spülmaschine, Herd. Herd und Spülmaschine sind 14 Jahre alt, und das Ende ihres zweckvollen Einsatzes auch schon absehbar. Gefriertruhe haben wir nicht, sagt die Frau, sie ist zu teuer. Da habt ihr den Überschwang mit all den feinen Küchengeräten!, ruft der Bourgeois, das habt ihr doch früher auch nicht gebraucht! Stimmt, Kaffeemaschine, Spülmaschine, Mixer, allesamt Waren, die die Familie 1969 noch nicht gehabt hat und um die die Reproduktion heute notwendig erweitert ist. Denn in der Tat erheischt die Reproduktion, weil immer mehr Lebenszeit des Arbeiters in Arbeitszeit für den Kapitalisten verwandelt ist, eine neue Qualität. Und kann der Reproduktionsfonds im Kampf gegen die Kapitalistenklasse nicht entsprechend erweitert werden, findet zwangsweise Einschränkung der grundlegenden Abteilungen der Reproduktion statt. Der Staubsauger, 600 DM hat er gekostet, muß den alten Teppichkehrer ersetzen, früher viel mit der Hand Gewaschenes muß heute in die Waschmaschine, die die Familie auch 69 noch nicht hatte. Weil die Frau arbeitet, muß die Produktivität der Hausarbeit erhöht werden, das *kostet* und ist *Abzug* von notwendigen Lebensmitteln. Und hat *Folgekosten*.

Natürlich verschlingt die elektrische Küchenmaschinerie mehr Strom. 290 DM Stromkosten im Monat inklusive Nachtspeicherheizung, 69 haben sie noch 200 DM gezahlt. Und auch hier hält die Bourgeoisie ihre Pamphlete parat, „Energie sparen“, schreien sie und Satz für Satz kriegst du die Energieverschwendung untergejubelt. Hier geht aber nichts mehr mit Sparen, sagt die Frau und damit die Frau spart, verkündet Lambsdorff jetzt in Hannover – erhöhen wir den Strompreis. Und auch der Hausbesitzer will seinen Anteil. 60 qm, 3 Zimmer, macht 499 DM Monatsmiete, 69 haben sie für 70 qm in der alten Wohnung noch 330 DM gezahlt. Warum sie in der Gartenstadt wohnen? Die Wohnung liegt zentral zu den verschiedenen Ausbeutern der Familienmitglieder und zur Schule der Tochter, wo also anders wohnen, wenn dann auch noch die Fahrtkosten immens klettern würden; außerdem ha-

findet zwangsweise Einschränkung der grundlegenden Abteilungen der Reproduktion statt. Der Staubsauger, 600 DM hat er gekostet, muß den alten Teppichkehrer ersetzen, früher viel mit der Hand Gewaschenes muß heute in die Waschmaschine, die die Familie auch 69 noch nicht hatte. Weil die Frau arbeitet, muß die Produktivität der Hausarbeit erhöht werden, das *kostet* und ist *Abzug* von notwendigen Lebensmitteln. Und hat *Folgekosten*.

Natürlich verschlingt die elektrische Küchenmaschinerie mehr Strom. 290 DM Stromkosten im Monat inklusive Nachtspeicherheizung, 69 haben sie noch 200 DM gezahlt. Und auch hier hält die Bourgeoisie ihre Pamphlete parat, „Energie sparen“, schreien sie und Satz für Satz kriegst du die Energieverschwendung untergejubelt. Hier geht aber nichts mehr mit Sparen, sagt die Frau und damit die Frau spart, verkündet Lambsdorff jetzt in Hannover – erhöhen wir den Strompreis. Und auch der Hausbesitzer will seinen Anteil. 60 qm, 3 Zimmer, macht 499 DM Monatsmiete, 69 haben sie für 70 qm in der alten Wohnung noch 330 DM gezahlt. Warum sie in der Gartenstadt wohnen? Die Wohnung liegt zentral zu den verschiedenen Ausbeutern der Familienmitglieder und zur Schule der Tochter, wo also anders wohnen, wenn dann auch noch die Fahrtkosten immens klettern würden; außerdem ha-

ben sie dem Sohn ein Zimmer im Keller für 4000 DM und mit einigem an Arbeitskraft hergerichtet.

Sodann. 200 DM veranschlagt die Frau im Monat für die Konfektion, die Sachen sind schlechter geworden und müssen, damit sie billiger sind, im Kaufhaus erstanden werden. 4 Paar Schuhe für jeden im Jahr sind das Mindeste, zum Schuster bringen lohnt sich ja meist nicht mehr. Die Winterstiefel, 500 DM, müssen auf zwei, drei Jahre halten, und auch hier hat sich neben Preis und Qualität der Waren, die Qualität dessen, was zur Reproduktion vonnöten ist, geändert. Socken stopfen, Hosen flicken, geht heute alles nicht mehr, und ging 69 noch, einfacher Tatbestand. Außerdem brauchen die Kinder mehr zum Anziehen und die Frau kommt beim Kapitalisten auf die Abschußliste, wenn sie nicht was Modisches an hat.

Die Kinder sind teuer sagt die Frau, und die 50 DM, die der 19-jährige abgibt, gehen quasi an die Tochter über, weil mehr Spielsachen herangeschafft werden müssen, weil die Mutter 8 Stunden am Tag dem Kapitalisten verfügbar sein muß, und die Zeit für die weitere Aufzucht der Tochter *kurz* ist, Bücher, Schmustiere, Schallplatten, all das geht neu in die Reproduktion ein und war 69 nicht nötig. Neben den Le-

deste, zum Schuster bringen lohnt sich ja meist nicht mehr. Die Winterstiefel, 500 DM, müssen auf zwei, drei Jahre halten, und auch hier hat sich neben Preis und Qualität der Waren, die Qualität dessen, was zur Reproduktion vonnöten ist, geändert. Socken stopfen, Hosen flicken, geht heute alles nicht mehr, und ging 69 noch, einfacher Tatbestand. Außerdem brauchen die Kinder mehr zum Anziehen und die Frau kommt beim Kapitalisten auf die Abschußliste, wenn sie nicht was Modisches an hat.

Die Kinder sind teuer sagt die Frau, und die 50 DM, die der 19-jährige abgibt, gehen quasi an die Tochter über, weil mehr Spielsachen herangeschafft werden müssen, weil die Mutter 8 Stunden am Tag dem Kapitalisten verfügbar sein muß, und die Zeit für die weitere Aufzucht der Tochter *kurz* ist, Bücher, Schmustiere, Schallplatten, all das geht neu in die Reproduktion ein und war 69 nicht nötig. Neben den Le-

bensmitteln werden die Kommunikationsmittel weiter eingeschränkt. Der Fernseher war kaputt, wird nicht mehr repariert, und neuen gibt es auch keinen mehr, Tageszeitung sowieso nicht, und jetzt kommt das Telefon an die Reihe. Urlaub? Letztes Jahr waren sie das erste Mal seit Jahren wieder weg, dieses Jahr: ungeklärt. Ein paar Blocks weiter ist der Trimmpark, da gehen sie öfter mal hin, sagt die Frau.

Fondsbildung? 165.– DM im Monat für den Bausparvertrag, einen Vertrag haben sie schon fertig. Der sonstige Fonds, jetzt ist er erst mal wieder leer, 12000 DM der neue Golf im März, 6 Jahre wird er bestimmt halten müssen, der Mann führt die Reparaturen selbst durch. Jetzt wird Monat für Monat für den neuen Herd abgezwackt, vielleicht nächstes Jahr.

„Die steigende Ergiebigkeit der Arbeit war in der Vergangenheit eine Quelle von Wohlstand. Sie wird dann zur Plage, wenn wir es nicht verstehen, die Produktivitätsfortschritte sozial beherrschen zu lernen,“ sagt Hesselbach, Sozialdemokrat, der seinen Sitz in der Bank für Gemeinwirtschaft weg hat. Steigende Ergiebigkeit steht für die verschärfte Schweißauspressung und die Produktivitätsfortschritte, die die Kapitalisten bislang für sich vergolden, sozial zu beherrschen, soll offensichtlich das Abfinden mit der absolu-

Fondsbildung? 165.– DM im Monat für den Bausparvertrag, einen Vertrag haben sie schon fertig. Der sonstige Fonds, jetzt ist er erst mal wieder leer, 12000 DM der neue Golf im März, 6 Jahre wird er bestimmt halten müssen, der Mann führt die Reparaturen selbst durch. Jetzt wird Monat für Monat für den neuen Herd abgezwackt, vielleicht nächstes Jahr.

„Die steigende Ergiebigkeit der Arbeit war in der Vergangenheit eine Quelle von Wohlstand. Sie wird dann zur Plage, wenn wir es nicht verstehen, die Produktivitätsfortschritte sozial beherrschen zu lernen,“ sagt Hesselbach, Sozialdemokrat, der seinen Sitz in der Bank für Gemeinwirtschaft weg hat. Steigende Ergiebigkeit steht für die verschärfte Schweißauspressung und die Produktivitätsfortschritte, die die Kapitalisten bislang für sich vergolden, sozial zu beherrschen, soll offensichtlich das Abfinden mit der absolu-

ten Verelendung sein, so schlagen die Bourgeois es vor und die Sozialdemokraten unterstützen heftig. „Es genügt nicht, aus dem Überfluß abzugeben, wir müssen auf berechtigte eigene Wünsche verzichten“, stimmen die Pfaffen von der Synode in Würzburg mit ein. Das Pack ist in Hochstimmung und hetzt. Es bleibt nur eine Möglichkeit, ihnen die Sache *gründlich* zu vergällen.

Siedlung in Leverkusen. Der Hausbesitzer läßt das Haus verrotten, auch so streicht er die Miete ein. Das Anwesen drumherum, „Spielmöglichkeit“ für Kinder, verkommt ebenso, jenseits des Gitters rasen die D-Züge vorbei. Größre Familien sind hier zumeist hinein gepfercht. Auf dem schwarzen Brett im Vordergrund: Was hier alles verboten ist!

Lebensumstände einer 6-köpfigen Leverkusener Arbeiterfamilie. 2 Kinder, manchmal drei, müssen in dem Zimmerchen – ein Schrank, ein Bett – der kleinen 4-Zimmerwohnung hausen.

Monatliche Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Ersparnis

in DM

Nahrung / Kleidung, Schuhe / Ersparnis

Rentner unter 750 DM | Arbeiterhaushalt unter 1000 DM | Arbeiterhaushalt 1750 – 2000 DM | Angestelltenhaushalt 4000 – 5000 DM | Selbständige über 10000 DM

%-Anteil der Ausgaben

0,3/50 · 0,3/40 · 0,4/50 · 0,4/40 · 0,5/50 · 0,5/40 · 0,6/50 · 0,8/50 · 0,6/40

Jan Feb Mä Apr Mai Jun Jul A S O N D Jan

Auf ein Haushaltsnettoeinkommen von 1500 DM sei eine Nettolohnerhöhung von DM 50 bzw. 40 erkämpft worden. Angenommen, sie stünde voll zur Finanzierung der derzeitigen Teuerung zur Verfügung: Dann bleibt von den monatlichen 50 DM bei einer monatlichen Teuerung von 0,3% nach 13 Monaten ein Plus von 222,58 DM (0,3/50); bei 40 DM 92,58 DM (0,3/40). Bei der derzeitigen offiziellen Teuerung von 0,6 entsteht ein Minus von 211,19 bzw. 341,19 DM. Für die Mehrwertsteuererhöhung haben wir ab Juli eine zusätzliche Teuerung von monatlich 0,05% veranschlagt. Die Jahresinflation beträgt dann bei monatlich 0,6% 10,7%.

Inflation und Steuern zehren an der Lebenshaltung der Arbeiter

z.mif. Absolut weniger wird die Menge von Waren, die für den Lohn zu kaufen sind. Jährlich sinkt der Verbrauch von Kartoffeln und Milch. Sind notwendige Haushaltsgeräte und Transportmittel zu ersetzen, weil nach zehn- oder fünf- oder zweijährigem Gebrauch verschlissen, so bedeutet das den Weg oder erneuten Weg auf die Bank. 30% höhere „Konsumentenkredite“ gegenüber dem Vorjahr vergab das Bankkapital in der zweiten Hälfte 1978. 1977 zahlte der statistische Vierpersonen-Arbeitnehmer-Haushalt mittleren Einkommens monatlich 2,70 DM an Zinsen auf Konsumentenkredite und nahm monatlich 97,75 DM Kredit auf, fünfmal so viel wie 1974. Die Bourgeoisie behauptet, die Aufwendungen für „unelastische Verbrauchsbereiche“ würden sinken – Essen, Kleidung, Miete, Strom, über 60% des Arbeiter-Haushaltseinkommens. Dagegen nähmen die „elastischen“ Ausgaben für Haushaltsführung, Ver-

der derzeitigen offiziellen Teuerung von 0,6 entsteht ein Minus von 211,19 bzw. 341,19 DM. Für die Mehrwertsteuererhöhung haben wir ab Juli eine zusätzliche Teuerung von monatlich 0,05% veranschlagt. Die Jahresinflation beträgt dann bei monatlich 0,6% 10,7%.

0,5/40 · 0,6/50 · 0,8/50 · 0,6/40

Inflation und Steuern zehren an der Lebenshaltung der Arbeiter

z.mif. Absolut weniger wird die Menge von Waren, die für den Lohn zu kaufen sind. Jährlich sinkt der Verbrauch von Kartoffeln und Milch. Sind notwendige Haushaltsgeräte und Transportmittel zu ersetzen, weil nach zehn- oder fünf- oder zweijährigem Gebrauch verschlissen, so bedeutet das den Weg oder erneuten Weg auf die Bank. 30% höhere „Konsumentenkredite“ gegenüber dem Vorjahr vergab das Bankkapital in der zweiten Hälfte 1978. 1977 zahlte der statistische Vierpersonen-Arbeitnehmer-Haushalt mittleren Einkommens monatlich 2,70 DM an Zinsen auf Konsumentenkredite und nahm monatlich 97,75 DM Kredit auf, fünfmal so viel wie 1974. Die Bourgeoisie behauptet, die Aufwendungen für „unelastische Verbrauchsbereiche“ würden sinken – Essen, Kleidung, Miete, Strom, über 60% des Arbeiter-Haushaltseinkommens. Dagegen nähmen die „elastischen“ Ausgaben für Haushaltsführung, Ver-

kehrszwecke, Bildung und Unterhaltung sowie persönliche Ausstattung von Jahr zu Jahr zu. Tatsächlich ist die Ausgabe für Auto oder Kühlschrank so wenig „elastisch“, daß der „unelastische“ Nahrungskonsum des Arbeiters reduziert wird. Direkt auf Null kürzbar ist freilich der Lebensmittelfonds des Arbeiters nicht. Die Zusammenfassung von Essen und Miete unter der Kategorie „unelastisch“ verdeckt darüberhinaus, daß laufend Verschiebungen vom Essens- auf das Mietkonto stattfinden müssen.

Die Presse meldet, „daß sich die private Lebenshaltung bundesweit von März auf April wahrscheinlich um 0,5 bis 0,6 Prozent verteuert hat. Die Jahresrate hat sich damit vermutlich auf 3,5 bis 3,6 Prozent erhöht, nach 3,3 und 2,9 Prozent in den beiden Vormonaten“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27.4.79). Tatsächlich beträgt bei 0,5% monatlicher Teuerung die jährliche Rate 6,2%; durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab Juli erwarten die Wirtschaftsinstitute eine zusätzliche Preiserhöhung von mindestens 0,5%. Für März 1979 notiert die Verbraucherpreisstatistik eine Verteuerung der Kartoffeln von 40,9% gegenüber dem Vorjahr, von Heizöl um 52,3%, Strom um 3%.

Ist der Nahrungsmittelfonds der Arbeiterklasse reduziert, so nimmt die Staatskasse keinen Schaden, wenn nur die Preise entsprechend steigen. Denn die Mehrwertsteuer wird nicht auf die Warenmenge, sondern auf die Preise berechnet. Um 18,5% auf 46635249000 DM stiegen die Einnahmen aus Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) 1978 gegenüber dem Vorjahr. Da

andererseits die Kapitalistenklasse ein Interesse an billigen Rohstoffen aus der Dritten Welt und an preiswerter eigener Völlerei hat, sind die „Steuern auf Genußmittel“ nicht auf den Preis, sondern auf die Menge berechnet. Bei Kaffee 4,50 DM auf das Kilo. Der erwähnte statistische 4-Personenhaushalt trank 1977 851 g Kaffee im Monat zu einem Kilopreis von 25,39 DM. Der Kaffeepreis ist im März 1979 gegenüber dem Vorjahr um 15,8% gedrückt (Verbraucherpreisstatistik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“). Die Summe der Kaffeesteuer 1978 beträgt 1317139000 DM. Diese Steuer zählt nicht zu den „Bagatellsteuern“, deren Abschaffung jetzt von Matthöfer befürwortet wird. Allein 40 Millionen mehr über die Kaffeesteuer, 650 Millionen mehr über die Tabaksteuer hat der Staatsapparat 1978 eingetrieben – und da führt Matthöfer ein mittleres Rührstück auf über die womögliche Abschaffung der Spielkartensteuer

andererseits die Kapitalistenklasse ein Interesse an billigen Rohstoffen aus der Dritten Welt und an preiswerter eigener Völlerei hat, sind die „Steuern auf Genußmittel“ nicht auf den Preis, sondern auf die Menge berechnet. Bei Kaffee 4,50 DM auf das Kilo. Der erwähnte statistische 4-Personenhaushalt trank 1977 851 g Kaffee im Monat zu einem Kilopreis von 25,39 DM. Der Kaffeepreis ist im März 1979 gegenüber dem Vorjahr um 15,8% gedrückt (Verbraucherpreisstatistik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“). Die Summe der Kaffeesteuer 1978 beträgt 1317139000 DM. Diese Steuer zählt nicht zu den „Bagatellsteuern“, deren Abschaffung jetzt von Matthöfer befürwortet wird. Allein 40 Millionen mehr über die Kaffeesteuer, 650 Millionen mehr über die Tabaksteuer hat der Staatsapparat 1978 eingetrieben – und da führt Matthöfer ein mittleres Rührstück auf über die womögliche Abschaffung der Spielkartensteuer
(Ertrag 6 Millionen) und der Salzsteuer (42 Millionen). Tatsächlich ist ihm jede Mark aus Arbeiterlohn in der Staatskasse lieb und wert, und nur der Gedanke tröstet ihn, daß die Salz- und Spielkartenpreise nach Abschaffung der Steuer nicht sinken werden, die Mehrwertsteuer auf diese Waren bleibt ja erhalten.

Ob Matthöfer nicht aber doch ein Einsehen haben und die Mehrwertsteuererhöhung verschieben wird? Die von der „Welt“ gestellte Frage kostet ihn ein sozialdemokratisches Grinsen. „Ich will die Mehreinnahmen nicht zum Anheizen der Konjunktur, sondern in erster Linie zur Verringerung der Neuverschuldung verwenden“ („Welt“-Interview 8.4.79). Hat nicht die CDU die Verringerung der Neuverschuldung gefordert? Erst begründet man die Neuverschuldung mit den Zukunftsinvestitionen und dann die höheren Steuern mit der Verringerung der Schulden. Das gehört zum Lügengrundsortiment eines Sozialdemokraten. 3,5 Milliarden soll allein die *Erhöhung* der Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 1979 in die Staatskasse treiben.

Die Kapitalistenklasse führt nicht nur diese Steuern an den Staatsapparat ab, sie ist zunächst deren Einstreicher. Die indirekten Steuern sind im Warenpreis enthalten, sie gehen an den Kapitalisten. Nach Einhalten der standesgemäßen Fristen (in denen er die Gelder für Kreditrückzahlung, Rationalisierungsinvestition oder Hurerei verwendet) leitet er weiter an den Staat, wenn überhaupt. Mit 4 Mrd. DM allein aus der Umsatzsteuer waren die Kapitalisten Ende 1978 im Rückstand.

Nie wurde die Arbeitskraft zu ihrem Wert bezahlt

Die lebenslange Lohnarbeit der Frauen ändert die Reproduktion grundlegend

z.brp. Mit ihrer Demagogie „Es ging uns noch nie so gut wie heute“ setzt die Sozialdemokratie in Regierung und Gewerkschaft an der Erscheinung an, daß die Arbeiterklasse in der Frühphase des Kapitalismus vollständig verelendet war. Georg Weerth schildert die Lage der Arbeiter der Spinnerei Preiss Mitte des 19. Jahrhunderts:

„Das ist heute wieder ein schlechter Fraß!“ sagt ein langer Bursche zu seiner Mutter. „Danke Gott, wenn du immer etwas so Gutes hast!“ erwidert sie ihm. „Immer Kappes und Rüben!“ „Freue dich, daß uns die noch gewachsen sind!“ „Nicht ein einziges Mal einen Fetzen Fleisch!“ „Schäme dich, du hast am Sonntag noch Fleisch bekommen!“ (...) So unterhalten sich die Arbeiter während ihrer Mahlzeit. Die meisten unter ihnen sehen noch ziemlich wohl aus; man sollte fast glauben, daß sich die Arbeiter des Herrn Preiss vor allen anderen durch ihre Gesundheit unterschieden. Die armen Leute, welche hier im Hofe speisen, sind aber alle vom Lande. Manche werden nur einen Teil des Jahres in der Fabrik beschäftigt und können sich durch abwechselndes Arbeiten im Felde immer wieder von den Strapazen innerhalb der Fabrikmauern erholen. Alle bewegen sich auch mehr in der freien Luft als die Arbeiter in der Stadt. Morgens und abends haben sie eine volle halbe Stunde zu gehen, ihr Weg führt durch Wiesen und Gärten den Rhein entlang, wo sie die frischeste, herrlichste Luft einatmen. An den Arbeitern der Stadt haben wir den besten Kontrast. Nach und nach treten sie in den Hof – die Mittagsfeierzeit ist bald verstrichen –, schon wirbelt der Dampf aus dem riesigen Schlot, gleich wird die Maschine ihr altes Spiel beginnen. Alles muß zur rechten Zeit wieder an Ort und Stelle sein. Töpfe und Schüsseln sind schnell beiseite geschafft, die Arbeiter der Stadt mischen sich mit denen vom Lande, und wir erschrecken über den Unterschied, der zwischen beiden ist. Unter den letzteren finden sich noch einige frische Gesichter, man sieht, ihr Körper widersteht noch tausend schädlichen Einflüssen, denen die anderen längst unterlagen. Je mehr von den Stadtbewohnern hereintreten, desto unheimlicher und stiller wird der ganze Haufen. Bald sehen wir nichts mehr als jene bleichen, elendigen Gestalten, deren Anblick uns schon entsetzte; alle Ecken und Winkel der Stadt, alle schlechten Gassen haben ihre Unglücklichen wiedergegeben, das eigentliche Industrieproletariat ist wieder beieinander.

Extensive Ausbeutung, 13 Stunden Arbeit am Tag, auch für Kinder und Frauen. Das vorhandene Arbeiterheer bildete zunächst die Familie des Arbeiters, vor allem seine Kinder. Frauenarbeit blieb noch relativ beschränkt auf die Arbeitertöchter und Witwen, nur

gens und abends haben sie eine volle halbe Stunde zu gehen, ihr Weg führt durch Wiesen und Gärten den Rhein entlang, wo sie die frischeste, herrlichste Luft einatmen. An den Arbeitern der Stadt haben wir den besten Kontrast. Nach und nach treten sie in den Hof – die Mittagsfeierzeit ist bald verstrichen –, schon wirbelt der Dampf aus dem riesigen Schlot, gleich wird die Maschine ihr altes Spiel beginnen. Alles muß zur rechten Zeit wieder an Ort und Stelle sein. Töpfe und Schüsseln sind schnell beiseite geschafft, die Arbeiter der Stadt mischen sich mit denen vom Lande, und wir erschrecken über den Unterschied, der zwischen beiden ist. Unter den letzteren finden sich noch einige frische Gesichter, man sieht, ihr Körper widersteht noch tausend schädlichen Einflüssen, denen die anderen längst unterlagen. Je mehr von den Stadtbewohnern hereintreten, desto unheimlicher und stiller wird der ganze Haufen. Bald sehen wir nichts mehr als jene bleichen, elendigen Gestalten, deren Anblick uns schon entsetzte; alle Ecken und Winkel der Stadt, alle schlechten Gassen haben ihre Unglücklichen wiedergegeben, das eigentliche Industrieproletariat ist wieder beieinander.

Extensive Ausbeutung, 13 Stunden Arbeit am Tag, auch für Kinder und Frauen. Das vorhandene Arbeiterheer bildete zunächst die Familie des Arbeiters, vor allem seine Kinder. Frauenarbeit blieb noch relativ beschränkt auf die Arbeitertöchter und Witwen, nur
selten arbeitete eine verheiratete Frau mit Kindern mit. Durch die Kinder- und Frauenarbeit wurde die männliche Arbeitskraft entwertet, der Lohn verteilte sich auf alle arbeitenden Familienmitglieder. Gleichzeitig änderten sich die Reproduktionsbedingungen; die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung mußten zwangsläufig steigen, wenn die gesamte Familie oder auch nur der Vater und die Kinder arbeiteten und wenn die Arbeiterfamilie, dem Kapital folgend, in die Großstadt ziehen mußte.

Die Geschichte der Hamburger Arbeiterfamilie Hardekopf, die Willi Bredel in dem Roman „Die Väter“ schildert, vermittelt einen Eindruck von den Reproduktionsbedingungen Anfang dieses Jahrhunderts:

Mit unerschöpflicher Energie und in rastloser Arbeitslust widmete sie (Frau Hardekopf) sich den häuslichen und familiären Aufgaben. Sie versorgte ihre Männer mit allem, was sie benötigten. Das Essen stand zu jeder Mahlzeit pünktlich auf dem Tisch. Die Kleidung war stets in Ordnung. Die Schuhe besohlt. Vereins-, Partei- und Gewerkschaftsbeiträge pünktlich bezahlt, auch die Beiträge für die Sterbekasse „Harmonie“, der sie, ohne Wissen ihres Mannes, angehörte. Wenn am Wochenende der Lohn an sie abgeführt war, alle ihr Taschengeld und Fahrgeld erhalten hatten, so wußte jeder: für alles in der kommenden Woche war gesorgt.

Und was die Familie an Nahrungsmitteln benötigte, das wurde in der ersten Verkaufsstelle der „Produktion“, die in der Steinstraße eröffnet worden war, eingekauft. Das hieß nun aber keineswegs, daß Frau Pauline nicht auch zuweilen heimlich einige Kleinigkeiten beim Krämer Pinnländer kaufte, da dieser ja Rabattmarken gab, die man gegen ein schönes Kaffeeservice oder eine Butterdose eintauschen konnte.

Frühmorgens fünfeinhalb Uhr mußten die Hardekopfs aufstehen und eine halbe Stunde später aus dem Hause gehen, wollten sie rechtzeitig auf ihrer Arbeitsstelle sein, drüben am anderen Flußufer, auf der Werft Blohm & Voß. Frau Hardekopf war eine halbe Stunde vor ihren Männern hoch, kochte Kaffee, schmierte Butterbrote, füllte die blechernen Kaffeetanks und auch die Tabakschachtel ihres Mannes. Pfeiferauchen war der einzige Luxus, den er sich erlaubte.

Die Reproduktionsbedingungen hatten sich nicht grundlegend gegenüber denen Ende des 19. Jahrhunderts geändert, aber auch diese Reproduktionsbasis reichte keineswegs aus, die Arbeitskraft des Arbeiters und seiner Familie ausreichend wiederherzustellen, die vom Kapitalisten durch Schicht- und Akkordarbeit intensiv vernutzt wurde. Zwar war der Durchschnittslohn seit Ende des 19. Jahrhunderts auf das Doppelte bis 1913 gestiegen, aber die Teuerung hatte sich ebenfalls verdoppelt. 1909 konnte sich eine Arbeiterfamilie im Jahr 770 kg Brot, 130,8 kg Fleisch, 51,9 kg Mehl, 35,2 kg Butter, 495 kg Kartoffeln und 504,3 l Milch kaufen. 1913/14 gab eine „min-

keineswegs, daß Frau Pauline nicht auch zuweilen heimlich einige Kleinigkeiten beim Krämer Pinnländer kaufte, da dieser ja Rabattmarken gab, die man gegen ein schönes Kaffeeservice oder eine Butterdose eintauschen konnte.

Frühmorgens fünfeinhalb Uhr mußten die Hardekopfs aufstehen und eine halbe Stunde später aus dem Hause gehen, wollten sie rechtzeitig auf ihrer Arbeitsstelle sein, drüben am anderen Flußufer, auf der Werft Blohm & Voß. Frau Hardekopf war eine halbe Stunde vor ihren Männern hoch, kochte Kaffee, schmierte Butterbrote, füllte die blechernen Kaffeetanks und auch die Tabakschachtel ihres Mannes. Pfeiferauchen war der einzige Luxus, den er sich erlaubte.

Die Reproduktionsbedingungen hatten sich nicht grundlegend gegenüber denen Ende des 19. Jahrhunderts geändert, aber auch diese Reproduktionsbasis reichte keineswegs aus, die Arbeitskraft des Arbeiters und seiner Familie ausreichend wiederherzustellen, die vom Kapitalisten durch Schicht- und Akkordarbeit intensiv vernutzt wurde. Zwar war der Durchschnittslohn seit Ende des 19. Jahrhunderts auf das Doppelte bis 1913 gestiegen, aber die Teuerung hatte sich ebenfalls verdoppelt. 1909 konnte sich eine Arbeiterfamilie im Jahr 770 kg Brot, 130,8 kg Fleisch, 51,9 kg Mehl, 35,2 kg Butter, 495 kg Kartoffeln und 504,3 l Milch kaufen. 1913/14 gab eine „min-
derbemittelte“ 5köpfige Arbeiterfamilie 54,77% des Lohns für Ernährung aus, 20,35% für Wohnung, 5,55% für Heizung und Beleuchtung, 10,05% für Bekleidung, für Sonstiges blieben 9,28%.

Seit Bestehen der Bundesrepublik war die Tendenz der absoluten Verelendung der Arbeiterbevölkerung nie außer Kraft. In bisher ungekanntem Ausmaß wurden die Frauen in die Fabriken gepreßt, auch die verheirateten mit kleinen Kindern. 1977 waren von den 8,9 Millionen erwerbstätigen Frauen 6,1 Mio. verheiratet, 3,55 Mio. hatten Kinder unter 15 Jahren. Dadurch

Jahr	Leb.geb. auf 1000	Frauen im in 1000	Prod. Gew. in % der w. Erwerbst.
1882	37,2	1127	20,3
1907	32,3	2104	22,2
1925	20,7	2909	25,3
1933	14,7	2759	24,0
1939	20,4	3324	26,0
1950*	16,2	2403	28,3
1957	16,6	3236	33,1
1967	17,0	3054	32,0
1971	13,4	3270	33,9
1978	9,3	2594**	34,6

*Bundesgebiet **Zahl für 1977

änderten sich die Reproduktionsbedingungen grundlegend, der Umkreis der Waren, die für die Reproduktion notwendig wurden, erhöhte sich schlagartig und konnte nie befriedigt werden. Über die Lebensbedingungen der Bergarbeiter schreibt Max von der Grün in „Irrlichter und Feuer“:

„Der Gerichtsvollzieher war gestern bei mir“, sagte Karl unterwegs. „Hat seinen Kuckuck an meinen neuen Küchenschrank geklebt“. „Warum das denn?“ fragte ich. „Ach, hab mir doch im vorigen Sommer einen Fernsehapparat gekauft. Na, und ich konnte die Raten nicht einhalten, dachte, als ich ihn kaufte, es wird schon werden. Und was war? Drei Monate mußte ich feiern nach meinem Unfall. Erst haben die Mahnungen geschickt, dann einen Zahlungsbefehl, und gestern kam der Herr Kuckuck.“ „Da laß dir keine grauen Haaren wachsen“, sagte Wilhelm, „der war voriges Jahr auch bei mir.“

Karl bellte ihn an: „Darum geht es ja auch nicht. Meine Frau ist auf der Palme, das Auto vom Gerichtsvollzieher kennt doch jeder in unserer Straße, und wenn das einfährt, gucken alle hinter den Gardinen, wohin er geht. Und ausgerechnet meine Frau hat sich immer bei den anderen Weibern damit gebrüstet, daß sie alles bar bezahlt. Verflucht, ist das ärgerlich, man sollte einfach nichts auf Raten kaufen“. „Wahr ist es schon“, sagte Wilhelm, „aber man fällt immer wieder darauf rein. Wie willst du sonst kaufen? Vorher zusammensparen? Das haut nie hin, ich habe es versucht. Wenn man ein paar hundert Mark zusammen hat, kommt etwas dazwischen, und man nimmt weg von dem Geld.“ „Recht hast du“, sagt Karl. „Wir verdienen nun mal zu wenig, das ist es. Unser Lohn stimmt nicht mehr.“ „Nein“, wandte ich ein, „wir verdienen genug, aber, seien wir mal ehrlich, wir wollen

chenschrank geklebt“. „Warum das denn?“ fragte ich. „Ach, hab mir doch im vorigen Sommer einen Fernsehapparat gekauft. Na, und ich konnte die Raten nicht einhalten, dachte, als ich ihn kaufte, es wird schon werden. Und was war? Drei Monate mußte ich feiern nach meinem Unfall. Erst haben die Mahnungen geschickt, dann einen Zahlungsbefehl, und gestern kam der Herr Kuckuck.“ „Da laß dir keine grauen Haaren wachsen“, sagte Wilhelm, „der war voriges Jahr auch bei mir.“

Karl bellte ihn an: „Darum geht es ja auch nicht. Meine Frau ist auf der Palme, das Auto vom Gerichtsvollzieher kennt doch jeder in unserer Straße, und wenn das einfährt, gucken alle hinter den Gardinen, wohin er geht. Und ausgerechnet meine Frau hat sich immer bei den anderen Weibern damit gebrüstet, daß sie alles bar bezahlt. Verflucht, ist das ärgerlich, man sollte einfach nichts auf Raten kaufen“. „Wahr ist es schon“, sagte Wilhelm, „aber man fällt immer wieder darauf rein. Wie willst du sonst kaufen? Vorher zusammensparen? Das haut nie hin, ich habe es versucht. Wenn man ein paar hundert Mark zusammen hat, kommt etwas dazwischen, und man nimmt weg von dem Geld.“ „Recht hast du“, sagt Karl. „Wir verdienen nun mal zu wenig, das ist es. Unser Lohn stimmt nicht mehr.“ „Nein“, wandte ich ein, „wir verdienen genug, aber, seien wir mal ehrlich, wir wollen
zuviel auf einmal haben“. „Jetzt halte aber die Luft an. Kauft man sich denn was Unnützes“? Karl ereiferte sich. „Waschmaschine? Muß man haben. Fernsehgerät? Muß man haben. Und ein Moped? Mensch, wie lange sollen wir noch zur Arbeit trampeln. Willst du dein ganzes Leben mit dem Fahrrad zur Zeche fahren? Bist schon halb k.o., wenn du an die Arbeit kommst.“

Trotz der vorhandenen Reserven für den kapitalistischen Arbeitsmarkt (in Preußen arbeiteten 1843 61,34% in der Landwirtschaft – 1907: 28,59%; in Industrie und Handwerk 1843: 23,37% – 1907: 42,76%) beteiligen sich die Arbeiterinnen am Kampf gegen die schrankenlose Ausbeutung.

Conti-Kapital ,,europäisiert" Arbeiter im Lohnkampf

z.gef. Am 25.4.79 haben weitere Verhandlungen zwischen der IG Chemie und den Kautschukkapitalisten um Lohn und Manteltarif stattgefunden. Auf Anfrage bei der IG Chemie hat diese berichtet, daß die Verhandlungen kurz vor dem Scheitern gestanden haben. Über den Lohn selbst sei jedoch nicht verhandelt worden.

Für den am 30.6. auslaufenden Lohntarif in Niedersachsen, Hessen und Rheinland/Pfalz-Saarland und im Bezirk Nordmark-Westberlin hat die IG Chemie noch keine Forderung aufgestellt. Von Seiten der Arbeiter wird auf eine Aufstellung der Forderung gedrängt. In einem Telegramm zu den Verhandlungen am 25.4. fordert eine Abteilung der Conti-Reifenfabrik Hannover-Vahrenwald geschlossen 100 DM mehr und 6 Wochen Urlaub und lehnt die vom Conti-Vorstand beabsichtigte Einführung der vollkontinuierlichen Schicht ab. In einem Brief an ihre Tarifkommission haben 37 Arbeiter der Profilfertigung bei Phoenix in Hamburg 100 DM gefordert.

Solch eine Forderung, jetzt von der IG Chemie aufgestellt, wäre gut placiert und hätte schon Erfolg auf Durchsetzung. Denn der Conti-Vorstand hat in den letzten zwei Wochen mit dem Gejammer über die schlechte wirtschaftliche Lage in der Kautschukindustrie aufgehört und offen seine Expansionsabsichten kundgetan. Nach der Vorlage des Jahresabschlusses für 1978 mit dem zweitbesten Ergebnis aller europäischen Gummikonzerne und weiteren Preiserhöhungen von Reifen und technischen Artikeln, die in diesem Jahr eine Größenordnung von 10-25% umfassen sollen, hat Vorstandsvorsitzender Hahn die Übernahme von Uniroyal Europa angekündigt. Uniroyal Europa, das sind Reifenwerke in Westdeutschland, Belgien, Frankreich und Schottland, eine Textilfabrik für Reifencord in Luxemburg und die dazugehörende Vertriebsorganisation mit einem Umsatz von ca. 600 Mio. DM, womit Conti auf einen Weltumsatz von ca. 2,6 Mrd. DM kommt. – 8000 Beschäftigte hat sich so das Conti-Kapital unter den Nagel gerissen, und es läßt sich jetzt täglich außer den 60000 Reifen in den Conti-Werken noch einmal 50000 Reifen in den Werken von Uniroyal produzieren.

Über seine Gelüste läßt sich Hahn aus: ,,Conti ist zu eng auf die BRD konzentriert. Die Expansionsrichtung ist Europa ... europäisieren". Er spricht hier ganz offensichtlich für das westdeutsche Finanzkapital, das diese Gedanken schon seit geraumer Zeit hegt. Der letzte Versuch, eine Fusion von Conti, Phoenix und Metzeler, ist vor nicht viel länger als einem Jahr mit der ,,Deutschen Corona Kautschuk AG" gescheitert. – ,,Wir rüsten auf" – hat Hahn zu seinen Absichten der Presse mitgeteilt. Gegen wen das gerichtet ist, liegt auf der Hand. Durch zigtausend Überstunden und fortlaufende Sonderschichten hat Hahn im ersten Quartal 1979 gegenüber dem Vorjahr 10% mehr Reifen und 4% mehr technische Artikel produzieren lassen und abgesetzt. Jetzt heißt es: 200 Angestellte seien zu viel auf der Conti und müßten wegrationalisiert werden. Trotz aller Schikane ist der Krankenstand im letzten Jahr von 7,6% auf 8,1% gestiegen. Jetzt will Hahn die vierte Schicht einführen, um den Arbeitstag absolut zu verlängern für die Auspressung der Arbeitskraft. Nach dem Plan des Vorstands sollen die Arbeiter an 6 Tagen in der Woche, von montags bis samstags, jeweils 6 Stunden schaffen, die an den 40 Stunden fehlenden 4 Stunden würde er gern bezahlen. Dieser Plan stößt auf schroffe Ablehnung in der Belegschaft. In der Reifenfabrik Hannover-Stöcken, wo jetzt schon die Frühschicht Samstag Mittag endet und die Nachtschicht Sonntag Abend beginnt, wird solch ein Schichtplan unweigerlich zu weiteren Versuchen der Akkordverschärfung genutzt werden. Allein im letzten Jahr sind dort die Akkordvorgabezeiten an den Faltgürtelmaschinen für Pkw-Reifen von 5,2 auf 4,58 Minuten heruntergesetzt worden, was im Jahr an 6 Maschinen 170000 Reifen mehr ausmacht. – Betriebsräte haben sich dahingehend geäußert, daß sie der vierten Schicht nicht zustimmen werden. Abteilungen, die vorderhand davon gar nicht betroffen sind, wie eine Frauenabteilung der Schlauchfertigung in Vahrenwald haben sich ebenfalls gegen die Einführung gewandt und Vertrauensleute von Conti-Northeim rufen zur Teilnahme an einer Demonstration zum 1.Mai auf.

Jetzt will Ehrenberg die ,,Teilhaberente"

Streichung der Witwenrenten / Hoher Preis an menschlichem Leben ist einberechnet

z.gab. Am 28.3.79 hat die Bundesregierung ihren diesjährigen Bericht über die Rentenversicherungen und deren Finanzlage in den nächsten 15 Jahren vorgelegt. Schon im Rentenanpassungsbericht '79 hatte Ehrenberg befriedigt festgestellt: Rentenfinanzen gegenüber 1978 stabilisiert. Insbesondere seien die Rücklagen 1978 um 1,7 Mrd. DM höher als projektiert und die Schwankungsreserven um einiges höher als erwartet. Um 1 Mrd. DM waren die Beitragseinnahmen aus den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten höher als im letzten Rentenbericht vorausberechnet. Hierdurch stelle sich die ,,Finanzentwicklung bis 1992 um 23 Mrd. DM günstiger dar". Gebremst werde dies allerdings durch einen ,,neu berechneten, längerfristig höheren Ausgabenansatz" der Rentenversicherungen. Der Grund: die wachsende Zahl der erwerbstätigen Frauen, die nach dem gültigen Rentengesetz sowohl Anspruch auf eigene Versorungsrente haben als auch auf 60% des Rentenanspruchs des Mannes als Witwenrente, wenn sie den Mann überleben.

Ist es der westdeutschen Kapitalistenklasse einerseits gelungen, durch gewaltige Lohnsenkungen in den vergangenen Jahren ein Millionenheer von Arbeiterfrauen in die Fabriken zu pressen und in den untersten Entlohnungsklassen zu vernutzen, so wirft gerade dies für die Bourgeoisie jetzt Probleme auf. Objektiv gestiegen ist der Teil der erwerbstätigen Frauen, die die gesetzlichen Voraussetzungen für einen eigenen Rentenanspruch erfüllen und in den nächsten Jahren in Rente gehen werden. Dies war der Kern des Zwischenberichts der Transfer-Enquete-Kommission (vergl. KVZ 9/79). 22,5% erhalten mehr als eine Rente. Das sind 2,7 Mio. Rentner. Mehr als ⅔ davon sind Frauen. Insgesamt ist die Zahl der ,,Mehrfachbezieher" im Verhältnis zu den gesamten Rentenbeziehern von 1969 bis '77 um 6 Prozentpunkte gestiegen. Die Witwenrente, ursprünglich eingerichtet zum Erhalt und zur Stärkung der bürgerlichen Familie, bewirkte mit dem Hineinpressen der Masse der Arbeiterfrauen in die Produktion in zunehmendem Maße eine Kumulation verschiedener Renten. Diese ,,Ungerechtigkeiten" gelte es abzubauen, denn immerhin habe ja der Mann keinen Anspruch auf eine unbedingte Hinterbliebenenrente, sondern nur dann, wenn die Frau zuvor hauptsächlich den Lebensunterhalt beider bestritten hatte, war das Fazit des Zwischenberichts. Am 6.10.77 hatte Ehrenberg die Sachverständigenkommission für die ,,soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen" ins Leben gerufen. Bis zum 21.5.79 sollen deren Vorschläge für eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen der Hinterbliebenenrenten veröffentlich werden.

,,Teilhaberente" heißt Ehrenbergs Lösung. Drei Varianten davon wurden am 12.4. im ,,Handelsblatt" vorgestellt. Wir haben die von Ehrenberg bevorzugte Variante nachgerechnet. Sie zeigt am unverhohlensten die Pläne der westdeutschen Bourgeoisie, einen tiefen Eingriff in die gesamten Reproduktionsbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse durchzusetzen. Die bisherigen Witwen- und Witwerrenten sollen gestrichen werden und an ihrer Stelle nach dem Tode eines Ehegatten die ,,Teilhaberente" gezahlt werden. Sowohl Mann als auch Frau sollen den vollen Anspruch auf alle Rentenansprüche, die sie selbst *außerhalb* der Ehe erworben haben, erhalten, und dazu 75% des Rentenanspruchs, den beide *innerhalb* der Ehe erworben haben. Fein ausgeklügelt ist dies Betrugsmanöver. 30% aller Ansprüche erwirbt der Mann außerhalb der Ehe, die Frau über 40%, hat Ehrenberg ermitteln lassen. Am 5.4.79 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verschiedene Rentenkombinationen, die im Juli 1977 an Frauen ausgezahlt wurden. Diese Zahlen entsprechen in etwa den durchschnittlichen Rentenzahlungen: gut 45% aller Witwen erhielten im Januar '79 unter 540 DM Witwenrente, rund 12% mehr als 840 DM Witwenrente. Wir haben für diese verschiedenen Kombinationen Ehrenbergs ,,Teilhaberente" berechnet.

Jährlich wird vom Statistischen Bundesamt für Rentenempfängerhaushalte mit geringem Einkommen angegeben, was durchschnittlich zum Lebensunterhalt benötigt wird (vgl. KUK 2/78). Nimmt man diese Zahlen für 1977, so hat die Witwe in der Alternative 9 schon vor der Ehrenbergreform keine Chance zu überleben. Ihre Rente reicht gerade für Miete (205 DM), Elektrizität, Brennstoff etc. (75 DM) und Nahrungsmittel für 100 DM. Nach dem Statistischen Bundesamt aber wären 147 DM erforderlich. Nach der Reform bleiben der gleichen Witwe noch 46 DM für Nahrungsmittel. An Ausgaben für die Gesundheits- oder Körperpflege kann sie gar nicht denken. Mit 651 DM erreichte eine Witwe nach der Alternative 10 gerade das Soll. Nach der Reform muß sie streichen: Ausgaben für Nachrichten, Bildung und Unterhaltung, persönliche Ausstattung (z.B. eine Uhr) und Genußmittel.

Eine weitere Spreizung der Renten und massive Senkung für die große Masse der Rentner und Rentnerinnen unter dem Schlachtruf ,,Gleichbehandlung von Mann und Frau" ist das Ergebnis von Ehrenbergs neuen Reformplänen. Betrachtet man die Differenz zwischen alter und verbleibender Rente, so vermag man den Preis in menschlichen Leben, mit dem dieser erneute Rentenbetrug gezahlt werden wird, zu ermessen.

Rentenart	Witwenrente			Versichertenrente (Altersruhegeld oder Erwerbsunfähigkeitsrente)			Witwenrente und Versichertenrente (fiktive Beispiele für Kombinationen)					
Merkmal für die Rentenhöhe	Durchschnitt	hoch: oberstes Fünftel des nach der Höhe geschichteten Bestands	niedrig: unterstes Fünftel des nach der Höhe geschichteten Bestands	Durchschnitt	hoch: mehr als 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre	niedrig: weniger als 10 anrechnungsfähige Versicherungsjahre	beide Renten: Durchschnitt	beide Renten: hoch	beide Renten: niedrig	Witwenrente (Versichertenrente): Durchschnitt (niedrig)	Witwenrente (Versichertenrente): hoch (niedrig)	Witwenrente (Versichertenrente): niedrig (hoch)
Lfd. Nr.	1	2	3	4	5	6	7=1+4	8=2+5	9=3+6	10=1+6	11=2+6	12=3+5
Rentenversicherung der Arbeiter	533	841	259	343	808	118	876	1 649	377	651	959	1 067
Angestellten	762	1 257	333	655	1 237	150	1 417	2 494	483	912	1 407	1 570

Berechnung der Teilhaberente Ehrenbergs (in DM)

DIW-Beispiel Nr.	7		8		9		10		11		12	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Rente bisher	888	876	1402	1649	432	377	888	651	1402	959	917	1067
außer d. Ehe erworben	267	137	421	323	130	47	267	47	421	47	130	323
in d. Ehe erworben	620	620	1100	1100	280	280	519	519	789	789	590	590
Ehrenbergs Teilhaber.	887	757	1521	1423	410	327	786	566	1210	836	720	913

dem zweitbesten Ergebnis aller europäischen Gummikonzerne und weiteren Preiserhöhungen von Reifen und technischen Artikeln, die in diesem Jahr eine Größenordnung von 10-25% umfassen sollen, hat Vorstandsvorsitzender Hahn die Übernahme von Uniroyal Europa angekündigt. Uniroyal Europa, das sind Reifenwerke in Westdeutschland, Belgien, Frankreich und Schottland, eine Textilfabrik für Reifencord in Luxemburg und die dazugehörende Vertriebsorganisation mit einem Umsatz von ca. 600 Mio. DM, womit Conti auf einen Weltumsatz von ca. 2,6 Mrd. DM kommt. – 8000 Beschäftigte hat sich so das Conti-Kapital unter den Nagel gerissen, und es läßt sich jetzt täglich außer den 60000 Reifen in den Conti-Werken noch einmal 50000 Reifen in den Werken von Uniroyal produzieren.

Über seine Gelüste läßt sich Hahn aus: ,,Conti ist zu eng auf die BRD konzentriert. Die Expansionsrichtung ist Europa ... europäisieren". Er spricht hier ganz offensichtlich für das westdeutsche Finanzkapital, das diese Gedanken schon seit geraumer Zeit hegt. Der letzte Versuch, eine Fusion von Conti, Phoenix und Metzeler, ist vor nicht viel länger als einem Jahr mit der ,,Deutschen Corona Kautschuk AG" gescheitert. – ,,Wir rüsten auf" – hat Hahn zu seinen Absichten der Presse mitgeteilt. Gegen wen das gerichtet ist, liegt auf der Hand. Durch

form bleiben der gleichen Witwe noch 46 DM für Nahrungsmittel. An Ausgaben für die Gesundheits- oder Körperpflege kann sie gar nicht denken. Mit 651 DM erreichte eine Witwe nach der Alternative 10 gerade das Soll. Nach der Reform muß sie streichen: Ausgaben für Nachrichten, Bildung und Unterhaltung, persönliche Ausstattung (z.B. eine Uhr) und Genußmittel.

Eine weitere Spreizung der Renten und massive Senkung für die große Masse der Rentner und Rentnerinnen unter dem Schlachtruf ,,Gleichbehandlung von Mann und Frau" ist das Ergebnis von Ehrenbergs neuen Reformplänen. Betrachtet man die Differenz zwischen alter und verbleibender Rente, so vermag man den Preis in menschlichen Leben, mit dem dieser erneute Rentenbetrug gezahlt werden wird, zu ermessen.

Merkmal für die Rentenhöhe	Durchschnitt	hoch: oberstes	niedrig: unterstes	Durchschnitt	hoch: mehr als 40	niedrig: weniger als 10	Durchschnitt	hoch	niedrig	Durchschnitt (niedrig)	hoch (niedrig)	niedrig (hoch)
Lfd. Nr.	1	2	3	4	5	6	7=1+4	8=2+5	9=3+6	10=1+6	11=2+6	12=3+5
Rentenversicherung der Arbeiter	533	841	259	343	808	118	876	1 649	377	651	959	1 067
Angestellten	762	1 257	333	655	1 237	150	1 417	2 494	483	912	1 407	1 570

Berechnung der Teilhaberente Ehrenbergs (in DM)

DIW-Beispiel Nr.	7		8		9		10		11		12	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Rente bisher	888	876	1402	1649	432	377	888	651	1402	959	917	1067
außer d. Ehe erworben	267	137	421	323	130	47	267	47	421	47	130	323
in d. Ehe erworben	620	620	1100	1100	280	280	519	519	789	789	590	590
Ehrenbergs Teilhaber.	887	757	1521	1423	410	327	786	566	1210	836	720	913

Vor UNCTAD V: UdSSR als Rohstoffräuber entlarvt

Gruppe der '77 geht mit ,,Programm des Vertrauens in die eigene Kraft" in die Offensive

Vor UNCTAD V: UdSSR als Rohstoffräuber entlarvt

Gruppe der '77 geht mit ,,Programm des Vertrauens in die eigene Kraft" in die Offensive

z.pek. Zur Vorbereitung der Welthandelskonferenz UNCTAD V, die am 7. Mai in Manila (Philippinen) beginnt, haben die in der Gruppe der 77 zusammengeschlossenen Länder der Dritten Welt im Februar in Arusha (Tansania) eine Beratungskonferenz abgehalten. Dabei beschlossen sie das ,,Programm des kollektiven Vertrauens auf die eigene Kraft", mit dem sie ihren gemeinsamen Standpunkt für die UNCTAD-Verhandlungen festgelegt haben. Zu den wichtigsten Forderungen dieses Programms gehören:

die Einrichtung und die Aufnahme der Tätigkeit des integrierten Rohstoffonds, mit dem durch Schaffung von Ausgleichslagern für die wichtigsten Exportrohstoffe der Länder der Dritten Welt der Spekulation und der Preisdrückerei der Imperialisten auf den Rohstoffmärkten Schranken gesetzt werden, sowie

die Beseitigung von Sonderzöllen der Imperialisten auf Industrieprodukte aus Ländern der Dritten Welt, insbesondere bei Textilien, bei denen viele Länder der Dritten Welt bereits über eine entwickelte Industrie verfügen.

Unter dem Druck der in Arusha gefestigten Front der Länder der Dritten Welt mußten die Imperialisten Ende März der Einrichtung des integrierten Rohstoffonds zustimmen, gegen den sie jahrelang als ,,utopisches Zerrbild" gehetzt hatten. Umso stärker kehren sie jetzt neue Betrugsmanöver hervor, um die wirtschaftlichen Forderungen der Länder der Dritten Welt zu unterdrücken. So haben die EG-Imperialisten Anfang dieses Jahres das ,,Allgemeine Schema der Zollpräferenzen für Entwicklungsländer" in Kraft gesetzt. Danach werden Zölle für *Agrarprodukte* für die ,,ärmsten Entwicklungsländer" aufgehoben, während die Sonderzölle auf Textilien bestehen bleiben und durch weitere Sonderzölle auf Industrieprodukte ergänzt werden. Das verstärkt den Druck für die Länder der Dritten Welt, nur landwirtschaftliche Produkte zu exportieren, – der Aufbau ihrer nationalen Industrie soll erdrosselt werden. Die BRD-Imperialisten gehen nicht davon aus, daß sie mit solchen Betrugsmanövern ungeschoren durchkommen. ,,Die deutsche Delegation geht nach Manila einen schweren Gang", peilte die ,,Süddeutsche Zeitung" vom 27.4. die Lage.

Auch für die Sozialimperialisten ist die bevorstehende UNCTAD-Konferenz Anlaß, Gift und Galle zu speien. Für sie ist ,,diese Organisation leider nicht auf der Höhe", denn ,,sie konzentriert sich vorwiegend auf Probleme der Entwicklungsländer". Sie beklagen, daß ,,sich in der Gruppe der 77 diejenigen Kräfte aktiviert haben, die gegen die Zusammenarbeit mit dem Weltsozialismus sind" und daß in das Aktionsprogramm von Arusha ,,vorsätzlich und unbegründet für die RGW-Länder unannehmbare Forderungen aufgenommen wurden". (,,Neue Zeit" Nr. 16/79, S 18) Demagogisch versuchen sie den Ländern der Dritten Welt einzureden, daß sie sich mit ihrem Kampf um höhere Rohstoffpreise selbst schaden würden: ,,Wenn auf dem kapitalistischen Rohstoffmarkt die Preise steigen, haben die transnationalen Monopole des Westens, die einen beträchtlichen Teil der Rohstoffproduktion und des Rohstoffexports in den Entwicklungsländern kontrollieren, die größten Vorteile." (,,Aussenhandel", Zeitschrift des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR, Nr. 11/78, S 45)

Indem sich die Sozialimperialisten als ,,natürliche Verbündete" anbiedern, wollen sie sich in Wirklichkeit an die Stelle der US-Monopole setzen. Mit 4,2 Mrd. Dollar lagen ihre Importe aus den Ländern der Dritten Welt 1978 noch weit unter denen der US-Imperialisten von 76,7 Mrd. Dollar. Mit demagogischem Betrug und militärischer Aggression versuchen sie, diesen Rückstand aufzuholen.

Die sinkenden Rohstoffpreise haben die Sozialimperialisten genutzt, um sich immer größere Mengen von Rohstoffen der Länder der Dritten Welt anzueignen und dafür immer weniger zu bezahlen. Bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffen haben sie ihre Importe 1977 um 28 bis 50% gesteigert. 1978 haben sie für ihre Importe aus den Ländern der Dritten Welt nur noch 2,8 Mrd. Rubel bezahlt, – um 200 Mio. Rubel weniger als im Jahr davor. Der Handelsbilanzüberschuß, den sie mit den Methoden des ungleichen Tauschs zustandegebracht haben und der für die Länder der Dritten Welt als Verschuldung zu Buche schlägt, beträgt für 1978 2,9 Mrd. Rubel und ist damit höher als der Betrag, den sie für ihre Importe bezahlt haben.

Rohstoffimporte der UdSSR, 1977

	Menge (1000 t)	Steigerung (%)
Rohrzucker	4287,0	28,2
Rohtabak	78,1	5,4
Kaffee	44,6	0,7
Bananen	37,1	47,2
Wolle	111,6	1,8
Reis	459,5	42,2
Fische	32,5	50,5
Edelholz	219,3	28,9

Angabe für Edelholz in 1000 Festmeter
Quelle: Ekotass

Auf solche Bündnispartner können die Länder der Dritten Welt im Kampf um den Schutz ihrer natürlichen Ressourcen verzichten. Gestützt auf ihre eigenen Erfahrungen haben sie auf der Konferenz von Arusha die Sozialimperialisten angegriffen, die ,,nicht weniger aggressiv und gierig als die transnationalen Konzerne des Westens die Ressourcen der Länder der Dritten Welt anzuzapfen versuchen."

Landarbeiter pflanzen Kaffeesetzlinge aus. – Den Weltmarktpreis für Kaffee haben die Imperialisten von 333 cents per pound (April 1978) auf gegenwärtig 151 cents gedrückt. Mit dem integrierten Rohstoffonds der UNCTAD werden dieser Preisdrückerei Schranken gesetzt.

Die Arbeiterklasse kann die Bauern für ihre Ziele gewinnen

Widersprüche zwischen Bauern und Kapitalisten, Landbevölkerung und Staat prägen sich schärfer aus

z.bil Am 1. Mai 1978 demonstrierten 300 Bauern gegen den Bau eines Stausees in Daberg bei Furth im Wald. Jetzt haben sie beschlossen, Barrikaden aus ihren Treckern auf den Höfen zu errichten, wenn die Schätzer kommen, die die Zwangsenteignungen vorbereiten. – In der Resolution der Landwirte des Landkreises Lüchow-Dannenberg vom 7.2.1979 gegen den Bau der Kernkraftanlage Gorleben heißt es u.a.: „Wir Bauern sind heute zusammengekommen, weil wir nicht wollen, daß in unserem Landkreis (und anderswo!) die mit unglaublichen Risiken verbundene Atomindustrie verwirklicht wird. Unerschütterlich werden wir protestieren... Uns Landwirten gehen durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und ihrer Versorgungseinrichtungen über 1000 ha land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 20 mittleren Betrieben. Weiterhin drohen uns unzumutbare Belastungen durch: Flächenzerschneidungen, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkungen ... Aus diesen und noch vielen anderen Gründen wehren wir Landwirte sowie die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg uns bis zuletzt und mit aller Kraft gegen den Bau dieser Sorgenanlage". Blockadeaktionen gegen das Aufstellen der Bohrfahrzeuge auf dem Gelände der Genossenschaft der Bauern war die Antwort der Landwirte. Landwirte aus Tobringen, Göbel, Gedelitz und anderen Dörfern luden Mist an den Zufahrtswegen ab. Ein Bürgermeister in seiner Ansprache gegenüber den anrückenden Polizeitruppen: „Verweigert den Befehl, geht nach Hause, der Befehl ist nicht heilig, behindert nicht die Landwirtschaft, wir sind sowie schon sechs Wochen zurück". Der Landvolkverband, die Organisation der Landfrauen unterstützten den Aufruf zur Treckerdemonstration nach Hannover. An fünf Tagen gelingt die Organisierung des Treckerzuges, obwohl die gemeinsame Feldbestellung jetzt im Frühjahr mit gesichert werden muß. – Der Landvolkverband mußte unter dem Druck der Bewegung der kleinen Bauern gegen den geplanten Bau der Nordlandautobahn Stellung nehmen. – Die Jugendgruppe der Gewerkschaft NGG Bremerhaven beschließt zum diesjährigen 1. Mai Forderungen nach einem Existenzlohn für Lehrlinge, Gleichstellung von Männern und Frauen.

Die Bauernbewegung hat ihren *sichtbaren* Ausdruck seit den Kampfaktionen 1976 gegen den Bau des Kernkraftwerks in Whyl gefunden. Die Vielfalt und Breite der Bewegung der Bauern und des Landvolkes zeigt sich in den örtlichen und regionalen Bewegungen, auch wenn diese oft noch zersplittert sind und der Zusammenfassung bedürfen.

Die kapitalistische Produktionsweise hat die massenhafte Enteignung der kleinen und mittleren Bauern von ihrem Land nach 1945 beschleunigt. Sie hat ein gut Teil der Bauern in Lohnarbeiter verwandelt, die als Nebenerwerbsbauern das Stück Land zu halten versuchen. Je umfangreicher die Anwendung der Arbeitskraft in großem Stil wird, der Einsatz der modernen Maschinerie auf großen Flächen durch die Agrarkapitalisten wird, um so mehr schreitet dieser Vernichtungsprozeß voran. Dies und die Tatsache, daß viele Bauern gezwungen sind, ihre Arbeitskraft entweder ganz zusätzlich oder zu bestimmten Jahreszeiten an die Industriekapitalisten und die Agrarkapitalisten zu verkaufen, verschärfen die Klassengegensätze. Die angebliche „Gemeinsamkeit mit den Großgrundbesitzern" wird brüchig. Der Widerspruch zur Kapitalistenklasse und die Erfahrung der Lohnarbeit schafft die Möglichkeit zum Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung.

Reaktionäre Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung, die die Ausplünderung und Unterdrückung beider produzierender Klassen verschärfen, machen die Aktionseinheit von Arbeitern mit Bauern notwendig. – Mit der Einführung der Buchführungspflicht sollen die kleinen und mittleren Bauern der gehässigsten Steuerausplünderung unterworfen werden. 1500 DM steuerfrei ist die gemeinsame Forderung der Arbeiterbewegung und der Bauernbewegung. – Die Hereinnahme der Bauern in die Rentenversicherung hat den Zugriff auf die Gelder der arbeitenden Klassen gesichert. Um den erträglichen Lebensabend der Bauern ging es ihnen nicht, sondern um die Unterwerfung aller Teile des Volkes unter das Versicherungswesen, dem das Volk, solange sich das Versicherungswesen in den Händen der Kapitalistenklasse befindet, ausgeliefert ist. Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten entspricht den Interessen der in die Rentenversicherung übernommenen Bauern. Daß Bauern mit übernommen wurden, eröffnet gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse. – Arbeiter und Lehrlinge der Vulkan-Werft in Bremen schrieben den Bauern von Lüchow-Dannenberg anläßlich der Treckerdemonstration: „Wir unterstützen Eure Treckerdemonstration, wir unterstützen Euch in Eurem Kampf um Eure Existenz und gegen die Pläne der Imperialisten, die mit Macht den Aufbau einer unabhängigen Energieversorgung betreiben, um sie zu nutzen im Kampf für die Neuaufteilung der Welt – für ihren Profit... Ist es bei Euch die Verseuchung Eurer Erzeugnisse, die zur Vernichtung Eurer Existenz führt, so ist es bei uns der Angriff auf den Lohn, mittels Drehen an der Akkordschraube oder durch Einführung neuer Maschinerie, die den Arbeitstag intensiviert."

Offensichtlich ist auch, daß in diesen Kämpfen die Bedeutung der Organisationen der Bauern und des Landvolkes wächst. Unter der Führung des Großgrundbesitzes sind die Bauernverbände und die Landvolkvereinigungen gleichwohl gezwungen, gegen die Steuerpläne der Regierung, gegen das Kernenergieprogramm Stellung zu nehmen. Die Gründung der Bundschuh-Produktionsgenossenschaft der Boxberger Bauern im Kampf gegen die von den Daimler-Benz-Kapitalisten geplante Teststrecke drückt diese steigende Bewußtheit über die Notwendigkeit von Instrumenten zur Führung des Kampfes aus.

Revolutionärer Bauernverband in Indien gegründet

z.rül. Mehrere tausend Delegierte von landlosen Bauern und Landarbeitern aus Assam und Westbengalen gründeten am 28.3. in Naxalbari in Nordostindien eine neue revolutioäre Bauernvereinigung. Zu dem Gründungskongreß hatte die Kommunistische Partei Indiens/Marxisten-Leninisten aufgerufen. Die Forderungen der „Paschime Banya Raiya Krishak Mukti Samiti", wie die Bauernvereinigung heißt, sind nach Berichten bürgerlicher indischer Zeitungen: Land für die Bauern, Senkung der Abgaben, Mindestpreise für die Produkte der Bauern, Bereitstellung von Düngemitteln und Pestiziden zu niedrigen Preisen, Mindestlohn für die Landarbeiter. Zum Aufbau einer „starken und vereinigten Bauernbewegung" will die Samiti Gespräche mit anderen Bauernverbänden aufnehmen. Die Erhebung der Bauern von Naxalbari und Umgebung zum bewaffneten Kampf in den Jahren 1967 bis 1970 sitzt den Ausbeutern noch in den Knochen. Mit dem Einsatz von Militär, der Verhaftung von Zehntausenden von „Naxaliten" und der Ermordung von Tausenden revolutionärer Bauern schlugen sie ihn damals nieder. Dieser Aufstand hat „ein neues Kapitel in der Geschichte des Kampfes der unterdrückten Volksmassen Indiens für ihre Rechte eröffnet", erklärte der Generalsekretär des ZK der CPI/ML auf der Konferenz in Naxalbari. Die bürgerliche Presse stellte besorgt fest, es gebe keine Anzeichen, daß „die neue Partei nur demokratische Methoden benutzen will".

Norwegische Fischer fordern 200-Meilenzone um Jan Mayen

z.bag. Norwegische Fischer haben die Regierung aufgefordert, für die Insel Jan Mayen, die zwischen Grönland und der norwegischen Küste liegt, die 200-Meilenzone einzuführen. Dies ist ein Schritt im Kampf um die Fischbestände im nördlichen Eismeer, die vor allem von den Trawlern der sowjetischen Fischereiflotte bedroht sind. Ein Abkommen zwischen der sowjetischen und der norwegischen Regierung räumt den Sozialimperialisten das Recht ein, im norwegischen T. . der Barents-See 80000 t Fisch zu fangen, während norwegische Fischer nur 30000 t aus dem sowjetischen Teil holen dürfen. Als Begründung für diesen ungleichen Handel geben die norwegischen Fischereibehörden an: „Wenn wir den Russen nicht erlaubten, in unserer Zone zu fischen, würden sie alles einschließlich der Fischbrut in ihrem eigenen Teil wegfangen, was für den Fischbestand in der Barents-See noch schädlicher wäre". Besonders hohe Verluste hatten die Norweger beim Fang einer kleinen Heringsart (Lodde), dessen Fang wegen der Überfischung durch die sowjetischen Trawler von 2,9 Mio. t 1977 auf 1,8 Mio. t 1978 beschränkt werden mußte. Die norwegische Regierung ist unentschieden, auch weil eine 200-Meilenzone in isländi-

Partei nur demokratische Methoden benutzen will".

Embryonentransfer bei Kühen – neue wissenschaftliche Methode des Bauernlegens

z.chs. Dem Tierzuchtamt Coburg ist vor kurzem ein Experiment gelungen, das eine enorme Verbesserung in der Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren mit sich bringen wird: der Embryonentransfer. Dabei geht es darum, daß befruchtete Eier (Embryonen) von besonders wertvollen Kühen mit speziellen Erbeigenschaften, wie hohe Milchleistung und gute Fleischleistung, auf Ammenkühe übertragen und von diesen ausgetragen werden, wobei die Ammen von ihrem sonstigen landwirt-

ge auf dem Gelände der Genossenschaft der Bauern war die Antwort der Landwirte. Landwirte aus Tobringen, Göbel, Gedelitz und anderen Dörfern luden Mist an den Zufahrtswegen ab. Ein Bürgermeister in seiner Ansprache gegenüber den anrückenden Polizeitruppen: „Verweigert den Befehl, geht nach Hause, der Befehl ist nicht heilig, behindert nicht die Landwirtschaft, wir sind sowie schon sechs Wochen zurück". Der Landvolkverband, die Organisation der Landfrauen unterstützten den Aufruf zur Treckerdemonstration nach Hannover. An fünf Tagen gelingt die Organisierung des Treckerzuges, obwohl die gemeinsame Feldbestellung jetzt im Frühjahr mit gesichert

fruchtete Ei aus dem Gebärteil der Spenderkuh herausgespült wird und auf dieselbe Weise auf die Ammenkühe übertragen werden kann, ist so schonend, daß dieser Vorgang in beliebig häufiger Reihenfolge wiederholt werden kann. Von einer gesunden Kuh kann man im Normalfall 5 Kälber erwarten. Mit dem Embryonentransfer läßt sich der Nachwuchs gut auf das Zwanzig- bis Dreißigfache steigern. „Eine bisher nie dagewesene, echt weltrekordverdächtige Konstellation",

viele Bauern gezwungen sind, ihre Arbeitskraft entweder ganz zusätzlich oder zu bestimmten Jahreszeiten an die Industriekapitalisten und die Agrarkapitalisten zu verkaufen, verschärfen die Klassengegensätze. Die angebliche „Gemeinsamkeit mit den Großgrundbesitzern" wird brüchig. Der Widerspruch zur Kapitalistenklasse und die Erfahrung der Lohnarbeit schafft die Möglichkeit zum Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung.

Reaktionäre Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung, die die Ausplünderung und Unterdrückung beider produzierender Klassen verschärfen, machen die Aktionseinheit von Arbeitern mit Bauern notwendig. – Mit der Ein-

ner Kuh noch auf rund 3000 kg beschränkt. Durch neue Fütterungsmethoden, verbesserte Stallhaltung und besonders durch Züchtung konnte dies auf 3900 kg im Jahr 1974 gesteigert werden. Die Spenderkuh aus Coburg, bei der die Embryonen entnommen wurden, hatte eine Jahresmilchleistung von 4811 kg. Wenn man bedenkt, daß die Aufzucht einer ausreichend großen Population von solchen Rekordkühen mit der natürlichen Methode Jahrzehnte dauert, so bringt der Embryo-

nach unten bewegen werden. Was man dabei aber nicht erwarten kann, ist, daß sich deshalb auch die Verbraucherpreise senken werden. Viel eher werden die EG-Landwirtschaftsminister denjenigen Bauern, die nicht nach den rationellsten Methoden produzieren, d.h. also z.B. auf den Embryonentransfer verzichten müssen, die Milch- und Fleischsubventionen streichen. Die meisten Klein- und Mittelbauern werden auf den Embryonentransfer verzichten müssen, weil er ihnen zu teuer

Norwegische Fischer fordern 200-Meilenzone um Jan Mayen

z.bag. Norwegische Fischer haben die Regierung aufgefordert, für die Insel Jan Mayen, die zwischen Grönland und der norwegischen Küste liegt, die 200-Meilenzone einzuführen. Dies ist ein Schritt im Kampf um die Fischbestände im nördlichen Eismeer, die vor allem von den Trawlern der sowjetischen Fischereiflotte bedroht sind. Ein Abkommen zwischen der sowjetischen und der norwegischen Regierung räumt den Sozialimperialisten das Recht ein, im norwegischen T. . der Barents-See 80000 t Fisch zu fangen, während norwegische Fischer nur 30000 t aus dem sowjetischen Teil holen dürfen. Als Begründung für diesen ungleichen Handel geben die norwegischen Fischereibehörden an: „Wenn wir den Russen nicht erlaubten, in unserer Zone zu fischen, würden sie alles einschließlich der Fischbrut in ihrem eigenen Teil wegfangen, was für den Fischbestand in der Barents-See noch schädlicher wäre". Besonders hohe Verluste hatten die Norweger beim Fang einer kleinen Heringsart (Lodde), dessen Fang wegen der Überfischung durch die sowjetischen Trawler von 2,9 Mio. t 1977 auf 1,8 Mio. t 1978 beschränkt werden mußte. Die norwegische Regierung ist unentschieden, auch weil eine 200-Meilenzone in isländisches Territorium hineinreichen und die „Interessen" der anderen Supermacht USA berühren würde.

Embryonentransfer bei Kühen – neue wissenschaftliche Methode des Bauernlegens

z.chs. Dem Tierzuchtamt Coburg ist vor kurzem ein Experiment gelungen, das eine enorme Verbesserung in der Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren mit sich bringen wird: der Embryonentransfer. Dabei geht es darum, daß befruchtete Eier (Embryonen) von besonders wertvollen Kühen mit speziellen Erbeigenschaften, wie hohe Milchleistung und gute Fleischleistung, auf Ammenkühe übertragen und von diesen ausgetragen werden, wobei die Ammen von ihrem sonstigen landwirtschaftlichen Gebrauchswert ruhig minderwertig sein können. Diese Methode, bei der mittels eines Katheters das befruchtete Ei aus dem Gebärteil der Spenderkuh herausgespült wird und auf dieselbe Weise auf die Ammenkühe übertragen werden kann, ist so schonend, daß dieser Vorgang in beliebig häufiger Reihenfolge wiederholt werden kann. Von einer gesunden Kuh kann man im Normalfall 5 Kälber erwarten. Mit dem Embryonentransfer läßt sich der Nachwuchs gut auf das Zwanzig- bis Dreißigfache steigern. „Eine bisher nie dagewesene, echt weltrekordverdächtige Konstellation", so der Direktor des Tierzuchtamtes Coburg, H. Lautner.

1954 war die Jahresmilchleistung einer Kuh noch auf rund 3000 kg beschränkt. Durch neue Fütterungsmethoden, verbesserte Stallhaltung und besonders durch Züchtung konnte dies auf 3900 kg im Jahr 1974 gesteigert werden. Die Spenderkuh aus Coburg, bei der die Embryonen entnommen wurden, hatte eine Jahresmilchleistung von 4811 kg. Wenn man bedenkt, daß die Aufzucht einer ausreichend großen Population von solchen Rekordkühen mit der natürlichen Methode Jahrzehnte dauert, so bringt der Embryonentransfer hier einen enormen Fortschritt.

Ein weiteres Beispiel: Die Mast schwerer Kälber bis zu 180 kg Endgewicht dauert im Durchschnitt 16 Wochen. Nur besondere Züchtungen erreichen dieses Schlachtgewicht in dieser Zeit und lassen sich als Handelsklasse A mit großer Fleischfülle in Rücken, Lende und Keule, geringem gleichmässigem Fettbesatz und einer Schlachtausbeute bis zu 70% besonders günstig verkaufen. Auch hier wird der Embryonentransfer, der aus dem Versuchsstadium heraus ist und jetzt wirtschaftlich einsetzbar ist, eine enorme Vergrösserung der produzierbaren Fleischmenge- und -qualität mit sich bringen.

Man wird also erwarten können, daß z.B. die Milch- und Fleischproduktion durch diese Methode in den nächsten Jahren gewaltig ansteigen wird. Was man zweitens erwarten kann, ist, daß sich durch die Vergrößerung des Angebotes die Erzeugerpreise sehr rasch nach unten bewegen werden. Was man dabei aber nicht erwarten kann, ist, daß sich deshalb auch die Verbraucherpreise senken werden. Viel eher werden die EG-Landwirtschaftsminister denjenigen Bauern, die nicht nach den rationellsten Methoden produzieren, d.h. also z.B. auf den Embryonentransfer verzichten müssen, die Milch- und Fleischsubventionen streichen. Die meisten Klein- und Mittelbauern werden auf den Embryonentransfer verzichten müssen, weil er ihnen zu teuer kommen wird. Wegen des komplizierten technischen Vorgangs wird er nur von den Veterinärämtern oder den grossen Agrarkapitalisten durchgeführt werden können. Ein Bauernlegen größten Ausmaßes wird die Folge sein.

1970 bis 77 hat sich in Bayern die Anzahl der Bauern, die Rinder im Stall hatten, um 61800 verringert. Das dürfte in den meisten Fällen auch mit der Vernichtung der bäuerlichen Existenz verbunden gewesen sein. Gleichzeitig ist der Rinderbestand in Bayern im gleichen Zeitraum um 435800 gestiegen. Diese Konzentration der Landwirtschaft in immer weniger Händen geht offensichtlich zu langsam vor sich. Nach dem Landesentwicklungsplan für Bayern sollen im Zeitraum von 1978 bis 1990 über 300000 Bauern gelegt werden. 40000 Großagrarier sollen übrig bleiben. Dieses „Jahrhundertwerk" der Bourgeoisie läßt sich nur mit neuen Erkenntnissen bewerkstelligen, von denen eine der Embryonentransfer ist.

700 (DM) | 600 | 500 | 400 | 300 | 200 | 100
Verkaufserlös | Gewinn | Kostenanteil
100 | 120 | 140 | 160 | 180 (kg)

Rentabilität der Kälbermast: Erst ab 160 kg wird mit 88 DM ein ausreichender Gewinn erzielt. Zahlen aus dem Institut für Tierzucht, Bonn.

Neue Bundesgüteverordnung für Anliefermilch in Vorbereitung

z.klr. Die Bundesregierung läßt zur Zeit an einer Güteverordnung für Anliefermilch basteln. Darin soll festgeschrieben sein, daß „alle Anliefermilch monatlich neben Fett- auch auf Eiweißgehalt untersucht und die Milch dann nach Inhaltsstoffen bezahlt werden" soll (Landwirtschaftliches Wochenblatt, Westfalen-Lippe, 22.3.79). Neben den ständig angewandten Methoden der Prellerei versprechen sich die Molkereikapitalisten davon eine zusätzliche Senkung ihres in Rohstoffen angelegten Kapitals und damit höheren Profit.

Der Preis, der den Bauern in NRW für die Milch gezahlt wird, ergibt sich als Produkt: Fettgehalt mal Milchmenge mal Preisfaktor gleich Anlieferpreis, der zwischen 57 und 59 Pfennig je Liter bei 3,7% Fettgehalt liegt. Gesenkt wird er bei Bauern, die die Milch ungekühlt abliefern, um 2 Pfennig und bei Bauern, die Milch schlechterer Güte abliefern, um weitere 0,5 (Güteklasse 2) bis zu 8 Pfennig (Güteklasse 3). Abzüglich der Mitverantwortungsabgabe, die im Durchschnitt bei 0,5 Pfennig das Kilo liegt.

Die „Moha und Zentra Vereinigte Milchwerke GmbH" praktizieren bereits diese neue Preisfestlegung gegen die Bauern in der Wetterau: Basispreis gleich 3,7% mal 7,5 Pfennig für Fettgehalt plus 3,3% mal 7,3 Pfennig für den Eiweißgehalt plus einem Grundpreis von 3,04 Pfennig plus 7,5% Mehrwertsteuer gleich 59,5 Pfennig pro Liter Milch. Den Grund für diese Änderung nennen sie selber: „Die Molkereien erwirtschaften heute nur noch 54% des Milchpreises aus dem Fett und 46% aus dem Eiweiß. Die entsprechende Bezahlung stellt eine Notwendigkeit dar."

Aus Milch mit hohem Eiweißgehalt können sie viel Weichkäse, Joghurt und Quark herstellen und je höher der Anteil bei gleichbleibendem Preis der Anliefermilch ist, um so mehr verbilligt sich ihr Kostpreis für diese Produkte und umso mehr Profit schlagen sie dabei heraus.

Mit Prellerei und gezieltem Druck auf die Milchpreise haben die Molkereikapitalisten den Anlieferpreis relativ gedrückt. Er stieg 1978 nur um 1 Pfennig (1,8%) gegenüber dem Vorjahr. Jetzt wollen eine Reihe von Molkereien die Milchsammelstellen, wo mehrere Bauern ihre Milch zusammenschütten und einen gemeinsamen Preis aushandelten, abschaffen, um täglich aufs neue die Milchpreise für jeden einzelnen Bauer festzulegen. Das soll die Preise drücken. Die Bauern sollen durch Verfüttern von teurem stärkehaltigen Futter, das den Eiweißgehalt der Milch erhöht, den doppelten Tribut zahlen.

Angola: die Landwirtschaft gehört nicht dem RGW

z.lik. Am 29. März hat das Exekutivkomitee des RGW auf seiner 89. Sitzung ein „Programm der Zusammenarbeit" mit Angola im Bereich der Landwirtschaft beschlossen. Die sowjetischen Imperialisten hatten sich Definitiveres erwartet, nämlich die vertragliche Einbindung der Wirtschaft Angolas in ihr Plündersystem des RGW. Je mehr Zeit vergeht, umso ungünstiger gestalten sich die Aussichten für einen solchen Vertrag. Seit der Invasion vermittels kubanischer Söldnertruppen betätigen sich sowjetische „Berater" in allen wichtigen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft. Das Resultat: 4500 Plantagen liegen brach, über 50% der Nahrungsmittelversorgung muß über Importe gedeckt werden. Der Anbau von Kaffee, vor der Invasion das Hauptexportgut, ist gegenüber 1974 um 83% gesunken. Was Wunder, wenn er für die Sowjetunion produziert werden soll, die dafür 1977 einen Preis von 38% unter Weltmarktniveau gezahlt hat! Der Widerstand der Massen gegen diesen Ausverkauf ihrer produktiven Arbeit richtet sich zunehmend gegen die Urheber. Befreiungskämpfer der FNLA haben jetzt mit Unterstützung der Massen begonnen, den Verkauf von Kaffee in die eigene Hand zu nehmen. Mit Waffengewalt schützen sie die Transportwege gegen sowjetisch-kubanische Übergriffe. Der Erlös ist für den Erwerb von Waffen bestimmt.

Nationale Minderheiten in USA verteidigen Studienprogramme

z.ger. Seit zwei Jahren führen die Studenten des Laney College in Oakland, Californien, USA, einen Kampf gegen die Streichung von Studienkursen, die sie sich Ende der 60er Jahre erkämpft hatten. Zu den wichtigsten Kursen gehört das ethnische Studienprogramm, das die nationalen Minderheiten – von der US-Bourgeoisie seit 20 Jahren als billige Arbeitssklaven aus den Ländern der Dritten Welt herangeschafft – zum Studium ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Kämpfe durchgesetzt hatten. Mitte März hatte die Schulbehörde 40 Lehrern die Entlassung oder Reduzierung von Unterrichtsstunden angekündigt. Die Stellenstreichungen waren hauptsächlich gegen die ethnischen Kurse, insbesondere die Asienkurse, gerichtet.

Es gab sofort Proteste der verschiedenen Gruppen einschließlich der Lehrergewerkschaft. Angeführt wurde der Kampf gegen die Streichungen von der Laney Asian/Pacific Student Union (APSU), einer Vereinigung von Studenten aus Ländern Asiens und des Pazifiks. Unterstützt von der Black Student Union gelang es der APSU, eine breite Front von Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten und Altersgruppen aufzubauen. Ganze Klassen der Asienkurse besuchten die Versammlungen der APSU. Auch außerhalb der Universität wurde der Kampf unterstützt. Eine Ladenbesitzerin in Chinatown hatte eine Unterschriftenliste ausliegen. Ein älterer Mann malte eine Wandzeitung in chinesischer Schrift mit einem Gedicht über den Kampf. Der Kampf um die Asienkurse wurde Teil des Kampfs der nationalen Minderheiten gegen die Unterdrückung durch die imperialistische US-Bourgeoisie.

Zur Sitzung des bezirklichen Schulausschusses am 20.3. erschien eine große Anzahl asiatischer Studenten unter Führung der APSU. Studenten, Lehrer und Menschen aus dem Stadtteil füllten den Saal. Die Vertreter der verschiedenen nationalen Minderheiten griffen die Behörden wegen der Stellenstreichungen und der Angriffe auf die Rechte der Minderheiten an. Elf Tage später zog die Behörde 75% der Kündigungen insgesamt und alle Kündigungen bei den Lehrern der ethnischen Kurse zurück. Der Kampf geht weiter für die Rücknahme aller Kündigungen und für die Ausweitung des Programms. (Bild: Unity, 8/79)

Studenten in Papua-Neuguinea streiken für höhere Studienunterstützung

z.cht.Sydney. Seit 2 Wochen streiken die Studenten an mehreren der 34 Hochschulen in Papua-Neuguinea für Verdoppelung ihrer Studienunterstützung von bislang 7,5 Kina pro Woche (ca. 20 DM) und des Büchergeldes. Sie haben die Universität von Port Moresby besetzt und Barrikaden errichtet, um das Universitätspersonal nicht in die Universität zu lassen. Die Regierung führt zwar Gespräche mit den Studenten, ließ sogar die Studentensprecher der TH in Lea zu Gesprächen in die Hauptstadt fliegen, konnte ihnen aber kein Angebot machen. Sie hatte versucht, unter dem wirtschaftlichen Druck der Imperialisten auf das Land ihre Schwierigkeiten für den Haushalt 1978 zu lösen, indem sie die Ausgaben für Erziehung und Bildung um 50 Prozent kürzte.

Das Land wird von den Imperialisten in Abhängigkeit gehalten. Die Umwandlung des Landes in eine Plantage von Kokosnüssen, Kaffee und Kakao zuerst durch deutsche, dann briti-

Bougainville überstiegen 1978 die Grenze von 95 Mio. Kina, von der an eine Sondersteuer für Superprofite erhoben wird. Um eine selbständige Wirtschaft des Landes zu entwickeln, bemüht sich die Regierung, die Zusammenarbeit mit den Ländern im südpazifischen Raum zu verstärken. Sie tritt dafür ein, daß das „Südpazifische Forum", ein Zusammenschluß von 12 Ländern, international als die Organisation des südpazifischen Raums anerkannt wird, und wird Young, der vom 1. bis 4. Mai das Land besucht, die Forderung nach Anerkennung des Forums durch die USA vortragen.

Die Regierung erklärte für Montag, den 23.4., den Lehrbetrieb für wiedereröffnet. Die Studenten sollten sich zurückmelden. Jedem, der es nicht bis Donnerstag getan hat, sollen alle Gelder gestrichen, den Stipendiaten die Stipendien entzogen werden. Mitte der Woche gab die Regierung bekannt, sie werde allen Studenten, die weiterhin

„Mädchen in Männerberufe"

Die Bourgeoisie will den Druck auf den Arbeitsmarkt steigern

z.hev. Von 1978 bis 1980 fördert die Bundesregierung zahlreiche Modellversuche, um „mehr Mädchen in Männerberufe" zu locken. Betriebe, die sich an den Versuchen beteiligen, erhalten bis zu 75% der „versuchsbedingten Kosten" ersetzt und darüber hinaus noch besondere Länderzuschüsse für bauliche Maßnahmen wie sanitäre Einrichtungen (Toiletten, Umkleide- und Waschräume). Voraussetzung ist die „wissenschaftliche Begleitung" der Versuche, die nach einer Werbebroschüre des Senators für Arbeit und Soziales in Berlin u.a. klären soll:

„Feststellung der Schwierigkeiten und physiologischen Belastungen, die sich für Mädchen möglicherweise aus den Ausbildungsanforderungen der Ausbildungspraxis und den Berufsanforderungen der gewählten Ausbildungsberufe ergeben. Untersuchung der Bedingungen für die Arbeitsplatzvermittlung der ausgebildeten Versuchsteilnehmerinnen. Durchführung von Bewährungsuntersuchungen (Berufslaufbahnuntersuchungen) nach der Aufnahme einer Berufstätigkeit durch die Versuchsteilnehmerin. Durchführung von Vergleichsuntersuchungen von Mädchen und Jungen hinsichtlich ihres Lern-, Leistungs- und Sozialverhaltens bei der Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen. Entwicklung von übertragbaren ausbildungsbegleitenden sozialpädagogischen Stützungsmaßnahmen einschließlich der Vorbereitung der Mädchen auf Konflikte, die in der künftigen frauenungewohnten Arbeitswelt zu erwarten sind."

Angekündigt hatte dieses Programm der Kanzler in der Regierungserklärung vom 16.12.76. Er gab sich in Sorge über den „Mangel an Gleichberechtigung der fast 10 Mio. erwerbstätigen Frauen", „Arbeitslosigkeit trifft sie am häufigsten" usw. usf. Die Trommel für die Programme „Mädchen im Blaumann" wurde dann kräftig gerührt, so daß es den Anschein haben konnte, die Regierung übertrifft „Emma" in ihren Bemühungen, die Frauen zu emanzipieren. „Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind?" heißt eine Broschüre des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Ja, wer? Die Gewerkschaftssozialdemokratie, wie z.B. Karin Roth, DGB-Landesjugendsekretärin in Rheinland-Pfalz, fängt den rhetorischen Frageball auf: „Trotz zunehmender Mädchenarbeitslosigkeit" werde „die Berufsnot der Mädchen heruntergespielt."

Das Programm lief an, war aber „kein Erfolg". (Farthmann, nordrhein-westfälischer Arbeitsminister). Bis Ende 1978 waren in Nordrhein-Westfalen gerade 200 Anträge eingegangen, Geld, um die Kapitalisten zu schmieren, war aber für 1000 vorhanden gewesen. Aber Farthmann läßt nicht locker, er will trotz des Mißerfolgs das Programm nicht abblasen. Warum diese Hartnäckigkeit? Fahren die Kapitalisten nicht ganz gut mit der Reservearmee der Frauen, die sie jederzeit in die Niedriglohngruppen pressen und monotone Arbeit verrichten lassen können? *Damit* fahren sie gut, aber es hapert bei den Facharbeitern. Dort herrscht nicht der nötige Überfluß, der den Kapitalisten kräftige Lohnsenkungen erlauben würde. Das „weibliche Element" in den gewerblich-technischen Berufen möchte der Stachel sein. Deshalb die wissenschaftliche Untersuchung des „Sozialverhaltens" und die „Vorbereitung auf Konflikte". Deshalb auch die Begeisterung des „Bundesinstituts für Berufsbildung" in einer ersten Auswertung über „merkbar verbessertes Ausbildungs- und Betriebsklima." Das Institut hatte am 22.2.79 das Fazit aus den ersten fünf Modellversuchen mit 133 Mädchen in 20 Betrieben gezogen, die als Dreher, Betriebsschlosser, Werkzeugmacher, Elektroinstallateur, Meß- und Regelmechaniker ausgebildet werden. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf den Metall- und Elektroberufen.

Um aber die bisher auf den Arbeitsmarkt ungelernter Arbeiter beschränkte Konkurrenz der Frauen mit den Männern *umfassend* machen zu können, müssen noch bestehende Schranken für die Beschäftigung von Frauen fallen. Dazu gehört das Verbot der Nachtarbeit für Frauen. An einer anderen Barriere wird schon jetzt kräftig gerüttelt. So erklärte das Verwaltungsgericht Ansbach am 9.1.79 das Beschäftigungsverbot für Frauen auf Baustellen für verfassungswidrig. Warum eigentlich nicht auch gleich das Nachtarbeitsverbot? Die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer" der SPD Nordrhein-Westfalen jedenfalls war anläßlich eines „Landesforums Schichtarbeit" (27.1.79) dazu bereit:

„Oft können sie (die Frauen) durch männliche Arbeitskräfte ersetzt werden, für die die Möglichkeit der Nachtarbeit nicht eingeschränkt ist. Gerade angesichts der augenblicklich angespannten Arbeitsmarktlage ist eine solche Verdrängung weiblicher Arbeitskräfte leicht erreichbar. Folglich könnte die Weigerung, weitere Ausnahmeregelungen vom generellen Verbot der Nachtarbeit für weibliche Arbeitskräfte zuzulassen, gerade in der jetzigen konjunkturellen Situation das Risiko der Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmerinnen erhöhen."

Das Hinterhältige an diesen Gedankengängen ist, daß die Arbeiterinnen selbst die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots fordern sollen, wenn sie erst einmal Facharbeiterinnen sind. Die Bourgeoisie verspricht sich die Emanzipation der Facharbeiterin zu gleichberechtigter Ausbeutung, zumindestens eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Das Ergebnis wird ganz umgekehrt sein: das *allgemeine* Verbot der Nachtarbeit wird sich noch dringender stellen, die Stellung der arbeitenden Frauen gegenüber den Kapitalisten stärker werden. Das werden alle Arbeiter begrüßen.

„Mädchen im Blaumann" bei Krupp in Rheinhausen. 4 von 27 Lehrlingen.

„Sport hilft den Menschen in den Entwicklungsländern am besten..."

dere die Asienkurse, gerichtet.

Es gab sofort Proteste der verschiedenen Gruppen einschließlich der Leh-

weiter für die Rücknahme aller Kündigungen und für die Ausweitung des Programms. (Bild: Unity, 8/79)

Studenten in Papua-Neuguinea streiken für höhere Studienunterstützung

z.cht.Sydney. Seit 2 Wochen streiken die Studenten an mehreren der 34 Hochschulen in Papua-Neuguinea für Verdoppelung ihrer Studienunterstützung von bislang 7,5 Kina pro Woche (ca. 20 DM) und des Büchergeldes. Sie haben die Universität von Port Moresby besetzt und Barrikaden errichtet, um das Universitätspersonal nicht in die Universität zu lassen. Die Regierung führt zwar Gespräche mit den Studenten, ließ sogar die Studentensprecher der TH in Lea zu Gesprächen in die Hauptstadt fliegen, konnte ihnen aber kein Angebot machen. Sie hatte versucht, unter dem wirtschaftlichen Druck der Imperialisten auf das Land ihre Schwierigkeiten für den Haushalt 1978 zu lösen, indem sie die Ausgaben für Erziehung und Bildung um 50 Prozent kürzte.

Das Land wird von den Imperialisten in Abhängigkeit gehalten. Die Umwandlung des Landes in eine Plantage von Kokosnüssen, Kaffee und Kakao zuerst durch deutsche, dann briti-sche Kolonialisten führte dazu, daß das Land auch heute noch weitgehend von Nahrungsmittelimporten abhängig ist und seine Wirtschaft hauptsächlich auf den Export dieser Produkte stützt. Seit 1973 beuten die britischen Imperialisten durch Rio Tinto Zinc in Bougainville einen der größten Kupfervorräte der Welt aus. Die Profite von

Bougainville überstiegen 1978 die Grenze von 95 Mio. Kina, von der an eine Sondersteuer für Superprofite erhoben wird. Um eine selbständige Wirtschaft des Landes zu entwickeln, bemüht sich die Regierung, die Zusammenarbeit mit den Ländern im südpazifischen Raum zu verstärken. Sie tritt dafür ein, daß das „Südpazifische Forum", ein Zusammenschluß von 12 Ländern, international als die Organisation des südpazifischen Raums anerkannt wird, und wird Young, der vom 1. bis 4. Mai das Land besucht, die Forderung nach Anerkennung des Forums durch die USA vortragen.

Die Regierung erklärte für Montag, den 23.4., den Lehrbetrieb für wiedereröffnet. Die Studenten sollten sich zurückmelden. Jedem, der es nicht bis Donnerstag getan hat, sollen alle Gelder gestrichen, den Stipendiaten die Stipendien entzogen werden. Mitte der Woche gab die Regierung bekannt, sie werde allen Studenten, die weiterhin streiken, eine einfache Flugkarte in ihre Heimatorte ausstellen. Die etwa 1900 Studenten der 6 streikenden Hochschulen beschlossen, weiterhin ihre Sperren während der Woche von 6 bis 16 Uhr zu errichten, Geld für diejenigen zu sammeln, denen das Stipendium gestrichen worden ist, und weiterhin für ihre Forderungen zu streiken.

Studentische Beschäftigte fordern Tarifvertrag mit Westberliner Senat

r.clg. Seit mehreren Jahren führen die an den Universitäten beschäftigten studentischen Tutoren, Hilfskräfte und Mitarbeiter einen Kampf zur Durchsetzung der tarifvertraglichen Regelung ihres Beschäftigungsverhältnisses. Am 19. April haben jetzt die ersten Tarifverhandlungen zwischen dem Westberliner Senat und der ÖTV stattgefunden. Der Senat legte einen völlig unannehmbaren Vorschlag vor.

Derzeit gibt es zwei Vergütungsgruppen: die Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte erhalten 14,33 DM die Stunde, die studentischen Mitarbeiter, die in Druckereien, Bibliotheken und ähnlichem nichtwissenschaftliche Tätigkeiten ausüben, erhalten 10,60 DM. Das soll jetzt in mehrere Vergütungsgruppen aufgesplittet werden, was einen weiten Raum für Herabgruppierungen bietet. Der Senat plant Lohnsenkungen: bei den Hilfskräften um 2,80 DM, bei den Mitarbeitern sollen verschiedene Eingruppierungen möglich sein, je nach dem verringert sich der Lohn zwischen 1 und 3 DM. Die Tutoren sollen von der jährlichen, im öffentlichen Dienst erkämpften Lohnerhöhung ausgeschlossen werden, ihre Bezahlung soll auf Jahre festgelegt werden. Sie waren bisher in der Lehre tätig. Nach dem Vorschlag des Senats sollen sie jetzt auch andere Tätigkeiten ausüben können.

Der Senat hätte am liebsten „Richtlinien" erlassen, d.h. gesetzliche Regelung der Beschäftigungsbedingungen, einseitig vom Senat festgelegt. Jetzt ist er zu Tarifverhandlungen gezwungen worden. Sein „Angebot" fällt jedoch noch hinter die „angedrohten" Richtlinien zurück.

Die ÖTV hat in ihrem Flugblatt vom 20.4. klargestellt, daß der Abschluß eines Tarifvertrages davon abhängig gemacht werden muß, „daß die z.Zt. gezahlten Vergütungen mit den bisher üblichen jährlichen Anpassungen Basis für eine Regelung im Tarifvertrag sein muß, ebenfalls die bisherige Arbeitszeitregelung sowie die Beibehaltung der gegenwärtigen Beschäftigtengruppen". Die Beibehaltung des status quo ist auch die Forderung der Beschäftigten, die bis zum nächsten Verhandlungstermin am 29. Mai in Bereichsversammlungen und mit Aktionen bekräftigt werden sollen.

maßnahmen einschließlich der Vorbereitung der Mädchen auf Konflikte, die in der künftigen frauenungewohnten Arbeitswelt zu erwarten sind."

Angekündigt hatte dieses Programm der Kanzler in der Regierungserklärung vom 16.12.76. Er gab sich in Sorge über den „Mangel an Gleichberechtigung der fast 10 Mio. erwerbstätigen Frauen", „Arbeitslosigkeit trifft sie am häufigsten" usw. usf. Die Trommel für die Programme „Mädchen im Blaumann" wurde dann kräftig gerührt, so daß es den Anschein haben konnte, die Regierung übertrifft „Emma" in ihren Bemühungen, die Frauen zu emanzipieren. „Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind?" heißt eine Broschüre des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Ja, wer? Die Gewerkschaftssozialdemokratie, wie z.B. Karin Roth, DGB-Landesjugendsekretärin in Rheinland-Pfalz, fängt den rhetorischen Frageball auf: „Trotz zunehmender Mädchenarbeitslosigkeit" werde „die Berufsnot der Mädchen heruntergespielt."

Schwerpunkt des Programms liegt auf den Metall- und Elektroberufen.

Um aber die bisher auf den Arbeitsmarkt ungelernter Arbeiter beschränkte Konkurrenz der Frauen mit den Männern *umfassend* machen zu können, müssen noch bestehende Schranken für die Beschäftigung von Frauen fallen. Dazu gehört das Verbot der

stens eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Das Ergebnis wird ganz umgekehrt sein: das *allgemeine* Verbot der Nachtarbeit wird sich noch dringender stellen, die Stellung der arbeitenden Frauen gegenüber den Kapitalisten stärker werden. Das werden alle Arbeiter begrüßen.

„Mädchen im Blaumann" bei Krupp in Rheinhausen. 4 von 27 Lehrlingen.

„Sport hilft den Menschen in den Entwicklungsländern am besten..."

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund, Bezirk Aachen/Grenzland für die Hochschulen: TH und FH Aachen, FH AC/Abt. Jülich, PH Rheinland/ Abt. Aachen, Musikhochschule, Kath. FH

23. April 1979
Jg. 2 Nr. 17

z.sgü. Seit 1962 betreibt die Bundesregierung Sportentwicklungshilfe. Die beliebteste, weil erfolgreichste Maßnahme ist die Entsendung von Fußballexperten in die Länder der Dritten Welt. Auf diesem Gebiet ist die BRD unangefochtener Weltmeister. Meist sind sie in den Ländern als Nationaltrainer tätig und versuchen, die Sportstrukturen umzuwälzen. Allein die Mittel, die seitens der Bundesregierung dafür bereitgestellt werden, lassen einen fragen: Wofür das alles?

Die Auswahl der Länder entspricht den strategischen Interessen des BRD-Kapitals. 1. Schwerpunkt ist Afrika: „Unsere Exporte in die Staaten der OAE sind seit 1972 fast um das Zweieinhalbfache gestiegen...", freut sich Genscher. B. Streun, als Nationaltrainer in Lesotho, trat dort dafür ein, daß sich dieses Land von der OAU, der UNO und auch der FIFA (Fußballweltverband) isoliert und Sportkontakte mit dem Siedlerregime Südafrika aufnimmt. „Lesotho bräuchte aber Erfahrungen, die man am besten durch Spiele mit den Südafrika-Mannschaften gewinnen könnte."

2. Schwerpunkt Nah-Ost und hier besonders Ägypten und Saudi-Arabien, gerade jene beiden Länder, auf die alle westlichen Imperialisten ihre Spaltungsversuche konzentrieren, um die Einheit in der OPEC und die Einheit der arabischen Front gegen das Zionistengebilde Israel zu zerstören. Gleichzeitig ist Ägypten das am meisten verschuldete arabische Land.

3. Schwerpunkt: Fernost, die Länder am Pazifischen Becken, dem „Ozean der Zukunft" (Deutsche Bank).

Die Verfilzung von Kapital und Fußballfunktionären ist oft groß. In Papua-Neuguinea, „Hauptlieferant der BRD (...) von Kupfererzen" (BDI), ist der Trainer der Nationalmannschaft, der Vizepräsident des Fußballverbandes und der Schirmherr deutscher Abstammung. Letztere beiden ein großer Bauunternehmer und ein Maschinenbaukapitalist: Wölfe im Schafspelz des Fußballpropheten.

Umfang der Sportentwicklungshilfe

Jahr	Summe
1962 – 1966	700000
1967	711000
1968	785000
1969	913300
1970	1537500
1971	2235500
1972	4466600
1973	2998800
1974	7657500
1975	7669300
1976	7893500
1977	8002600
1978	10406000

Die Kurven der Ausgaben für Sportentwicklungshilfe und Kapitalexport gleichen sich auffällig. 1967 und 1973, jeweils zu Beginn der tiefen Krisen des BRD-Kapitals, haben sich die Kapitalisten in die Kapitalexportoffensive geworfen – die Sportentwicklungshilfe folgte auf dem Fuße, denn: „Erfahrungsgemäß muß die Sportförderung in den Entwicklungsländern zu den Maßnahmen gerechnet werden, die am meisten „good-will" für die Bundesrepublik Deutschland schaffen" (3. Sportbericht der Bundesregierung).

Jedoch werden die Maßnahmen der westdeutschen Trainer nicht einfach hingenommen. Als Trautmann in Tanzania 1976 den ganzen Fußball umkrempeln wollte, eine Liga, ähnlich der englischen Profiliga mit strengen Reglementationen für Spieler und Vereine, Lizenzgebühren, Strafen, Spielerwechselverboten usw. einführen wollte, schlug ihm eine Welle der Kritik entgegen. Seine Vorschläge wurden von der Öffentlichkeit abgelehnt, stattdessen Freizügigkeit der Spieler, Amateurstatus, die Möglichkeit, für mehrere Vereine zu spielen, gefordert. „In einem sozialistischen Staat sind die werktätigen Massen der höchste Wert und ihre Rechte werden respektiert. Die Fußballspieler haben diese Rechte auch." Von den Sportoffiziellen wurde verlangt, daß sie sich statt auf Fremde auf die eigene Kraft vertrauen und sofort einen Tanzanier als Fußballnational-Trainer einstellen.

Die Völker sind wachsam und schmieden ihre Einheit auch auf dem Gebiet des Sports. „Wir vergessen allzuleicht, daß der kulturelle Imperialismus die gefährlichste Form des Kolonialismus ist, weil er uns unser eigenes Wesen verbirgt und nicht zu uns selbst kommen läßt." (Senghor)

Bundeseinheitliche Polizeigesetzgebung „alternativ"

z.job. Seit die Innenministerkonferenz im November 1977 die endgültige Form des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz verabschiedet hatte, hat nur in Baden-Württemberg (bereits 1975) und in Bayern ein entsprechendes Landesgesetz verabschiedet werden können. In allen anderen Bundesländern hat der „Streit um Nutzen und Schaden verstärkter polizeilicher Mobilisierung" (Der Spiegel) unter den Bourgeois die zügige Verabschiedung neuer Polizeigesetze aufgehalten. Jetzt haben acht Universitätsprofessoren nach 16monatiger „Arbeit" der Debatte um die Verschärfung der Länder-Polizeigesetze wieder auf die Sprünge geholfen. Die acht Experten in Sachen Strafrecht, Kriminologie, Polizeirecht, Datenschutz haben in Buchform einen „Alternativentwurf einheitlicher Polizeigesetze des Bundes und der Länder" veröffentlicht und rühren dafür unter dem Firmenschild „Rechtsstaatlichkeit, Liberalität, Bürgerrechte, Praxisbedürfnisse" die Werbetrommel in der bürgerlichen Presse.

Zu den Kernpunkten des Musterentwurfs der Innenministerkonferenz gehört die Ausrüstung der Polizeitruppen mit Maschinengewehren und Handgranaten. Die „alternativen" Professoren sind dagegen, nicht weil sie Bedenken hätten, diese Waffen zur Niederschlagung von Aufständen einzusetzen, sondern: „Muß einem entsprechend ausgerüsteten Gegner entgegengetreten werden, so kann dies nur im Rahmen von Art. 91 Abs. 2 GG (Grenzschutz) oder von Art. 87a Abs. 4 GG (Bundeswehr) geschehen...", wofür sich die Bourgeoisie in den Notstandsgesetzen bereits die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat. Zum Schußwaffengebrauch führen die Professoren aus: „Die tödliche Wirkung darf äußerstenfalls die mißbilligend in Kauf genommene Nebenfolge sein". Am 20. Februar hat in Bamberg ein Polizist einen Arbeiter bei einem angeblichen Einbruch in ein Kaufhaus „auf der Flucht erschossen". Bisher ist noch immer in solchen Fällen „Notwehr" oder „vermeintliche Notwehr" vor Gericht geltend gemacht worden und auch durchgekommen. Auf „Notwehr" spekulieren auch die Verfasser des Alternativentwurfs.

Der Kern des Professorenentwurfs, – wozu alle Unterdrückungsmethoden ins Gesetz schreiben, es geht doch auch ohne? – zeigt sich auch bei den Straßensperren und Kontrollstellen. Als Mittel der Straf*verfolgung* wurden sie bereits im April 1978 bei der Verschärfung der Strafprozeßordnung vom Bundestag beschlossen. Als Mittel zur „*Verhinderung* von Straftaten" sollen sie laut Musterentwurf ebenfalls erlaubt sein, also faktisch jederzeit. Hier, sagt der „liberale Entwurf", reiche die Festlegung der Strafprozeßordnung völlig aus, eine besondere Erwähnung im Polizeigesetz sei „nicht erforderlich". Ebenfalls im April letzten Jahres war der § 130 der StPO geändert worden, so daß der Staatsapparat jetzt, wann immer er will, ganze Gebäudekomplexe durchkämmen lassen kann. Die Rechtsprofessoren sind der „Meinung, daß bereits die bisherige Regelung ausgereicht hätte", weil da nicht von „Wohnung", sondern von „Räumen" die Rede sei, worunter man ja auch ganze Gebäude verstehen könne.

„Spät, doch hoffentlich nicht zu spät", kommt die „Alternative", meint Dr. H.-P. Schneider aus Hannover. Die Professoren müssen den Massen das verschärfte Instrumentarium zur Polizeiunterdrückung verkaufen. So soll, wenn's nach ihnen geht, für die Polizisten die Ausweispflicht eingeführt werden, weil klar ist, daß unter den Massen die Polizeischikanen verhaßt sind; gleichzeitig wird damit ein Keil zwischen die unteren Polizeiränge und die Volksmassen getrieben und werden die höheren Chargen gedeckt. 3400 Polizisten demonstrierten im Januar in Hamburg gegen Überstundenschinderei und Schichtarbeit und für bessere Besoldung. Solche Zersetzungserscheinungen zeigen der Bourgeoisie, daß sie sich ihre Polizeiapparates nicht unbedingt sicher ist.

Die Schwierigkeiten, die die herrschende Klasse bei der einheitlichen gesetzlichen Fixierung der Polizeigewalt gegenwärtig hat, sind offensichtlich. Der Professorenentwurf muß den Weg bahnen, die Einigkeit unter den Bourgeois und besonders auch unter den Polizeikadern zu verbreitern und den Widerstand dagegen im opportunistischen Lager aufzuweichen. Bei dem letzteren scheint dies auch schon halb gelungen: in der „Roten Fahne" vom 15. März wird über eine „erfolgreiche Tagung" berichtet, wo unter Teilnahme von Professor Denninger (Mitautor der „Alternative", bekannt schon als Miturheber der Verschärfung des hessischen Hochschulgesetzes) über den Alternativentwurf immerhin kontrovers diskutiert wurde. Für die „Rote Fahne" jedenfalls „ließ die Diskussion viele Fragen offen".

Einstellung des Prozesses gegen das SRK Hamburg-Unterelbe!

r.thw. Für die Staatsanwaltschaft Hamburg hat der Staatsanwalt Runge die Eröffnung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen das ehemalige SRK Hamburg-Unterelbe vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg beantragt.

Angeklagt ist der Genosse Wulf wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für 24 Ausgaben der Volksmiliz von Mitte 77 bis Ende 78. Er ist angeklagt wegen §89 und 92 – planmäßiges Einwirken auf Angehörige der Bundeswehr, um deren „pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland...zu untergraben." – und der §185 und 194 STGB (Beleidigung). Die Taktik der Staatsanwaltschaft, um hohe Gefängnisstrafen durchzusetzen, ist abgefeimt. Sie will die Kämpfe der Soldaten gegen die Kasernenunterdrückung, gegen den Hungersold raus aus dem Prozeß haben. Einzig prozeßmaßgebend sei die zersetzende Propaganda. Um eben diese Kämpfe und ihre Organisierung geht es aber gerade in dem Prozeß. Generalmajor Burandt und von Rodde sind nacheinander Kommandeure der 3.Panzerdivision. Oberstleutnant Brauer ist Kommandeur des PzArt.Btl. 75, Teil der 3.PzDiv., stationiert in der Röttigerkaserne in Hamburg-Fischbek. Sie hatten schon vor einem Jahr das SRK wegen „Beleidigung" verklagt.

Gestützt auf die Kampagne der SRKs für Lohnfortzahlung, Verweigerungs- und Kündigungsrecht hatten die Kämpfe der Soldaten in der Röttigerkaserne 1977 einen großen Aufschwung genommen. 60 Soldaten einer Kompanie hatten in einer Resolution die Lohnfortzahlung gefordert. Auf mehreren Mannschaftsversammlungen wurden die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Dienstausgleich verabschiedet. Soldaten beschlossen Resolutionen gegen das imperialistische Energieprogramm, zur Unterstützung der Lohnkämpfe der Arbeiter, zur Unterstützung der Kämpfe in anderen Kasernen. Die Offiziere der Röttigerkaserne rotierten. Es gelang ihnen nicht, die Kämpfe zu unterdrücken. Im Sommer 77 beschloß die Mannschaftsversammlung der 3./75 ihren Vertrauensmann damit zu beauftragen, eine Versammlung der Vertrauensleute der Kaserne zu organisieren für den Zusammenschluß auf den Forderungen: „Dienstausgleich für alle Zusatzdienste, Lohnfortzahlung." Da geriet Brauer völlig aus dem Häuschen. „Räteähnliche Zusammenschlüsse" wären das; er setzte den Vertrauensmann ab, verhörte einzeln dann 30 Soldaten, die einen Protestbrief dagegen geschrieben hatten und versetzte den Vertrauensmann aus der Kompanie. Wegen dieser herausragenden Tätigkeiten wurde Brauer und 3 Hauptleute der Kaserne auf Steckbriefen des SRK angegriffen.

Wegen deren Inhalt fühlen sie sich beleidigt. Brauer wird darin u.a. gekennzeichnet als „Mischung aus klassischem Offizierslumpen, einem Pfaffen und einem Trottel." Es wird berichtet über seinen Einsatz beim Wintermanöver der 3.Batterie in Munster, Biwak, täglich etwa minus 8 Grad. Ansprachen von 30 Minuten hat er gehalten. Beliebt war das Thema „Durchhalten".

Reservistenverband: von der Bourgeoisie geführt und finanziert

z.reb. Ende letzten Jahres wurde ein neuer Vorstand des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. gewählt. An die Stelle des bisherigen Präsidenten Rudolf Woller, Oberst der Reserve und Chefredakteur des ZDF, trat Detleff Drate, Mitglied des niedersächsischen Landtages (CDU), der Mittelstandsvereinigung und der Internationalen Handelskammer Hannover. Vizepräsidenten sind Oberst Dr. Gerd Schadle, Oberst der Reserve Möhring (SPD-MdB), Oberleutnant der Reserve Jürgen Riek und Stabsunteroffizier der Reserve Benker. Den Reservistenverband mit 72000 Reservisten in seinen ca. 1350 Orts- und Kreisgruppen hat die Bourgeoisie sich zielstrebig als Einsatztruppe gegen die Arbeiterklasse aufgebaut. Die Form des privaten Vereins ist ausgezeichnet geeignet, um den direkten Einfluß der Bourgeoisie auf den Verband zu organisieren. Finanziert wird das Ganze aus Steuergeldern der Werktätigen. 13,5 Millionen DM wurden im Bundeshaushalt 1978 für diesen Verband zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er kostenlos die Gebäude der Bundeswehr für seine Büros benutzen und EDV-Unterstützung für die Erfassung des Mitgliederbestandes und Erhebung der Mitgliedsbeiträge anfordern. Begründet wird dies im Haushaltsplan damit, daß ihm die Aufgabe übertragen wurde, ausgeschiedene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zu betreuen und fortzubilden.

Das 1971 von allen Parteien des Bundestages gemeinsam verabschiedete Reservistenprogramm umfaßt einerseits die „Allgemeine Reservistenarbeit", d.h. ein „Angebot" zur ständigen militärischen und ideologischen Ausrichtung auf die Ziele der westdeutschen Bourgeoisie. So führte z.B. die Reservistenkameradschaft Dieburg-Land im Januar ein Kreispokalschießen mit Gewehr, Pistole und MG auf einem Schießstand der amerikanischen Besatzungstruppen durch, die Reservistenkameradschaft Bieberich führt gemeinsame Veranstaltungen mit der Kriegskameradschaft des deutschen Afrikacorps und der Kameradschaft ehemaliger Gebirgstruppen durch. Über derartige Veranstaltungen soll der Reservistenverband zu einer Zusammenrottung reaktionärer Elemente aufgebaut werden. In seiner Abschiedsrede stellte Rudolf Woller fest, daß der Reservistenverband jetzt neue Aufgaben bekommen müßte, insbesondere in der „speziellen Reservistenarbeit", d.h. bei der Verwendung des Reservisten in einem bestimmten Reservistenposten bei seinem Mob-Truppenteil. Dies wird aber noch weitgehend von der Bundeswehr selbst organisiert. Bedauernd stellt Woller fest, daß beim gegenwärtigen System nicht gewährleistet sei, daß die reaktionären Haufen, die über die „allgemeine Reservistenarbeit" zusammengestellt werden und für ihre „Aufgabe motiviert" wurden, alle benötigt würden. Nur die Hälfte der Mitglieder des Verbandes seien „mob-verplant", d.h. unter den Kräften, die als erstes für den imperialistischen Krieg oder den Bürgerkrieg eingezogen werden. Die Forderungen des Reservistenverbandes sind daher: rasche Erfassung aller freiwilligen Reservisten, bevorzugte Einziehung zu Wehrübungen, engere Anbindung an ihren Mob-Truppenteil. Das Ziel dieser Forderungen ist auch klar: Schaffung einer reaktionären Eingreifreserve gegen die Arbeiterklasse und fremde Völker.

destag beschlossen. Als Mittel zur „*Verhinderung* von Straftaten" sollen sie laut Musterentwurf ebenfalls erlaubt sein, also faktisch jederzeit. Hier, sagt der „liberale Entwurf", reiche die Festlegung der Strafprozeßordnung völlig aus, eine besondere Erwähnung im Polizeigesetz sei „nicht erforderlich". Ebenfalls im April letzten Jahres war der § 130 der StPO geändert worden, so daß der Staatsapparat jetzt, wann immer er will, ganze Gebäudekomplexe durchkämmen lassen kann. Die Rechtsprofessoren sind der „Meinung, daß bereits die bisherige Regelung ausgereicht hätte", weil da nicht von „Wohnung", sondern von „Räumen" die Rede sei, worunter man ja auch ganze Gebäude verstehen könne.

„Spät, doch hoffentlich nicht zu spät", kommt die „Alternative", meint Dr. H.-P. Schneider aus Hannover. Die Professoren müssen den Massen das verschärfte Instrumentarium zur Polizeiunterdrückung verkaufen. So soll, wenn's nach ihnen geht, für die Polizisten die Ausweispflicht eingeführt werden, weil klar ist, daß unter den Massen die Polizeischikanen verhaßt sind; gleichzeitig wird damit ein Keil zwischen die unteren Polizeiränge und die Volksmassen getrieben und werden die höheren Chargen gedeckt. 3400 Polizisten demonstrierten im Januar in Hamburg gegen Überstundenschinderei und Schichtarbeit und für bessere Besoldung. Solche Zersetzungserscheinungen zeigen der Bourgeoisie, daß sie sich ihre Polizeiapparates nicht unbedingt sicher ist.

Die Schwierigkeiten, die die herrschende Klasse bei der einheitlichen gesetzlichen Fixierung der Polizeigewalt gegenwärtig hat, sind offensichtlich. Der Professorenentwurf muß den Weg bahnen, die Einigkeit unter den Bourgeois und besonders auch unter den Polizeikadern zu verbreitern und den Widerstand dagegen im opportunistischen Lager aufzuweichen. Bei dem letzteren scheint dies auch schon halb gelungen: in der „Roten Fahne" vom 15. März wird über eine „erfolgreiche Tagung" berichtet, wo unter Teilnahme von Professor Denninger (Mitautor der „Alternative", bekannt schon als Miturheber der Verschärfung des hessischen Hochschulgesetzes) über den Alternativentwurf immerhin kontrovers diskutiert wurde. Für die „Rote Fahne" jedenfalls „ließ die Diskussion viele Fragen offen".

Reservistenverband: von der Bourgeoisie geführt und finanziert

z.reb. Ende letzten Jahres wurde ein neuer Vorstand des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. gewählt. An die Stelle des bisherigen Präsidenten Rudolf Woller, Oberst der Reserve und Chefredakteur des ZDF, trat Detleff Drate, Mitglied des niedersächsischen Landtages (CDU), der Mittelstandsvereinigung und der Internationalen Handelskammer Hannover. Vizepräsidenten sind Oberst Dr. Gerd Schadle, Oberst der Reserve Möhring (SPD-MdB), Oberleutnant der Reserve Jürgen Riek und Stabsunteroffizier der Reserve Benker. Den Reservistenverband mit 72000 Reservisten in seinen ca. 1350 Orts- und Kreisgruppen hat die Bourgeoisie sich zielstrebig als Einsatztruppe gegen die Arbeiterklasse aufgebaut. Die Form des privaten Vereins ist ausgezeichnet geeignet, um den direkten Einfluß der Bourgeoisie auf den Verband zu organisieren. Finanziert wird das Ganze aus Steuergeldern der Werktätigen. 13,5 Millionen DM wurden im Bundeshaushalt 1978 für diesen Verband zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er kostenlos die Gebäude der Bundeswehr für seine Büros benutzen und EDV-Unterstützung für die Erfassung des Mitgliederbestandes und Erhebung der Mitgliedsbeiträge anfordern. Begründet wird dies im Haushaltsplan damit, daß ihm die Aufgabe übertragen wurde, ausgeschiedene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zu betreuen und fortzubilden.

Das 1971 von allen Parteien des Bundestages gemeinsam verabschiedete Reservistenprogramm umfaßt einerseits die „Allgemeine Reservistenarbeit", d.h. ein „Angebot" zur ständigen militärischen und ideologischen Ausrichtung auf die Ziele der westdeutschen Bourgeoisie. So führte z.B. die Reservistenkameradschaft Dieburg-Land im Januar ein Kreispokalschießen mit Gewehr, Pistole und MG auf einem Schießstand der amerikanischen Besatzungstruppen durch, die Reservistenkameradschaft Bieberich führt gemeinsame Veranstaltungen mit der Kriegskameradschaft des deutschen Afrikacorps und der Kameradschaft ehemaliger Gebirgstruppen durch. Über derartige Veranstaltungen soll der Reservistenverband zu einer Zusammenrottung reaktionärer Elemente aufgebaut werden. In seiner Abschiedsrede stellte Rudolf Woller fest, daß der Reservistenverband jetzt neue Aufgaben bekommen müßte, insbesondere in der „speziellen Reservistenarbeit", d.h. bei der Verwendung des Reservisten in einem bestimmten Reservistenposten bei seinem Mob-Truppenteil. Dies wird aber noch weitgehend von der Bundeswehr selbst organisiert. Bedauernd stellt Woller fest, daß beim gegenwärtigen System nicht gewährleistet sei, daß die reaktionären Haufen, die über die „allgemeine Reservistenarbeit" zusammengestellt werden und für ihre „Aufgabe motiviert" wurden, alle benötigt würden. Nur die Hälfte der Mitglieder des Verbandes seien „mob-verplant", d.h. unter den Kräften, die als erstes für den imperialistischen Krieg oder den Bürgerkrieg eingezogen werden. Die Forderungen des Reservistenverbandes sind daher: rasche Erfassung aller freiwilligen Reservisten, bevorzugte Einziehung zu Wehrübungen, engere Anbindung an ihren Mob-Truppenteil. Das Ziel dieser Forderungen ist auch klar: Schaffung einer reaktionären Eingreifreserve gegen die Arbeiterklasse und fremde Völker.

„Freies Libanon" – Vorposten der Festung Groß-Israel

Die Offensive der Zionisten bezweckt die Spaltung der arabischen Front

z.zik. Mit der Proklamierung des „Freien Libanon" durch den Falangistenoffizier Haddad haben die Zionisten einen weiteren Brückenkopf auf arabischem Boden errichtet. Gleichzeitig haben sie eine neue Offensive eingeleitet.

Die Angriffe der Zionisten und der Falangisten haben sich auf Lager der PLO im Gebiet von Tyrus, auf Beirut und auf Gebiete im Norden Libanons bei Tripoli konzentriert. In den Lagern der PLO wurde im wesentlichen materieller Schaden angerichtet, die Lagerbewohner waren auf die Angriffe vorbereitet und haben die Lager mit Flak-Geschützen verteidigt, deren Existenz die „Frankfurter Allgemeine" vom Donnerstag letzter Woche zähneknirschend zur Kenntnis nimmt. Weitere Angriffe richteten sich auf Einheiten der regulären libanesischen Armee und der UNO-Streitkräfte im Südlibanon.

Dajan, der „Sozialdemokrat" im Kabinett Begins, hat letzte Woche demagogisch erklärt: „Israel wird zu einem bestimmten Zeitpunkt wählen müssen zwischen dem Golan und dem Frieden, genauso wie es hat wählen müssen zwischen dem Sinai und dem Frieden", und ging dann auf Reisen, während die Zionisten-Regierung zwei neue Siedlungsprojekte im Westjordanland genehmigte.

Dajans Aussagen sind ein offenes Angebot an Syrien, einen Separatfrieden mit den Zionisten abzuschließen. Syrien hat nach Ägypten die größte Armee der arabischen Staaten und muß nach dem vorläufigen Herausbrechen Ägyptens aus ihrer Front die Hauptlast des arabischen Befreiungskrieges tragen. Bereits im Februar hatte Dajan in einem Interview mit dem „Spiegel" diese Hoffnung der Imperialisten ausgedrückt: „Wenn die anderen arabischen Länder erst mal einsehen, daß es für sie schwer ist, ohne Ägypten Krieg zu führen..." Mit einem Separatfrieden mit Syrien könnten die US-Imperialisten die Front der arabischen Länder ganz entschieden schwächen.

Die Golan-Höhen aufzugeben, haben sie nicht ernsthaft im Sinn, genausowenig wie sie den Sinai aufgeben. Wer die Golan-Höhen besitzt, der besitzt einen strategisch entscheidenden Punkt über ganz Palästina.

Die Sozialimperialisten müssen befürchten, daß ihnen die Felle davonschwimmen. „All das (der Separatfrieden mit Ägypten) erregt die berechtigte Unruhe nicht nur der arabischen Staaten, sondern auch der anderen in der unmittelbaren Nähe der Nah-Ost-Region gelegenen", hatte TASS bereits am 16. März verlauten lassen, womit sie sich meinen. Der US-Imperialismus ist mit Camp David ihnen gegenüber ins Vordertreffen gekommen. „Kein Wort über die Golan-Höhen", kritisiert die Zeitung „Temps Nouveaux" (Neue Zeiten) der Sozialimperialisten den Vertrag. Diesmal wollen *sie* den Trumpf ziehen, sich einmischen können über eine Genfer Palästina-Konferenz, wo sie ein Wort mitzureden hätten. Ihre Waffenlieferungen an Syrien haben sie 1978 ausgeweitet, um es verstärkt in Abhängigkeit zu bringen, und am Horn von Afrika haben sie ihre Eingreiftruppen ganz in der Nähe

Die EG-Imperialisten lassen derzeit den belgischen Außenminister das Terrain sondieren. Derweil bereiten sie den Boden für eine Intervention. „Niemand in Europa scheint sich darüber Sorgen zu machen. Nur in Israel ahnt man, was in Beirut geschieht", schreibt die „Frankfurter Allgemeine" am 10.4., und nach der Aktion des Falangeoffiziers: „Notwehr" sei es, was er übe. Damit läßt sich eine Intervention allemal rechtfertigen.

Gegen die verstärkten Kriegsvorbereitungen der Imperialisten verstärken die arabischen Länder ihre Anstrengungen zur Vorbereitung eines arabisch-palästinensischen Befreiungskrieges: Bereits 1974 haben die ölproduzierenden Länder eine jährliche Hilfe für Syrien in Höhe von 1 Mrd. Dollar für die Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes beschlossen und 1977 die Bildung eines gemeinsamen Oberkommandos der Streitkräfte der arabischen Liga mit Sitz in Syrien. 1978, nach der Invasion der Zionisten im Libanon, haben sie Syrien erneut Hilfe zugesagt, im August '78 hat Syrien mit Lybien einen Vertrag über die Bildung einer gemeinsamen Investitionsgesellschaft abgeschlossen. Syrien und Irak haben die Vereinigung ihrer Armeen beschlossen, und die DVR Jemen und die Arabische Republik Jemen die Vereinigung ihrer Länder. Der türkische Ministerpräsident hat erst kürzlich erklärt, daß die Türkei nur mit Hilfe der arabischen Staaten ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten lösen kann.

Die Bedingungen für einen arabisch-palästinensischen Befreiungskrieg reifen heran, und für den Kettenhund Israel ist die Okkupation weiteren arabischen Bodens ein weiterer Schritt in sein eigenes Grab: Höhere Staatsverschuldung, eine Inflation von 56% in '78 und nach Erhöhungen zwischen 40 und 50% in '78 erneute Gebührenerhöhungen bei Post, Telefon und Fernsehen verschärfen die Widersprüche im Inneren der Festung.

Ägypten: Soldaten 395000, gepanzerte Fahrzeuge 1680, Flugzeuge 612
Jordanien: Soldaten 67850, gepanzerte Fahrzeuge 507, Flugzeuge 67
Syrien: Soldaten 227500, gepanzerte Fahrzeuge 1200, Flugzeuge 392
Irak: Soldaten 212000, gepanzerte Fahrzeuge 1900, Flugzeuge 339
Libanon: Soldaten 7800, gepanzerte Fahrzeuge, Flugzeuge keine Angaben
Zionisten: Soldaten 164000 (400000 nach Mobilmachung), gepanzerte Fahrzeuge 3000, Flugzeuge 543
Beim Vergleich ist zu beachten, daß ein Großteil der Bestände der arabischen Staaten veraltete sowjetische Waffensysteme sind, z.B. T 34- und T 52-Panzer, während die Zionisten mit modernstem US-Gerät ausgerüstet sind.

Kampf der dänischen Brauereiarbeiter gegen Lohnsenkung und Rationalisierung

z.bag.Aarhus. Die ,,Vereinigten Brauereien'' (Karlsberg und Tuborg) versuchen momentan, mit einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutungsrate in der Konkurrenzschlacht auf dem Getränkemittelmarkt Boden zu gewinnen. Kernpunkt des Programms ist die zum 1. Mai geplante Inbetriebnahme einer elektronisch gesteuerten Produktionsanlage in Fredericia. Produzierten 1978 die Arbeiter der ,,Vereinigten Brauereien'' in Kopenhagen mit 8 Mio. Hektolitern 1143 hl pro Mann, so sollen die nur 134 geplanten Beschäftigten in der neuen Anlage es bereits im ersten Jahr mit 1,1 Mio. Hektolitern auf 8209 hl pro Mann bringen. Fürwahr eine stolze Steigerung. Und das bei weniger Lohn: statt der 53 Kronen pro Stunde, die die Kopenhagener Brauer sich erkämpft haben, sollen ihre Kollegen in Fredericia nur 49 Kronen bekommen. Gleichzeitig versuchen die Brauereikapitalisten mit dem neuen Tarifabschluß, der am 1. Mai in Kraft tritt, von den lokalen Teuerungszuschlägen 40 Öre pro Stunde zu streichen.

Dieses Programm ist die bisherige Krönung einer Entwicklung, die seit 1974 ständige Rationalisierung hieß. Waren 1973 0,6% der Beschäftigten in der Brauereiindustrie arbeitslos, waren es 1974 bereits 2,9%; 1975 6,5%; 1977 8,8%. Durch die neue Produktionsanlage in Fredericia werden voraussichtlich bis 1985 weitere 2000 Brauereiarbeiter in Kopenhagen ,,freigesetzt''. Der erste Schritt zu neuen Entlassungen ist offenbar die Anweisung der Leitung der ,,Vereinigten Brauereien'', einen Teil der Produktion als ungefiltertes Rohbier an andere Brauereien zu schicken. Die Fahrer weigern sich, diese Anweisung zu befolgen. Sie blokkierten mehrere Stunden mit ihren Wagen die Innenstadt. Unter den zentralen Forderungen: Keine Entlassungen! Keine Lohnsenkungen! und der Forderung nach Beschäftigung von 700 Mann in Fredericia streikten und demonstrierten am 5.4. 6000 in Kopenhagen. Für Anfang Mai sind weitere Kampfmaßnahmen angekündigt.

Italienische Textilarbeiter beschließen Tarifforderung

z.erm.Rom. Am 20. April haben die 1500 Delegierten der italienischen Textilarbeitergewerkschaft FULTA auf ihrem nationalen Kongreß über die Forderungen zum neuen Tarifvertrag für die 1,5 Millionen Textilarbeiter beschlossen. Einheitlich sollen die Löhne um 22000 Lire (50 DM) erhöht werden. Auch bei Einbeziehung der Inflationszuschläge und einer zusätzlichen Lohnerhöhung um einige tausend Lire durch die geforderte neue Lohngruppeneinteilung würde damit der Reallohn durch die dreijährige Laufzeit kaum gehalten werden können. Richtig fordert die FULTA eine schrittweise Beseitigung der Lohndifferenzen zwischen den einzelnen Betrieben und Produktionszweigen. Doch gleichzeitig würde die geforderte Lohngruppeneinteilung durch die Teilung der Ecklohngruppe in zwei neue Lohngruppen zusätzliche Spaltung *in* den Betrieben bedeuten. Ein Arbeiter in der Ecklohngruppe verdient derzeit umgerechnet 912 DM. Der Großteil der Beschäftigten, vor allem der Frauen, ist jedoch in niedrigeren Lohngruppen eingestuft.

Mit der geplanten zusätzlichen Spaltung wird dem Rationalisierungsprogramm der Kapitalisten in die Hände gearbeitet. Von 1973 bis 1976 haben die italienischen Textilkapitalisten die Belegschaften um 24300 Lohnabhängige reduziert und gleichzeitig die Produktion um 9,4% steigern können. Insgesamt haben sie 1978 Textilien im Wert von 3,5 Mrd. DM exportiert, doppelt soviel wie die Importe. Erreicht haben sie das durch Ausweitung der Schicht- und Akkordarbeit. Gleichzeitig haben die Textilkapitalisten die Heimarbeit ausgedehnt.

Die FULTA hat dagegen die Forderung nach besserer Vertretung der Heimarbeiter in den Fabrikräten und Anerkennung ihrer territorialen Gewerkschaftsorgane durch die Kapitalisten aufgestellt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung jedoch haben die Revisionisten und Reformisten in der FULTA-Führung in den Vorschlag auf Einführung der 36-Stunden-Woche an *sechs* Arbeitstagen für die Schichtarbeiter umgebogen. Für die anderen Arbeiter soll die Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden verkürzt werden. ,,Um der Branche einen besseren Platz in der europäischen Konkurrenz zu sichern'', fordert die Gewerkschaftssekretärin der FULTA Marcellino gleichzeitig ,,mehr Investitionen für den Süden''. – Noch vor dem Beginn der Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband Mitte Mai sollen die ersten Streiks durchgeführt werden.

Belgien: VW-Arbeiter durchkreuzen
beschließen Tarifforderung

z.erm.Rom. Am 20. April haben die 1500 Delegierten der italienischen Textilarbeitergewerkschaft FULTA auf ihrem nationalen Kongreß über die Forderungen zum neuen Tarifvertrag für die 1,5 Millionen Textilarbeiter beschlossen. Einheitlich sollen die Löhne um 22000 Lire (50 DM) erhöht werden. Auch bei Einbeziehung der Inflationszuschläge und einer zusätzlichen Lohnerhöhung um einige tausend Lire durch die geforderte neue Lohngruppeneinteilung würde damit der Reallohn durch die dreijährige Laufzeit kaum gehalten werden können. Richtig fordert die FULTA eine schrittweise Beseitigung der Lohndifferenzen zwischen den einzelnen Betrieben und Produktionszweigen. Doch gleichzeitig würde die geforderte Lohngruppeneinteilung durch die Teilung der Ecklohngruppe in zwei neue Lohngruppen zusätzliche Spaltung in den Betrieben bedeuten. Ein Arbeiter in der Ecklohngruppe verdient derzeit umgerechnet 912 DM. Der Großteil der Beschäftigten, vor allem der Frauen, ist jedoch in niedrigeren Lohngruppen eingestuft.

Mit der geplanten zusätzlichen Spaltung wird dem Rationalisierungsprogramm der Kapitalisten in die Hände gearbeitet. Von 1973 bis 1976 haben die italienischen Textilkapitalisten die Belegschaften um 24300 Lohnabhängige reduziert und gleichzeitig die Produktion um 9,4% steigern können. Insgesamt haben sie 1978 Textilien im Wert von 3,5 Mrd. DM exportiert, doppelt soviel wie die Importe. Erreicht haben sie das durch Ausweitung der Schicht- und Akkordarbeit. Gleichzeitig haben die Textilkapitalisten die Heimarbeit ausgedehnt.

Die FULTA hat dagegen die Forderung nach besserer Vertretung der Heimarbeiter in den Fabrikräten und Anerkennung ihrer territorialen Gewerkschaftsorgane durch die Kapitalisten aufgestellt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung jedoch haben die Revisionisten und Reformisten in der FULTA-Führung in den Vorschlag auf Einführung der 36-Stunden-Woche an sechs Arbeitstagen für die Schichtarbeiter umgebogen. Für die anderen Arbeiter soll die Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden verkürzt werden. ,,Um der Branche einen besseren Platz in der europäischen Konkurrenz zu sichern'', fordert die Gewerkschaftssekretärin der FULTA Marcellino gleichzeitig ,,mehr Investitionen für den Süden''. – Noch vor dem Beginn der Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband Mitte Mai sollen die ersten Streiks durchgeführt werden.

Belgien: VW-Arbeiter durchkreuzen Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten

z.elb.Brüssel. Am Donnerstag letzter Woche stimmten 61% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei VW in Brüssel einem Tarifabschluß zu, der 5 bfr (32 Pfg.) mehr Lohn pro Stunde, die Erhöhung der Jahresprämie um 4000 bfr (253 DM) und eine Verlängerung des Urlaubs um sechs Tage vorsieht, die die Kapitalisten als Arbeitszeitverkürzung auf 39 Stunden pro Woche verstanden wissen wollen. Außerdem konnten die Arbeiter die Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung mit 58 Jahren bei Männern und 53 Jahren bei Frauen erkämpfen. Streikaktionen, die die Kapitalisten zur Schließung der Fabrik für einige Tage in der vorletzten Woche zwangen, waren die Antwort der Arbeiter auf das erste Angebot von 2,5 bfr mehr Schichtzulage und Erhöhung der Jahresprämie um 2000 bfr. Mit diesem Angebot planten die Kapitalisten, einen Tarifabschluß nach dem Muster des Regierungsprogramms durchzusetzen, das die Senkung des Lohnstandards durch einen dreijährigen Lohnstopp vorsieht. Das ist ihnen nicht gelungen. Jetzt bereiten sich die Arbeiter auf einen neuen Kampf vor, um die von den Kapitalisten angekündigte Erhöhung der Bandgeschwindigkeit zu verhindern.

Als die VW-Kapitalisten 1970 in Brüssel mit der Produktion begannen, gelang ihnen ein großer Einbruch in das Lohnniveau der Automobilarbeiter Belgiens. Obwohl die VW-Arbeiter 1978 u.a. eine Lohnerhöhung von 4 bfr und die monatliche Angleichung der Löhne an die amtliche Preissteigerungsrate erkämpfen konnten, wurden sie mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 236,99 bfr (15 DM) einschließlich Schichtzulage und Prämie am niedrigsten von allen belgischen Automobilarbeitern bezahlt (General Motors: 274,96 bfr = 17,40 DM). Diesen niedrigen Lohn nutzen die VW-Kapitalisten zur immensen Intensivierung der Arbeit: 1978 konnten sie den Umsatz um 24% steigern. Dem Druck auf den Lohnstandard in der Automobilindustrie begegnen die Arbeiter mit dem Lohnkampf, dessen Schwäche noch in der Zersplitterung und den nicht einheitlichen Forderungen liegt. Seit zwei Wochen stehen die Renault-Arbeiter im Streik u.a. für 5 bfr mehr Lohn und sofortige Einführung der 39-Stundenwoche; die Arbeiter von Daf-Oevel bereiten sich ebenfalls auf den Lohnkampf vor.

Renault-Arbeiter im Streik

Frankreich: Sozialpakt zur Umwälzung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers

z.jon.Paris. ,,Keine Furcht vor Westdeutschland'' – ist die Parole der Regierung Giscard/Barre im Wahlkampf zu den Europawahlen. Obwohl sie den Vorsprung ihrer westdeutschen Klassengenossen in der Ausbeutung nicht eingeholt haben, konnten die französischen Imperialisten die Löhne der von ihnen ausgebeuteten Arbeiter niedriger halten als in der BRD und die Arbeitsproduktivität rascher steigern. Die folgende Tabelle aus dem Amtsblatt der Französischen Republik drückt die Entwicklung von Lohnkosten und Arbeitsproduktivität in Prozent vom US-amerikanischen Niveau aus:

	USA	F	BRD
1965:			
Lohnkosten/Stunde	100	42	37
Produkt/Stunde und Arbeiter	100	56	68
1974:			
Lohnkosten/Stunde	100	61	80
Differenz		+19	+43
Produkt/Stunde und Arbeiter	100	73	82
Differenz	+17	+14	

Für das französische Monopolkapital ist die Frage, wer die führende Macht in Westeuropa ist, noch lange nicht entschieden. Es richtet seine ganze Anstrengung darauf, seine durchschnittlich jüngere Reservearmee zu nutzen, um den Arbeiterkörper insgesamt zu verjüngen und die Löhne weiter zu senken.

Arbeitslose nach Altersgruppen (%; 9/74, 9/78; bis 25 Jahre, 25-50 Jahre, über 50 Jahre; BRD)

Arbeitslose nach der Dauer der Arbeitslosigkeit (%; 9/74, 9/78; bis 3 Monate, 3–12 Monate, über 12 Monate; BRD)

Am 31.12.78 waren in Frankreich 565963 junge Leute unter 25 Jahren arbeitslos. Rund 500000 vor allem junge Arbeitslose will der französische Kapitalistenverband CNPF mit dem jetzt angekündigten dritten ,,Pakt für die Beschäftigung'' zumindest vorübergehend, wenn auch nicht zu Brot, so doch zur Arbeit bringen. Staat und Sozialversicherungen sollen den Kapitalisten die fast kostenlose Vernutzung dieser Arbeitskraftreserve finanzieren. Mit bewegten Worten sprechen die Kapitalisten davon, daß es hinfort möglich sei, Frankreichs Jugend, ,,die von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen ist'', dieses Schicksal zu ersparen. Die Schaubilder geben einen Eindruck davon, was tatsächlich passiert. Zwischen September 1974 und September 1978 hat sich der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren mit rund 45% praktisch nicht verändert. Absolut hat sich ihre Zahl von 237161 auf 577662 mehr als verdoppelt. 1974 waren 62% der Arbeitslosen (330715) weniger als drei Monate arbeitslos, 1978 47% oder 606203. Die Reservearmee der westdeutschen Kapitalisten ist durchschnittlich älter und sie wälzt sich auch langsamer um. Sie kann damit nicht so leicht zur *direkten* Lohnsenkung eingesetzt werden.

Noch raschere Umwälzung der Reservearmee und raschere Senkung des Lohns sind der Zweck des dritten ,,Beschäftigungspaktes''. Mit dem ersten dieser Pakte 1977 – es handelt sich um Komplotte der Kapitalisten mit ihrer Regierung, die die Gewerkschaften nicht unterschrieben haben – hatten die Kapitalisten bereits die Ausbeutung von rund 500000 meist jugendlichen Arbeitskräften finanziert bekommen. Schon im September 1977 gingen daraufhin 58% der Entlassungen von Jugendlichen auf Zeitverträge zurück, wie sie die ,,Beschäftigungspakte'' vor allem vorsehen. Im März 1976 waren es noch 25%. Die Zahl von jugendlichen Arbeitslosen stieg zwischen Frühjahr '76 und Herbst '77 um 70%. Die von den Kapitalisten geforderten Maßnahmen des dritten ,,Paktes'', denen die Regierung noch zustimmen muß, die aber die bisherige Linie fortsetzen, sollen dieses gewinnbringende Werk weiterführen. In noch größerem Umfang als bisher sollen Kapitalisten, die jugendliche Arbeitslose einstellen oder Lehrlinge ausbeuten, von der Zahlung der Versicherungsbeiträge befreit werden, also Raub an den Versicherungskassen. Vor allem aber sollen (jugendliche) Arbeitslose für zeitlich begrenzte Einsätze gegen den Lohnstandard ihrer fest eingestellten Kollegen verwandt werden. Entweder durch staatlich finanzierte ,,Ausbildungs-Arbeitsverträge'' von bis zu 1200 Stunden, oder durch ,,Betriebspraktika'' von vier Monaten, bei denen 90% des gesetzlichen Mindestlohnes (Januar 79: rund 5 DM/Stunde) gezahlt werden, 70% davon aus der Staatskasse.

Zwischen 1968 und 1977 ist der Anteil der Lohnabhängigen in der männlichen Bevölkerung Frankreichs zwischen 60 und 64 Jahren von 70% auf 48% gesunken. Immer mehr Arbeiter sind im letzten Jahr schon mit 55 Jahren in Frührente geschickt worden. Deshalb sinkt der Anteil der Arbeitslosen über 50 (s. Schaubild). Der Senkung des durchschnittlichen Alters der Arbeiter entspricht eine zunehmende Dequalifizierung der nachrückenden jungen Arbeitergeneration. 69% der jugendlichen Arbeitskräfte kommen in Frankreich ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf den Arbeitsmarkt (in der BRD 28%). Sie werden, z.T. in den ,,Praktika'' des ,,Beschäftigungspaktes'', auf die Ausbeutung in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit abgerichtet.

Zwei Tage, bevor der CNPF seine Forderungen bezüglich des dritten ,,Beschäftigungspaktes'' anmeldete, gaben die Automobilmonopole Renault und Peugeot-Citroen bekannt, wie sie die durch den Stahlplan der französischen Bourgeoisie freigesetzten Stahlarbeiter, von denen fast ein Drittel durch Frühverrentung ausgeschieden wird, im Konkurrenzkampf um den Weltautomobilmarkt nutzen wollen. Allein in Lothringen sollen vier z.T. gemeinsam betriebene Werke mit 6000 Arbeitsplätzen geschaffen werden. Mit einem Wachstum der Produktion von jährlich 12,7% seit 1959 und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von fast 300% ist die Automobilindustrie eine der Branchen, mit deren Expansion die französische Bourgeoisie eine führende Stellung gegenüber den westdeutschen und anderen imperialistischen Konkurrenten erobern will. Der technisch hohen Entwicklung der Produktion entspricht die fortgeschrittene Dequalifizierung der angewandten Arbeitskraft. 76% der Arbeiter sind angelernte und Hilfsarbeiter (69% in der französischen Industrie insgesamt), allein 48% sind angelernte Arbeiter (26% in der übrigen Industrie). Die angelernten Arbeiter der Automobilindustrie verdienen durchschnittlich 30% weniger als die mittlere Facharbeiterlohngruppe. Der Anteil dieser unteren Lohngruppen wird in der neuen lothringischen Autoindustrie noch wachsen. Renault und Peugeot hätten beschlossen, schreibt Le Figaro am 21.4., ,,ihre Investitionen bei den Maschinenteilen und der Kleinmontage (Getriebe, Motorengehäuse ...) zu beschleunigen, wo sie ihre Fabrikation noch standardisieren müssen, um der japanischen und amerikanischen Konkurrenz zu begegnen und um in Länder zu exportieren, in denen sie Montagewerke eingerichtet haben.''

Für das französische Monopolkapital ist die Frage, wer die führende Macht in Westeuropa ist, noch lange nicht entschieden. Es richtet seine ganze Anstrengung darauf, seine durchschnittlich jüngere Reservearmee zu nutzen, um den Arbeiterkörper insgesamt zu verjüngen und die Löhne weiter zu senken.

Arbeitskräften finanziert bekommen. Schon im September 1977 gingen daraufhin 58% der Entlassungen von Jugendlichen auf Zeitverträge zurück, wie sie die ,,Beschäftigungspakte'' vor allem vorsehen. Im März 1976 waren es noch 25%. Die Zahl von jugendlichen Arbeitslosen stieg zwischen Frühjahr '76 und Herbst '77 um 70%. Die von den Kapitalisten geforderten Maß-

Forderungen bezüglich des dritten ,,Beschäftigungspaktes'' anmeldete, gaben die Automobilmonopole Renault und Peugeot-Citroen bekannt, wie sie die durch den Stahlplan der französischen Bourgeoisie freigesetzten Stahlarbeiter, von denen fast ein Drittel durch Frühverrentung ausgeschieden wird, im Konkurrenzkampf um den Weltautomobilmarkt nutzen wollen. Allein in Lothringen sollen vier z.T. gemeinsam betriebene Werke mit 6000 Arbeitsplätzen geschaffen werden. Mit einem Wachstum der Produktion von jährlich 12,7% seit 1959 und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von fast 300% ist die Automobilindustrie eine der Branchen, mit deren Expansion die französische Bourgeoisie eine führende Stellung gegenüber den westdeutschen und anderen imperialistischen Konkurrenten erobern will. Der technisch hohen Entwicklung der Produktion entspricht die fortgeschrittene Dequalifizierung der angewandten Arbeitskraft. 76% der Arbeiter sind angelernte und Hilfsarbeiter (69% in der französischen Industrie insgesamt), allein 48% sind angelernte Arbeiter (26% in der übrigen Industrie). Die angelernten Arbeiter der Automobilindustrie verdienen durchschnittlich 30% weniger als die mittlere Facharbeiterlohngruppe. Der Anteil dieser unteren Lohngruppen wird in der neuen lothringischen Autoindustrie noch wachsen. Renault und Peugeot hätten beschlossen, schreibt Le Figaro am 21.4., ,,ihre Investitio-

Arbeitslose nach Altersgruppen
Arbeitslose nach der Dauer der Arbeitslosigkeit

Am 31.12.78 waren in Frankreich 565963 junge Leute unter 25 Jahren ar-

,,Energiesparen'': Die Volksmassen sollen frieren

z.ulg.Rom. Einen ganzen Katalog von Notstandsmaßnahmen, angefangen mit ,,rigorosen Parkverboten'', hat der italienische Industrieminister Nicolazzi zur ,,Einschränkung des Energieverbrauchs'' vorgelegt. Um die OPEC unter Druck zu setzen, hat sich Italien in der ,,Internationalen Energieagentur'' zu einer Senkung des Ölverbrauchs um 5% in diesem Jahr ,,verpflichtet''. Die Hauptersparnis von allein 2 Mio. t Heizöl jährlich will dieser ehrenwerte Sozialdemokrat erreichen, indem er die Volksmassen im Winter frieren läßt. Die Polizei soll ,,rigoros'' kontrollieren, ob die Thermostate auch nicht ,,unvorschriftsmäßig hoch'' eingestellt sind. Für den nächsten Winter soll nur noch 80% der Vorjahrsmenge an Heizöl geliefert werden. Gleichzeitig soll der Heizölpreis um 50 Lire/l erhöht werden, auf daß sich das Frieren für die Ölmonopole auch *lohnt*. Damit keiner auf den Gedanken kommt, statt mit Öl mit Strom zu heizen, soll der verbilligte ,,Sozialtarif'' für Elektrizität um 30% erhöht werden. Die ,,Ersparnis'' wird laut Ministerium ,,*unquantifizierbar*'' sein. Noch dementiert der Minister, daß auch der Benzinpreis – mit 500 Lire (1,10 DM) schon jetzt der zweithöchste in der EG – um 100 Lire erhöht werden soll. Doch Mister Yanes von der italienischen Esso hat bereits angekündigt, wirklich *helfen* könne nur eine ,,Liberalisierung'' der Preise. Tags darauf hat sich das staatliche Ölmonopol ENI dieser profitlichen Auffassung angeschlossen.

Britische Bank kauft französische Bankenkette

z.acr.London. Die britische Midland Bank will für 13,5 Mio. Pfund die französische Banque de la Construction et des Travaux aufkaufen. Damit schaffen sich die britischen Imperialisten neben den elf bestehenden Filialen der Lloyds Bank 15 neue Stützpunkte im Konkurrenzkampf. 1977 lag der jährliche Kapitalexport der französischen Imperialisten nach Britannien zum ersten Mal über dem der britischen nach Frankreich. Aber noch sind die gesamten Kapitalanlagen der britischen Imperialisten in Frankreich (459,5 Mio. Pfund 1974) weit höher als die Kapitalanlagen der französischen Imperialisten in Britannien (162,8 Mio. Pfund 1974).

Jährlicher Kapitalexport (Ohne Investitionen im Öl- und Versicherungsgeschäft) — Mio. Pfund Sterling; von F nach GB; von GB nach F; 1974, 1975, 1976, 1977

Barbados: US-Imperialisten müssen Stützpunkt räumen

z.rül. Am 14.4. mußten die US-Imperialisten ihren Marinestützpunkt auf Barbados räumen, nachdem die Regierung eine Verlängerung des Vertrages ablehnte, den die US-Imperialisten 1950 mit dem damaligen Kolonialherren, den britischen Imperialisten, abgeschlossen hatten. 1966 erkämpften die 250000 Einwohner von Barbados ihre staatliche Unabhängigkeit – unter Beibehaltung der britischen Königin als Staatsoberhaupt. Noch heute kon-

Der bewaffnete Kampf ist Grundlage für die Fortschritte der Völker Südostasiens

z.hef Am 19. April hieß es im Leitkommentar der vietnamesischen Zeitung ,,Nhan Dan": ,,Kuba und Vietnam, obwohl sie auf entgegengesetzten Seiten der Welt liegen, sind sich in Gedanken und Gefühlen sehr nahe." ,,Wir sind Zwillinge, die von der großen Strömung für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus geboren wurden." Wahr ist daran, daß beide Länder in verwandter Weise, wie Zwillinge, von der sozialimperialistischen Sowjetunion für ihre Hegemonialpolitik eingesetzt werden. Die kubanischen Söldner hat sie nach Angola und Eritrea beordert, mit dem Ziel, der Kontrolle über die Bodenschätze und Arbeitskräfte im südlichen Afrika und im Nahen Osten näherzukommen. Den vietnamesischen Hegemonismus hat sie gefördert und schließlich die Aggression gegen Kampuchea durchgeführt, mit dem Ziel, sich die Reichtümer Südostasiens anzueignen. Beides dient der Vorbereitung des Kriegs um Europa.

Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Kampuchea, Laos und Vietnam wittern die Sozialimperialisten bessere Einstiegmöglichkeiten. Aber weder sind die US-Imperialisten bereit, sich beerben zu lassen, noch sind die Sozialimperialisten die einzigen Anwärter. Zwischen den Imperialisten tobt ein heftiger Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft in Südostasien, und vor allem die Vorherrschaft über die fünf ASEAN-Länder (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen). ,,Zusammen dominieren die ASEAN-Länder den Welthandel in einer Reihe von Rohstoffen", schreibt begeistert die britische Barclay's Bank in ihrer Zeitschrift, ,,sie haben mehr als 90% des Weltexports an Tapioka, an tropischem Hartholz und an Abaca-Fasern, mehr als 80% des Naturgummis, des Palmöls und der Kokosnußprodukte und mehr als 2/3 des Zinns".

Mehr als ⅓ der Weltförderung an Zinn kommt allein aus Malaysia, das als Beispiel für die imperialistische Ausplünderung der ASEAN-Länder stehen kann.

54,9% des Aktienkapitals aller Firmen in Malaya (Malaysia ohne Nordkalimantan) gehört direkt den Imperialisten. Wir haben die genaue Aufschlüsselung nicht, aber für Singapur, den künstlich von Malaya abgespaltenen Stadtstaat vor der Küste, verteilt sich der Kapitalbesitz 1976 so:

	Mio. Singapur-Dollar	%
USA	1,233	33
EG	1,241	33
Britannien	0,555	15
Niederlande	0,534	14
Japan	0,525	14

1888 begannen die britischen Imperialisten, Gummibäume in ihrer Kolonie anzupflanzen. Inzwischen sind 1,7 Mio. Hektar mit Gummibäumen bedeckt. Rohgummi ist Malaysias Hauptexportprodukt, es liefert knapp die Hälfte der Weltproduktion. Hauptabnehmerländer sind (in der Reihenfolge) Singapur (für den Weiterexport), die Sowjetunion, die USA, Westdeutschland und Großbritannien. Die Hälfte des Rohgummis wird auf Riesenplantagen, mit 1,5 Mio. Hektar meist im Besitz der US-Reifenkonzerne, hergestellt. Der Durchschnittslohn für Gummizapfer liegt unter 3 DM pro Tag, und die Arbeit ist schwer. Sie beginnen sehr früh, weil das flüssige Latex morgens besser aus den Bäumen läuft, schneiden die Bäume an und hängen die Auffanggefäße auf. Nach zwei bis drei Stunden dieser Arbeit kehren sie zum ersten Baum zurück, wo inzwischen alles Gummi ausgeflossen ist, und leeren alle Gefäße in einen größeren Behälter. Der wird schließlich zur Sammelstelle transportiert, und die Arbeiter werden bis zum Abend mit der Verarbeitung, das heißt Reinigung, Härtung usw. beschäftigt.

Die andere Hälfte des Gummis wird von 396000 (1975) Bauernhaushalten produziert, die nicht mehr als 2 Hektar Land haben. Der Preis für ihr Gummi wird von den ankaufenden Monopolen diktiert. Die offizielle Regierungsstatistik für 1975 gibt an, daß 59% dieser Bauern unter der offiziellen Armutsgrenze liegen.

Die Imperialisten bemächtigen sich riesiger Reichtümer des Landes. Die *Zinngruben* werden in 25 Jahren erschöpft sein, wenn sie so weiter wie bisher abgebaut werden. Malaysia ist der größte *Palmölproduzent* der Welt, 46% der Palmölexporte kommen aus Malaysia. Vor den Küsten fördern die US-Konzerne Mobil, Amoco und Gulf *Rohöl.* Den Hauptnutzen ziehen die japanischen und die US-Imperialisten. Die Export- und Importreihenfolge für 1977 sieht so aus:

	Exporte nach (in %)	Importe aus (in %)
Japan	20,0	21
USA	18,0	9
Singapur	16,0	8
Holland	6,6	n.a.
Britannien	5,1	8
BRD	3,8	6

Die Sozialimperialisten bezogen (1976) 2,2% der Exporte Malaysias und lieferten 0,3%. Und Malaysia ist, nach Angaben des sowjetischen Handelsbeauftragten in Kuala Lumpur, Haupthandelspartner der UdSSR unter den ASEAN-Ländern. Die Aussichten, die Vorherrschaft des US-Kapitals ,,friedlich" in der Konkurrenz abzulösen, sind also schlecht.

Die Ausplünderung der Bodenschätze und Landwirtschaft des Landes sind die eine Seite der Profitmacherei der Imperialisten. Zusätzlich zu den Arbeitern und Bauern, die sie dabei ausbeuten, werden die Mitglieder der 120000 Arbeiterfamilien in der verarbeitenden Industrie beschäftigt, vor allem der Weiterverarbeitung von Komponenten zu Waren wie Elektromaschinen, Kameras, Kugelschreiber. Westdeutsche Monopole wie Bosch, Siemens, Schwan (Kugelschreiber), Staedtler und Lürssen Werft beteiligen sich an der Ausbeutung malayischer Arbeiter.

schaft über die fünf ASEAN-Länder (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen). ,,Zusammen dominieren die ASEAN-Länder den Welthandel in einer Reihe von Rohstoffen", schreibt begeistert die britische Barclay's Bank in ihrer Zeitschrift, ,,sie haben mehr als 90% des Weltexports an Tapioka, an tropischem Hartholz und an Abaca-Fasern, mehr als 80% des Naturgummis, des Palmöls und der Kokosnußprodukte und mehr als 2/3 des Zinns".

Mehr als ⅓ der Weltförderung an Zinn kommt allein aus Malaysia, das als Beispiel für die imperialistische

für Gummizapfer liegt unter 3 DM pro Tag, und die Arbeit ist schwer. Sie beginnen sehr früh, weil das flüssige Latex morgens besser aus den Bäumen läuft, schneiden die Bäume an und hängen die Auffanggefäße auf. Nach zwei bis drei Stunden dieser Arbeit kehren sie zum ersten Baum zurück, wo inzwischen alles Gummi ausgeflossen ist, und leeren alle Gefäße in einen größeren Behälter. Der wird schließlich zur Sammelstelle transportiert, und die Arbeiter werden bis zum Abend mit der Verarbeitung, das heißt Reinigung, Härtung usw. beschäftigt.

Die andere Hälfte des Gummis wird von 396000 (1975) Bauernhaushalten

delsbeauftragten in Kuala Lumpur, Haupthandelspartner der UdSSR unter den ASEAN-Ländern. Die Aussichten, die Vorherrschaft des US-Kapitals ,,friedlich" in der Konkurrenz abzulösen, sind also schlecht.

Die Ausplünderung der Bodenschätze und Landwirtschaft des Landes sind die eine Seite der Profitmacherei der Imperialisten. Zusätzlich zu den Arbeitern und Bauern, die sie dabei ausbeuten, werden die Mitglieder der 120000 Arbeiterfamilien in der verarbeitenden Industrie beschäftigt, vor allem der Weiterverarbeitung von Komponenten zu Waren wie Elektromaschinen, Kameras, Kugelschreiber. Westdeutsche

Der Kapitaleinfluß der Jahre 1970 bis 1977 hat die Lage der Arbeiter und Bauern nicht *verbessert,* was angeblich das Ziel der Regierung war, sondern stetig verschlechtert. Die Imperialisten dagegen haben *neben* den Rohstoffen Riesenprofite aus dem Land gezogen. 1977 waren es 600 Mio. US-Dollar, die als ,,Dividende" etc. gezahlt wurden, fast soviel wie 10% der gesamten Exporteinnahmen. Dazu kommen Zinsen aus der Staatsverschuldung Malaysias: 1976 waren es 119,8 Mio. US-Dollar, fast 6mal so viel wie 1970 (21,2 Mio.).

,,Trotz der guten Leistungen der malayischen Wirtschaft und der Stärke ihrer Exporte von Holz, Zinn, Palmöl und Gummi hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich erweitert, seit Malaysia, oder die Halbinsel Malaya, die es damals war, 1957 unabhängig wurde", stellt Bruce Grant, früherer Kolonialdiplomat, in einer Schrift des Internationalen Instituts für Strategische Studien 1978 fest. ,,Die ärmeren, ländlichen Malayenfamilien haben am meisten gelitten, und den reichen Malayenfamilien, vor allem mit Zugang zur Regierung, ist es am besten ergangen. (...) Malayen schlossen sich den Guerillas an". Grant sieht in den Guerillas einen ,,Bestandteil der Unstabilität", mit ,,ihrer beunruhigenden Fähigkeit, plötzlich überall im Land aufzutauchen."

In allen ASEAN-Ländern gibt es starke kommunistische Parteien. In Thailand, den Philippinen, Indonesien, Malaya und Nordkalimantan führen Arbeiter und Bauern den bewaffneten Kampf für die neudemokratische Revolution. Dieser Kampf ist die entscheidende Triebkraft aller Fortschritte, die die südostasiatischen Länder gegen die imperialistische und sozialimperialistische Ausplünderung und Bevormundung machen, wozu sich der ASEAN-Bund in vielen Fällen als hilfreich erweist.

Plakat der thailändischen Volksbefreiungsarmee, ausgestellt in einer ihrer Militärbasen in befreitem Gebiet. Der Text des linken Plakats lautet: ,,Ihr habt uns behandelt wie Tiere. Die Zeit wird kommen, wo wir eure Verbrechen richten werden."

Seit 500 Jahren kämpft das malayische Volk bewaffnet gegen die Kolonialherrschaft

1511 besetzten die portugiesischen Kolonialisten die malayische Hauptstadt Malakka und Umgebung. Sie können Malakka nur schwer gegen den Widerstand der umliegenden malayischen Staaten halten.

1641 erobern niederländische Kolonialisten Malakka.

1795 besetzen die Briten die Insel Penang, *1819* Singapur, *1875* Malakka, aber die Kolonien beschränken sich weiter auf kleine Küstengebiete.

1874 schließen die britischen Imperialisten – mit Hilfe von Kriegsschiffen an den Küsten und Kanonenbooten in den Flüssen – mit dem Sultan von Perak einen Vertrag ab, der allen anderen Verträgen zum Vorbild dient. Paragraph 6: ,,Der Sultan empfängt einen britischen Offizier und sorgt für dessen angemessene Residenz, der Resident genannt werden soll, der zu seinem Hof akkreditiert werden soll und nach dessen Ratschlag in allen Fragen außer denen, die malayische Religion und Sitten betreffen, gefragt und gehandelt werden muß." – Der Zinnabbau wird expandiert.

1875 töten Aufständische den ,,Resident"-Offizier Birch im Sultanat Perak. Erst mit Ersatztruppen aus Indien und Hongkong können die Briten den nachfolgenden Perak-Krieg unterdrücken. Im gleichen Jahr erheben sich die Massen in Negri Sembilan. Obgleich sie bestenfalls Feuersteinmusketen haben und die Briten 500 Mann mit schwerer Artillerie ins Feld schicken,

1641 erobern niederländische Kolonialisten Malakka.

1795 besetzen die Briten die Insel Penang, *1819* Singapur, *1875* Malakka, aber die Kolonien beschränken sich weiter auf kleine Küstengebiete.

1874 schließen die britischen Imperialisten – mit Hilfe von Kriegsschiffen an den Küsten und Kanonenbooten in den Flüssen – mit dem Sultan von Perak einen Vertrag ab, der allen anderen Verträgen zum Vorbild dient. Paragraph 6: ,,Der Sultan empfängt einen britischen Offizier und sorgt für dessen angemessene Residenz, der Resident genannt werden soll, der zu seinem Hof akkreditiert werden soll und nach dessen Ratschlag in allen Fragen außer denen, die malayische Religion und Sitten betreffen, gefragt und gehandelt werden muß." – Der Zinnabbau wird expandiert.

1875 töten Aufständische den ,,Resident"-Offizier Birch im Sultanat Perak. Erst mit Ersatztruppen aus Indien und Hongkong können die Briten den nachfolgenden Perak-Krieg unterdrücken. Im gleichen Jahr erheben sich die Massen in Negri Sembilan. Obgleich sie bestenfalls Feuersteinmusketen haben und die Briten 500 Mann mit schwerer Artillerie ins Feld schicken,
sind die Verlustzahlen gleich.

1891 erheben sich die Bauernmassen in Pahang unter Führung des Bauern Bahman, der im Dezember offen ,,den Widerstand gegen die Regierung mittels Waffen" verkündet. Das Expeditionsheer der Kolonialregierung wird in die Flucht geschlagen, die Polizeifestung Lubok Trua eingenommen. Ein vierjähriger Guerillakrieg beginnt.

1915 erheben sich die Bauern in Kelantan unter Hajit Mat Hassan gegen die Fremdherrschaft aus Anlaß der Einführung einer neuen Grundsteuer. Mit Kriegsschiffbombardements und Massakern wird der Aufstand unterdrückt, in vielen Landesteilen gibt es kleinere Aufstände.

1922 werden die ersten (illegalen) Gewerkschaften gegründet.

1928 bewaffnen sich die Bauern in Trengganu. Im Bezirk Kuala Brang greifen über 2000 das Büro des Bezirkskommandanten an, schlagen ihn und die Wache in die Flucht und hissen ihre Fahne. Beim Angriff auf die Polizeikaserne werden elf Bauern, unter ihnen ihr Führer To' Jangutt, erschossen. Mit Hilfe frischer Truppen wird der Aufstand niedergeschlagen.

1942 bis 1945 kämpft unter Führung der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei Malayas die Malayische Antijapanische Armee (MPAJA) erfolgreich gegen die japanischen Besatzungstruppen. Ca. 10000 Feinde werden getötet. Die Führung der Partei stimmt nach Rückkehr der Briten der MPAJA-Auflösung zu.

1948 kämpfen die Gewerkschaften mit einer Streikwelle gegen ein drastisches Lohnsenkungsprogramm der britischen Imperialisten. Die Gewerkschaften und die Partei werden verboten, britische Truppen beginnen einen Vernichtungsfeldzug in Pahang. Die Vernichtung gelingt nicht. Die Guerillas der neu aufgebauten Malayischen Nationalen Befreiungsarmee können

Aufstände.

1922 werden die ersten (illegalen) Gewerkschaften gegründet.

1928 bewaffnen sich die Bauern in Trengganu. Im Bezirk Kuala Brang greifen über 2000 das Büro des Bezirkskommandanten an, schlagen ihn und die Wache in die Flucht und hissen ihre Fahne. Beim Angriff auf die Polizeikaserne werden elf Bauern, unter ihnen ihr Führer To' Jangutt, erschossen. Mit Hilfe frischer Truppen wird der Aufstand niedergeschlagen.

1942 bis 1945 kämpft unter Führung der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei Malayas die Malayische Antijapanische Armee (MPAJA) erfolgreich gegen die japanischen Besatzungstruppen. Ca. 10000 Feinde werden getötet. Die Führung der Partei stimmt nach Rückkehr der Briten der MPAJA-Auflösung zu.

1948 kämpfen die Gewerkschaften mit einer Streikwelle gegen ein drastisches Lohnsenkungsprogramm der britischen Imperialisten. Die Gewerkschaften und die Partei werden verboten, britische Truppen beginnen einen Vernichtungsfeldzug in Pahang. Die Vernichtung gelingt nicht. Die Guerillas der neu aufgebauten Malayischen Nationalen Befreiungsarmee können
Stützpunktgebiete errichten und führen seitdem den Kampf.

1957 wird Malaya unabhängig, die Königin bleibt Staatsoberhaupt, Truppen im Land. *1961* schließen die Briten ihre Kolonien Saba und Sawarak in *Nordkalimantan* an Malaysia an, auch hier wird der bewaffnete Befreiungskampf bereits geführt.

---

trollieren die britischen und die US-Imperialisten die Banken und das Telefonnetz auf der Insel, reißen sich die britischen Imperialisten über langfristige Lieferverträge den Hauptexportartikel – Zucker – zu elenden Preisen unter den Nagel. Die US-Imperialisten liefern den größten Teil der Nahrungsmittel, die Barbados für jährlich über 200 Millionen DM einführen muß. 1973 bis 1978 stieg die Staatsschuld Barbados' von 780 Mio. DM auf über 1400 Mio. DM (351,5 Mio. Barbados-Dollar), der jährliche Schuldendienst von knapp 30 Mio. DM (5,2% des Haushalts) auf 154 Mio. DM (15% des Haushalts). Seit dem EG-Beitritt Britanniens haben die EG-Imperialisten Barbados zum ,,assoziierten Mitglied" gepreßt. Bereits zwei Tage nach ihrem Abzug aus Barbados setzten die US-Imperialisten erneut die Regierung des benachbarten Grenada unter Druck. Sie erklärten ihre ,,große Besorgnis", falls Grenada ,,militärische und Sicherheitsbeziehungen" mit Kuba aufnehme. Der neue Premierminister Grenadas hatte Kuba um ,,technische und materielle Hilfe" gebeten, ,,damit wir unsere Revolution gegen alle Feinde und alle ausländischen Aggressoren verteidigen können".

Neukaledonien: Aufschwung des Kampfes für Unabhängigkeit

z.pel.Paris. Nach der Suspendierung des Regierungsrates ihrer südpazifischen Kolonie Neukaledonien hat die französische Regierung am 18.4. von der Nationalversammlung eine Änderung des Wahlrechtes beschließen lassen. Die Dekretierung des Mehrheitswahlrechtes soll die kleinen jungen Parteien der Territorialversammlung, die die Bewegung für den Abzug des französischen Imperialismus unterstützen, unterdrücken helfen und die Installation eines frankreichfreundlichen Regierungsrates ermöglichen. Dieser soll sich auf die 50000 Europäer unter den 133000 Einwohnern stützen. Diese sind zum großen Teil nach der Eroberung der Insel 1853 und der Niederschlagung von Aufständen der einheimischen Kanaken 1878 dort angesiedelt worden. Heute zieht die Kapitalistenklasse hohe Profite aus der Ausbeutung von 4000 Arbeitern in den Nickelgruben, die 40% der Weltnickelvorräte enthalten. Gegen massive Lohnsenkungen aus Anlaß fallender Nickelpreise, gegen die Arbeitslosigkeit von 10% und gegen die völlige Unterwerfung der Insel unter die Bedürfnisse der Imperialisten haben die Arbeiter 1978 zwei Generalstreiks durchgeführt und die Führung der Bewegung für Unabhängigkeit übernommen.

Australische Aluminiumproduktion soll vervierfacht werden

z.mat.Sydney. Drei der fünf imperialistischen Aluminiumkonzerne in Australien haben im April Übereinkunft mit den Regierungen über die Errichtung neuer Aluminiumwerke erzielt. Bisher verarbeiten sie das von ihnen geförderte Bauxit (2/5 der für Aluminium in Europa, Amerika und Japan benötigten Menge) im Land zu Alumina. Nur 8 Prozent dieses Zwischenprodukts werden in Australien zu Aluminium verarbeitet. Jetzt wollen die Imperialisten ,,das günstige politische Klima und die reichlich vorhandene Energie nutzen", sagte der Direktor von Alumax im Fernsehen. Für das richtige Klima sorgen die australischen Regierungen: 3 Cent pro Kubikmeter zahlt Alcoa in Westaustralien für Erdgas, die privaten Haushalte zahlen 19 Cent. Am 27.4. hat die Bundesregierung mit der Aufhebung der Exportkontrollen für Eisenerz mitgeteilt, daß die Kontrollen für den Export von Kohle, Bauxit und Aluminium ,,vorläufig" beibehalten werden.

Aluminiumproduktion in Australien (in Tonnen)

	in Betrieb	geplant
Bel Bay (1)	112000	112000
Gladstone (1)	–	206000
Pt. Henry (2)	100000	157000
Victoria (2)	–	120000
Kurri (3)	43360	67900
NS Wales (4)	–	200000
NS Wales (5)	–	181000
	255360	1044340

(1) Comalco (GB/USA mit Japan); (2) Alcoa (USA); (3) Alcan (Kanada); (4) Pechiney (Frankreich); (5) Alumax (USA/Japan)

Sowjetischer Innenminister stellt Jugendarbeitslager vor

z.lik. Bei einem Besuch des Obersten Richters der USA, Warren Burger, in Moskau hat der sowjetische Innenminister Schtscholokow eine ,,Arbeitskolonie für Minderjährige" präsentiert. Hier werden Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr kaserniert, Jugendliche, die durch ihre Rebellion gegen die Unterdrückung, vor allem an den Schulen, aufgefallen und von den Staatsorganen registriert worden sind. Die Mindeststrafe beträgt drei Jahre, die Höchststrafe 10 Jahre. Gleich bei Verbringung in die Strafkolonie wird der Jugendliche 14 Tage in Isolationshaft gesteckt, während dieser Zeit wird er von der Anstaltsleitung, von Lehrern und Erziehern vernommen und ,,sorgfältig von Ärzten untersucht, seine Persönlichkeit wird allseitig von Psychologen erforscht". Diese ,,Untersuchungen" verfolgen einen doppelten Zweck: einerseits zu erkunden, für *welchen* Produktionsprozeß und vor allem in welchem *Ausmaß* der Jugendliche ausbeutbar ist, andererseits, auf welchem Weg seine Rebellion *gebrochen* werden kann. Der Arbeitstag ist ,,auf die Minute eingeteilt": vormittags Produktion im anstaltseigenen Metallbetrieb für ein paar Groschen Taschengeld. ,,Der Betrieb ist rentabel." Nachmittags: ,,Unterricht". Abends Vorträge über ,,Rechtserziehung und ethische Normen". Der Besuch des Obersten Richters der USA in diesem Arbeitslager hat Carters Menschenrechtskampagne *nicht* beflügelt. Warum auch? Das ,,Menschenrecht" auf Arbeit ist umfassend verwirklicht.

Lügen kann das ZDF. Aber ob das die Tatsachen ändert?

z.lup. „Die Guerillas unter ihrem Führer Nkomo wollen die in drei Tagen bevorstehenden Wahlen verhindern, bei denen es um den Übergang zur Herrschaft der schwarzen Mehrheit in Rhodesien geht", hatte das ZDF am 14. April behauptet. „Übergang zur schwarzen Mehrheit" ist eine schöne Formulierung. Sie verbirgt, was der Ausgangspunkt ist und worin denn nun die Änderung bestehen soll. Ausgangspunkt ist der koloniale Staatsapparat, unter dessen Herrschaft diese Wahlen durchgeführt wurden. Die Verfassung, die – wie das ZDF zu anderem Zeitpunkt erklärte, bereits „ausgehandelt" worden sei – garantiert die Fortexistenz dieses Staatsapparats. Auf die Struktur und das Kommando über Armee, Polizei, Justiz, Gefängnisse, Öffentlichen Dienst, also alles, was einen Staatsapparat ausmacht, hat die „Regierung" keinen Einfluß. Sie werden per Verfassung nach wie vor von den Kolonialisten kontrolliert.

Es ist auch nicht so, daß „die Guerillas unter ihrem Führer Nkomo" vorgehabt hätten, die Wahl zu verhindern. Aber erstens ist nicht Nkomo *der* Führer der Guerillas, sondern die beiden Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU haben sich in der Patriotischen Front zusammengeschlossen, deren Kopräsidenten R. Mugabe und J. Nkomo sind. Gern hätten die Imperialisten diese Einheitsfront zerschlagen, und durch die Überfälle auf das Hauptquartier der ZAPU in Lusaka haben sie erst jüngst erneut versucht, Nkomo in die „innere Lösung" hineinzubomben. Aber gelungen ist es ihnen nicht. Die Existenz dieser Einheitsfront aber leugnen sie schon einmal vorneweg. Zweitens aber hat die Patriotische Front nie erklärt, sie würde die Wahlen verhindern. Die ZANU hat erklärt, die Wahlen seien null und nichtig, würden an dem Charakter des Kolonialregimes nichts ändern und den Befreiungskampf nicht aufhalten können. Wie sollte auch eine solche Wahl verhindert werden können, solange das Kolonialregime noch nicht zerschlagen ist? Die Behauptung, die Befreiungsbewegung hätte die Wahlen verhindern wollen, dient dazu, deren Durchführung später als großen Erfolg darstellen zu können und zu behaupten, das beweise die Zustimmung, die die Kolonialherrschaft unter den Massen Zimbabwes finde. In Wirklichkeit beweist sie bloß, daß das Kolonialregime noch nicht zerschlagen ist, und erst noch zerschlagen werden muß.

„Die Militärposten", erklärt das ZDF vier Tage später, „sollen den 2,8 Millionen schwarzen Wählern die Angst vor den Terroristen nehmen". Um die „Angst vor den Terroristen zu nehmen", hat das Kolonialregime eigens eine Spezialeinheit, die Selous Scouts, eingerichtet, die sich als Befreiungskämpfer tarnen, um dann, wenn sie in einem Dorf freundlich empfangen und bewirtet worden sind, das ganze Dorf zu massakrieren.

„Die rhodesische Armee hat ihre Angriffe auf Kommando und Ausbildungslager in den Nachbarländern demonstrativ verstärkt, wobei der Anteil der schwarzen rhodesischen Soldaten, die an diesen *Präventivangriffen* teilnehmen, nicht unbeträchtlich ist." „Präventivangriffe" sind vorbeugende Angriffe, die drohenden Aggressionen zuvorkommen. Den Befreiungskampf, der im Inneren Zimbabwes geführt wird, haben die Frontstaaten schon immer und unter großen Opfern unterstützt. Das Recht der Imperialisten, mit Hilfe ihres Kolonialregimes die unabhängigen afrikanischen Länder beständig zu überfallen, wird hier vom ZDF proklamiert.

„Die rhodesische Befreiungsbewegung Patriotische Front hat die ersten allgemeinen Parlamentswahlen in der ehemals britischen Kolonie als für sie ungültig erklärt", heißt es im ZDF am 24.4. Die Wahlbeteiligung habe bei 64% gelegen. Was heißt da „für sie"? Die Patriotische Front und die afrikanischen Staaten haben diese Wahlen von vorneherein für null und nichtig erklärt, und der Sicherheitsrat der UNO hat diesen gerechten Standpunkt ausdrücklich unterstützt. Die Patriotische Front hat ihn nach den Wahlen erneut bekräftigt und erneut erklärt, daß sie den Krieg fortsetzen werde.

Todenhöfer, MdB, CDU, der nach Salisbury gefahren war, um die Wahlen zu „beobachten", hat gefordert, das aus diesen Wahlen hervorgehende Regime anzuerkennen. Dregger hat erklärt, „der Westen solle sich um eine zweite Wahl in Rhodesien unter Beteiligung der Patriotischen Front bemühen, das Ergebnis der jetzigen Wahl aber nicht ignorieren". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 24.4.: „Premierminister Smith, der meint, die Welt könne dieser Regierung die Anerkennung nun nicht mehr verweigern, wird sich noch etwas gedulden müssen." Die Regierung hat sich nicht offiziell geäußert. Das wäre auch unklug. Sie *macht* eine Politik und versucht Druck auszuüben. Gefragt, ob die Versuche der Bundesregierung, Befreiungsbewegungen von der Notwendigkeit eines friedlichen Wandels zu überzeugen, gefruchtet hätten, erklärte Dohnanyi am 15. Februar im Bundestag: „Die Entwicklung im südlichen Afrika geht nicht so schnell, daß man mit Sicherheit sagen könnte, man könne Erfolge erkennen. Aber wir dürfen deswegen in unseren Bemühungen, diese Entwicklung zu unter-

nen schwarzen Wählern die Angst vor den Terroristen nehmen". Um die „Angst vor den Terroristen zu nehmen", hat das Kolonialregime eigens eine Spezialeinheit, die Selous Scouts, eingerichtet, die sich als Befreiungskämpfer tarnen, um dann, wenn sie in einem Dorf freundlich empfangen und bewirtet worden sind, das ganze Dorf zu massakrieren.

„Die rhodesische Armee hat ihre Angriffe auf Kommando und Ausbildungslager in den Nachbarländern demonstrativ verstärkt, wobei der Anteil der schwarzen rhodesischen Soldaten, die an diesen *Präventivangriffen* teilnehmen, nicht unbeträchtlich ist." „Präventivangriffe" sind vorbeugende Angriffe, die drohenden Aggressionen zuvorkommen. Den Befreiungskampf, der im Inneren Zimbabwes geführt wird, haben die Frontstaaten schon immer und unter großen Opfern unterstützt. Das Recht der Imperialisten, mit Hilfe ihres Kolonialregimes die unabhängigen afrikanischen Länder beständig zu überfallen, wird hier vom ZDF proklamiert.

„Die rhodesische Befreiungsbewegung Patriotische Front hat die ersten allgemeinen Parlamentswahlen in der ehemals britischen Kolonie als für sie ungültig erklärt", heißt es im ZDF am 24.4. Die Wahlbeteiligung habe bei 64% gelegen. Was heißt da „für sie"? Die Patriotische Front und die afrikanischen Staaten haben diese Wahlen von vorneherein für null und nichtig erklärt, und der Sicherheitsrat der UNO hat diesen gerechten Standpunkt ausdrücklich unterstützt. Die Patriotische Front hat ihn nach den Wahlen erneut bekräftigt und erneut erklärt, daß sie den Krieg fortsetzen werde.

Todenhöfer, MdB, CDU, der nach Salisbury gefahren war, um die Wahlen zu „beobachten", hat gefordert, das aus diesen Wahlen hervorgehende Regime anzuerkennen. Dregger hat erklärt, „der Westen solle sich um eine zweite Wahl in Rhodesien unter Beteiligung der Patriotischen Front bemühen, das Ergebnis der jetzigen Wahl aber nicht ignorieren". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 24.4.: „Premierminister Smith, der meint, die Welt könne dieser Regierung die Anerkennung nun nicht mehr verweigern, wird sich noch etwas gedulden müssen." Die Regierung hat sich nicht offiziell geäußert. Das wäre auch unklug. Sie *macht* eine Politik und versucht Druck auszuüben. Gefragt, ob die Versuche der Bundesregierung, Befreiungsbewegungen von der Notwendigkeit eines friedlichen Wandels zu überzeugen, gefruchtet hätten, erklärte Dohnanyi am 15. Februar im Bundestag: „Die Entwicklung im südlichen Afrika geht nicht so schnell, daß man mit Sicherheit sagen könnte, man könne Erfolge erkennen. Aber wir dürfen deswegen in unseren Bemühungen, diese Entwicklung zu unter-

stützen, nicht nachlassen". Erpressungsversuche gegenüber den Befreiungsbewegungen wird die Bundesregierung einige unternehmen, um die bisherigen Erfolge des Befreiungskampfes rückgängig zu machen und den Sieg des Befreiungskampfes zu verhindern. An der Politik der ZANU, die sich auf das Prinzip „Wir sind unsere eigenen Befreier" stützt, sind alle bisherigen imperialistischen Intrigen gescheitert. Um so wichtiger ist es, daß die westdeutsche Arbeiterklasse *jetzt* die ZANU durch die Ausrüstung mit einer Druckanlage stärkt und dadurch ihren politischen und bewaffneten Kampf unterstützt.

Die imperialistischen Mächte arbeiten an einer „umfassenden Lösung" im südlichen Afrika

z.gek. Mit einem Riesentroß von Journalisten und bürgerlichen Politikern aus den westlichen imperialistischen Staaten, die entgegen den ausdrücklichen Beschlüssen der Vereinten Nationen als „Beobachter" anwesend waren, haben sich die schwer gepanzerten Konvois der rhodesischen Armee vom 15. – 22. April in der größten Militäraktion seit Bestehen des Landes von einem zum andern der noch unter Regierungskontrolle stehenden, meist KZ-mäßig „befestigten" Dörfer Zimbabwes gewälzt, um die Volksmassen an die Urnen zu treiben. Transportiert in Hubschraubern und Transportflugzeugen der südafrikanischen Armee, sahen diese imperialistischen Wahlbeobachter, unter ihnen Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Korrespondenten des Ersten und Zweiten Deutschen Fernsehens, viele fröhliche Menschen und „demokratisch faire Wahlen", sogar „erstaunlich fair", wie etliche fanden. Z.B. war gegen „Wahlbetrug" vorgesorgt: jeder „Wahlberechtigte" mußte seine Hand in eine nicht abwaschbare, unter Rotlicht sichtbare Flüssigkeit tauchen. So war verhindert, daß jemand in Reichweite der Gewehrmündungen des Kolonialregimes dieses um seinen Stimmzettel „betrog". Dabei kam das doch ziemlich oft vor. Es sollen schließlich 63,9% der insgesamt 2,8 Millionen „Wahlberechtigten" gewesen sein, die einen Stimmzettel abgeliefert haben. Aufgeboten wurden dafür 100000 Mann an Truppen, d.h. je 1 Bewaffneter hatte 18 Wähler zur Erfüllung ihrer neuen vaterländischen Pflicht zu bringen. Nach den offiziellen Zählungen des Kolonialregimes zählen die Volksmassen Zimbabwes 6,4 Millionen (gegenüber 212000 weißen Siedlern und Söldnern). Enthielt da die Zahl von 2,8 Millionen Wahlberechtigten nicht von vornherein das Eingeständnis, daß ein beträchtlicher Teil des Volkes schon fest in den befreiten Gebieten, unter dem Schutz der Befreiungsarmee, lebt? Die Wahlbeobachter focht das nicht an, ebensowenig wie die Tatsache, daß später in zwei der acht Provinzen eine Wahlbeteiligung von über 100% errechnet wurde.

Tatsache ist: die rhodesischen Wahlen zählen in der langen Geschichte des Kolonialismus zu den eher schlechter ausgefallenen Manövern dieser Art. Und soweit es den beiden schwarzen Hauptmarionetten, dem katholischen Bischof Muzorewa und dem Pfarrer Sithole, der sich noch immer als Vorsitzender der ZANU ausgibt (obwohl er mit Schimpf und Schande aus deren Reihen verstoßen worden ist), gelang, Teile der Volksmassen zur Stimmabgabe zu bewegen, da nur auf Grundlage von Versprechungen, die sie in kürzester Zeit als haltlose Lügner entlarven müssen. Sie haben das Ende der rassistischen Terrorregimes versprochen. Aber Polizei, Armee und Justiz bleiben in den Händen der weißen Siedler. Und als die erste Aufgabe „seiner" neuen Regierung hat der fromme Bischof Muzorewa, der sich nunmehr als von Gott und Volk erwählter Quisling sieht, verkündet, „daß sie, denke ich, Ausnahmevollmachten braucht, um im Land aufzuräumen". „Wer jetzt nicht (aus dem Busch) zurückkommen will, der wird schnurstracks als Terrorist betrachtet und zum Staatsfeind erklärt werden." (Time Magazin, 30.4.79) Landreform haben Muzorewa und Sithole ebenfalls versprochen. Aber das gute Land gehört den weißen Großfarmern und Monopolen, und Muzorewa mußte versprechen, „alles zu tun, um sie (die weißen Siedler) im Land zu halten".

Sowohl die US-amerikanischen wie auch die britischen und westdeutschen Imperialisten lassen ihre parlamentarische Opposition jetzt lautstark für die diplomatische Anerkennung von „Zimbabwe-Rhodesien" und die Regierung der „inneren Lösung" auftreten. Es handelt sich zunächst darum, unter den Arbeitern und den Volksmassen in den imperialistischen Ländern Stimmung für eine eventuell notwendige militärische Intervention zu machen. Die Unterhauswahlen in Großbritannien am 3. Mai werden einen ersten entscheidenden Test dafür bilden. Die britischen Imperialisten hatten bisher in erster Linie auf die Karte einer Spaltung der Patriotischen Front gesetzt und sehen sich nun durch die US-Imperialisten überspielt, die schon bisher die „innere Lösung" finanziell wie auch militärisch, durch Söldnerwerbung in den USA, unterstützt haben, ohne sie allerdings diplomatisch anzuerkennen. Offenbar wollen die britischen Imperialisten nun gerade über die diplomatische Anerkennung der gezinkten „Unabhängigkeit" Zimbabwes wieder in die Vorderhand kommen. Die Frage ist eben nur, ob sie es gegen die eigene Arbeiterbewegung durchsetzen können.

Die Carter-Regierung zeigt sich demgegenüber bewußt zurückhaltend. Andrew Young, der für den US-Imperialismus in der UNO als Staubaufwirbler tätig ist, durfte sogar bemerken, das Ergebnis in Rhodesien „rieche nach Wahlbetrug". Ohne „Einbeziehung" der Patriotischen Front sei nichts zu machen. Es ist eine abgefeimte Taktik. Während Carter und Young lammfromme Gesichter machen, führen die US-Imperialisten gegen die Befreiungsbewegungen und die sie unterstützenden Frontstaaten immer ausgedehntere Kriegsoperationen durch. In der Wahlwoche in Rhodesien griffen die rhodesische Luftwaffen und Luftlandetruppen nahezu täglich Sambia an und drangen bis in die Hauptstadt Lusaka vor, wo sie das Hauptquartier der ZAPU angriffen und sich erst nach längerem Feuerwechsel zurückzogen. Gleichzeitig bombardierte die südafrikanische Luftwaffe die einzige Bahnverbindung zwischen Sambia und Botswana, und drangen rhodesische Luftlandetruppen in die Stadt Francistown in Botswana ein, wo sie eine größere Zahl von Menschen ermordeten und entführten. Womöglich noch wilder waren die Angriffe auf Mozambique, das nicht nur aus der Luft angegriffen wurde, sondern durch ganze Horden eingeschleuster Agenten, die Bombenattentate und Sabotageakte ausführten. Einige von diesen, die gefangengenommen wurden, sagten aus, seit Monaten in Rhodesien von

„Wahlberechtigten" gewesen sein, die einen Stimmzettel abgeliefert haben. Aufgeboten wurden dafür 100000 Mann an Truppen, d.h. je 1 Bewaffneter hatte 18 Wähler zur Erfüllung ihrer neuen vaterländischen Pflicht zu bringen. Nach den offiziellen Zählungen des Kolonialregimes zählen die Volksmassen Zimbabwes 6,4 Millionen (gegenüber 212000 weißen Siedlern und Söldnern). Enthielt da die Zahl von 2,8 Millionen Wahlberechtigten nicht von vornherein das Eingeständnis, daß ein beträchtlicher Teil des Volkes schon fest in den befreiten Gebieten, unter dem Schutz der Befreiungsarmee, lebt? Die Wahlbeobachter focht das nicht an, ebensowenig wie die Tatsache, daß später in zwei der acht Provinzen eine Wahlbeteiligung von über 100% er-

mußte versprechen, „alles zu tun, um sie (die weißen Siedler) im Land zu halten".

Sowohl die US-amerikanischen wie auch die britischen und westdeutschen Imperialisten lassen ihre parlamentarische Opposition jetzt lautstark für die diplomatische Anerkennung von „Zimbabwe-Rhodesien" und die Regierung der „inneren Lösung" auftreten. Es handelt sich zunächst darum, unter den Arbeitern und den Volksmassen in den imperialistischen Ländern Stimmung für eine eventuell notwendige militärische Intervention zu machen. Die Unterhauswahlen in Großbritannien am 3. Mai werden einen ersten entscheidenden Test dafür bilden. Die britischen Imperialisten

drangen bis in die Hauptstadt Lusaka vor, wo sie das Hauptquartier der ZAPU angriffen und sich erst nach längerem Feuerwechsel zurückzogen. Gleichzeitig bombardierte die südafrikanische Luftwaffe die einzige Bahnverbindung zwischen Sambia und Botswana, und drangen rhodesische Luftlandetruppen in die Stadt Francistown in Botswana ein, wo sie eine größere Zahl von Menschen ermordeten und entführten. Womöglich noch wilder waren die Angriffe auf Mozambique, das nicht nur aus der Luft angegriffen wurde, sondern durch ganze Horden eingeschleuster Agenten, die Bombenattentate und Sabotageakte ausführten. Einige von diesen, die gefangengenommen wurden, sagten aus, seit Monaten in Rhodesien von

Afrika „südlich von Sambesi und Cunene" – freie Staaten, koloniale Siedlerstaaten und Bantustans. Rechts: rhodesischer Soldat mit Beute

UNO-Resolution erklärt Wahlen in Rhodesien für null und nichtig

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

s/13140

5. März 1979

Bangladesh, Bolivien, Gabun, Jamaica, Kuweit, Nigeria und Sambia:

Der Sicherheitsrat

in Bestätigung seiner Resolutionen über die Südrhodesien-Frage, insbesondere der Resolutionen 253 (1968), 403 (1977), 424 (1978) und 437 (1978)

in Kenntnisnahme der Erklärung der afrikanischen Gruppe (in der UNO), enthalten in Dokument s/13084

nach Anhörung der Erklärungen der Vertreter von Angola und Sambia

nach Anhörung ebenso der Erklärung des Vertreters der Patriotischen Front von Zimbabwe

stark beunruhigt über die willkürlichen militärischen Operationen des illegalen rhodesischen Regimes und die Ausweitung seiner geplanten und provokativen Aggressionsakte nicht nur gegen unabhängige Nachbarländer, sondern auch gegen nicht angrenzende Staaten, die zu zügellosem Niedermetzeln von Flüchtlingen und von Zivilbevölkerung führen

empört darüber, daß das illegale Regime weiterhin Personen hinrichten läßt, die nach Unterdrückungsgesetzen verurteilt wurden

bekräftigend, daß die Existenz des illegalen rassistischen Minderheitenregimes in Südrhodesien und die Fortführung seiner Aggressionsakte gegen unabhängige Nachbarstaaten eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellen

in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechtes des Volkes von Südrhodesien (Zimbabwe) auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) der UNO-Generalversammlung vom 14. Dezember 1960 sowie des gerechten Charakters seines Kampfes zur Sicherung und Wahrung solcher Rechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind

sehr beunruhigt über die Schritte innerhalb bestimmer Staaten, Vertreter zur Beobachtung der sogenannten Wahlen im April 1979 zu senden, die von dem illegalen rassistischen Minderheitenregime in Südrhodesien zu dem Zweck organisiert werden, sich eine gewisse Legitimität zu erwerben, und so eventuell die Aufhebung von Sanktionen zu erreichen

im Bewußtsein dessen, daß eine solche Aktion die Resolution 423 (1978) der Vereinten Nationen verletzen wird, vor allem deren Bestimmungen, die jedwede innere Lösung unter der Kontrolle des illegalen Regimes für illegal und inakzeptabel erklärt und alle Staaten aufruft, in keiner Weise eine solche Lösung anzuerkennen

im Bewußtsein der Verantwortung jedes Mitgliedstaates, streng an den Resolutionen und Entschließungen des Sicherheitsrates festzuhalten, und ihrer Verantwortung, sicherzustellen, daß Einrichtungen und Bürger unter ihrem Rechtseinfluß sich ebenso verhalten

1. verurteilt auf's schärfste die jüngsten bewaffneten Invasionen, die von dem illegalen rassistischen Minderheitenregime in der britischen Kolonie von Südrhodesien ausgeübt wurden gegen die Volksrepublik Angola und die Republik Sambia, welche eine flagrante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität dieser Länder darstellen;

2. würdigt die Unterstützung des Volkes von Zimbabwe in seinem gerechten und legitimen Kampf für die Erringung von Freiheit und Unabhängigkeit durch die Volksrepublik Angola, die Volksrepublik Mozambique und die Republik Sambia und würdigt ihre besonnene Zurückhaltung angesichts ernstzunehmender Provokationen von seiten der Rebellen Südrhodesiens;

3. ersucht alle Staaten um sofortige und wirksame materielle Unterstützung, um die Regierungen der Frontstaaten zu befähigen, ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und wirksam ihre Souveränität und territoriale Integrität zu wahren;

4. ersucht die Verwaltungsmacht, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere illegale Exekutionen in Südrhodesien zu verhindern;

5. verurteilt alle Bemühungen und Manöver des illegalen Regimes einschließlich seiner sogenannten Wahlen vom April 1979, die darauf abzielen, eine rassistische Minderheitenregierung aufrechtzuerhalten und auszuweiten und das Fortschreiten Zimbabwes zur Unabhängigkeit und einer echten Mehrheitsregierung zu verhindern;

6. erklärt jegliche Wahlen unter der Kontrolle des illegalen rassistischen Regimes und deren Ergebnisse für null und nichtig und erklärt, daß weder die Vereinten Nationen noch irgendein Mitgliedsstaat irgendeinen Vertreter oder ein Organ anerkennen wird, das auf Grundlage dieses Prozessses entstanden ist;

7. ruft alle Staaten auf, keine Beobachter zu diesen Wahlen zu entsenden und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß Organisationen und Einrichtungen innerhalb ihres gesetzlichen Einflußbereiches ebenfalls davon absehen;

8. ersucht das Komitee des Sicherheitsrates zur Südrhodesienfrage, errichtet im Anschluß an die Resolution 253 (1968), sofort zusammenzutreten, um Maßnahmen zu beraten, um die Sanktionen gegen Südrhodesien zu verstärken und auszuweiten und seine Vorschläge nicht später als am 23. März 1979 vorzulegen;

9. beschließt, nicht später als am 27. März 1979 erneut zusammenzutreten, um den Bericht zu behandeln, wie er im Paragraphen 8 vorgesehen ist.

US-,,Spezialisten" auf diese Aufgabe vorbereitet und mit großen Geldbeträgen dafür geködert worden zu sein.

Wie es die Imperialisten aber auch drehn und wenden, reichen weder die ,,Wahlerfolge" ihrer schwarzen Marionetten in Zimbabwe noch die zahlreichen Militäraktionen aus, um den Befreiungskampf, und vor allem den Kampf in Zimbabwe, der von der ZANU revolutionär geführt wird, zu ersticken. Fällt Zimbabwe, wird sich die Lage im ganzen Süden Afrikas gänzlich verändert haben. Die Kolonialherrschaft über das südliche Afrika ist aber im ganzen System der ,,Weltwirtschaft" des US-Imperialismus wie auch der Imperialisten der EG ein Eckpfeiler, den sie nicht aufgeben können, wenn sie nicht einen regelrechten Zusammenbruch riskieren wollen. Schon gar nicht angesichts des aggressiven Vordringens des russischen Sozialimperialismus, der mit seinem Expeditionskorps in Angola auf dem Sprung liegt.

In dieser Lage mischen sowohl die US-Imperialisten wie die Imperialisten der EG die Karten neu für eine ,,umfassende Lösung" im südlichen Afrika. Noch ist nicht ganz deutlich, wie die Karten verteilt sein werden. Aber die Umrisse der ,,umfassenden Lösung" zeichnen sich bereits ab. Am Tag nach der Wahl hat Muzorewa verkündet, ihm schwebe für das ganze südliche Afrika ,,ein gemeinsamer Markt, wie in Europa" vor. Dies war nur das prompte (und bei seinen Besuchen in Pretoria wohl vereinbarte) Echo auf einen Theaterdonner, den das südafrikanische Siedlerregime genau während der rhodesischen Wahlwoche veranstaltet hatte. Botha ließ an den von der US-Botschaft in der SAR für innerafrikanische Flüge benutzten Flugzeugen die routinemäßig angebrachten Spionageeinrichtungen ,,entdecken", um mit dem nötigen Eklat vor das Parlament zu treten und dort der Weltöffentlichkeit folgendes zu verkünden: ,,Südafrika ist der Lakai keiner Supermacht... Wir lassen uns unserer Rechte nicht berauben, wir wissen sie zu wahren...", usf. Sodann feierlich: Südafrika werde sich fürderhin zwischen den beiden Supermächten als ,,neutral" betrachten, und werde sich ,,in Zukunft in allen seinen Handlungen einzig und allein von den Interessen unserer Region leiten lassen". ,,Es gibt keinen Grund, warum wir nicht eine Verbindung von Staaten schaffen sollten, die für eine gemeinsame Zukunft arbeiten wollen... Ich weiß ganz sicher, daß es vernünftige und ausgeglichene Führer in Afrika gibt, mit denen die Südafrikanische Republik reden kann." Schließlich kündigte Botha die ,,vollständige Restrukturierung" der Südafrikanischen Union, d.h. die baldige Entlassung weiterer Bantustans in die ,,Unabhängigkeit", und die Überprüfung aller Gesetze in der SAR einschließlich der Verfassung (die ohnehin bereits in Neuausarbeitung begriffen ist) an. (Nach Le Monde, 21.4.79)

Damit war die Katze aus dem Sack, aus dem man sie schon seit längerem hatte schreien hören. ,,Commonwealth" oder ,,Gemeinsamer Markt", sogar ,,Föderation des südlichen Afrika" waren wohlklingende Bezeichnungen, die in der südafrikanischen Presse bereits seit längerem gängige Münze waren. Noch großzügiger die geographischen Perspektiven: ,,Afrika südlich des Sambesi und des Cunene" gelte es in dieser Weise politisch neu zu ordnen. Ein Blick auf die Karte belehrt, daß es sich hier um ein großangelegtes konterrevolutionäres Unternehmen handeln muß, das insbesondere auch auf Mozambique zielt, um die Revolution in Zimbabwe von ihren äußeren Reserven zu isolieren. Die Proklamation einer angeblichen ,,Nationalen Befreiungsfront Mozambiques" soll demnach wohl den Beginn eines längeren gegenrevolutionären Kreuzzuges bilden.

Seit ihrem Amtsantritt hatte die Carter-Regierung sich ,,gegen das Apartheidsregime" in Südafrika erklärt, für eine ,,gemischtrassige" Regierung, die die Republik Südafrika erst wieder als eine Bastion des Neo-Kolonialismus im südlichen Afrika tauglich machen würde. Ebenso sollte Namibia, das ja von der SAR illegal okkupiertes UNO-Mandatsgebiet ist, so schnell wie möglich eine, natürlich ebenfalls ,,gemischtrassige" Unabhängigkeit erhalten. Auf derselben Linie operieren auch die Imperialisten der EG. Sowohl für sie wie aber auch für die US-Imperialisten handelt es sich darum, das Dilemma zu lösen, daß der Volkskrieg in Zimbabwe bereits nur noch durch eine äußere Militärintervention niedergeschlagen werden kann, eine solche Intervention aber für die beteiligten Imperialisten bis auf weiteres noch äußerst unerwünscht wäre. Unter dem Titel eines Commonwealth oder gar einer Föderation aber könnte von Südafrika aus dieser Interventionskrieg mit dem Söldnergesindel der ganzen Welt organisiert werden, ohne daß je entschieden werden könnte, wer Siedler und wer Söldner ist. Gleichzeitig würden die Versuche forciert werden, den Krieg zu ,,afrikanisieren". Die südafrikanische Armee hat sich – ähnlich wie die rhodesische mit dem Beginn der ,,inneren Lösung" – mit Hochdruck auf die Aufstellung schwarzer Söldnerregimente geworfen. Sechs dieser Regimenter befinden sich bereits in Namibia im Einsatz gegen die Swapo-Befreiungstruppen und sollen den Kern der namibischen Armee bilden, sobald die ,,Turnhallen-Allianz" (möglicherweise bereits am 15. Mai) die ,,Unabhängigkeit" des Landes proklamieren wird. Südafrika hat eine relativ bedeutende Rüstungsindustrie aufgezogen, und mit dem südafrikanischen Gold, das jährlich Milliarden abwirft, kann selbst ein großer Krieg finanziert werden.

Die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte reichen noch weiter. Während die neuen Zaren ihre Flotte mit dem Flugzeugträger Minsk, im Zusammenspiel mit dem sowjetisch-kubanisch-ostdeutschen Expeditionskorps in Angola Manöver zur See, zu Luft und zu Lande abhalten ließen, gab das Pentagon die Bildung einer 100000 Mann starken Interventionstruppe außerhalb der NATO bekannt, zum erklärten Zweck von möglichen militärischen Aktionen im Nahen Osten oder in Afrika, die binnen kurzer Zeit mit Großtransportern nach Übersee verlegt werden, dort größere Feldzüge mit schwerem Material führen und auch in tropischen Gebieten wenigstens 60 Tage lang mit der eigenen Logistik aushalten kann.

Azania: Streikkämpfe stärken die Gewerkschaftseinheit

z.diz. Beinah wäre das Spektakel noch geplatzt: Die 4500 schwarzen Arbeiter der neuesten und ,,modernsten" Goldmine Südafrikas, der Elandsrand Mine, waren noch vor deren Eröffnung in den Streik getreten. Die Spitzen der imperialistischen Finanzwelt wurden erwartet: Abs von der Deutschen Bank, Oppenheimer von der Anglo-American Corporation, der größten imperialistischen Unternehmung zur Ausplünderung Azanias und Ausbeutung seines Volkes, der auch die Mine gehört. Mit Hundestaffeln und Hubschraubern haben sie die Arbeiter wieder zusammentreiben lassen wie entlaufenes Vieh. Die Streiks der schwarzen Arbeiter, ermutigt durch die Aufstände in Soweto, sitzen ihnen in den Knochen.

Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter, versteht sich, sind verboten; Streiks gelten als kriminelle Akte – verhindern konnten die Imperialisten beides nicht: Schon 1919 nach großen Streiks in den Minen und im Hafen von Kapstadt wurde von 8000 Hafenarbeitern die erste schwarze Gewerkschaft, die Industrial and Commercial Workes Union (ICU) gegründet. Die Mitgliederzahlen wuchsen schnell; aber die Gewerkschaft geriet in die Hände weißer Reformisten, die als Liebesgabe an das Kolonialsystem zunächst mal die Kommunisten ausschlossen. Bis 1931 zerfiel die Organisation.

Die Streiks der schwarzen Arbeiter hielten an: 1946 streikten 74000 Minenarbeiter, sie wurden zusammengeschossen. 1955 spaltete sich der weiße Gewerkschaftsverband TUCSA (Trade Union Congress of South Africa) über die Frage, ob die weißen Arbeiteraristokraten den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der schwarzen Arbeiter offen bekämpfen oder durch Umarmungstaktik zersetzen sollten. 14 Gewerkschaften trennten sich vom TUCSA und gründeten den South African Congress of Trade Unions (SACTU). 1961 gehörten dem SACTU 46 Gewerkschaften mit 53323 Mitgliedern an, darunter 38791 Schwarze. Unter Führung der Revisionisten auf der Linie: Gleiche Rechte für schwarze und weiße Arbeiter in Südafrika, und unter Schlägen der Polizeitruppen des Rassistenregimes, löste sich der Verband später nahezu völlig auf.

Die Gewerkschaftsbewegung unter den schwarzen Arbeitern aber konnte nicht zerschlagen werden: 1971 wurde die Black Allied Workers Union als Dachverband allein schwarzer Gewerkschaften gegründet, 1977 verboten wie alle seit 1971 gegründeten schwarzen Organisationen. Am 20.4. meldete die ,,Financial Times", daß neun illegale schwarze und drei halblegale farbige Gewerkschaften einen neuen Dachverband, die Federation of South African Trade Unions (FOSATO) gegründet haben.

Einen antiimperialistischen Gewerkschaftsverband, der für die nationale Befreiung Azanias eintritt, können die schwarzen Arbeiter gut brauchen. Ein Verband, der auf der Linie: Rassenzusammenarbeit für die Versöhnung mit dem Imperialismus eintritt, kann ihnen nur schaden.

Bildunterschrift des ,,Star", Zeitung des weißen Rassistenregimes in Azania, zu diesem Bild: ,,Sicherheitstruppen mit Hunden brechen auf, um die Hügel rund um die Unterkünfte der Elandsrand Mine zu durchkämmen, um die Minenarbeiter aus dem Busch zurück in ihre Unterkünfte zu treiben".

Lesotho unterstützt den Befreiungskampf in Azania

z.tit. Mehr als 30 Jahre nachdem Großbritannien 1931 seine ,,unabhängige" Südafrikanische Union aus der Taufe hob, zwang ihn der wachsende Befreiungskampf der Völker im Süden Afrikas und das Erstarken der Dritten Welt 1966 seinen letzten Kolonien in Südafrika: Lesotho, Swaziland und schließlich 1968 Botswana die formelle Unabhängigkeit zu gewähren. Um so mehr versuchten die westlichen Imperialisten diese Länder in neokolonialer Abhängigkeit zu halten und sie als Puffer gegen den Befreiungskampf der Völker Azanias, Namibias und Zimbabwes zu befestigen.

Die Geschichte der afrikanischen Stämme Sotho (Basutho), Swasi und San, auf die die heutigen Staaten Lesotho, Swaziland und Botswana zurückgehen, ist eine Geschichte des heldenhaften Kampfes gegen die britische und holländische Kolonisierung Südafrikas. Die Sotho haben am längsten Widerstand gegen die Eroberer geleistet. Nach der Niederlage der mächtigen Zulu-Armee zogen die Sotho daraus die Konsequenz, die Einheit mit den anderen afrikanischen Stämmen herzustellen und sich Pferde und Gewehre anzuschaffen. Ab 1830 hatten sich die Sotho-Stämme unter Führung ihres Häuptlings Moshweshwe zusammengeschlossen, Ansätze eines Bildungswesens entwickelt und 1859 die Ansiedlung von Europäern auf Basutho-Land verboten.

Von 1848 bis 68 erlitten die Kolonialisten eine Niederlage nach der anderen. Erst mit dem Verbot des Waffen- und Munitionsverkaufs an die Basutho gelang es den Burenhorden, Stück für Stück die Basutho-Armeen zu besiegen. 1868 schließlich unterstellte sich Moshweshwe der britischen Kolonialmacht, um die restlose Aufteilung seines Landes durch die Buren zu verhindern, die schon die fruchtbaren Gebiete der Basuthos annektiert und sie dem ,,Oranje-Freistaat" einverleibt hatten. Bis 1883 führten die Basutho immer wieder bewaffnete Kämpfe gegen die Kolonialisten, erst 1884 wurden sie endgültig als direkte Kolonie Englands unterworfen.

Die Bedingungen bei der Erlangung der formellen Unabhängigkeit – nach Jahrzehnten der kolonialen Ausplünderung und Ausbeutung, mitten im südafrikanischen Territorium, jeglicher fruchtbaren Gebiete beraubt – das Land ihrer ökonomischen Kontrolle zu unterwerfen, waren besonders gut für die imperialistischen Mächte. Die von Cecil Rhodes gegründete De Beers Company (26% Großbritannien, 8,6% Frankreich, 6% USA) beutet die Diamantenmine Lesothos aus, der Staat mußte ihm dafür auch noch für 1 Mio. Rand die Straßen ausbauen, zwecks schnellerem Abtransport der Diamanten. Die Schürfrechte für Öl und Gas hat sich ein amerikanischer Konzern unter den Nagel gerissen, während Kanada mit einer knappen Million US-Dollar an der Mineralausbeutung des Landes beteiligt ist. 85% der Bevölkerung Lesothos sind in der Landwirtschaft und Viehzucht beschäftigt; die Erträge decken nicht den Bedarf des Landes, jährlich müssen ca. 40000 Tonnen Mais eingeführt werden, Hauptausfuhr ist Wolle und Mohair. An die 100000 Bauern aus Lesotho sind gezwungen, sich in die Minen Südafrikas zu den elendsten Bedingungen zu verdingen. Haupthandelspartner ist Südafrika, des weiteren besteht mit Südafrika eine Zoll- und Währungsunion.

Trotz der enormen Abhängigkeit, die in ähnlichem Umfang für Swaziland und Botswana gilt, verstärken sich die Aktivitäten dieser Länder, sich aus der Umklammerung zu befreien. Alle 3 Länder sind in der UNO und der OAU. Beide Organisationen haben zugesagt, mit ökonomischer Unterstützung die Loslösung von den Imperialisten zu fördern. Genauso stärkt der Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika diese Bestrebungen und unterstützt damit die Eingliederung dieser Länder in die Front der Dritten Welt. Häuptling Leabua Jonathan, Premierminister von Lesotho, hat erklärt, daß sein Land ,,alle unterstützen wird, die für Freiheit von Fremdherrschaft und gegen koloniale Unterdrückung kämpfen". Lesotho tritt für das Recht auf den bewaffneten Befreiungskampf der Völker im Süden Afrikas ein.

Die Resolution 423 (1978) des Sicherheitsrates vom 14. März 1978

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolution über die Südrhodesienfrage und insbesondere auf Resolution 415 (1977) vom 29. September 1977,

(...)

1. verurteilt alle Versuche und Manöver des illegalen Regimes, die auf die Erhaltung der Macht einer rassistischen Minderheit und die Verhinderung der Erlangung der Unabhängigkeit durch Zimbabwe abzielen;

2. erklärt jede innere Regelung unter der Schirmherrschaft des illegalen Regimes für illegal und unannehmbar und fordert alle Staaten auf, einer solchen Regelung keinerlei Anerkennung zu gewähren;

3. erklärt ferner, daß die schnelle Beendigung des illegalen Regimes und die Ersetzung seiner Militär- und Polizeikräfte die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung der Legalität in Südrhodesien ist, damit Vorkehrungen für einen friedlichen und demokratischen Übergang zu einer echten Mehrheitsregierung und zur Unabhängigkeit getroffen werden können;

4. erklärt weiterhin, daß die in Ziffer 3 vorgesehenen Vorkehrungen die Abhaltung freier und gerechter Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts für Erwachsene unter Aufsicht der Vereinten Nationen einschließen;

5. fordert das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem illegalen rassistischen Minderheitsregime in Südrhodesien ein Ende zu bereiten und die echte Entkolonialisierung des Territoriums gemäß der Resolution 1514 (XV) und anderer Resolutionen der Vereinten Nationen herbeizuführen;

6. ist der Auffassung, daß das Vereinigte Königreich als Verwaltungsmacht mit Unterstützung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen umgehend Konsultationen mit den beteiligten Parteien aufnehmen sollte, um das Ziel der echten Entkolonialisierung des Territoriums durch Verwirklichung der Ziffern 3, 4 und 5 zu erreichen;

7. ersucht den Generalsekretär, spätestens bis zum 15. April 1978 über die Verwirklichung dieser Resolution, eingebracht durch Bolivien, Gabun, Indien, Kuweit, Mauritius, Nigeria und Venezuela, zu berichten.

Druckausrüstung für die ZANU verladen!

Gegen zwei bürgerliche Glaubenssätze verstößt die Sammlung für eine komplett ausgelegte Druck- und Satzeinrichtung der ZANU: Unterstützung des gerechten Krieges sei Unterstützung ,,schwarzen Terrors" und Ausrüstung ,,schwarzer Terroristen" mit kompliziertem Gerät sei ,,riskant". Große Massen teilen diese Glaubenssätze nicht. Mehr noch als in bisherigen Kampagnen sind wir auf viele kleine Beträge angewiesen, aber sie kommen auch nach und nach zusammen. Zum 1. Mai wollen wir die Sammlung erfolgreich abschließen. Es ist noch einiges notwendig. Die Maschinerie ist jedoch bereits vorzeitig beschafft worden. Drei Genossen der ZANU sind an ihr ausgebildet worden. Inzwischen ist die Maschinerie verpackt und zusammen mit 6 t Kleidern per Charterflug nach Maputo verschickt worden und dort gut angekommen. Sie wird jetzt aufgestellt. Fünf Mitglieder des KBW sind dabei behilflich.

Kapitalistische Rationalisierung – Grundlage der „überdurchschnittlichen Geschäftserfolge“ der Siemenskapitalisten

r.kla. „Wir haben in Europa nur noch einen wirklichen Konkurrenten, und das ist der Siemens-Konzern.“ Dies bemerkte einer der Direktoren des amerikanischen Konzerns General Electric im vergangenen Monat in einem Interview des Handelsblattes. Das ist nicht übertrieben. Mit einem Weltumsatz von 29,008 Milliarden DM ist Siemens heute der fünftgrößte Elektrokonzern der Welt – mit sichtbarem Abstand vor dem größten japanischen Konzern Hitachi (23 Milliarden DM Umsatz). Vor zehn Jahren noch war Siemens lediglich auf Platz zehn der Weltrangliste der Elektromonopole.

Ihre Grundlage haben diese „überdurchschnittlichen Geschäftserfolge“ (Siemens-Betriebsführer Plettner) in einer ins Ungeheure gestiegenen kapitalistischen Rationalisierung in diesem Konzern. Eingeleitet haben die Siemens-Kapitalisten diese kapitalistische Rationalisierung durch Umstrukturierung des Konzerns Mitte der 60er Jahre, nämlich der Einteilung des Konzerns in sieben Unternehmensbereichen, die eigenverantwortlich von Generalbevollmächtigten Direktoren geleitet werden. Zur Folge hatte und hat dies, daß neben den allgemeinen für die einzelnen Bereiche ganz spezielle Ausbeutungsmethoden entwickelt worden sind. Welche Erfolge dabei die Siemens-Kapitalisten für sich verbuchen konnten, wird deutlich, wenn man nach den vorliegenden Geschäftsberichten die Pro-Kopf-Umsatzsteigerungen berechnet. Von 1977 auf 1978 haben die Siemens-Kapitalisten dabei in der BRD und Westberlin eine relative Steigerung von 17% erzielen können gegenüber „nur“ 14% bezogen auf den Weltkonzern Siemens.

Umsatz pro Kopf im Siemens-Konzern
(in DM)

Jahr	Westberlin	BRD	Gesamtkonzern
1977	96057	89909	78990
1978	112310	105210	90090
	+ 16%	+ 17%	+ 14%

Welche Ausmaße der kapitalistischen Rationalisierung diesen Zahlen zugrunde liegen, zeigt die Entwicklung im größten Fertigungsstandort von Siemens – Westberlin. Bevor die Siemens-Kapitalisten die KWU und die Osram GmbH schluckten, waren in den Westberliner Werken des Siemens-Konzerns 37500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Osram-Werke zählten vor der Übernahme durch Siemens 6100 und die KWU mehr als 2000 Beschäftigte. Heute sind in den Westberliner Werken des Siemens-Konzern, einschließlich der Töchter KWU und Osram nur noch 27600 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Ihre Umsatzsteigerungen konnten die Siemens-Kapitalisten vor allem in den Unternehmensbereichen Bauelemente, Daten- und Informationssysteme, Fernschreib- und Signaltechnik und Nachrichtentechnik erzielen. Während die Siemens-Kapitalisten für den Gesamtkonzern in ihrem Geschäftsbericht 1978 eine Umsatzsteigerung von 5% ausweisen, haben die Siemens-Kapitalisten in den genannten Bereichen Umsatzsteigerungen von 14% bis 15% verzeichnet. Dies sind die Bereiche der Produktion, in denen die Kapitalisten unter Verwendung der Mikroelektronik in den letzten Jahren die Tätigkeiten grundlegend umzustellen dabei sind. Deutlich wird dies an der Produktion des Fernschreibers 1000, dem „Welterfolg“ (Geschäftsbericht 1978) der Siemens-Kapitalisten. Bestrebt sind die Kapitalisten stets, den Arbeitsprozeß in so viele einfache Arbeiten wie möglich aufzugliedern, weil diese Aufgliederung ihnen zum einen eine bessere, vor allem zeitliche Überwachung des Produktionsprozesses erlaubt und zum andern den Einkauf von unqualifizierter und damit billiger Arbeitskraft für die Produktion. Die Fertigung des alten mechanischen Fernschreibers erforderte Arbeitskräfte, die in der Lage waren, komplizierte feinmechanische Montage- und Justierarbeiten durchzuführen. Es gelang den Siemens-Kapitalisten nicht, das Lohnniveau dieser Arbeitskräfte unter die Lohngruppe 2 oder 3 zu drücken. Mit der Fertigungsumstellung zur Produktion des neuen Fernschreibers 1000 ist die Beschäftigung der Arbeitskräfte in Lohngruppe 1 möglich geworden.

Alle komplizierten Tätigkeiten, wie Verkabeln, Zusammenbau und Justage von feinmechanischen Teilen ist soweit wie möglich überflüssig gemacht und ersetzt worden durch einfache Tätigkeiten des Zusammensteckens von fertigen, mit Mikroprozessoren bestückten, gedruckten Schaltungen. Auf diese Weise haben die Siemens-Kapitalisten auch die Taktzeiten für die einzelnen Tätigkeiten auf Sekunden reduziert, was einen weitaus höheren Grad der Intensität der Arbeit ermöglicht.

Nach eigenen Aussagen der Siemens-Kapitalisten in ihren Werbeprospekten haben sie auf diese Weise die Herstellungszeit für einen Fernschreiber durch, wie sie es ausdrücken, „Optimierung der Arbeitsabläufe“ um das Zehnfache gesenkt. Diese „Optimierung der Arbeitsabläufe“ besteht darin, daß die Frauen in der Lohngruppe 1 für 7,04 DM eingestellt werden und durch diesen niedrigen Lohn gezwungen sind, 150% und mehr Akkord zu machen.

Diese Vereinfachung der Tätigkeiten in der Produktion, die die Siemens-Kapitalisten hier betreiben, ermöglicht ihnen, auch große Teile der Facharbeiter, die früher für die mechanischen Arbeiten benötigt wurden, überflüssig zu machen und stattdessen die Position des Einrichters zu schaffen, der diesen Produktionsprozeß überwacht, ohne daß dazu große Fertigkeiten erforderlich sind, die über die in der Lehre vermittelten Grundkenntnisse hinausgehen. So sucht dann Siemens für das neue Fernschreibewerk auch „Elektromechaniker, Werkzeugmacher o.ä. Berufe“ in den Stellenanzeigen und stellt diese Facharbeiter dann für einen Stundenlohn von 10 DM ein, was 2 bis 3 DM weniger sind, als wenn sie in ihren gelernten Berufen tätig wären. Gleichzeitig bilden sich die Siemens-Kapitalisten einen geringen Stamm von höher qualifizierten Facharbeitern heran, die für Reparaturen an den neuen Maschinen ausgebildet werden und entsprechend auch höher entlohnt werden.

Diese Spaltungslinien, die die Kapitalisten durch die Vereinfachung und Dequalifizierung der Arbeit zahlreich ziehen, sind durch die Arbeiter-und Gewerkschaftsbewegung bei ihren Kämpfen gegen die Kapitalisten nur schwer aus dem Weg zu räumen, wenn nicht eine diese Gegebenheiten berücksichtigende Taktik angewandt wird, insbesondere bei den Lohnauseinandersetzungen.

Obenstehende Tabelle zeigt, wie es den Siemens-Kapitalisten gelungen ist, die Ausbeutung in der BRD und Westberlin, bezogen auf das Weltniveau, ungleich stärker zu erhöhen. Hauptmittel dabei ist die kapitalistische Rationalisierung, die die Arbeitsgänge in immer kleinere Einheiten zerlegt und dadurch die Arbeitskraft dequalifiziert wie bei ihrem „Welterfolg“ (Geschäftsbericht 1978), dem Fernschreiber 1000 (Bild: Endmontage im Westberliner Werk).

Wer ist der Schönste im ganzen Land?

Schlechte Karten für Ministerpräsident Albrecht bei Profilierung mit dem Energieprogramm

Kapitalisten unter Verwendung der Mikroelektronik in den letzten Jahren die Tätigkeiten grundlegend umzustellen dabei sind. Deutlich wird dies an der Produktion des Fernschreibers 1000, dem „Welterfolg“ (Geschäftsbericht 1978) der Siemens-Kapitalisten. Bestrebt sind die Kapitalisten stets, den Arbeitsprozeß in so viele einfache Arbeiten wie möglich aufzugliedern, weil diese Aufgliederung ihnen zum einen eine bessere, vor allem zeitliche Überwachung des Produktionsprozesses erlaubt und zum andern den Einkauf von unqualifizierter und damit billiger Arbeitskraft für die Produktion. Die Fertigung des alten mechanischen Fernschreibers erforderte Arbeitskräfte, die in der Lage waren, komplizierte feinmechanische Montage- und Justierarbeiten durchzuführen. Es gelang den Siemens-Kapitalisten nicht, das Lohnniveau dieser Arbeitskräfte unter die Lohngruppe 2 oder 3 zu drücken. Mit der Fertigungsumstellung zur Produktion des neuen Fernschreibers 1000 ist die Beschäftigung der Arbeitskräfte in Lohngruppe 1 möglich geworden.

Alle komplizierten Tätigkeiten, wie Verkabeln, Zusammenbau und Justage

des Einrichters zu schaffen, der diesen Produktionsprozeß überwacht, ohne daß dazu große Fertigkeiten erforderlich sind, die über die in der Lehre vermittelten Grundkenntnisse hinausgehen. So sucht dann Siemens für das neue Fernschreibewerk auch „Elektromechaniker, Werkzeugmacher o.ä. Berufe“ in den Stellenanzeigen und stellt diese Facharbeiter dann für einen Stundenlohn von 10 DM ein, was 2 bis 3 DM weniger sind, als wenn sie in ihren gelernten Berufen tätig wären. Gleichzeitig bilden sich die Siemens-Kapitalisten einen geringen Stamm von höher qualifizierten Facharbeitern heran, die für Reparaturen an den neuen Maschinen ausgebildet werden und entsprechend auch höher entlohnt werden.

Diese Spaltungslinien, die die Kapitalisten durch die Vereinfachung und Dequalifizierung der Arbeit zahlreich ziehen, sind durch die Arbeiter-und Gewerkschaftsbewegung bei ihren Kämpfen gegen die Kapitalisten nur schwer aus dem Weg zu räumen, wenn nicht eine diese Gegebenheiten berücksichtigende Taktik angewandt wird, insbesondere bei den Lohnauseinandersetzungen.

Obenstehende Tabelle zeigt, wie es den Siemens-Kapitalisten gelungen ist, die Ausbeutung in der BRD und Westberlin, bezogen auf das Weltniveau, ungleich stärker zu erhöhen. Hauptmittel dabei ist die kapitalistische Rationalisierung, die die Arbeitsgänge in immer kleinere Einheiten zerlegt und dadurch die Arbeitskraft dequalifiziert wie bei ihrem „Welterfolg“ (Geschäftsbericht 1978), dem Fernschreiber 1000 (Bild: Endmontage im Westberliner Werk).

Wer ist der Schönste im ganzen Land?

Schlechte Karten für Ministerpräsident Albrecht bei Profilierung mit dem Energieprogramm

r.jöd. „Der Bundeskanzler sitzt mir auf dem Buckel mit der gesamten Bundesregierung, und die SPD auf Bundesebene erklärt, daß lieber heute als morgen die Anlage (Gorleben) gebaut wird, und die niedersächsische SPD geht gleichzeitig durchs Land und sagt: nicht mit uns.“ So hielt der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht auf einer Wahlveranstaltung in Wilster Maulaffen feil. Die bürgerlichen Politiker ringen um die Posten. Die schleswig-holsteiner Sozialdemokraten müssen „den Linken“ markieren und würden „alles anders machen“, die CDU befürchtet Stimmenverluste, wenn sie ihre Landespolitik verteidigt, und sagt, daß ja alles mehr oder weniger durch die Bundesregierung festgelegt ist. Nicht nur beim Energieprogramm, sondern auch in Fragen der „Wirtschaftspolitik“. Stoltenberg hält sich leicht im Hintergrund und spielt den düsteren Landesvater. Warum auch nicht, die Kapitalisten und das bürgerliche Pack gehen davon aus, daß mit beiden Parteien zu regieren ist. Sie fürchten *eigentlich* ein Erstarken der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der Volksmassen.

Am Sonntag steht das Wahlergebnis fest und am Montag will der Bundeskanzler den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht empfangen und mit ihm über die weitere Fortsetzung des Energieprogramms sprechen. „Wenn Helmut Schmidt und die SPD nicht klar Position beziehen, gibt es überhaupt keine Lösung des Entsorgungsproblems“, erklärte Ende letzter Woche Albrecht noch in der Presse. So oder so kann Schmidt dies sicher am Montag machen. Wahltaktisch hat Ernst Albrecht die Terminlage nicht erfaßt und zu spät reagiert. Auf der einen Seite konkurrieren die bürgerlichen Parteien gegeneinander, auf der anderen Seite sind sie sich einig, daß es ohne Kernkraft nicht geht. Einig sind sie sich vor allem in der Unterdrückung der Volksmassen.

So fand in der letzten Woche der erste Verhandlungstermin um die Schadensersatzforderungen statt. 150 Zuschauer waren gekommen. Das Landgericht Hannover war in der Defensive. Schlecht gefälschte Tausend-Mark-Scheine einiger Spontaner waren keine Verhandlungsbasis im Landgericht Hannover. Das Gericht operierte ansonsten auf der Linie: butterweich und erzielte so einen bestimmten Einfluß bei den „gemäßigten Kräften“. Ein Angeklagter gab ein „persönliches Klagelied“ ab, aber die Mehrheit der Angeklagten verlas eine gemeinsame Erklärung:

„Wir haben gegen das Kernkraftwerk Grohnde gemeinsam demonstriert, wir werden uns auch weiterhin an Demonstrationen gegen das Atomprogramm der Bundesregierung beteiligen. Auch wenn uns das Landgericht verurteilen will, weiß es genau, daß unser Kampf Unterstützung findet und das Vorgehen der Regierung und der Gerichte verabscheut wird. Daß das Atomprogramm die Interessen des Monopolkapitals sichert, billige Energie für die Industrie produziert und dabei menschliche Existenzen vernichtet werden, ist durch die Unfälle an den Kernkraftwerken deutlich geworden ... Wir werden den Forderungen der Bezirksregierung Hannover nicht nachkommen. Wir finden Unterstützung, das Landgericht Hannover sicher nicht. Wir haben heute Unterstützung gefunden und auf den 1. Mai-Demonstrationen der Gewerkschaft werden unsere Forderungen ebenfalls Unterstützung finden.“ Umfassende Stellungnahmen wurden von Seiten der Anwälte der 18 Beklagten vorgetragen, der Prozeß wurde auf den 31. Mai vertagt.

Die Richter hinterließen nicht den Eindruck, daß sie vollständig auf den Spuren Albrechts die 18 Angeklagten verurteilen können. Die einheitliche Erklärung der Angeklagten hat die Geschlossenheit gegen das Landgericht deutlich gemacht.

Vorstand des Kreislandvolkverbandes unterstützt den Kampf gegen die WAA in Gorleben

r.mas. Der Vorstand des Kreislandvolkverbandes Lüchow-Dannenberg hat die folgende Erklärung verabschiedet: „Zu der Vorstandssitzung am 12.April waren zur besseren Meinungsbildung eine Anzahl junger Landwirte geladen. Nach einer eingehenden Erörterung der Probleme um Gorleben wurde beschlossen, einen Gorlebenausschuß im Kreisverband zu bilden, der dem Vorstand gegenüber Beratungsfunktion hat. In der gemeinsamen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Landbevölkerung das NEZ Gorleben ablehnt. Die Ergebnisse des Symposiums und die Katastrophe in Harrisburg fordern den nachdrücklichen Protest. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, das Bauvorhaben einzustellen und die Probebohrungen nicht zu betreiben.

Die Begründung zu dem Verhalten des Kreislandvolkes liegt in der Angst um unser Leben und unsere Existenz. Unsere Sorgen und Befürchtungen werden von der Regierung nicht ausreichend beantwortet. Für die Vertretung der Landwirte ist unser Kreislandvolkverband zuständig und bevollmächtigt. Das Landvolk ist auch enttäuscht über die Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht bei der Anhörung der Lüchow-Dannenberger Demonstrationsteilnehmer, daß nach seiner Ansicht die Sorgen der Landbevölkerung als übertrieben hingestellt werden.

Wir müssen daher mit Nachdruck für das Wohl unserer Landbevölkerung eintreten und sagen 'Nein' zu dem Vorhaben.“

Vom Landvolk-Bezirksverband Gartow haben Vorstand und Vertrauensleute die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig aufgefordert, die Bohrungen sofort einzustellen. Sie unterstützen die Erklärung des Kreislandvolkes und lehnen jegliche Verhandlungen über Landkäufe ab. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich sofort mit dem Landvolk in Verbindung zu setzen, wenn die PTB Grundstücke für Bohrungen beansprucht. Der Kreisverband der Lüchow-Dannenberger Landfrauenvereine fordert Albrecht auf, seine Entscheidung zu Gorleben zu überdenken. Am 3.Mai wird eine Abordnung der Kreisverbände Lüchow-Dannenberg und Uelzen nach Hannover fahren und Albrecht zur Stellungnahme zwingen.

Forderungen der Soldaten zum 1. Mai finden Unterstützung

r.mab Sechs Soldaten der 4./26. Luftwaffendivision der Blücher-Kaserne in Aurich schrieben einen Brief an den DGB Emden und Aurich, in dem sie die Resolution (KVZ 17/79) begrüßen. Minister Apel, der in Aurich am 30.4. auf der DGB-Maiveranstaltung reden wird, wird angegriffen für die Regelung, ab 1980 Berufs- und Zeitsoldaten mit 90 DM und Wehrpflichtige mit 54 DM pro Monat für Überstunden über 56 Stunden abzuspeisen. „Im Schichtdienst der Raketenstellung leisten wir 25 Überstunden in der Woche – im Monat sind das 100 Überstunden. Nach Herrn Apels Plänen wäre das 0,54 DM pro Überstunde... Wir unterstützen die Forderung der Vareler Soldaten nach: – Lohnfortzahlung für W-15-er – vollständigem Dienstausgleich für Dienst über 40 Stunden.“ Der DGB wird aufgefordert, dies und die Vareler Resolution in Aurich vorzutragen. – In der Lettow-Vorbeck-Kaserne Bremen unterstützten fünf Soldaten der Nachschubkompanie 320 die Mai-Resolution und schickten sie an den DGB Bremen, die Betriebsräte von Daimler, AG-Weser, Klöckner und Vulkan. Auf die Aufforderung, die Resolution auf der DGB-Maikundgebung in Bremen verlesen zu können, antwortete der DGB-Kreisvorstand, Erwin Schmidt: Das geht nicht, Europa steht für uns im Mittelpunkt.

Sozial-Schnipkoweitische Kostendämpfung

r.jöd. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat eine Anfrage an den niedersächsichen Sozialminister Schnipkoweit gestellt. „Die Säuglingssterblichkeit im Landkreis Emsland liegt 1974 bis 1977 bei 2,55 %, während die Bundes- und Landeswerte zwischen 1,97 und 1,57 liegen.“ Schnipkoweit läßt sich nicht aus der Fassung bringen: es soll „geprüft“ werden. Wir haben geprüft, der sozialdemokratischen Fraktion hiermit zur Kenntnis: „Es gehört schon zum Allgemeinwissen, daß die Säuglingssterblichkeitsziffern stark von den sozialen Verhältnissen beeinflußt werden“, stellt die Fachzeitschrift „Arbeitsmedizin“ (1/75) bereits vor drei Jahren fest. Und im Emsland? Ein Arbeiter verdient im Handwerk z.B. pro Jahr durchschnittlich 4000 DM weniger als in Hamburg. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit drückt zusätzlich die Einkommen in dieser Region. Hinzu kommt der hohe Anteil an Kindern bei den Familien dort. Er liegt doppelt so hoch wie z.B. in Hannover. Die zusätzliche Ruinierung der Landwirtschaft, die Umstellung vieler Arbeitskräfte von landwirtschaftlicher und handwerklicher auf industrielle Produktion sind weitere Faktoren, die die hohe Säuglingssterblichkeit verursachen. – Jetzt hat Schnipkoweit den Landkreisen und Kreisfreien Städten 2,7 Mio. DM von ihrem Aufkommen

Sozial-Schnipkoweitische Kostendämpfung

r.jöd. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat eine Anfrage an den niedersächsichen Sozialminister Schnipkoweit gestellt. „Die Säuglingssterblichkeit im Landkreis Emsland liegt 1974 bis 1977 bei 2,55 %, während die Bundes- und Landeswerte zwischen 1,97 und 1,57 liegen.“ Schnipkoweit läßt sich nicht aus der Fassung bringen: es soll „geprüft“ werden. Wir haben geprüft, der sozialdemokratischen Fraktion hiermit zur Kenntnis: „Es gehört schon zum Allgemeinwissen, daß die Säuglingssterblichkeitsziffern stark von den sozialen Verhältnissen beeinflußt werden“, stellt die Fachzeitschrift „Arbeitsmedizin“ (1/75) bereits vor drei Jahren fest. Und im Emsland? Ein Arbeiter verdient im Handwerk z.B. pro Jahr durchschnittlich 4000 DM weniger als in Hamburg. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit drückt zusätzlich die Einkommen in dieser Region. Hinzu kommt der hohe Anteil an Kindern bei den Familien dort. Er liegt doppelt so hoch wie z.B. in Hannover. Die zusätzliche Ruinierung der Landwirtschaft, die Umstellung vieler Arbeitskräfte von landwirtschaftlicher und handwerklicher auf industrielle Produktion sind weitere Faktoren, die die hohe Säuglingssterblichkeit verursachen. – Jetzt hat Schnipkoweit den Landkreisen und Kreisfreien Städten 2,7 Mio. DM von ihrem Aufkommen
für die Krankenhäuser erlassen, er will offensichtlich mit weniger auskommen. Eine erste Maßnahme gegen die Säuglingssterblichkeit? Und die neueste Statistik über die Beschäftigung von Säuglings- und Kinderpflegerinnen besagt, daß Schnipkoweit deren Zahl um 5 % gesenkt hat. Belastende Unterlagen, ausgearbeitet nach sozialliberalen Kostendämpfungsrichtlinien.

Haftentlassung des Genossen Schraknepper durchgesetzt

ans. Am 30. 4. 79 wird der Sekretär des KSB Südostniedersachsen aus der Haftanstalt in Lingen II, in der er seit dem 2.1. gefangengehalten wird, entlassen. „Wir fordern sofortige Haftentlassung für A. Schraknepper nach der 2/3-Regelung, wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen nach gewerkschaftlichen Rechten und Tarifvertrag“, telegrafierten Studenten und Organisationen. Dies wurde unter vielen Gefangenen ebenso begrüßt wie der Brief an den DGB zum 1. Mai. – Die Justiz versucht, stärker zu isolieren und zu zermürben: Ausgang zum 1. Mai wurde schon bei mindestens zwei Antragstellern abgelehnt, um zu verhindern, daß die Forderungen von Gefangenen selbst vertreten werden. Weil A. Schraknepper nach Stellungnahme der Anstaltsleitung „der Vollzug nicht trifft“, sollte die Haft in voller Länge durchgesetzt werden. Die Wirkung des Briefes an den DGB zum ersten Mai konnte mit diesen Schikanen nicht unterdrückt werden, die Forderungen der Gefangenen werden auf der Mai-Kundgebung erhoben.

Die Bourgeoisie behandelt die Arbeitslosen als Manövriermasse. Die Möglichkeit dazu kann man ihr nehmen

b.ulh. Für die Kapitalisten sind die Arbeitslosen eine Manövriermasse, die hin- und hergeschoben wird, je nachdem, in welchen Sparten sie auf den Lohn der arbeitenden Teile der Arbeiterklasse drücken sollen. Um diese Verschiebung so günstig wie möglich zu gestalten, nutzt die Bourgeoisie die sich in ihrer Verwaltung befindliche Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsämter. Über die Verhängung von Sperrfristen bezüglich der Zahlung von Arbeitslosengeld (68% des Nettolohns) oder Arbeitslosenhilfe (58% des Nettolohns) entfaltet sie den Druck, um die Arbeitermassen nach ihren Bedürfnissen zu verschieben. Daran, daß 1978 in Hamburg fast ein Drittel der Arbeiter „gesperrt" wurde, kann man sehen, wie dringlich es ist, der Bourgeoisie die Kontrolle der Versicherungen abzunehmen und die Zahlung von 80% Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit durchzusetzen.

Ausgesprochen viel ist es, wenn bei den Hilfsarbeitern 1010 auf 21 offene Stellen drücken, fast ein Verhältnis von 50 zu 1. Hoher Druck bedeutet, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern groß ist und die Kapitalisten Spielraum für verschärfte Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit haben.

Nicht hoch genug ist der Bourgeoisie gegenwärtig der Druck auf die Facharbeiter. Um das zu ändern, zwingt sie

Teile der Arbeiterklasse in die Umschulung. Für viele Arbeiter erscheint eine Umschulung als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit und als ein wirksames Mittel, die Senkung des Werts ihrer

beitskraft zu verhindern. Schließlich erarbeiten sie sich neue Fähigkeiten und Kenntnisse, es ist mehr Arbeit auf

die Bereitstellung ihrer Arbeitskraft verwendet worden und dafür müssen

len Förderung der beruflichen Bildung dürfen nur gewährt werden, wenn ... der Antragsteller für die angestrebte berufliche Tätigkeit geeignet ist und voraussichtlich mit Erfolg an der Maßnahme teilnehmen wird und 3. die Teilnahme an der Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des §2 (Flexibilität des Arbeitsmarktes, d.V.) und unter Berücksichtigung von Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig ist.

Eine berufliche Umschulung aus einem Beruf, in dem ein Mangel an Arbeitskräften besteht, ist nur zu fördern, wenn schwerwiegende persönliche Gründe eine berufliche Umschulung erfordern." Und in §44,2 heißt es dann: „Das Unterhaltsgeld beträgt 80 von Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes im Sinne des §112 (legt die Bemessungsgrundlagen fest, d.V.), wenn die Teilnahme an der Bildungsmaßnahme notwendig ist. ... Ist sie nicht *notwendig*, beträgt das Geld nur 58 von Hundert.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat in ihrer Anordnung über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung vom 24.3.1977 dann entsprechend dem ‚Sinne' des Arbeitsförderungssetzes konkrete Ausführungsbestimmungen festgelegt.

Umgeschult wird nur in Berufe, die die Kapitalisten brauchen, um den passenden Lohndruck zu schaffen. Die angestrebte Höherqualifizierung durch die Umschulung wird deshalb nicht den Effekt haben, den Lohnstandard zu sichern. Vielmehr das genaue Gegenteil.

Individuell kann sich kein Arbeiter eine ordentliche Qualifikation und aus-

Arbeitssuchende (S), Offene Stellen (O) und Arbeitsvermittlungen (V) in Hamburg

	Jan. 1978 O/S/V	Jan. 1979 O/S/V	März 1979 O/S/V
Papierverarbeiter	17/ 177/ 37	33/ 168/ 27	27/ 160/ 73
Drucker	152/ 274/ 38	132/ 222/ 50	134/ 205/ 16
Bauberufe	124/ 1480/ 149	245/ 1128/ 43	476/ 931/ 230
Tischler	129/ 196/ 33	154/ 201/ 28	143/ 176/ 37
Warenprüfer	38/ 1040/ 279	147/ 1094/ 244	108/ 1071/ 243
Hilfsarbeiter	13/ 1348/ 227	36/ 1154/ 67	21/ 1010/ 103
Warenverkäufer	970/ 3181/ 276	832/ 2948/ 244	1212/ 2787/ 294
Transportarbeiter	160/ 1240/2789	262/ 2056/3010	270/ 1989/2949
Ingenieur Chemie, ...	209/ 1044/ 28	170/ 696/ 28	208/ 715/ 85
Gesundheitsdienst	338/ 1342/ 96	294/ 1001/ 62	340/ 957/ 57
Sämtliche Berufe	7207/40943/4935	7370/37451/8759	8860/36912/8653

(Quelle: Arbeitsmarktlageberichte Januar 78, Januar 79, März 79, Hamburg)

Ein weiteres Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse nach ihren Anforderungen zu verteilen, ist die Umschulung. Die Tabelle „Arbeitssuchende, Offene Stellen und Arbeitsvermittlungen in Hamburg" zeigt, wie unterschiedlich der Druck der industriellen Reservearmee in den verschiedenen Branchen und Berufen ist. Nach den heutigen Verhältnissen ist demnach wenig, wenn z.B. bei den Bauberufen 931 Suchende auf 476 offene Stellen drücken. Also etwa ein Verhältnis 2 zu 1. Durchschnittlich ist ein Verhältnis von 4 zu 1, und viel ist ein Verhältnis von 10 zu 1 wie bei den Warenprüfern.

die Kapitalisten auch mehr zahlen. Anfang der 70er Jahre haben die Umschulungen diesen Effekt auch gehabt, weshalb sie von zahlreichen Arbeitern durchgeführt wurden, wie die Tabelle zeigt.

Bezug bzw. Sperrung von Arbeitslosengeld (G) und Arbeitslosenhilfe (H) während der Arbeitslosigkeit 1974 bis 1978 in Hamburg

	Arbeitslose	Bezug (G)	Bezug (H)	Sperrung (G)*	Sperrung (H)*
1974	12121	6189	649	n.b.**	n.b.**
1975	26444	15175	2418	4080 (691)	110 (57)
1976	26897	13417	3605	5326 (352)	352 (486)
1977	28593	12953	3855	6427 (367)	361 (464)
1978	29107	12060	3823	7380 (515)	515 (518)

* Begründung für Sperrung. Zahl ohne Klammer: „Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne wichtigen Grund, Schuldhafter Verlust des Arbeitsplatzes". Zahl in Klammern: „Ablehnung zumutbarer Arbeit oder Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Umschulungen".
(Quelle: Arbeitsmarktlagebericht Februar 1979)
** nicht bekannt

Teilnehmer an Umschulungen und beruflichen Förderungsmaßnahmen. Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

	Teilnehmer	DM in Mio.
1969	50000	–

„Landhandel Nord" wird zahlen müssen

b.ham. Der Bauer Paulsen aus Dörpum-Feld hat 1977 seinen Roggen an den „Landhandel Nord" in Sollbrück (inzwischen von der Firma Thordsen aufgekauft) verkauft. Gewogen wurde auf der firmeneigenen Waage. Der Bauer wußte, wie sein Getreide stand und was die anderen Bauern des Dorfes geerntet hatten. Danach waren ihm ca. 150 Doppelzentner (dz) zu wenig abgewogen worden im Werte von 6000 DM. Er brachte das dem Geschäftsführer vor und verlangte die Wiegekarte. Die war „nicht vorhanden, weil das Wiegeergebnis handschriftlich eingetragen sei ... seit zwanzig Jahren", so ein Rechtsanwalt der Firma. Aber die schickte dann doch das Wiegeergebnis – gleich zweimal. Zuerst eines mit den fehlenden 150 dz. Das hat der Geschäftsführer dann widerrufen und neue Zahlen veröffentlicht mit 50 dz Mindergewicht im Werte von 2000 DM. Bauer Paulsen verklagte die Firma und hat in erster Instanz verloren und dann Widerspruch eingelegt.

Der Bauer wird jetzt mit einer Erklärung von acht Bauern des Dorfes unterstützt, in der sie ihre Erträge aufzählen. Sie wollen als Zeugen aussagen, wenn die zweite Instanz verhandelt wird. Ein anderer Bauer aus Oster-Ohrstedt hat 1977 von der gleichen Firma Waren bezogen, die Rechnung war mit dem üblichen Wiegeschein belegt. Er hat sie jetzt Paulsen geschickt als Beweis gegen die „seit 20 Jahren üblichen handschriftlichen Eintragungen". Der Zusammenschluß gegen den „Landhandel Nord" wird den Kampf der Bauern um die Erhöhung der Erzeugerpreise stärken.

Der politische Fortschritt ist unverkennbar

b.std. Unverkennbar hat die Arbeiterbewegung in der Vorbereitung des 1. Mai einen politischen Fortschritt gemacht. Dies drückt sich in den Beschlüssen aus, die in fast allen Gewerken gefaßt wurden. Sie zeigen den großen Wunsch der Arbeiterklasse, gegen die Kapitalisten zu kämpfen und sich durchzusetzen. Und sie zeigen die guten Möglichkeiten der Aktionseinheit bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie, wenn die Interessen der Arbeiter vertreten werden. Dem Druck der Arbeiterbewegung haben selbst die Regierungsvertreter der SPD in der Gewerkschaft nachgeben müssen. Es finden mehr Kundgebungen und Demonstrationen des DGB statt als zuvor, die Beschlüsse sind zahlreicher. Die IG Metall Hamburg schreibt: „In diesem Jahr soll ernsthafter als in den vergangenen Jahren versucht werden, den Demonstrationszug des DGB nach Einzelgewerkschaften und innerhalb den Gewerkschaften nach Betriebsblöcken zu ordnen." Auch das muß man begrüßen, weil es dem Interesse der Arbeiter entspricht und sich gegen den lilabunten Opportunismus richtet. Für den politischen Fortschritt steht hier eine Erklärung. 15 Rentner aus dem Heim „Holstenhof" in Hamburg schreiben: „Aus unseren eigenen, früheren Erfahrungen wissen wir, daß Rechte der Arbeiter nur durch Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können. – Wir Rentner, als Teil der Arbeiterklasse. unterstützen die Lohnkämpfe der Stahlarbeiter; wir unterstützen den Kampf gegen die Ehrenberggesetze und wir beteiligen uns an der Unterstützung des Befreiungskampfes in der Dritten Welt. – Wir solidarisieren uns mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und unterstützen die Forderungen der Arbeiter für Festgeld. (...) Unsere Forderungen sind: Mindestens 75% vom Facharbeiterlohn als Rente und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen. Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in den Versicherungen. (...) Die Jugend der IG Druck und Papier führt auf ihrer Maiveranstaltung eine Sammlung für die Patriotische Front von Zimbabwe durch. Das ist richtig! Wir schließen uns der Forderung der Massen an: Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!"

Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag, Festgeldforderungen in den Tarifrunden, Streichung der unteren Lohngruppen. Diese Forderungen werden in fast allen Beschlüssen aufgestellt. Die Arbeiterbewegung bereitet die nächsten Lohnkämpfe schon vor. Vor allem in den Forderungen nach Streichung der Mehrwertsteuererhöhung, Erhöhung des Grundfreibetrags auf 1500 DM und nach Selbstverwaltung der Versicherungen drückt sich der politische Fortschritt aus. Fronten, an denen sich der Kampf nach dem 1. Mai verschärfen wird.

Wahlergebnis Schleswig-Holstein

Als Kopf-an-Kopf-Rennen haben die bürgerlichen Parteien die Landtagswahlen lanciert. So haben sie die Sache im Fernsehen noch bis in den späten Abend ausgekostet. Schliesslich hat es der Stoltenbergkopf geschafft. Aber auf den anderen Kopf wird man im Landtag nicht verzichten müssen, er wird ja die Opposition führen. Dem

2,42% der Stimmen erhalten. Die DKP hat 3115 Stimmen bekommen und damit gegenüber den letzten Landtagswahlen über 2100 Stimmen verloren. Einen grossen Teil der Stimmen wird die DKP an die SPD verloren haben.

Der KBW hat zum ersten Mal an den Landtagswahlen teilgenommen und 804 Stimmen erhalten. Das sind 519

Bauberufe	124/ 1480/ 149	245/ 1128/ 43	476/ 931/ 230
Tischler	129/ 196/ 33	154/ 201/ 28	143/ 176/ 37
Warenprüfer	38/ 1040/ 279	147/ 1094/ 244	108/ 1071/ 243
Hilfsarbeiter	13/ 1348/ 227	36/ 1154/ 67	21/ 1010/ 103
Warenverkäufer	970/ 3181/ 276	832/ 2948/ 244	1212/ 2787/ 294
Transportarbeiter	160/ 1240/2789	262/ 2056/3010	270/ 1989/2949
Ingenieur Chemie, ...	209/ 1044/ 28	170/ 696/ 28	208/ 715/ 85
Gesundheitsdienst	338/ 1342/ 96	294/ 1001/ 62	340/ 957/ 57
Sämtliche Berufe	7207/40943/4935	7370/37451/8759	8860/36912/8653

(Quelle: Arbeitsmarktlageberichte Januar 78, Januar 79, März 79, Hamburg)

und Umschulung vom 24.3.1977 dann entsprechend dem ‚Sinne' des Arbeitsförderungssetzes konkrete Ausführungsbestimmungen festgelegt.

Umgeschult wird nur in Berufe, die die Kapitalisten brauchen, um den passenden Lohndruck zu schaffen. Die angestrebte Höherqualifizierung durch die Umschulung wird deshalb nicht den Effekt haben, den Lohnstandard zu sichern. Vielmehr das genaue Gegenteil.

Individuell kann sich kein Arbeiter eine ordentliche Qualifikation und aus-

Arbeiterbewegung haben selbst die Regierungsvertreter der SPD in der Gewerkschaft nachgeben müssen. Es finden mehr Kundgebungen und Demonstrationen des DGB statt als zuvor, die Beschlüsse sind zahlreicher. Die IG Metall Hamburg schreibt: „In diesem Jahr soll ernsthafter als in den vergangenen Jahren versucht werden, den Demonstrationszug des DGB nach Einzelgewerkschaften und innerhalb den Gewerkschaften nach Betriebsblöcken zu ordnen." Auch das muß man begrüßen, weil es dem Interesse der Arbeiter entspricht und sich gegen den lilabunten Opportunismus richtet. Für den politischen Fortschritt steht hier eine Erklärung. 15 Rentner aus dem Heim „Holstenhof" in Hamburg schreiben: „Aus unseren eigenen, früheren Erfahrungen wissen wir, daß Rechte der Arbeiter nur durch Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden können. – Wir Rentner, als Selbstverwaltung der Versicherten in den Versicherungen. (...) Die Jugend der IG Druck und Papier führt auf ihrer Maiveranstaltung eine Sammlung für die Patriotische Front von Zimbabwe durch. Das ist richtig! Wir schließen uns der Forderung der Massen an: Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!"

Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag, Festgeldforderungen in den Tarifrunden, Streichung der unteren Lohngruppen. Diese Forderungen werden in fast allen Beschlüssen aufgestellt. Die Arbeiterbewegung bereitet die nächsten Lohnkämpfe schon vor. Vor allem in den Forderungen nach Streichung der Mehrwertsteuererhöhung, Erhöhung des Grundfreibetrags auf 1500 DM und nach Selbstverwaltung der Versicherungen drückt sich der politische Fortschritt aus. Fronten, an denen sich der Kampf nach dem 1. Mai verschärfen wird.

Ein weiteres Mittel der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse nach ihren Anforderungen zu verteilen, ist die Umschulung. Die Tabelle „Arbeitssuchende, Offene Stellen und Arbeitsvermittlungen in Hamburg" zeigt, wie unterschiedlich der Druck der industriellen Reservearmee in den verschiedenen Branchen und Berufen ist. Nach den heutigen Verhältnissen ist demnach wenig, wenn z.B. bei den Bauberufen 931 Suchende auf 476 offene Stellen drücken. Also etwa ein Verhältnis 2 zu 1. Durchschnittlich ist ein Verhältnis von 4 zu 1, und viel ist ein Verhältnis von 10 zu 1 wie bei den Warenprüfern.

die Kapitalisten auch mehr zahlen. Anfang der 70er Jahre haben die Umschulungen diesen Effekt auch gehabt, weshalb sie von zahlreichen Arbeitern durchgeführt wurden, wie die Tabelle zeigt.

Bezug bzw. Sperrung von Arbeitslosengeld (G) und Arbeitslosenhilfe (H) während der Arbeitslosigkeit 1974 bis 1978 in Hamburg

	Arbeitslose	Bezug (G)	Bezug (H)	Sperrung (G)*	Sperrung (H)*
1974	12121	6189	649	n.b.**	n.b.**
1975	26444	15175	2418	4080 (691)	110 (57)
1976	26897	13417	3605	5326 (352)	352 (486)
1977	28593	12953	3855	6427 (367)	361 (464)
1978	29107	12060	3823	7380 (515)	515 (518)

* Begründung für Sperrung. Zahl ohne Klammer: „Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne wichtigen Grund, Schuldhafter Verlust des Arbeitsplatzes". Zahl in Klammern: „Ablehnung zumutbarer Arbeit oder Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Umschulungen".
(Quelle: Arbeitsmarktlagebericht Februar 1979)
** nicht bekannt

Teilnehmer an Umschulungen und beruflichen Förderungsmaßnahmen. Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

	Teilnehmer	DM in Mio.
1969	50000	–
1970	130000	3
1971	160000	3,96
1975	270000	18,41
1978	128000	19,18
1982	–	24,71

(Quelle: Sozialbericht '78 der Regierung, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank April 1979)

Die Kapitalisten haben ihre Kontrolle der Arbeitslosenversicherung dann dazu genutzt, diesen Effekt zu verhindern. Mit der dritten Änderung des 1969 erlassenen Arbeitsförderungsgesetzes haben sie 1976 folgendes eingeführt: „§36: Leistungen zur individuel-

reichenden Lohn sichern. Dafür muß die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse das Gesetz abringen, das die polytechnische Ausbildung aller Jugendlichen einheitlich bis zum 18. Lebensjahr sichert und die Kontrolle dieser Schule in die Hände des Volkes legt.

Wahlergebnis Schleswig-Holstein

Als Kopf-an-Kopf-Rennen haben die bürgerlichen Parteien die Landtagswahlen lanciert. So haben sie die Sache im Fernsehen noch bis in den späten Abend ausgekostet. Schliesslich hat es der Stoltenbergkopf geschafft. Aber auf den anderen Kopf wird man im Landtag nicht verzichten müssen, er wird ja die Opposition führen. Dem Gespann ist es gelungen, die Wahlbeteiligung auf 82,5% zu schrauben. Gewonnen hat die CDU mit 48,29%. Die SPD und FDP haben mit je 41,69% bzw. 5,75% die Wahlen verloren, obwohl die SPD gegenüber den letzten Landtagswahlen 2% dazugewonnen hat. Wiedergewählt wurde der Vertreter der SSW. Die Grüne Liste hat 2,42% der Stimmen erhalten. Die DKP hat 3115 Stimmen bekommen und damit gegenüber den letzten Landtagswahlen über 2100 Stimmen verloren. Einen grossen Teil der Stimmen wird die DKP an die SPD verloren haben.

Der KBW hat zum ersten Mal an den Landtagswahlen teilgenommen und 804 Stimmen erhalten. Das sind 519 Stimmen weniger als bei den Bundestagswahlen. Sie sind vor allem in Kiel verloren gegangen und zeigen einen Verlust bei der Intelligenz. Die rd. 800 Stimmen entsprechen ungefähr der KVZ-Auflage. Sie sind relativ gleichmässig gestreut. Organisiert können 800 Leute etwas erreichen.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Demonstrationen und Kundgebungen des DGB am 1.Mai

Flensburg, 11 Uhr Nordermarkt.
Schleswig, 10.30 Uhr, Neuwerk..
Heide, 10 Uhr Restaurant Ditmasia.
Büsum, 10 Gaststätte Backbord, Neuer Weg 13.
Rendsburg, 9 Uhr Altstätter Markt.
Kiel, 30.4., 19.30 Uhr Ostseehalle, 1.5., 11 Uhr, Gewerkschaftshaus Legienstraße.
Neumünster, 9.15 Uhr Rathausplatz.
Preetz, 9 Uhr Marktplatz.
Lägerdorf, 10 Uhr Mehrzweckhalle.
Itzehoe, 10 Uhr Rathausplatz.
Lübeck, 10 Uhr Freilichtbühne.
Eutin, 10 Uhr Rathausplatz.
Mölln, 9 Uhr Quellenhof.
Lauenburg, 13.30 Moorring.
Bargteheide, 10 Uhr Marktplatz.
Stade, 10 Uhr Rathaussaal.
Hamburg, 9 Uhr Bahnhof Barmbek.
Bergedorf, 9 Uhr Lohbrügger Markt.
Winsen, 10 Uhr Gaststätte Stallbaum, Rathausstr.34.
Harburg, 9 Uhr, Friedrich Ebert-Halle.
Lüneburg, 9 Uhr Paagestr.
Uelzen, 9 Uhr Hammerstein-Platz

Veranstaltung des KBW am 1.Mai

Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution.

Flensburg, 19.30 Uhr, Hotel Sommerlust. Es spricht Claus Udo Monica, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW.
Kiel, 19.30 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Straße. Es sprechen Brigitte Balzer, Mitglied des ZK des KBW und Dirk Steenken, Mitglied des ZK des KBW.
Hamburg, 19.30 Uhr, Hochschule für Bildende Künste, Lerchenfeld. Es spricht Susanne Lambrecht, Mitglied des ZK des KBW.

Revolutionärer Sprechgesang Aufführung am 1.Mai

Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten.

Flensburg, Auf der Veranstaltung des KBW
Kiel, 16.30 Waidmannsruh.
Hamburg, Auf der Veranstaltung des KBW.

Dienstag, 1. Mai

Heide: DGB-Stammtisch, 10 Uhr, Ditmasia

Mittwoch, 2.Mai

Flensburg: Prozeß gegen Ernst Metzger-Petersen und Wilfried Koch wegen Wehrkraftzersetzung, Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland, Verächtlichmachung ihrer verfassungsmäßigen Ordnung, Volksverhetzung und Beleidigung eines Staatsorgans. 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg. Der Prozeß wird am Donnerstag und Freitag fortgesetzt.

Kiel: Fortsetzung des Kaltefleiter-Quarktopf-Prozesses, Plädoyer des Staatsanwalts, 9 Uhr, Amtsgericht, Raum 112.

Donnerstag, 3. Mai

Flensburg: Prozeß des Bauern Paulsen gegen „Landhandel Nord", 9.30 Uhr, Landgericht Flensburg, Zimmer 2/62

Freitag, 4. Mai

Pinneberg: Verfahren gegen M. Lohnstein wegen Durchführung einer verbotenen Sammlung zur Unterstützung der ZANU, 12 Uhr, Amtsgericht, Raum 1.

Schulung zu Mao Zedong Bd.5

An den Wochenenden 5./6. und 12./13. Mai, Sa. 15 bis 19 Uhr, So. 10 bis 17 Uhr.

Flensburg, Nicolai-Schule.

Husum, Bahnhofsgaststätte.

Kiel, 5./6. Holstengaststätte, Waitzstraße, 12./13. Ellerbeker Kegelbahnen, Ostring.

Neumünster, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Str.

Itzehoe, Kulmbacher, Große Paaschburg.

Lübeck, Katharineum zu Lübeck, Königstr.

Lüneburg, Sa. Gaststätte Südbahnhof, So. Gaststätte Kaltenmoor.

Harburg, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

Hamburg, Gustav Radbruch-Haus, Borgfelder Str.1

Wandsbek, Studentenwohnheim, Ölmühlenweg 32.

Veranstaltungen an der Universität

Büchertisch der KHG in der Mensa Schlüterstraße; Montags und Dienstags von 11.30 bis 14.00 Uhr.

„Das Manifest der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels; Schulung der KHG; Montags bis Freitags von 18 bis 20 Uhr; Phil.Turm

BAFöG-Seminar der KHG Zelle Naturwissenschaften: Donnerstag, den 3.5., 17 Uhr, Treff im Foyer des Chemischen Instituts.

b.wik. **Vom 2. bis 4.5. hat die Bourgeoisie vor der Staatsschutzkammer in Flensburg den nächsten Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung, Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und Verächtlichmachung ihrer verfassungsmäßigen Ordnung ansetzen lassen.**

Die geplante Welle der Prozesse wegen Wehrkraftzersetzung, in denen für die presserechtliche Verantwortlichkeit und den Vertrieb der Volksmiliz hohe Geld- und Gefängnisstrafen verhängt wurden und werden sollten, ist nach dem zweimaligen Anlauf und der Vertagung des Prozesses gegen C.U. Monica ins Stocken gekommen. In dem jetzt anstehenden Prozeß gegen W. Koch und Ernst Metzger-Petersen sucht sie die Entscheidung, um in den weiteren Verfahren freie Bahn zu haben und einen wirksamen Schlag gegen die Revolutionäre, ihre Tätigkeiten und die Organisation zu führen, droht ihr das Verbot an und eine Entscheidung ist somit von strategischer Bedeutung. Allerdings: Diese Entscheidung zu unseren Gunsten zu fällen, bringt diese Strategie zum Scheitern. Umschüler aus Schleswig haben beschlossen, am 1. Mai für Selbstverwaltung der Versicherungen zu demonstrieren und die Einstellung der Prozesse gefordert.

b.chg. **Bis zum Jahr 2000 will Landwirtschaftsminister Plessner mit dem Programm Nord das Legen der kleinen und mittleren Bauern zugunsten einiger Großagrarier gerne abschließen.** Das kündigte er auf der 25-Jahr-Feier des Programms Nord in Westerholz an. Wie er das durchsetzen will, hat er auch schon gesagt: ,,Um diesen Umstrukturierungsprozeß weiter verfolgen zu könne, soll nach Angeben des Ministeriums in diesem Jahr erneut eine offizielle Landwirtschaftszählung vorgenommen werden.“ (FT vom 19.4.79). Im Juni soll eine ,,Haupterhebung“ eingleitet werden, die den kleinsten landwirtschaftlichen Betrieb noch erfassen und bis 1981 auch die Bereiche Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei ausspioniert haben soll. Zügig will die Landesregierung nach diesen Untersuchungen das Bauernlegen und die Ruinierung der kleinen Fischer durchziehen. Flessners Gelagefreund Stoltenberg nannte die nächsten Ziele der Bourgeoisie. Vor allem durch ,,Verbesserung der Infrastruktur“ sollen sich die Gemeinden besser entwickeln. Gemeint ist die Entwicklung der Gebührensätze für Zu- und Abwässer. In diesem Punkt ist die Landesregierung überhaupt noch nicht weitergekommen. Die Durchsetzung des Wasseranschlußzwanges für die Gemeinden an die zentrale Wasserversorgung klappt noch nicht so richtig und mancher Gemeindevertreter, der dieses Ziel im Rahmen des Programms Nord durchsetzen sollte, hat durch den Druck der Landbevölkerung den Löffel geschmissen. In Südangeln z.B. haben von 27 Gemeinden bisher 17 dem Anschluß noch nicht zugestimmt. – Das soll anders werden, vor allem in den Regionen, wo kleine und mittelbäuerliche Betriebe zerstört werden

Nord in Westerholz an. Wie er das durchsetzen will, hat er auch schon gesagt: ,,Um diesen Umstrukturierungsprozeß weiter verfolgen zu könne, soll nach Angeben des Ministeriums in diesem Jahr erneut eine offizielle Landwirtschaftszählung vorgenommen werden.“ (FT vom 19.4.79). Im Juni soll eine ,,Haupterhebung“ eingleitet werden, die den kleinsten landwirtschaftlichen Betrieb noch erfassen und bis 1981 auch die Bereiche Weinbau, Gartenbau und Binnenfischerei ausspioniert haben soll. Zügig will die Landesregierung nach diesen Untersuchungen das Bauernlegen und die Ruinierung der kleinen Fischer durchziehen. Flessners Gelagefreund Stoltenberg nannte die nächsten Ziele der Bourgeoisie. Vor allem durch ,,Verbesserung der Infrastruktur“ sollen sich die Gemeinden besser entwickeln. Gemeint ist die Entwicklung der Gebührensätze für Zu- und Abwässer. In diesem Punkt ist die Landesregierung überhaupt noch nicht weitergekommen. Die Durchsetzung des Wasseranschlußzwanges für die Gemeinden an die zentrale Wasserversorgung klappt noch nicht so richtig und mancher Gemeindevertreter, der dieses Ziel im Rahmen des Programms Nord durchsetzen sollte, hat durch den Druck der Landbevölkerung den Löffel geschmissen. In Südangeln z.B. haben von 27 Gemeinden bisher 17 dem Anschluß noch nicht zugestimmt. – Das soll anders werden, vor allem in den Regionen, wo kleine und mittelbäuerliche Betriebe zerstört werden
können. Für die Großagrarier und Gutsbesitzer in Ostholstein ist kein derartiges Programm vorgesehen. Um das zu vertuschen, läßt Flessner keine Gelegenheit aus, um die ,,Errungenschaften“ des Programms Nord ins rechte Licht zu rücken: Die Zahl der Milchkühe hätte in dem Programm-Nord-Gebiet von 1960 bis 1977 um 30,8% zugenommen, im übrigen Schleswig-Holstein um 11,1% abgenommen, in der gleichen Zeit sei die Grünland-Nutzung um 18,1% gestiegen, während sie in Schleswig-Holstein um 12,2% zurückgegangen sei. Früher war die Produktion der Milch auf die Ostküste konzentriert und verlagerte sich durch das Programm Nord auf den Mittelrücken. Die Profitrate im Getreidebau ist höher als bei Milchviehhaltung, deshalb stellten viele Bauern von Milch auf Getreide um. Das war jedoch nur auf guten Böden möglich, in der Geest nicht. Deshalb setzte die Bourgeoisie gerade dort die ,,Sanierung“ an.

b.san. **Die Krankenpflegeschüler der Universitätskliniken Kiel werden ab sofort nicht mehr im Planstellenplan angerechnet, ohne daß irgendeine neue Planstelle geschaffen wird.** Die Pflegedienstleitung hat einen ,,schwarzen Planstellenplan“ abzubauen; der Personalratsvorsitzende behauptet, er sei schon immer davon ausgegangen, daß keiner angerechnet wird; und der Schulleiter will sich darüber jetzt bei den Schülern einkaufen. Mit diesen Positionen kommt keiner weit, denn die Schüler haben sofort gesagt, daß sich an ihrer Lage nichts ändert, wenn nicht neue Stellen geschaffen werden.

b.Stade.mis. **Das Sozialgericht in Stade hat in einer einstweiligen Anordnung entschieden, daß auch ausländischen Arbeitern aus Nicht-EG-Ländern eine Arbeitserlaubnis erteilt werden muß,** wenn deutsche und ausländische (aus EG-Ländern) Arbeitslose die entsprechenden Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit nicht besetzen können. Es geht um die Pflücker im Alten Land. Es ist ein Wink für Ehrenberg, diese schlecht bezahlte Arbeit zumutbar zu machen. Und über die sinkenden Erzeugerpreise die Bauern zum Lohndruck zu treiben.

b.uwh. **Die Arbeiter der Druckerei Beckerbillet in Hamburg-Eidelstedt erhielten bisher einen Teil ihres Lohnes (30 Pfg.) in Form einer Anwesenheitsprämie.** Hat man gefehlt, ist krank geworden, oder auch nur einmal zu spät gekommen, wurde die Prämie gestrichen. Als Betriebsleiter Gravert vor 2 Wochen 12-Stunden-Schichten einführen wollte, konnten die Arbeiter das nutzen, unter der Androhung der Verweigerung von Überstunden die volle Anrechnung der Prämie auf den Lohn durchzusetzen.

b.hek. **Viele zersplitterte Kämpfe sind in allen Krankenhäusern Schleswig-Holsteins im letzten Jahr gegen die Pläne des Staates zur Rationalisierung, Lohnsenkung und politischer Entrechtung geführt worden.** Nur an wenigen Punkten haben sich die Belegschaften auf Forderungen einigen können wie ,,Verbot der Nacht- und Schichtarbeit“ ,,Selbstverwaltung der Versicherungen“, ,,Einhaltung der 40-Stundenwoche an 5 Werktagen“, die der Steigerung der Arbeitshetze Einhalt gebieten können.

Diese Tatsache drückt sich jetzt auch in den Ergebnissen der Personalratswahl aus. Die Wahlbeteiligung ist fast überall höher als sonst. Oft ist es aber der Sozialdemokratie gelungen, die Einheit gegen den Dienstherren zu spalten. So an den Uni-Kliniken Kiel. Dort hat sie eine Liste ,,Maulwurf“ produziert, die in ihrem Programm zwar Forderungen der Belegschaften aufgreift, sich aber in erster Linie gegen den alten Personalrat statt gegen den Dienstherren richtet, und gar die Belegschaft noch spaltet. ,,Wir meinen, daß wir, da wir alle selbst auf den Stationen arbeiten, besser in der Lage sind, die Aufgaben wahrzunehmen, als die Mitglieder des alten Personalrats, die zum größten Teil aus der Verwaltung kommen.

Bei den Jugendvertreterwahlen in Kiel und Rendsburg kandidierten die Schüler auf einem Programm, das in den Kämpfen sich entwickelt hatte und sich klar gegen die Dienstaufsicht richtete: ,,Schüler raus aus dem Stellenplan“, ,,Keine Nachtarbeit für Schüler“, ,,Für jeden Kurs eine Unterrichtsschwester“. In Kiel konnten sich die Jugendlichen dann auch gegen die Spalterliste der DAG durchsetzen, die keinen Sitz erhielt. Jetzt versucht die Landesregierung das Personalvertretungsgesetz zu ändern, was genau, das hat sie noch nicht herausgelassen. Ver-

Steigerung der Arbeitshetze Einhalt gebieten können.

Diese Tatsache drückt sich jetzt auch in den Ergebnissen der Personalratswahl aus. Die Wahlbeteiligung ist fast überall höher als sonst. Oft ist es aber der Sozialdemokratie gelungen, die Einheit gegen den Dienstherren zu spalten. So an den Uni-Kliniken Kiel. Dort hat sie eine Liste ,,Maulwurf“ produziert, die in ihrem Programm zwar Forderungen der Belegschaften aufgreift, sich aber in erster Linie gegen den alten Personalrat statt gegen den Dienstherren richtet, und gar die Belegschaft noch spaltet. ,,Wir meinen, daß wir, da wir alle selbst auf den Stationen arbeiten, besser in der Lage sind, die Aufgaben wahrzunehmen, als die Mitglieder des alten Personalrats, die zum größten Teil aus der Verwaltung kommen.

Bei den Jugendvertreterwahlen in Kiel und Rendsburg kandidierten die Schüler auf einem Programm, das in den Kämpfen sich entwickelt hatte und sich klar gegen die Dienstaufsicht richtete: ,,Schüler raus aus dem Stellenplan“, ,,Keine Nachtarbeit für Schüler“, ,,Für jeden Kurs eine Unterrichtsschwester“. In Kiel konnten sich die Jugendlichen dann auch gegen die Spalterliste der DAG durchsetzen, die keinen Sitz erhielt. Jetzt versucht die Landesregierung das Personalvertretungsgesetz zu ändern, was genau, das hat sie noch nicht herausgelassen. Ver-
suchen wird sie, die Rechte der Personalvertretung noch weiter einzuschränken, um zu verhindern, daß sie zu Kampfinstrumenten der Belegschaft werden. Grundlage, um das zu verhindern, genau wie dazu, sich in den kommenden Lohnauseinandersetzungen durchzusetzen, wird sein, sich in den Abteilungen und in den Gewerkschaften auf die Forderungen zu einigen, wie 40-Stundenwoche, Festgeld, die auch am 1.Mai bereits von vielen Arbeitern erhoben werden.

Hamburg, 23.4.79.Transparentebeschluß zum 1. Mai des Jugendarbeitskreises der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) Hamburg: Gegen die Angriffe in der Ausbildung, für eine einheitliche und umfassende Ausbildung. 35 Stundenwoche jetzt. Delegiertenversammlung Gew.Holz Hamburg fordert: Keine WAA in Gorleben!

b.Flensburg. **Die Jugendlichen bei den Stadtwerken wollen den Dienstherrn bekämpfen. Die ÖTV verhindert eine gemeinsame Liste zu den Jugendvertreterwahlen.** Einem Mitglied der ÖTV wurde die Kandidatur auf der ÖTV-Liste zu den Jugendvertreterwahlen auf Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse verwehrt. Dies wurde auch noch aufrechterhalten, als sich die Hälfte aller Auszubildenden dagegen in einer Unterschriftensammlung aussprach. Daraufhin hat sich eine ,,Neutrale Liste“ gebildet, die auf einem Programm kandidiert, das die Forderungen nach Abschaffung der Stufenausbildung, Übernahme aller Auszubildenden und 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen aufstellt, sowie zur 1. Mai-Kundgebung des DGB aufruft. Im Betrieb fordert sie genaue Ausbildungspläne und Ausbildungsabläufe, um eine möglichst qualifizierte Ausbildung zu erhalten. Nur so kann der Zusammenschluß aller Auszubildenden hergestellt werden. Die ,,Neutrale Liste“ fordert die ÖTV auf, diese Forderungen zu unterstützen und ruft auf, diejenigen zu wählen, die bekannt dafür sind, daß sie für diese Forderungen eintreten, egal auf welcher Liste.

Sozialkundeunterricht mit Klassenarbeit

Reportage über die alltägliche Indoktrination der Schüler

b.sul. Zwei Volksschüler der 8. Klasse berichten über den Unterricht in Sozialkunde. In den letzten 4 Wochen hatten sie, passend zum 1. Mai, das Thema ,,Arbeiter und Arbeiterbewegung“. Sie gehen in Eimsbüttel und Barmbek zur Schule, aber sie berichten genau das gleiche.

Was sie gelernt hätten? Nichts, sagen beide. Auf was der Lehrer besonderen Wert gelegt hätte? Erst nach längerem Überlegen fällt dem einen Schüler ein: Meine Lehrerin findet Marx gut, er sei ein großer Mann gewesen für die Arbeiter im letzten Jahrhundert. Und was ist Marx heute? Heute ist er doch tot, kommt prompt die Antwort. Unter der Hand, unter dem Deckmantel der Neutralität und Objektivität wird diese ideologische Unterdrückung betrieben.

Inzwischen ist auch dem anderen Schüler eingefallen, daß sein Lehrer genauestens die Entstehung der Arbeiterklasse erklärt hat: Den armen Bauern sei ein besseres Leben in der Stadt versprochen worden. Sie würden dort mehr verdienen. Das hätte die Bauern dazu verlockt, ihr Land zu verkaufen. In der Stadt seien sie dann in Elendsquartieren untergebracht worden und sie mußten Tag und Nacht für Hungerlohn arbeiten und Frau und Kinder auch zur Arbeit schicken. Sie seien sozusagen übers Ohr gehauen worden, dumm genug, diese Bauern. So werden die Kapitalisten von ihrer Blutschuld freigesprochen, wird die gewaltsame Vertreibung der Bauern von ihrem Land über Verschuldung und Steuern, die gewaltsame Enteignung und Aushungerung der kleinen Handwerker durch die Konkurrenz der Industrie umgelogen. Ob er das glauben würde? Glauben würde er sowieso nichts.

Dann kommt die Klassenarbeit. Wie sollen die Schüler die Klassenarbeit bestreiten, wenn sie im Unterricht nichts mitkriegen? Das sei relativ einfach im Sozialkundeunterricht. Man müsse sich an die gängige Meinung halten, weil das der Lehrer als Antwort erwarte, dann müsse man auch keinerlei Begründung schreiben. Schwierig sei es nur, wenn man halt daneben liege oder wenn man wüßte, daß die eigene Meinung den Erwartungen des Lehrers widerspricht. Dann müßte nämlich eine hieb- und stichfeste Begründung geliefert werden, weil es sonst keinen Punkt gibt.

Die beiden Schüler können fast vollständig die Fragen von der Klassenarbeit aufzählen, dies ganz im Gegensatz zu dem, was sie aus dem Unterricht erinnern. Da müßten sie sich ja auch mit beschäftigen. Die Fragen sind bei beiden fast identisch. Wie haben die Arbeiter vor hundert Jahren gelebt und wie leben sie heute? Auf jeden Fall mußte man schreiben, daß es den Arbeitern früher schlecht ging. Sie hätten viel gearbeitet und wenig zu essen gehabt, während sie heute weniger arbeiten und mehr als genug zum Essen haben und sich auch noch einiges dazu leisten.

Diese Antwort ergibt einen Punkt. Und wenn die Schüler das richtige geschrieben hätten? Der Arbeiter produziert alle Reichtümer in dieser Gesellschaft, weil die Produktionsmittel aber im Besitz der Kapitalisten sind, eignet sich die Kapitalistenklasse diese Reichtümer täglich an und zahlt dem Arbeiter nicht mal die Reproduktionsmittel, die er braucht, um sich und seine Familie zeitgemäß zu ernähren, indem er ständig den Lohn zu kürzen trachtet und die Arbeitslosigkeit dafür nutzt.

Für solch eine Antwort müßten sie viel zu lange überlegen und viel genauer begründen und dafür sei in der Stunde sowieso keine Zeit. Sie wüßten zwar, daß die Antwort, die sie aufgeschrieben hätten, nicht stimmt, aber sie wüßten nicht so genau, wie sich das wirklich verhält.

Nur bei dem Punkt mit der Kinderarbeit haben die beiden Schüler gegen den Lehrer auftrumpfen können. Da hätten sie geschrieben, daß es sehr wohl noch Kinderarbeit gibt. Das könnten sie auch mit Beispielen beweisen, wo sie ja selber oft arbeiten gehen müssen.

Worum geht es nun, um der alltäglichen Indoktrinierung und ideologischen Unterdrückung der Schüler zu begegnen. Sie müssen offensichtlich nur die nötige Ausbildung erhalten, um sich in dem ideologischen Kreuzfeuer in der Schule zu behaupten und sich für ihre Interessen und Ziele zusammenschließen zu können.

beit schicken. Sie seien sozusagen übers Ohr gehauen worden, dumm genug, diese Bauern. So werden die Kapitalisten von ihrer Blutschuld freigesprochen, wird die gewaltsame Vertrei-
viel gearbeitet und wenig zu essen gehabt, während sie heute weniger arbeiten und mehr als genug zum Essen haben und sich auch noch einiges dazu leisten.
nur die nötige Ausbildung erhalten, um sich in dem ideologischen Kreuzfeuer in der Schule zu behaupten und sich für ihre Interessen und Ziele zusammenschließen zu können.

Erhöhte Kleintierhaltung zeigt verschlechterte Reproduktion an

Das Ansteigen von Kleintierhaltung ist immer ein Anzeiger für die Senkung des Lohnniveaus insgesamt gewesen im gleichem Maße wie die Zahlen des Pro-Kopf-und Fleischverbrauch sinken. Die Aufzucht von Kaninchen, Geflügel oder Schafen nimmt in den letzten Jahren zu. Nicht weil es vielleicht noch Freude macht, nach der Arbeit in der Fabrik oder auf dem Hof noch Löwenzahn zu stechen und zu füttern, sondern um den Sonn- und Feiertagsbraten für die Familie zu sichern.

So stieg die Anzahl der Hühner in einer größeren Stadt wie Flensburg von 17899 Stück 1975 auf 19204 Stück 1977, die Anzahl der Gänse und Enten von 1975 62 Stück auf 1977 123 Stück. 20% der Arbeiter und Angestellten, die in der Schrebergartenkolonie bauen, halten sich Kleintiere, meist Kaninchen, die sich rasch vermehren und etwa in einem Vierteljahr 6 bis 8 Pfund gutes Fleisch liefern. Die Anzahl der Rentner, die sich Kaninchen halten, nimmt in den letzten 5 Jahren ständig zu, bestätigte uns der Kaninchenzüch-

angelernter Arbeiter reicht nicht hin, um jeden Sonntag für 4 Personen ein ordentliches Stück Fleisch auf dem Tisch zu haben. So versorgt mein kleiner Sohn jetzt morgens und abends die Tiere sowie unsere Hühner. Ich verkaufe regelmäßig Eier bei uns in der Firma und ab und zu auch ein Kaninchen. Meine Kollegen sind froh, daß sie so billig zu Fleisch kommen und für mich ist das Geld wichtig.“

Daß der Anstieg der Kleintierzucht und -haltung immer etwas mit der verschlechterten Reproduktion der Volksmassen zu tun hat, sagt der Verband der Ziegenzüchter mit anderen Worten: ,,Die Ziegenzucht Schleswig-Holsteins ist nach einem Höchststand von rund 16000 Ziegen in den ersten Nachkriegsjahren in der Folgezeit ständig rückläufig gewesen, sie erreichte mit 650 Tieren im Jahre 1966 ihren Niedrigststand. Seit Anfang der 70er

zunehmenden Wohlstand die Ziegenhaltung stets rückläufig. Dagegen gewinnt die Eigenerzeugung mit zunehmender Verteuerung der Produkte wieder an Bedeutung (Milch, Milchprodukte, Fleisch; Red.).“

Für die Kapitalisten und ihren Staat hat die Kleintierhaltung einen einzigen Zweck: den, daß sie Teile des Lohns für die notwendige Reproduktion nicht zahlen und so den Lohn senken. Deshalb ist in der Geschichte während des Faschismus die Kleintierzucht besonders gefördert worden, genauso wie in den letzten Jahren durch die Bundes- und Landesregierungen. Nicht umsonst war das Thema der letzten NORLA die Kleintierzucht. Deutlich wird das bei dem Artikel ,,Die Förderung der Kleintierzucht durch die Landwirtschaftskammer“, wo es heißt: ,,Der Wert der jährlich erzeugten Produkte liegt bei 13,8 Mio. DM, sodaß der Gesamtwert aus Tierbestand und Produktion mit rund 26 Mio. DM angesetzt werden kann“. 13,8 Mio. DM selbster-

Erhöhte Kleintierhaltung zeigt verschlechterte Reproduktion an

Das Ansteigen von Kleintierhaltung ist immer ein Anzeiger für die Senkung des Lohnniveaus insgesamt gewesen im gleichem Maße wie die Zahlen des Pro-Kopf-und Fleischverbrauch sinken. Die Aufzucht von Kaninchen, Geflügel oder Schafen nimmt in den letzten Jahren zu. Nicht weil es vielleicht noch Freude macht, nach der Arbeit in der Fabrik oder auf dem Hof noch Löwenzahn zu stechen und zu füttern, sondern um den Sonn- und Feiertagsbraten für die Familie zu sichern.

So stieg die Anzahl der Hühner in einer größeren Stadt wie Flensburg von 17899 Stück 1975 auf 19204 Stück 1977, die Anzahl der Gänse und Enten von 1975 62 Stück auf 1977 123 Stück. 20% der Arbeiter und Angestellten, die in der Schrebergartenkolonie bauen, halten sich Kleintiere, meist Kaninchen, die sich rasch vermehren und etwa in einem Vierteljahr 6 bis 8 Pfund gutes Fleisch liefern. Die Anzahl der Rentner, die sich Kaninchen halten, nimmt in den letzten 5 Jahren ständig zu, bestätigte uns der Kaninchenzüch-
terverband Flensburg. Wir sprachen mit einem Arbeiter aus einem Metallbetrieb Kiels, der 14 km entfernt auf dem Land ein Siedlungshäuschen geerbt hat und durchschnittlich 30 bis 40 Kaninchen in der Aufzucht hat: ,,Mein Lohn von 1200 DM netto als

angelernter Arbeiter reicht nicht hin, um jeden Sonntag für 4 Personen ein ordentliches Stück Fleisch auf dem Tisch zu haben. So versorgt mein kleiner Sohn jetzt morgens und abends die Tiere sowie unsere Hühner. Ich verkaufe regelmäßig Eier bei uns in der Firma und ab und zu auch ein Kaninchen. Meine Kollegen sind froh, daß sie so billig zu Fleisch kommen und für mich ist das Geld wichtig.“

Daß der Anstieg der Kleintierzucht und -haltung immer etwas mit der verschlechterten Reproduktion der Volksmassen zu tun hat, sagt der Verband der Ziegenzüchter mit anderen Worten: ,,Die Ziegenzucht Schleswig-Holsteins ist nach einem Höchststand von rund 16000 Ziegen in den ersten Nachkriegsjahren in der Folgezeit ständig rückläufig gewesen, sie erreichte mit 650 Tieren im Jahre 1966 ihren Niedrigststand. Seit Anfang der 70er
Jahre ist diese Entwicklung nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern es ist ein leichter Aufwärtstrend festzustellen. So wurden bereits im Jahre 1977 wieder 1150 Ziegen gezählt... Während in Notzeiten die Zahl der Ziegen immer stark zunimmt, ist mit

zunehmenden Wohlstand die Ziegenhaltung stets rückläufig. Dagegen gewinnt die Eigenerzeugung mit zunehmender Verteuerung der Produkte wieder an Bedeutung (Milch, Milchprodukte, Fleisch; Red.).“

Für die Kapitalisten und ihren Staat hat die Kleintierhaltung einen einzigen Zweck: den, daß sie Teile des Lohns für die notwendige Reproduktion nicht zahlen und so den Lohn senken. Deshalb ist in der Geschichte während des Faschismus die Kleintierzucht besonders gefördert worden, genauso wie in den letzten Jahren durch die Bundes- und Landesregierungen. Nicht umsonst war das Thema der letzten NORLA die Kleintierzucht. Deutlich wird das bei dem Artikel ,,Die Förderung der Kleintierzucht durch die Landwirtschaftskammer“, wo es heißt: ,,Der Wert der jährlich erzeugten Produkte liegt bei 13,8 Mio. DM, sodaß der Gesamtwert aus Tierbestand und Produktion mit rund 26 Mio. DM angesetzt werden kann“. 13,8 Mio. DM selbster-
arbeitetes Essen ohne Lohn, reibt sich die Landesregierung Schleswig-Holsteins die Hände und nennt die Kleintierzucht ,,eine wichtige, der gesamten Volkswirtschaft dienende Aufgabe“, wobei sie mit Volkswirtschaft immer die Wirtschaft des Kapitals meint.

b.stk.Neumünster. **In der Profilweiterbearbeitung der VAW versucht der Abteilungsleiter, die Pausen um 5 Minuten zu kürzen.** Die Arbeiter haben zusätzlich zu einer halben Stunde unbezahlter Pause eine viertelstündige bezahlte Pause durchgesetzt. Die soll jetzt auf 10 Minuten gekürzt werden. Bei 97 Arbeitern in der Abteilung pressen die VAW-Kapitalisten so 8 Stunden mehr unbezahlte Mehrarbeit heraus.

b.Hamburg.güt. **Die Arbeiter einer Abteilung des Ofenbaus bei den Hamburger Aluminiumwerken haben sich am Dienstag, den 24.4.79 versammelt und Lohnerhöhung gefordert.** Der Stundenlohn in der Abteilung ist 11,31 DM nach der Tariferhöhung. Die Arbeiter wissen, daß das nicht ausreicht. Sie begründen ihre Forderung auch mit der körperlich schweren Arbeit. Arbeiter, die über 50 sind, halten die Arbeit kaum noch durch. – Am Dienstag hat die Mehrheit der Abteilung um 14.10 Uhr die Arbeit abgebrochen. Sie sollten zu Überstunden gezwungen werden und haben das abgelehnt. Durch ihre Aktion haben sie die Geschäftsführung gezwungen, am Mittwoch in die Abteilung zu kommen. Der Prokurist (Kurre) erklärte, er könne nicht mehr Geld zahlen, dann würden ja alle Abteilungen kommen und höheren Lohn fordern. Die Arbeiter haben erklärt, daß sie sich durch Erhöhung von Erschwerniszulagen für bestimmte Arbeiten nicht spalten lassen, sondern eine Erhöhung des Grundlohns fordern.

b.irm.Kiel. **Am 20.4.79 präsentierte sich Rudolf Wassermann, Präsident des Braunschweiger Oberlandesgerichts, Justizministerkandidat der SPD für Schleswig-Holstein, auf einer Veranstaltung mit Rechtsreferendaren:** ,,Für Entbeamtung des Vorbereitungsdienstes und Einbeziehung der Sozialwissenschaften“ sprach er sich aus. ,,Entbeamtung“ heißt Einführung des Praktikantenstatus für alle und damit jederzeitiges Kündigungsrecht und, wie die Bundesregierung schon seit geraumer Zeit versucht, Kürzung der Löhne aller Auszubildenden im Öffentlichen Dienst. Was die Unterdrückung der Referendare anbetrifft, hat sich Wassermann schon 1965 detailliert zu ,,Pflichtverletzungen im Dienst“, ,,Dienstvergehen außerhalb des Dienstes“ und ,,Dienststrafen und Disziplinarverfahren“ geäußert. (Juristische Schulung, 1965, S. 116). Die ,,Einführung sozialwissenschaftlicher Bezüge“ ist der sozialdemokratische Vorschlag, die Staatsanwaltschaften tauglicher zu machen: Strafanträge mit sozialem Verständnis. Für die Referendare soll zu der sowieso permanenten Benotung die Benotung des ,,sozialen Verständnisses“ kommen, zur besseren Durchsetzung staatlicher Unterdrückung.

b.Lüneburg.mas. **Rationalisierung bei der Bundesbahn in Lüneburg:** Für 19 Mio. DM will die Bundesbahn ein neues Stellwerk mit Schrankenfernsteuerung und weichenstellenden Relais bis 1983 bauen. 48 Schrankenwärter und Weichensteller werden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie sollen im Bürodienst, Rangierdienst, als Zugbegleitung oder bei der Bahnpolizei eingesetzt werden, was Abgruppierungen

KZ-mäßig soll jetzt im AK-Ochsenzoll ausgebeutet werden

b.uwh. „Zu Ostern hatte ihr ‚Onkel Fritz' was Schönes geschenkt: eine selbstgemachte Puppe, 60 Zentimeter groß... Nachtwächter Honka arbeitet viele Stunden an diesen Puppen. Liebevoll, in Gedanken versunken. Viele Hundert hat er schon gebastelt, die von der Anstaltsleitung verkauft werden....Um 6.00 Uhr wird geweckt. Honka arbeitet als eine Art Kalfaktor: Mit dem Servierwagen bringt er 14 Mitgefangenen das Frühstück. Kaffee, Schwarzbrot, Marmelade, Margarine. Er hört Popmusik auf NDR II, schluckt Medikamente gegen seinen Sextrieb, gegen Rheuma und Nervosität. In der Therapie-Werkstatt schnitzt Honka aus Weichholz Aschenbecher, Konfektschalen, Zigarettendosen und Bilderrahmen. 15 DM bekommt er jede Woche dafür....Abends: Fernseher in Farbe", schrieb die Bild am 26.4. unter der schlichten Überschrift: „Frauenmörder Honka bastelt ‚Ernie' und ‚Bert'". Außerdem erfährt man, daß Honka manchmal den Bekloppten markiert, damit er nicht aus der geschlossenen Psychiatrie in Ochsenzoll für Triebtäter nach Santa Fu abgeschoben wird. Versteht ja jeder, wenn er so ein High Life hat in Ochsenzoll. Nebenbei wird dann auch noch diskret mitgeteilt, daß Honka mit Vorliebe Elvis Presley auf einem, eigenen Radio-Cassettenrecorder' hört, er Deo, Rasier-und Haarwasser benutzt und ‚Schwarzer Krauser' raucht.

Fast könnte man geneigt sein, ebenfalls ein bißchen auf Dachschaden zu machen und schon regelt die Bourgeoisie die Reproduktion für einen, wenn man dann auch noch ein wenig „liebevoll" im Weichholz herumschnitzt und kleinen Kindern eine Freude macht.

Gut so, soll man denken, in Ochsenzoll wird man korrekt behandelt und außerdem wird dafür gesorgt, daß alle eine nützliche Beschäftigung bekommen. Tatsächlich denken wird's wohl kaum einer, – die Massen haben ihre Erfahrung mit der bürgerlichen Psychiatrie. Ochsenzoll ist verhaßt. Ein Teil der Arbeiterklasse wird dort brutal eingesperrt und soll mittels Psychopharmaka und allerlei dämpfenden Medikamenten und Tröpfchen willfährig für die Kapitalisten gebrochen werden. Isoliert von den Verwandten und Klassenbrüdern ständig vernebelt, kaum in der Lage einen klaren Gedanken zu fassen, oft süchtig gemacht, sind die Kampfbedingungen in diesen Anstalten ungeheuer schwer. Rebellion ist prinzipiell krankhaft und wird mit Fesseln und Spritze bestraft. Wer nicht von ‚draußen' unterstützt wird, wo die Verwandten nicht ständig auf der Matte stehen und kontrollieren, hats noch schwerer. Daß ein jeder flucht auf diesen widerwärtigen Knast, daß tagaus tagein dagegen der Kampf geführt wird, das veranlaßt den Hamburger Senat jetzt zu Maßnahmen: „Die medikamentöse Behandlung psychisch

beitstherapeutische Programme, Bewegungstherapie, Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Für solche Maßnahmen stehen gegenwärtig im Allgemeinen Krankenhaus Ochsenzoll keine geeigneten Einrichtungen zur Verfügung." (Wochendienst des Senats, 12.4.)

Das soll sich jetzt ändern mit der Verwirklichung eines „Programms zur grundlegenden Verbesserung der stationären Versorgung psychisch Kranker in Hamburg". Begonnen worden sei mit dem Programm schon 1970 und 126 Mio. DM sind bereits investiert. (U.a. eine weitere geschlossene psychiatrische Abteilung, ein Forschungscenter, in dem mit der camera silens, einem Folterinstrument, wo der Gefangene auf einen Stuhl geschnallt wird und ihm jede sinnliche Wahrnehmung unterdrückt wird und er dadurch zum Wahnsinn getrieben werden soll, und auch besagte Therapie-Werkstatt, in der Fritz Honka arbeitet) 17,688 Mio soll ein Sozialtherapiezentrum kosten, das der Senat jetzt im Rahmen seines Programms auf dem Gelände dazu errichten will. Dazu wird ausgeführt: „Die Patienten können sich mit einer Vielzahl von Werkarbeiten beschäftigen. In der Fertigungstherapie sind Arbeitsmöglichkeiten für 310 Personen vorgesehen. Neben einer Montagehalle sind Räume für Textilverarbeitung, Metall-, Holz-, Elektro- und Schreibarbeiten sowie eine Druckerei geplant. Ziel ist die kreative und berufliche Rehabilitation der Patienten." (ebd.)

Es ist die alte Masche und die Handschrift der Hamburger Sozialdemokraten ist unverkennbar. Ansetzend an der Empörung der Volksmassen über die Behandlung der „psychisch Kranken" mit Betäubungsmitteln soll Beschäftigungstherapie an den Mann gebracht werden. Nichts anderes soll es sein als Ausdehnung der Zwangsarbeit. Und fabrikmäßig soll es zugehen. Die Löhne sollen bei 30 Pfg. die Stunde betragen und weniger. Die Arbeiten sind durchweg stumpfsinnig. Es handelt sich z.B. um das Montieren von Kugelschreibern, akkordmäßig, und Arbeiten ähnlichen Kalibers. Wahrscheinlich gehört Fritz Honkas Schnitzen noch zu den angenehmsten Tätigkeiten. Ein Kollege, der in Ochsenzoll einsitzt, berichtet, daß er schon 12 Jahre da ist. 8 und manchmal 10 Stunden arbeitet er. Von Medikamenten inzwischen abhängig, ohne sie kommt er gar nicht mehr aus. Zu den beliebtesten Arbeiten, meint er, gehört noch Rasenmähen, Unkraut jäten etc., „das ist nicht ganz so langweilig". Von der Idee begeistert, die Ochsenzoll-Insassen jetzt KZ-mäßig und in großem Umfang auszubeuten, zeigte sich letzte Woche ein Vertreter der Fa. Koch, als er bei der Gesundheitsbehörde anrief, um „diverse Montagearbeiten eventuell anzubieten". Leider war der verantwortliche Herr da gerade nicht zugegen. „Aber nächste Woche wieder" und versichert wurde, daß der auch genauer

falls ein bißchen auf Dachschaden zu machen und schon regelt die Bourgeoisie die Reproduktion für einen, wenn man dann auch noch ein wenig „liebevoll" im Weichholz herumschnitzt und kleinen Kindern eine Freude macht.

Gut so, soll man denken, in Ochsenzoll wird man korrekt behandelt und außerdem wird dafür gesorgt, daß alle eine nützliche Beschäftigung bekommen. Tatsächlich denken wird's wohl kaum einer, – die Massen haben ihre Erfahrung mit der bürgerlichen Psychiatrie. Ochsenzoll ist verhaßt. Ein Teil der Arbeiterklasse wird dort brutal eingesperrt und soll mittels Psychopharmaka und allerlei dämpfenden Medikamenten und Tröpfchen willfährig für die Kapitalisten gebrochen werden. Isoliert von den Verwandten und Klassenbrüdern ständig vernebelt, kaum in der Lage einen klaren Gedanken zu fassen, oft süchtig gemacht, sind die Kampfbedingungen in diesen Anstalten ungeheuer schwer. Rebellion ist prinzipiell krankhaft und wird mit Fesseln und Spritze bestraft. Wer nicht von ‚draußen' unterstützt wird, wo die Verwandten nicht ständig auf der Matte stehen und kontrollieren, hats noch schwerer. Daß ein jeder flucht auf diesen widerwärtigen Knast, daß tagaus tagein dagegen der Kampf geführt wird, das veranlaßt den Hamburger Senat jetzt zu Maßnahmen: „Die medikamentöse Behandlung psychisch
Kranker muß nach heutigen Erkenntnissen durch psycho- und soziotherapeutische Maßnahmen ergänzt werden. Besonders wichtig für die Kranken sind eine sinnvolle Gliederung des Tagesablaufs und ein reichhaltiges Angebot an Aktivierungsmaßnahmen. Dazu gehören beschäftigungs- und ar-

Es ist die alte Masche und die Handschrift der Hamburger Sozialdemokraten ist unverkennbar. Ansetzend an der Empörung der Volksmassen über die Behandlung der „psychisch Kranken" mit Betäubungsmitteln soll Beschäftigungstherapie an den Mann gebracht werden. Nichts anderes soll es sein als Ausdehnung der Zwangsarbeit. Und fabrikmäßig soll es zugehen. Die Löhne sollen bei 30 Pfg. die Stunde betragen und weniger. Die Arbeiten sind durchweg stumpfsinnig. Es handelt sich z.B. um das Montieren von Kugelschreibern, akkordmäßig, und Arbeiten ähnlichen Kalibers. Wahrscheinlich gehört Fritz Honkas Schnitzen noch zu den angenehmsten Tätigkeiten. Ein Kollege, der in Ochsenzoll einsitzt, berichtet, daß er schon 12 Jahre da ist. 8 und manchmal 10 Stunden arbeitet er. Von Medikamenten inzwischen abhängig, ohne sie kommt er gar nicht mehr aus. Zu den beliebtesten Arbeiten, meint er, gehört noch Rasenmähen, Unkraut jäten etc., „das ist nicht ganz so langweilig". Von der Idee begeistert, die Ochsenzoll-Insassen jetzt KZ-mäßig und in großem Umfang auszubeuten, zeigte sich letzte Woche ein Vertreter der Fa. Koch, als er bei der Gesundheitsbehörde anrief, um „diverse Montagearbeiten eventuell anzubieten". Leider war der verantwortliche Herr da gerade nicht zugegen. „Aber nächste Woche wieder" und versichert wurde, daß der auch genauer
Auskunft geben könne über die Art der Produktionsmittel.

Wahrscheinlich aber werden die in dem Förderkreis der Ochsenzoller Anstalt zusammengeschlossenen Kapitalisten die Profite unter sich aufteilen. Federführend in diesem Verein sind die Mobil-Oil-Kapitalisten.

Mit 120 DM mindestens kann man den Ersatzkassen entgegentreten

b.reb. Am 14. Juni beginnen die Tarifverhandlungen für die Angestellten bei den Ersatzkassen. Anhand der Lohnverteilung der Hamburger Geschäftsstelle der Hamburg-Münchner Ersatzkasse haben wir die Wirkung einer 4,5%-Erhöhung (Abschluß bei den Versicherungen) einer Festgelderhöhung von 120 DM gegenübergestellt. Bei dem Prozentabschluß müßten 19 der 29 Angestellten (einschließlich Gehaltsgruppe 5) eine deutliche Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen. Gleichzeitig würden sich die Bedingungen der Angestellten verschlechtern, den unerträglich gestiegenen Anforderungen an ihre Arbeitskraft Schranken zu setzen. Eine Mindesterhöhung von 120 DM würde dem entgegenwirken.

In der Beitragsabteilung der Geschäftstelle Hamburg wurde, gestützt auf die dauernden Lohnsenkungen, 1976 die elektronische Datenverarbeitung eingeführt: Befreiung von Routinearbeiten nannten sie es in ihrem Geschäftsbericht von 1977. Die „Befreiung" sah so aus, daß fortan ein Angestellter nicht mehr 2000, sondern 4000 Konten zu bearbeiten hatte. In der Folgezeit kam die Überprüfung von nochmal ca. 100 sogenannten „Arbeitgeberkonten" hinzu, eine Arbeit, die vorher von einem Halbtagsangestellten gemacht wurde. Mit sogenannten „Sonderaktionen" wie z.B. die Betreuung von Studenten, ist die Arbeitshetze im letzten Jahr noch weiter gesteigert worden. Das Durchschnittsalter in der Beitrags- und Leistungsabteilung liegt bei 23 Jahren. Ältere Angestellte sind den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Jetzt wurde von der Geschäftsstellenleitung generelle Urlaubssperre für die 15 Angestellten der Beitragsabteilung verhängt.

Enorme Forderungsrückstände seien der Grund. Auf einer Versammlung der betroffenen Angestellten mit dem Personalrat wurde beschlossen, daß zwei trotzdem ihren Urlaub machen. Darauf sollten die anderen Angestellten unterschreiben, daß sie bereit sind, diesen Urlaub durch Überstunden wettzumachen. Von ganzen fünf konnte die Geschäftsstellenleitung die Unterschrift erpressen. Der Personalrat verlangt, daß die Unterschriften für ungültig erklärt werden und besteht auf seinem Genehmigungsrecht für Überstunden. Gleichzeitig steht die Forderung, daß keine Aushilfen eingestellt werden, weil dadurch ein Teil der Angestellten unter Sonderstatus gestellt wird und ohne Kündigungsschutz und teilweise geringerer Entlohnung gegen die anderen Angestellten ausgespielt werden kann.

Lohnverteilung bei der Hamburg-Münchener Ersatzkasse

% der Belegschaft: 54, 45, 30, 15, 6

Erhöhung in DM: 240, 120

4,5%-Erhöhung

120 DM Festgeld

2048, 2435, 2896, 3444, 4096, 5042

Fischer fordern Ölbeihilfe und garantierte Erzeugerpreise

b.stk. In einer Resolution an Landwirtschaftsminister Ertl fordert der Landesfischereiverband Schleswig-Holstein „eine Ölbeihilfe in der Höhe..., daß das Gasöl wieder zu Preisen wie im Vorjahr zu bunkern ist (DM 26 pro 100 l). Wenn dies nicht kurzfristig möglich ist, muß die Kutter- und Küstenfischerei ihren Fangbetrieb umgehend einstellen". In einer zweiten Resolution an den EG-Kommissar für Landwirtschaft und Fischerei fordert der Fischereiverband „Verbesserungen für die Absicherung der Erzeugererlöse in einer Höhe, die eine wirtschaftliche Exiatenz unserer Fischereibetriebe ermöglicht".

65% des Fischverbrauchs in der BRD wird aus eigenen Anlandungen 80% der Tonnage werden in der Großen Hochseefischerei durch schwimmende Fischfang- und Verarbeitungsfabriken angelandet, die mit 27 Vollfrostern und 39 Frischfischfängern zusammen 111447 BRT groß sind. Die restlichen 20% des Fischfangs verteilen sich auf 663 Fischkutter mit zusammen 27060 BRT. (Zahlen aus Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung 1979 für 1977). 1976 gab es noch 715 Fischkutter, 52 mußten

kaum ihre Familien ernähren, geschweige denn ihre Kutter technisch in Ordnung halten. Für Dieselöl müssen sie zur Zeit 40 DM für 100 l bezahlen, so daß einige Fischer schon nicht mehr auslaufen können.

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Flessner hat jetzt auf die Forderung des Fischereiverbands reagiert und die Einführung von Interventionspreisen gefordert „wie in der Landwirtschaft", die durch die EG ga-

„Diese Preise garantieren, daß den Kutterfischern die Kosten (Treibstoff, Netze, Reparaturen) von der Hand gehalten würden. Hinzu komme ein kleiner Gewinn, der aber so bemessen sei, daß er den Leistungsanreiz, mehr zu fischen, nicht unterbinde". So kann man die weitere Ruinierung der Fischer auch ausdrücken.

Außerdem sei ein Drittländerschutz notwendig, damit die Ostblockländer den Markt nicht mit „Billigwaren" überschwemmen, so Flessner. Den Fischern nützt das überhaupt nichts, sehr wohl aber den Nahrungsmittelkapitalisten. Einen großen Teil ihres Fangs müssen die Fischer zu diktierten Preisen an die „Kutterfisch", eine Absatz- und Bearbeitungsgenossenschaft, abliefern, weil sie den Fisch gar nicht selbst vermarkten können. Deren Profite würden sich natürlich durch die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz erhöhen. Außerdem kriegen sie auch noch 700000 DM Zuschüsse der Landesregierung im Jahr, „um den Fischern einen einigermaßen vernünftigen Preis zu garantieren."

Gegen die Erhöhung und Garantie der Erzeugerpreise haben die Fischhandelskapitalisten auch gleich ge-

Fischer fordern Ölbeihilfe und garantierte Erzeugerpreise

b.stk. In einer Resolution an Landwirtschaftsminister Ertl fordert der Landesfischereiverband Schleswig-Holstein „eine Ölbeihilfe in der Höhe..., daß das Gasöl wieder zu Preisen wie im Vorjahr zu bunkern ist (DM 26 pro 100 l). Wenn dies nicht kurzfristig möglich ist, muß die Kutter- und Küstenfischerei ihren Fangbetrieb umgehend einstellen". In einer zweiten Resolution an den EG-Kommissar für Landwirtschaft und Fischerei fordert der Fischereiverband „Verbesserungen für die Absicherung der Erzeugererlöse in einer Höhe, die eine wirtschaftliche Exiatenz unserer Fischereibetriebe ermöglicht".

65% des Fischverbrauchs in der BRD wird aus eigenen Anlandungen 80% der Tonnage werden in der Großen Hochseefischerei durch schwimmende Fischfang- und Verarbeitungsfabriken angelandet, die mit 27 Vollfrostern und 39 Frischfischfängern zusammen 111447 BRT groß sind. Die restlichen 20% des Fischfangs verteilen sich auf 663 Fischkutter mit zusammen 27060 BRT. (Zahlen aus Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung 1979 für 1977). 1976 gab es noch 715 Fischkutter, 52 mußten
den Fischfang aufgeben, „gefördert" durch Prämien der Landesregierung. Der Reinertrag der kleinen Fischer lag 1977 durchschnittlich bei 10784 DM (1973 13293 DM), während die großen Fischereikapitalisten durchschnittlich einen Profit von 92424 DM anzeigten. Damit können die kleinen Fischer

kaum ihre Familien ernähren, geschweige denn ihre Kutter technisch in Ordnung halten. Für Dieselöl müssen sie zur Zeit 40 DM für 100 l bezahlen, so daß einige Fischer schon nicht mehr auslaufen können.

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Flessner hat jetzt auf die Forderung des Fischereiverbands reagiert und die Einführung von Interventionspreisen gefordert „wie in der Landwirtschaft", die durch die EG ga-
rantiert werden müßten. Mit diesen Interventionspreisen hat Flessner gute Erfahrungen im Bauernlegen, sind sie doch so niedrig, daß die kleinen Bauern nicht einmal ihre Aufwendungen decken können, während die Großbauern und Landwirtschaftskapitalisten noch hohe Profite dabei machen.

„Diese Preise garantieren, daß den Kutterfischern die Kosten (Treibstoff, Netze, Reparaturen) von der Hand gehalten würden. Hinzu komme ein kleiner Gewinn, der aber so bemessen sei, daß er den Leistungsanreiz, mehr zu fischen, nicht unterbinde". So kann man die weitere Ruinierung der Fischer auch ausdrücken.

Außerdem sei ein Drittländerschutz notwendig, damit die Ostblockländer den Markt nicht mit „Billigwaren" überschwemmen, so Flessner. Den Fischern nützt das überhaupt nichts, sehr wohl aber den Nahrungsmittelkapitalisten. Einen großen Teil ihres Fangs müssen die Fischer zu diktierten Preisen an die „Kutterfisch", eine Absatz- und Bearbeitungsgenossenschaft, abliefern, weil sie den Fisch gar nicht selbst vermarkten können. Deren Profite würden sich natürlich durch die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz erhöhen. Außerdem kriegen sie auch noch 700000 DM Zuschüsse der Landesregierung im Jahr, „um den Fischern einen einigermaßen vernünftigen Preis zu garantieren."

Gegen die Erhöhung und Garantie der Erzeugerpreise haben die Fischhandelskapitalisten auch gleich ge-
droht und auf den zunehmenden Anteil von Süßwasserfischen und Importen hingewiesen, so daß sie gar nicht auf die Produkte der Kutterfischer angewiesen seien.

Das Geschrei der Bourgeoisie zeigt nur, daß die Forderungen der Fischer gerecht sind.

Fachhochschüler führten Go-In gegen neue Prüfungsordnung durch

60 Studenten nahmen am Go-In am 25.4. zum Landeshaus teil.

„ größere Möglichkeiten zum Selbststudium bieten"

b.jog.60 Studenten der FH-Kiel beteiligten sich an einem Go-in am 25.4.79 zum Kultusministerium; dies war die erste Aktion in diesem Semester gegen die Pläne des bürgerlichen Staates, das Studium durch neue Prüfungsordnungen immer weiter zu einem Dressurakt zu machen.

Vom Fachbereich Sozialwesen waren zu dieser Aktion 35 Studenten mit einem Transparent durch die Stadt zum Landeshaus marschiert. Der revisionistische Asta hatte die Fahrt mit dem Auto vorgezogen. Weiterhin beteiligten sich AStA-Vertreter der FH-Lübeck und Flensburg.

Auf einer Podiumsdiskussion am 24.4. mit dem Präsidium der Fachhochschule Kiel und dem Kultusminister-Vertreter Schöpke konnten die Pläne der Reaktion bezüglich der Prüfungsordnung (PO) von den Studenten enthüllt werden. Präsident Chinnow, geübt in der Unterdrückung der Studenten mit Hilfe des Polizeiknüppels, posaunte in christlich-reaktionärer Manier heraus, die PO solle „die Lehrveranstaltungen entlasten und größere Möglichkeiten zum Selbststudium" bringen. Für die Studenten heißt das, noch mehr Bücher lesen und zu Hause arbeiten; wo schon jetzt die wöchentliche Arbeitszeit am Fachbereich Technik bei 60 Stunden liegt, ist die neue PO der Hebel für die Professorenreaktion, die Arbeitskraft der Studenten stärker zu vernutzen und den Studenten eine kapitalistenfromme Haltung aufzupressen. Die Regelstudienzeit von 6 Semestern, eingeführt über ausgedehnte Meldeverfahren, steckt dafür den Rahmen; für Chinnow „ein bißchen mehr Papierkrieg". Damit die Studenten auch in den Ferien ranklotzen, sind die Wiederholungsprüfungen erst für Anfang des Folgesemesters geplant, „um nicht im Semester Zeit zu verlieren" (Chinnow). Zusätzliche „fächerübergreifende" Abschlußprüfungen werden mit der Verleihung des Diplomgrades begründet. Neben der weiteren Prüfungsschikane soll damit der Lohn gesenkt werden: „Einebnung im Bereich der Ingenieure", charakterisierte Schöpke die Pläne hinsichtlich der Bezahlung. Kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Studenten in den Praktika wird mit der Einführung der „Praxissemester" bezweckt. Bei einem Taschengeld von 0,0 bis 250 DM sollen sie als Lohnsenker eingesetzt werden.

Der revisionistische MSB-AStA – ganz und gar auf Regierungskurs – „fordert eine direkte Beteiligung an (der PO-)Erstellung" im neuen Info. Chinnow stehen diese DKP-Studenten in nichts nach; sie setzen sich für „die Ermöglichung eines *intensiven* Eigenstudiums" ein („Info"). Abgeschrieben ist das aus Schmudes Orientierungspunkten: „Die Hochschulen sind daher verpflichtet, die Möglichkeiten des Selbststudiums zu fördern ..." (XIV,3). Die Studenten der FH machen diese Unterwerfungspolitik nicht mit; im letzten Semester hat es in drei Vorlesungen einen Boykott für Stoffbegrenzung und gegen schikanöse Lehrmethoden gegeben. Auf einer Beratung nach dem Go-In wurde für die Weiterführung und Ausdehnung dieser Kämpfe von Studenten eingetreten, damit die dezentralen Demonstrationen am 16.5.79 eine gute Grundlage durch Auseinandersetzungen in den Vorlesungen und Seminaren haben.

„Entwicklungshilfe"

z.ges. Man tut gut daran, sich nicht nur die Eroberung der Kolonien als Krieg vorzustellen, sondern erst recht das, was dann folgte: die Überflutung der heimischen Märkte mit billigen industriell produzierten Waren, die Zerstörung der heimischen Landwirtschaft und des Handwerks und die erbarmungslose Ausplünderung jeder heimischen Ressourcen. Die Kosten an Menschenleben und die unwiederbringlichen Verluste dieser kolonialen Durchdringung überstiegen die Verluste der gewaltsamen Eroberung noch bei weitem. Nehmen wir den Fall der Eroberung des indischen Subkontinents durch die englischen Kapitalisten:

„Es war der britische Eindringling, der den indischen Handwebstuhl zerstörte und das Spinnrad zerbrach. England begann damit, daß es den indischen Kattun vom europäischen Markt verdrängte; dann führte es Maschinengarn nach Hindustan ein und überschwemmte schließlich das eigentliche Heimatland des Kattuns mit Kattunwaren. Von 1816 bis 1836 stieg die Garnausfuhr aus Großbritannien nach Indien im Verhältnis 1 zu 5200. Während 1824 die Ausfuhr von englischem Musselin nach Indien kaum eine Million Yard erreichte, belief sie sich 1837 schon auf über 64 Millionen Yard. In dem gleichen Zeitraum jedoch sank die Bevölkerung Daccas von 150000 auf 20000 Einwohner. Dieser Niedergang der durch ihre Gewebe berühmten indischen Städte war indessen bei weitem noch nicht die schlimmste Folge der britischen Herrschaft. Englische Dampfkraft und englische Wissenschaft zerstörten in ganz Hindustan die Bande zwischen Ackerbau und Handwerk". Durch die Zerstörung der Bande von Landwirtschaft und Handwerk wurde die Landwirtschaft selber unterhöhlt, und zahlreiche Tributzahlungen, die die Kolonialherren den Bauern auferlegten, taten das Übrige, um die Dörfer zu leeren und auf diesem Weg wieder die Städte mit hungerndem und darbendem Volk zu füllen. Marx faßte das Ergebnis der englischen Eroberung 1853 zusammen: „England hat das ganze Gefüge der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß bisher auch nur die Spur eines Neuaufbaus sichtbar geworden wäre." Die Zerstörung der dem Kolonialismus unterworfenen Länder ging das ganze 19. Jahrhundert weiter und fand selbst mit der Befreiung vom Kolonialismus kein Ende.

Es ist mehr als gerecht, wenn die früheren Kolonien von den imperialistischen Ländern „Entwicklungshilfe" verlangen, und dies nicht als Bitte um Almosen verstehen, sondern als Recht auf Reparation für die Kosten, die ihnen durch den Kolonialismus und den industriellen Krieg der kapitalistischen Länder aufgezwungen wurden. Aber indem sich die Kolonien vom Kolonialjoch befreit haben, haben die früheren

20000 Einwohner. Dieser Niedergang der durch ihre Gewebe berühmten indischen Städte war indessen bei weitem noch nicht die schlimmste Folge der britischen Herrschaft. Englische Dampfkraft und englische Wissenschaft zerstörten in ganz Hindustan die Bande zwischen Ackerbau und Handwerk". Durch die Zerstörung der Bande von Landwirtschaft und Handwerk wurde die Landwirtschaft selber unterhöhlt, und zahlreiche Tributzahlungen, die die Kolonialherren den Bauern auferlegten, taten das Übrige, um die Dörfer zu leeren und auf diesem Weg wieder die Städte mit hungerndem und darbendem Volk zu füllen. Marx faßte das Ergebnis der englischen Eroberung 1853 zusammen: „England hat das ganze Gefüge der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß bisher auch nur die Spur eines Neuaufbaus sichtbar geworden wäre." Die Zerstörung der dem Kolonialismus unterworfenen Länder ging das ganze 19. Jahrhundert weiter und fand selbst mit der Befreiung vom Kolonialismus kein Ende.

Es ist mehr als gerecht, wenn die früheren Kolonien von den imperialistischen Ländern „Entwicklungshilfe" verlangen, und dies nicht als Bitte um Almosen verstehen, sondern als Recht auf Reparation für die Kosten, die ihnen durch den Kolonialismus und den industriellen Krieg der kapitalistischen Länder aufgezwungen wurden. Aber indem sich die Kolonien vom Kolonialjoch befreit haben, haben die früheren

Kolonialmächte nicht aufgehört, imperialistische Mächte zu sein und die Jagd nach dem Höchstprofit auf Kosten der Dritten Welt fortzusetzen. Die beiden Supermächte versuchen dabei die traditionellen Kolonialmächte auf dem südamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Kontinent noch zu übertrumpfen und übertrumpfen sie tatsächlich.

Die Feinde der Dritten Welt haben eigene Gründe, wenn sie Entwicklungshilfe geben. So wie sie früher von der Zerstörung der heimischen Landwirtschaft und des Handwerks gezehrt haben, so wollen sie heute aus dem Aufbau der Länder der Dritten Welt noch größere Profite ziehen, wobei sie gleichzeitig ihr Zerstörungswerk fortsetzen, wo es Stoff dafür gibt. Geben sie Entwicklungshilfe, d.h. staatliche Gelder, die sie aus dem den Lohnarbeitern abgepreßten Mehrwert nehmen und oft noch mit Zinsen zurückfordern, dann geben sie sie mit keinem anderen Zweck, als den Aufbau der Länder der Dritten Welt, vor allem ihre Infrastruktur, unter Kontrolle zu bekommen und via direktem Kapitalexport die billigen Arbeitskräfte in günstiger Konkurrenzlage auszubeuten. Erst recht wollen sie sichern, daß sie ihren Warenexport in den Ländern der Dritten Welt weiterhin ungehindert versilbern können, was den Ausbau der nationalen Industrie nochmals erschwert. Wenn die Kapitalisten „Entwicklungshilfe" geben, dann leitet sie einzig die Erkenntnis, daß sie auf die Dauer aus der Dritten Welt nicht nur herausholen können, sondern auch investieren müssen, wenn sie dort auch nur ihre Waren versilbern wollen. Das hatten die Kapitalisten schon zu Marxens Zeiten gemerkt: „Je mehr aber die britischen Imperialisten vom indischen Markt abhängig wurden, um so mehr fühlten sie die Notwendigkeit, in Indien, nachdem sie dort die einheimische Industrie zerstört hatten, neue Produktivkräfte zu schaffen. Man kann nicht auf die Dauer ein Land mit seinen eigenen Erzeugnissen überschwemmen, wenn man ihm nicht ermöglicht, irgendwelche anderen Produkte dafür in Austausch zu geben. Die englischen Industriellen stellen fest, daß ihr Handel abnahm, statt zuzunehmen".

Es kommt für die Kapitalisten alles darauf an, diese Produktivkräfte in der eigenen Hand zu behalten und so neben der Realisierung von Mehrwert auch die Ausdehnung der eigenen Mehrwertproduktion in der Dritten Welt zu sichern. Deshalb gibt es Kampf zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Imperialisten um die Entwicklungshilfe. Immer weniger lassen sich die Länder der Dritten Welt die Bedingungen diktieren, sondern schränken die Freiheiten der Imperialisten ein. Dennoch bleibt richtig, was Marx über die Beziehungen zwischen England und Indien gesagt hat: „Die Inder werden die Früchte der neuen Gesellschaftselemente, die die britische Bourgeoisie in ihrem Lande ausgestreut, nicht eher ernten, bis in Großbritannien selbst die herrschende Klas-

können, sondern auch investieren müssen, wenn sie dort auch nur ihre Waren versilbern wollen. Das hatten die Kapitalisten schon zu Marxens Zeiten gemerkt: „Je mehr aber die britischen Imperialisten vom indischen Markt abhängig wurden, um so mehr fühlten sie die Notwendigkeit, in Indien, nachdem sie dort die einheimische Industrie zerstört hatten, neue Produktivkräfte zu schaffen. Man kann nicht auf die Dauer ein Land mit seinen eigenen Erzeugnissen überschwemmen, wenn man ihm nicht ermöglicht, irgendwelche anderen Produkte dafür in Austausch zu geben. Die englischen Industriellen stellen fest, daß ihr Handel abnahm, statt zuzunehmen".

Es kommt für die Kapitalisten alles darauf an, diese Produktivkräfte in der eigenen Hand zu behalten und so neben der Realisierung von Mehrwert auch die Ausdehnung der eigenen Mehrwertproduktion in der Dritten Welt zu sichern. Deshalb gibt es Kampf zwischen den Ländern der Dritten Welt und den Imperialisten um die Entwicklungshilfe. Immer weniger lassen sich die Länder der Dritten Welt die Bedingungen diktieren, sondern schränken die Freiheiten der Imperialisten ein. Dennoch bleibt richtig, was Marx über die Beziehungen zwischen England und Indien gesagt hat: „Die Inder werden die Früchte der neuen Gesellschaftselemente, die die britische Bourgeoisie in ihrem Lande ausgestreut, nicht eher ernten, bis in Großbritannien selbst die herrschende Klas-

se durch das Industrieproletariat verdrängt oder die Inder selbst stark genug geworden sind, um das englische Joch ein für allemal abzuwerfen". Das kann man ruhig verallgemeinern.

Kommunistische Volkszeitung

Aus dem Inhalt Nr. 18

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter · 1. Mai 1979

400 US $ / 300 / 200 / 100
Preis für
Stahl
Rohöl
1950 1955 1960 1965 1970 1975

Die Ölpreiserhöhung Ende 1973 war eine Antwort der Länder der Dritten Welt auf die Ausplünderung mittels Preisschere zwischen Rohstoffen und industriellen Fertigprodukten.

Mrd. DM
200 180 160 140 120 100 80 60 40 20
Kosten für entspr. Menge Kohle, kumuliert
Kosten für Rohöl, kumuliert
1960 1965 1970 1975 1978

Milliarden hat das geraubte Öl im Vergleich zu Kohle erspart. Unten: Von dem Raub an den Produzentenländern schöpft der imperialistisches Staat ab.

Mrd. DM
50 40 30 20 10
Mineralölprodukte
(plus Steuer)
(ohne Steuer)
1960 1965 1970 1975

Die Pressemeute plärrte es gleich in die Welt: Ölpreis treibt die Preise! Tatsächlich lag der auf Mark verrechnete Rohölpreis im Februar 16% *unter* dem Preis von Anfang 1977.

Pfg./l
40 30 20 10
Leichtes Heizöl
Rohöleinfuhrpreis
1977 1978 1979

1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Friedrich Engels: „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der andern bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst."

Karl Marx: „Ich bin mehr und mehr zur Überzeugung gelangt, daß ... (die englische Arbeiterklasse) niemals hier in England etwas Entscheidendes tun kann, bevor sie ihre Politik mit Bezug auf Irland nicht aufs bestimmteste von der Politik der herrschenden Klassen trennt, ... Und zwar muß dieses betrieben werden, nicht als Sache der Sympathie mit Irland, sondern als eine im Interesse des englischen Proletariats gegründete Forderung. Wenn nicht, so bleibt das englische Volk am Gängelband der herrschenden Klassen, weil es mit ihnen gemeinschaftlich Irland gegenüber Front machen muß."

W.I.Lenin: „Der Imperialismus ist die Epoche der fortschreitenden Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll ‚Groß'mächte, und darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen."

J.Stalin: „Jetzt muß man von der proletarischen Weltrevolution sprechen, denn die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muß."

Mao Zedong: „Die Oktoberrevolution hat breite Möglichkeiten und reale Wege für die Befreiung der Völker der ganzen Welt eröffnet; sie hat eine neue Front der Revolution, von den Proletariern des Westens über die Revolution in Rußland bis zu den unterjochten Völkern des Ostens, gegen den Weltimperialismus errichtet.

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und die Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. 1. Mai 1979: *Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution.*

Die Länder der Dritten Welt haben die UNO zu einer Tribüne ihres Kampfes gemacht. Sie verteidigen ihre Souveränität. Bild: Sondervollversammlung zu Rohstoff- und Entwicklungsfragen im April 1974; Rede des Vertreters der VR China, Deng Xiaoping.

In der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" vom Dezember 1974 fordern die Länder der Dritten Welt u.a.: „Jeder Staat hat das souveräne und unveräußerliche Recht, sein Wirtschaftssystem sowie sein politisches, soziales und kulturelles System entsprechend dem Willen seines Volkes ohne Einmischung, Zwang oder Drohung irgendwelcher

30 20 10
(plus Steuer)
(ohne Steuer)
1960 1965 1970 1975

Die Pressemeute plärrte es gleich in die Welt: Ölpreis treibt die Preise! Tatsächlich lag der auf Mark verrechnete Rohölpreis im Februar 16% *unter* dem Preis von Anfang 1977.

Pfg./l
40 30 20 10
Leichtes Heizöl
Rohöleinfuhrpreis
1977 1978 1979

drückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll ‚Groß'mächte, und darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen."

J.Stalin: „Jetzt muß man von der proletarischen Weltrevolution sprechen, denn die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muß."

Mao Zedong: „Die Oktoberrevolution hat breite Möglichkeiten und reale Wege für die Befreiung der Völker der ganzen Welt eröffnet; sie hat eine neue Front der Revolution, von den Proletariern des Westens über die Revolution in Rußland bis zu den unterjochten Völkern des Ostens, gegen den Weltimperialismus errichtet.

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und die Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. 1. Mai 1979: *Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution.*

Die Länder der Dritten Welt haben die UNO zu einer Tribüne ihres Kampfes gemacht. Sie verteidigen ihre Souveränität. Bild: Sondervollversammlung zu Rohstoff- und Entwicklungsfragen im April 1974; Rede des Vertreters der VR China, Deng Xiaoping.

In der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" vom Dezember 1974 fordern die Länder der Dritten Welt u.a.: „Jeder Staat hat das souveräne und unveräußerliche Recht, sein Wirtschaftssystem sowie sein politisches, soziales und kulturelles System entsprechend dem Willen seines Volkes ohne Einmischung, Zwang oder Drohung irgendwelcher

Art von außen zu wählen. Jeder Staat hat die volle und ständige Souveränität einschließlich des Besitz-, des Nutzungs- und des Verfügungsrechts über alle seine Reichtümer, Naturschätze und wirtschaftlichen Betätigungen und übt diese Souveränität ungehindert aus."

Ausdrücklich wird auch das Recht festgehalten, ausländisches Eigentum zu verstaatlichen und zu enteignen.

AFRICA MUST UNITE

Hilfe
weltweit orientiert
freies Welthandelssystem
Niederlassungsfreiheit
Geist der Zusammenarbeit

Es ist das erklärte Bemühen der Bundesregierung, das politische Risiko für deutsche Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern zu vermindern

Mexiko 766,1
Nied. Antil. 1047,4
Brasilien 4463,5
Argentinien 649,7
Israel 584,9
Südafrika 618,7

Kapitalanlagen westdeutscher Kapitalisten in Entwicklungsländern (31.12.1978) (in Millionen DM)